

Jüdisches Leben rund um Bingen am Rhein

in der Stadt Bacharach und den Gemeinden Guldental
(ehemals Heddesheim und Waldhilbersheim),
Langenlonsheim, Münster-Sarmsheim, Oberheimbach,
Ockenheim, Rümmelsheim, Waldalgesheim, Waldlaubersheim,
Weiler und Windesheim

ARBEITSKREIS JÜDISCHES BINGEN

BAND 14



ARBEITSKREIS
JÜDISCHES BINGEN



Jüdisches Leben rund um Bingen am Rhein

in der Stadt Bacharach und den Gemeinden Guldental
(ehemals Heddesheim und Waldhilbersheim),
Langenlonsheim, Münster-Sarmsheim, Oberheimbach,
Ockenheim, Rummelsheim, Waldalgesheim,
Waldlaubersheim, Weiler und Windesheim

ARBEITSKREIS JÜDISCHES BINGEN

BAND 14

IMPRESSUM

Herausgeber:
Arbeitskreis Jüdisches Bingen
In der Eisel 23
55411 Bingen
www.juedisches-bingen.de

Erstauflage:
Bingen 2022

Kontaktadresse:
Hermann-Josef Gundlach
Vorsitzender des Arbeitskreises
In der Eisel 23
55411 Bingen

Foto Titel:
Pogrom am 10.11.1938 in Ockenheim

Gestaltung:
Petra Louis

Drucktechnische Herstellung:
Verlag Matthias Ess

ISBN: 978-3-945676-75-2

Der 1998 gegründete „Arbeitskreis Jüdisches Bingen“ gibt entsprechend seiner Zielsetzung der „Aufrechterhaltung der Erinnerung an die Juden in Bingen und Umgebung“ in unregelmäßigen Abständen Dokumentationen zu ihrer Geschichte, ihrem Leben und ihren Schicksalen heraus.

INHALTSVERZEICHNIS

Zum Geleit Hermann-Josef Gundlach	4
Jüdisches Leben in Bacharach von Dagmar Aversano-Schreiber	6
Grußwort Stadtbürgermeister Philipp Rahn, Bacharach	6
Geschichte der Langenlonsheimer jüdischen Gemeinde von Dr. phil. Friedrich Schmitt u. a.	60
Grußwort Ortsbürgermeister Bernhard Wolf, Langenlonsheim	60
Guldental (ehemals Heddesheim und Waldhiltersheim bis zur Verwaltungsreform 1969) von Patricia Erb	74
Grußwort Ortsbürgermeisterin Elke Demele, Guldental	74
Ockenheim – Jüdisches Leben, eine subjektive Auswahl von Karl-Heinz Bungert	82
Grußwort Ortsbürgermeister Arnold Müller, Ockenheim	82
Juden in Münster-Sarmsheim Versuch einer Aufstellung von Horst V. Eisenhuth	104
Grußwort Ortsbürgermeister Jürgen Dietz, Münster-Sarmsheim	104
Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Oberheimbach von Dr. Hartmut Holz	112

Die Geschichte der Synagogengemeinden von Rümmlsheim und Waldlaubersheim – Entstehung, Entwicklung und Auflösung – von Dirk Taubenheim	116
Grußwort Ortsbürgermeister Hartmut Merkelbach, Rümmlsheim	116
Grußwort Ortsbürgermeister Torsten Strauß, Waldlaubersheim	117
Juden in Waldalgesheim von Kurt Hochgesand	154
Grußwort Ortsbürgermeister Stefan Reichert, Waldalgesheim	154
Familie Simon Berg aus Weiler von Beate Goetz	172
Grußwort Ortsbürgermeister Adam J. Schmitt, Weiler	172
Die jüdische Gemeinde in Windesheim von Jörn Kobes	178
Grußwort Ortsbürgermeister Volker Stern, Windesheim	178
Bisher erschienene Publikationen des Arbeitskreises Jüdisches Bingen	206

ZUM GELEIT



Am 14. Mai 2021 verstarb der Binger Stadtarchivar und Ehrenmitglied unseres Arbeitskreises, Horst Dieter Kossmann. Es war seine Idee, eine Publikation mit Beiträgen zum jüdischen Leben in den Bingen umgebenden Gemeinden zu erarbeiten. Erste Schritte dazu leitete er noch ein. Sowohl er als auch ich waren der Ansicht, dass die Befassung mit den SchUM-Städten zwar sehr wichtig ist, allerdings auch dazu führen kann,

dass die Forschung über jüdisches Leben außerhalb dieser Städte vernachlässigt wird. Dem wollen wir uns mit unseren bescheidenen Mitteln, zumindest für den Bereich rund um Bingen, entgegenstellen. Vor der Shoa gab es nicht nur ein reiches und buntes jüdisches Leben in vielen kleinen Städten und Gemeinden, wichtige Impulse kamen von dort. Ich denke hierbei, um nur ein Beispiel zu nennen, an die für den Zionismus bedeutende Konferenz im Jahr 1896 in Bingen. Ergebnis dieser Zusammenkunft war die Gründung der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ mit der „Binger Erklärung“. Dieser Erklärung wies der damalige Mainzer Kulturdezernent Dr. Anton Maria Keim einen hohen historischen Stellenwert auf dem Weg zur Gründung des Staates Israel zu. Dies wieder ins Bewusstsein der Bürger und Bürgerinnen in den Städten und Gemeinden zurückzubringen und nachhaltig zu verankern, ist Ziel dieses Buches, das vom Umfang her das bisher stärkste Buch ist. Es hat mir und unserer Grafikdesignerin, Frau Louis, durch die Vielzahl der Beiträge sehr viel Zeit und Arbeit abverlangt. Zeit und Arbeit die wir gerne investierten. Mein Dank gilt den Autorinnen und den Autoren sowie der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern für ihre Bereitschaft an diesem Buch mitzuwirken. Ebenso bedanke mich bei Herrn Dieter Burgard (Wittlich), der Kulturstiftung Rhein-Nahe sowie bei unserem Ehrenmitglied Herrn Dr. Peter Frey und der Körber-Stiftung für die finanzielle Unterstützung. Dass wir eine schöne und auch aussagestarke Karte mit den Orten des Geschehens einfügen konnten, verdanken wir dem Referat Liegenschaftskataster, Geotopografie und Grundstückswertermittlung des rheinland-pfälzischen Innenministeriums. Auch dafür herzlichen Dank. Der schönste Lohn für die Arbeit aller Beteiligten wäre aber eine große Verbreitung dieses Buches in den Gemeinden über die berichtet wurde.

Bingen am Rhein, im Juni 2022

Hermann-Josef Gundlach
Vorsitzender Arbeitskreis Jüdisches Bingen



Jüdisches Leben in Bacharach

von Dagmar Aversano-Schreiber

GRUSSWORT



Die Stadt Bacharach blickt auf eine reiche Geschichte jüdischen Lebens zurück. Eine „Juden-schule“ wird zwar erst 1406/1407 erstmals erwähnt, es ist jedoch davon auszugehen, dass sie bereits im 12./13. Jahrhundert vorhanden war. Die Ritualmordlegende um Werner von Oberwesel 1287 und die darauffolgenden Pogrome im Rheintal geben uns aber auch heute noch die Verantwortung mit, zu erinnern und zu gedenken. Gemeinsam mit dem Theater Willy Praml, Frankfurt, organisieren die Stadt Bacharach und der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal daher zum nunmehr vierten Mal das Theaterfestival „An den Ufern der Poesie“, das unter anderem einen Schwerpunkt auf jüdisches Leben in Bacharach setzt. In Inszenierungen von Stücken wie „Der Rabbi von Bacherach“ von Heinrich Heine, werden die Themen Antisemitismus und Verfolgung aufgenommen. Zudem wird in diesem Jahr ein Ausstellungsparcours zum Jüdischen Leben im Mittelrheintal mit dem Thema „Verluste“ in Bacharach und Oberwesel präsentiert.

An dieser Stelle möchte ich besonders auf die vorbildliche Arbeit des Bauverein Wernerkapelle hinweisen. Durch die erfolgte Aufarbeitung der Geschichte der Wernerkapelle unter dem Motto „Toleranz“, wurde in den vergangenen Jahrzehnten ein Mahnmal geschaffen, das für den interreligiösen Austausch steht und Bacharach in einer besonderen Verantwortung sieht. Dieser gerecht zu werden, die historische Bedeutung des jüdischen Lebens in Bacharach aufzugreifen und Verfolgung, Fremdenhass, Antisemitismus, Diskriminierung, Hetze, Rechtsradikalismus und Gewalt ungeschminkt darzustellen, ist Auftrag und Ziel. Damit wird die geschichtliche Verantwortung ins heutige Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger geholt, macht uns zum Teil einer zu führenden Auseinandersetzung mit dem hier und heute.

Bereits 2014 wurden „Stolpersteine“ zur Erinnerung an ermordete Jüdinnen und Juden in der NS-Zeit im Stadtgebiet verlegt. Trotz des bisher geleisteten Engagements und der Erinnerungsarbeit, ist es dennoch auch weiterhin von enormer Wichtigkeit, die Geschichte jüdischen Lebens im Mittelrheintal zu untersuchen und zu erforschen. Werke wie dieses leisten hierzu einen enormen Anteil und lassen uns unsere Verantwortung spüren.

Über jüdisches Leben in Bacharach im Mittelalter und der frühen Neuzeit existieren kaum zusammenhängende Informationen. Nur punktuell werden in alten Akten Namen und Ereignisse genannt, die Rückschlüsse auf die Anwesenheit von jüdischen Bürgern zulassen. Sicher wurden auch viele Dokumente beim großen Brand in Bacharach 1872 vernichtet, von dem auch das alte Rathaus betroffen war.

Philipp Rahn
Stadtbürgermeister Bacharach

VOM MITTELALTER BIS IN DIE NEUZEIT

Mit den römischen Legionen kamen auch jüdische Händler und Soldaten ins Rheinland. Die in Bingerbrück gefundenen Grabmäler bezeugen dies. Zur Zeit Karls des Großen entstanden entlang der alten Handelsrouten an Rhein und Mosel zahlreiche jüdische Gemeinden, so in Mainz, Speyer und Worms, in Trier, Köln, Koblenz, Boppard, Oberwesel und Bingen. Dass es auch in Bacharach Juden gab, belegt die Erwähnung von drei jüdischen Familien, die 1146 aufgrund von Übergriffen im Kontext des zweiten Kreuzzugs in die Burg Stahleck flüchteten, wo ihnen Pfalzgraf Hermann Schutz gewährte. Als der Gelehrte Alexandri ben Mose, Abraham ben Samuel und Kalonymos ben Mordechai die Burg verließen, wurden sie von Kreuzfahrern getötet. Die Vorfahren des letzteren stammten aus Mainz. Im Mittelalter unterhielten die Bacharacher Juden enge Beziehungen zu ihren Glaubensgenossen in Lorch sowie in Köln. Um 1200 erhielt der Bacharacher Rabbiner David ben Schealtiel ein Schreiben seines Lehrers Elieser ben Joel HaLevi, Rabbiner in Köln und zeitweise auch in Lorch und Bacharach, in dem sich dieser beklagte, dass die Juden in Lorch gegen die Vorschriften für das Weinkeltern verstießen. Dies zeigt, dass die Juden nicht nur als Händler tätig waren, sondern auch Weinbau betrieben. Zwischen 1255 und 1260 lebte der Rabbiner Levi ben Gerschom mit seiner Frau

Zipporah, der Tochter des Bacharacher Rabbiners David, in Bacharach. Später siedelten sie nach Lorch über und erwarben ein Haus in Köln. Als Besitzer eines Gebetbuches aus der Mitte des 13. Jh. wird Jehuda ben Salomo Selklen Bacharach genannt. 1283 wurden in Bacharach – ausgelöst durch Ritualmordbeschuldigungen in Mainz – 26 Juden erschlagen, darunter zwei Talmudschüler und ein Junge, dessen Vater einige Jahre zuvor in Lorch ermordet worden war sowie Joseph, der Sohn des Rabbiners David. Im April 1287 fand man auf einem Feld vor den Toren Bacharachs die Leiche eines Jugendlichen, der offensichtlich eines gewaltsamen Todes gestorben war. Es handelte sich um den in Womrath geborenen Knaben Werner, der sich als Tagelöhner durchs Leben schlug. Man bahrte seinen toten Körper drei Tage öffentlich auf und bestattete ihn schließlich ehrenvoll in der alten Kunibertkapelle über Bacharach. Schon bald ging das Gerücht um, Oberweseler Juden hätten ihn ermordet, was zu furchtbaren Pogromen im Rheinland führte. Bacharach war davon nicht betroffen, denn seit dem letzten Pogrom im Jahr 1283 lebten dort keine Juden mehr. Wunder, Krankenheilungen und eine geschickte Vermarktung seiner Person führten dazu, dass Werner künftig wie ein Heiliger verehrt wurde, auch wenn er offiziell nie heiliggesprochen wurde. Wallfahrer pilgerten zu seinem Grab, was der Kirche reiche Einkünfte bescherte. Um die alte Kunibertkapelle herum wurde bereits Ende des 13. Jh. die sogenannte Wernerkapelle erbaut. Heinrich Heine greift in seinem Romanfragment von 1840 „Der Rabbi von Bacherach“ dieses Thema auf. Schon bald nach diesen Ereignissen müssen sich wieder Juden in der Stadt angesiedelt haben, denn als König Ludwig der Bayer 1316 die Stadt an Erzbischof Balduin von Trier verpfändete, erklärte er ausdrücklich die Einbeziehung der in Bacharach lebenden Juden in das Abkommen. 1337 und das Pestjahr 1349 lösten aufgrund der Anschuldigung einer angeblichen Brunnenvergiftung wieder Pogrome aus. Im selben Jahr fanden aus Würzburg geflüchtete Juden Aufnahme in Bacharach. Eine 1309 verfasste Handschrift des Sefer Mitzwot Katan, dem kleinen Buch der Gebote, gehörte vor 1363 einem Joseph (...) Bacharach. Überhaupt deutet der Nachname Bacharach darauf hin, dass die Vorfahren genau aus diesem Ort kamen. Pfalzgraf Ruprecht I. gewährte den aus Worms und Speyer geflüchteten Juden in Heidelberg Schutz. Er tat dies aus Überzeugung, auch wenn sein Handeln nicht ganz uneigennützig war, konnte er damit doch Einnahmen generieren. Für Bacharach sind mehrmals Schutzjuden bezeugt. So gewährte Pfalzgraf und Kurfürst Ruprecht I. 1365 dem Juden Liepmann Duffel aus Mainz und seiner Familie fünf Jahre Schutz in Bacharach gegen ein jährliches Schutzgeld von 8 fl. (florin/Gulden). Außerdem durften sich Salman aus Karden und Sanwel aus Mayen für 10 fl. unter kurpfälzischen Schutz stellen, wenn sie sich in

Bacharach ansiedelten. Im Falle eines Umzugs wäre eine „Strafgebühr“ von 40 fl. fällig gewesen. 1367 wurde der Sohn des Juden Mann von Worms in Bacharach für drei Jahre gegen eine jährliche Zahlung von 20 fl. in Schutz genommen. 1370 wurde derselbe für weitere vier Jahre gegen ein jährliches Schutzgeld von 30 fl. aufgenommen. Samson aus Fritzlar zahlte 10 fl., Gumplin von Würzburg zahlte 20 fl. und auch Meier von Limburg durfte sich in Bacharach niederlassen. Weiterhin gab es Zuzüge aus Fritzlar, Heidelberg und Ahrweiler. 1371 wurde Islin von Fulda für 15 fl. im Jahr aufgenommen, 1378 ein Jude aus Sobernheim. Ruprecht I., der sich auch bei den Frankfurter und Straßburger Juden bedeutende Geldsummen geliehen hatte, um sein Territorium zu vergrößern, starb im Jahr 1390. Sein Tod beendete diese liberale Phase. Sein Neffe und Nachfolger, Ruprecht II., vertrieb die Juden aus seinem Land und nahm ihnen ihr Eigentum. Auch die Bacharacher Juden wurden vertrieben, ihre Synagoge ging in christlichen Besitz über. Sein Sohn, Ruprecht III., führte die Politik seines Vaters im Großen und Ganzen weiter, verfolgte die Juden jedoch nicht so hartnäckig, da er ihr Geld zu schätzen wusste. Er führte den goldenen Opferpfennig und eine „halbe“ Judensteuer ein. Überhaupt war man im Erfinden von Abgaben in der Folgezeit sehr kreativ, wie der spätere Wegezoll, den die Juden für jede in der Kurpfalz zurückgelegte Wegmeile zahlen mussten, beweist. Mit Unterbrechungen lebten auch im 15. Jh. Juden in Bacharach. 1406 und 1407 werden eine Judenschule und eine Synagoge erwähnt. Die Synagoge war den Juden vermutlich wieder restituiert worden. 1424 nahm Pfalzgraf Ludwig die Familien von Seligmann und Gottschalk aus Bacharach in Niederingelheim auf. Pfalzgraf Friedrich I. kündigte den Juden 1469 Schirm und Geleit auf und verbot den Handel mit ihnen. Auch sein Nachfolger Philipp und dessen Sohn Ludwig V. schienen eine ähnliche Politik betrieben zu haben. Dennoch wird 1474 eine Judengasse in Bacharach erwähnt. Ein abgeschottetes Ghetto, wie in manchen anderen Städten, gab es jedoch nicht. Das sieht man daran, dass es 1490 immerhin 27 von Nichtjuden bewohnte Häuser in der Judengasse gab. 1510 durfte sich Jonas gegen eine jährliche Zahlung von 15 fl. in Bacharach niederlassen. 1514 wurde er von neuem für zwei Jahre aufgenommen und musste neben den 15 fl. noch 14 fl. Lösegeld zahlen, da er ein Jahr zuvor in Haft gewesen war. 1543 gab es in vielen kurpfälzischen Orten wieder Juden. Ludwig V. pflegte ein gutes Verhältnis zu ihnen. Man schätzte die geschäftlichen Beziehungen mit ihnen. Ende des 15. Jh. sind neben Pfandleihern und Zwischenhändlern Ärzte, Veterinäre und andere Berufe vertreten. Hypotheken wurden allerdings auch vom christlichen Bürgertum vergeben, auch große Klöster verliehen zu günstigen Konditionen Geld. Zahlreiche Schuldurkunden des Augustinerinnenklosters zu

Kamp aus dem 15. und 16. Jh. sind erhalten. Darin sind auch Schuldner aus den Viertälern aufgelistet. Unter den Regenten der zweiten Hälfte des 16. Jh. wurde die Situation für die jüdische Bevölkerung wieder schwieriger, man konnte aber auf ihren wirtschaftlichen Beitrag nicht verzichten. 1571 wurde Jakob von Bacharach, der in Ehrenbreitstein wohnte, vom Erzbischof mit der Einziehung des Jahreszinses von den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde beauftragt. Nach dem Dreißigjährigen Krieg war das Land ausgeblutet. Die Zerstörungen und die Bevölkerungsverluste waren hoch, die wirtschaftliche Struktur war zusammengebrochen, daher förderte Kurfürst Karl Ludwig die Zuwanderung von Handwerkern und Gewerbetreibenden gleich welcher Religion, um durch deren Fähigkeiten und Steuern das Land wieder aufzubauen. Er erließ 1662 eine Judenverordnung: Sämtlichen Schutzjuden in der Kurpfalz wurde der Schutz um vier Jahre verlängert, sie durften sich überall aufhalten, durften Immobilien kaufen, Häuser bauen und in jedem Ort einen Friedhof anlegen. Verheirateten Kindern war es erlaubt, noch bis zu einem Jahr nach der Heirat – ohne Schutzgeld zu entrichten – bei ihren Eltern zu wohnen. Diese Verordnung war so ziemlich das genaue Gegenteil der vom Kurfürst Erzbischof Johann Philipp von Schönborn in Mainz erlassenen Judenverordnung. Dort machten die christlichen Weinhändler und Krämer Druck, um die Konkurrenz der Juden zurückdrängen. Die Vergünstigungen von Ludwig kosteten Geld, das auch die Juden nicht immer zur Verfügung hatten. So kamen sie mit ihren Zahlungsverpflichtungen in Verzug und kurpfälzische Beamte versuchten, die ausstehenden Gelder einzutreiben. So meldete der Bacharacher Zollschreiber 1674, dass die unterlassene Zahlung nicht die Schuld der ortsansässigen Juden sei. Für die folgenden Jahre liegen keine Informationen vor. Erst 1775 wird wieder ein in Bacharach ansässiger Jude namens Feist Joel genannt, der arm und hoch verschuldet war, weswegen die Stadt seine Mobilien verpfändete und versteigern wollte. Allerdings fand sich kein Bieter. Aus einer Zusammenstellung vom 24. März 1794 geht hervor, dass 1793 vier Juden in Bacharach lebten. Eine Auflistung aus dem Jahr 1808 für das Département Rhin-et-Moselle nennt sechzehn Juden in Bacharach und fünf in Steeg. 1822 waren es im Amt Bacharach bereits achtundvierzig Personen. Die jüdische Gemeinde wuchs stetig. 1858 lebten hier zweiundsechzig Personen, 1895 war die Gemeinde wieder auf fünfunddreißig Mitglieder geschrumpft.¹

1 *Karl-Ernst Linz*: Die Bacharacher Juden bis 1680 und ihre soziale Stellung vor dem Hintergrund des religiösen und wirtschaftlichen Denkens in der Kurpfalz, in: Rhein-Hunsrück-Kalender, Nr. 56, Simmern 2000, S. 82–90; *Karl Heinz Debus*: Die Geschichte der Juden in Bacharach, in: Friedrich-Ludwig Wagner: Bacharach und die Geschichte der Viertälerorte Bacharach, Steeg, Diebach und Manubach, hrsg. vom Verein für die Geschichte der Stadt Bacharach und der Viertäler e. V., Bacharach 1996, S. 319–326; Sehr ausführlich und empfehlenswert zu Werner von Oberwesel: *Walter*

DAS 20. JAHRHUNDERT

Über die Ereignisse des 20. Jahrhunderts sind wir sehr gut unterrichtet. Der Heimatkundler Frank Zimmer berichtete in seinem Beitrag zu Diktatur und Krieg in Bacharach in dem 1996 vom Verein für die Geschichte der Stadt Bacharach und der Viertäler herausgegebenem Werk von Friedrich-Ludwig Wagner: „Bacharach und die Geschichte der Viertälerorte“ von der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Herrschaft in Bacharach. Heinrich Stüber ging in den Heimatblättern des Geschichtsvereins im Jahr 2009 detailliert auf die Juden in Bacharach während des Dritten Reiches ein und in seinem Buch über die Burg Stahleck auf die Burg unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Friedrich G. Paff, dessen Onkel in Hadamar vergast wurde, hat sich schon früh in seinen Werken, ganz besonders in der „Hexe von Bacharach“, mit diesem Thema literarisch auseinandergesetzt.² Das Bundesarchiv in Koblenz hat auf seiner Homepage ein Gedenkbuch für die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Deutschland für die Jahre 1933 bis 1945 eingerichtet. Dort finden sich die Namen aller bekannten Opfer.³ Eine solche Seite gibt es auch auf der Homepage der israelischen Gedenkstätte yad vashem,⁴ die aber teilweise wieder auf das deutsche Gedenkbuch zurückgreift. Manche Daten und Aussagen sind widersprüchlich oder falsch. Gründliche Recherchen konnten dies korrigieren. Manche Rätsel blieben dennoch ungelöst und können vielleicht erst in der Zukunft gelöst werden. Der folgende Text versucht, einen kurzen Überblick über die Ereignisse jener Epoche zu geben.

Karbach: Werner von Oberwesel: Ritualmordlüge und Märtyrerkult. Über den „Guten Werner“, bestattet 1287 zu Bacharach, Trier 2020; *Doris Spormann*: Die Wernerlegende – ihre geschichtliche Grundlage und der Wernerkult, in: Hansensblatt Nr. 60, Juli 2007, hrsg. vom Hansennorden e. V., St. Goar, S. 51ff.

- 2 *Frank Zimmer*: Diktatur und Krieg – Bacharach von 1933 bis 1945, in: Friedrich-Ludwig Wagner: Bacharach und die Geschichte der Viertälerorte, Bacharach 1996, S. 187ff. Außerdem interessant: *Rolf Jung/Reinhold Maus/Herbert Zahn/Walter Zahn*: ...vor 50 Jahren. Kriegereignisse im Amt Bacharach 1939–1945, hrsg. vom Verein für die Geschichte der Stadt Bacharach und der Viertäler e. V., Bacharach 1995; *Heinrich Stüber*: Juden in Bacharach 1933 – 1945, in: Heimatblätter zur Geschichte der Stadt Bacharach und der Viertäler e. V., hrsg. vom Verein für die Geschichte der Stadt Bacharach und der Viertäler e. V., Nr. 34, Bacharach Oktober 2009, S. 18ff.; *Heinrich Stüber*: Burg Stahleck über Bacharach. Von der Stauferburg zur Jugendherberge, hrsg. vom Verein für die Geschichte der Stadt Bacharach und der Viertäler e. V., Bacharach 2004; *Friedrich G. Paff*: Die Hexe von Bacharach, Rossdorf 1983.

3 <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/>

4 <https://www.yadvashem.org>

Die israelische Institution hat sich die Erinnerung an die jüdischen Märtyrer und Helden zur Aufgabe gemacht. Yad vashem ist die englische Transkription von jad va shem, was wörtlich Hand und Name bedeutet. Der Begriff ist dem Buch des Propheten Jesaja (Kap. 56, Vers 5) entnommen, in dem das hebräische Wort jad Denkmal bedeutet. „Ihnen allen errichte ich in meinem Haus und in meinen Mauern ein Denkmal. Ich gebe ihnen einen Namen, der mehr wert ist als Söhne und Töchter. Einen ewigen Namen gebe ich ihnen, der niemals getilgt wird.“

1925 waren vierunddreißig Personen jüdischen Glaubens in Bacharach ansässig. Wie alle Juden der Rheinlande unterstanden auch die Bacharacher Juden dem israelitischen Konsistorium in Bonn, dennoch gehörten sie keiner Synagogengemeinde an, wie aus einem Brief des Landrates St. Goar vom 23.12.1927 hervorgeht. Auch der preußische Landesverband jüdischer Gemeinden Berlin weist in einem Brief vom 24.9.1931 an den Landrat St. Goar darauf hin, dass es in Bacharach seit „weit über 100 Jahren“ eine Synagoge und einen Friedhof gäbe. Es sei also unwahrscheinlich, dass Bacharach keiner Synagogengemeinde angehöre, wie es der Paragraph 35 des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 vorschreibe. In seinem Brief an Berlin vom 7.11.1931 erklärt der Landrat, dass im Bezirk der Stadt Bacharach 36 Juden leben, darunter 6 schulpflichtige Kinder. Carl Eichberg, Vorsteher der Juden in Bacharach, bestätigte damals, dass Bacharach keiner Synagogengemeinde und auch keiner Filialgemeinde angehöre. Im Januar 1932 erwog der Landrat die rechtliche Selbständigkeit von Boppard und Oberwesel sowie die Neuentwicklung von Synagogengemeinden in St. Goar und Bacharach. Die politischen Verhältnisse des Jahres 1933 verhinderten dies aber. Aus dem Jahr 1937 ist die letzte freie Satzung der Synagogengemeinde Oberwesel erhalten. Die Gemeinden Bacharach, Steeg, Oberheimbach, Niederheimbach, St. Goar, Werlau und Hirzenach waren nun als Gliedgemeinden in die Synagogengemeinde Oberwesel eingebunden. Aufgrund der Auswanderung war eine Eigenständigkeit von Bacharach und St. Goar nicht möglich. Die Satzung enthält neue Passagen über den Heimfall des Vermögens an die Synagogengemeinde für den Fall, dass in den einzelnen Spezialgemeinden keine Juden mehr wohnen. Diese Satzung konnte jedoch nicht mehr erfüllt werden. Mit dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28. März 1938 verloren die jüdischen Kultusvereinigungen mit Ablauf des 31.3.1938 ihre Stellung als Körperschaften des öffentlichen Rechts und erhielten lediglich Vereinscharakter. Im Juli 1938 teilte der Regierungspräsident mit, dass er die Satzung vom 23.9.1937 genehmige, hinsichtlich der neuen Rechtslage aber die Eintragung ins Vereinsregister nachzuholen sei. Als im November 1938 die Synagogen brannten, waren die Synagogengemeinden rechtlich praktisch vogelfrei. Sie hatten den Rechtsstatus nicht eingetragener Vereine und keine rechtswirksamen Satzungen.⁵ Die Juden von Bacharach wurden mit denen von Kaub laut der Kauber Ortschronik seit dem 16. Jh.,

5 Landeshauptarchiv Koblenz, Bestand 613 Nr. 1635 Brief an den Landrat St. Goar vom 7.1.1931; *Doris Spormann*: Die Synagogengemeinden in St. Goar und Oberwesel im 19. und 20. Jahrhundert, in: Beiträge zur jüdischen Geschichte in Rheinland-Pfalz, hrsg. von Matthias Molitor und Hans-Eberhard Berkemann, 2. Jahrgang, Heft Nr. 3, Bad Kreuznach 1992, S. 22ff.

spätestens aber seit 1690 auf dem Friedhof „Am Schloßberg“ beerdigt. 1797 beantragte man, diesen zu beseitigen. 1805 konnte Marx Samuel ihn ersteigern und so konnte er von der Israelitischen Bruderschaftsgemeinde Bacharach, die für die Beerdigungen zuständig war, weiter genutzt werden. Seit 1842 sind in Kaub keine Juden mehr belegt. Daher wurden vermutlich seit der Mitte des 19. Jh. die Bacharacher Juden gemeinsam mit den Oberheimbachern im dortigen „Judensand“ beigesetzt. 1904 konnte Siegfried Sommer keine Angaben mehr zur Belegung des Kauber Friedhofs machen. Er wusste nur, dass er „seit Menschengedenken“ nicht mehr benutzt worden war, nach jüdischem Gesetz niemals veräußert werden durfte und nur 150 qm groß war. 1890 wurde die Begräbnisstätte der jüdischen Kultusgemeinde Bacharach eröffnet. Sie liegt nordwestlich von Rheindiebach und zählt – wie der anliegende allgemeine Friedhof von Bacharach – zur Oberdiebacher Gemarkung. Das Areal wurde bis 1935 belegt, es haben sich lediglich drei Grabsteine aus Granit bzw. Sandstein erhalten, nämlich der Grabstein für Levy Halle, Rosa Levy, geborene Meyer und Abraham Keller.⁶

Empfehlenswerte Geschäfte in Bacharach		
Joseph Keller Regarri – Wurstfabrik	Lorenz Eichel Kolonialwaren	Stephan Eck Essiger- und Vollergerichte
Willi Hauser Reib- und Schweine-Fleggerel	Hermann Conrad Kaffee – Tee – Kakao	Hans Müller Essiger- und Vollerwaren
Joh. Schnell Wäscel – Kosmetik	L. Halle Öl- und Gemüse	Carl Eichberg Hilfsanhandlung
Stephan Stüber Kolonialwaren, Fische, Del	Heinrich Mauer Schornsteinfeger, Öle, Wägen	Gustav Dehent Ölhandlung
Fritz Corell Kolonialwaren, Röhre, Seife, Kaffee	Ferdinand Dieß Öle – Wägen – Schirme	Philipp Jost Haus- und Küchengeräte
Ernst Jäger Kolonialwaren – Feinstoff	Siegfried Sommer Manufakturwaren – Kosmetik	Willi Sondheimer Arztic, Alle Toilettenartikel
Johann Klein Kosmetik	Kaufhaus Leininger Manufakturwaren – Kosmetik	Franz Barth Arztic, Alle Toilettenartikel
Anna Paff Kolonialwaren – Rauchwaren	J. Leininger Kurz-, Weiß- und Holzwaren	Karl Borniger Schreib- und Spielwaren
Jak. Herter Wwe. Kolonialwaren	Karl Müller Kurz-, Weiß- und Holzwaren	H. W. Mades Schreib- und Spielwaren
Ernst Adrian Kolonialwaren – Wäse	Heinrich Niebel Schuhwaren	Karl Mai Stiefel, Bedarfartikel, Lampen
Geschw. Mades Kolonialwaren	Adam Lehninger Schuhwaren	Gebrüder Bungereit Häuterei – Schirmhandlung
	Ernst Praß Schuhwaren	

In obigen Geschäften beste Verlesung. – Kuchern erhalten Sie beim Einkauf von je 50 Ulg. eine Speckkarte.
Sammelt Sparmarken, Sie bringen Euch Gewinn!

Hier werden die Geschäfte von Joseph Keller, L. Halle, Siegfried Sommer und Carl Eichberg genannt, aus: Bacharacher Nachrichten, Anfang der 1930er Jahre (Stüber, S. 18).

6 Stüber; Kulturdenkmäler in Rheinland-Pfalz Band 18.1, Kreis Mainz-Bingen, bearb. von Dieter Krienke, Worms 2007, S. 586; Spormann, Synagogengemeinden; Doris Spormann: Der Stein schreibt aus der Mauer – Die Reste des jüdischen Friedhofs in Kaub, in: Heimatblätter zur Geschichte der Stadt Bacharach und der Viertäler, hrsg. vom Verein für die Geschichte der Stadt Bacharach und der Viertäler e. V., Nr. 51, April 2018.

Die Juden waren im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben Bacharachs fest verankert. Die Familien Eichberg, Sommer, Halle, Wolff und Keller führten Metzgereien, Obst- und Gemüseläden, trieben Textil- und Eisenwarenhandel etc. Sie waren Eigentümer mehrerer Häuser in Bacharach und engagierten sich in Verbänden und Vereinen.



Ganz links im Bild mit Frack und hoher Kopfbedeckung Max Halle (Foto: Besitz Udo Borniger).



Untere Reihe, ganz rechts im Bild: Das erste sitzende Mädchen ist Lotte Sommer, evangelische Volksschule, ca. 1937 (Foto: Besitz Udo Borniger).



Ludwig Baum (Foto: Homepage yad vashem, Israel).



Waffen aus dem Besitz des Metzgers Ludwig Baum (Besitz Thomas Gundlach).

Der Metzger Ludwig Baum war Mitglied im Kriegerverein und trug am 12. März 1933 bei der Beisetzung des Weinhändlers Heinrich Müller, Mitinhaber der Großkellerei Jeiter & Müller, die Orden des Verstorbenen auf einem Kissen ausgebreitet dem Sarg voran.⁷

Ressentiments und Sticheleien gab es dennoch: Interessant ist ein Eintrag in der Bürgermeisterchronik im Jahr 1931: „Beim Karneval greift der Eisenhändler Eichberg den Leiter der Verwaltung im Stüber'schen Lokal in ungezogener Weise unter Namensnennung an, spricht von „Kofferpacken“ pp und scheint ganz vergessen zu haben, daß man gerade seinem Volk Israel früher einmal in Ägypten dasselbe empfohlen hat und dies auch durchgedrückt hat und daß ausgedehnte Kreise in Deutschland diesem heute mit derselben Wertschätzung begegnen. Aber die Frechheit gewisser Kreise bestätigt nur, wie wenig diesen gegenüber falsche Sentimentalität angebracht ist und erklärt es, weshalb man im Mittelalter mit solchen Burschen wenig Federlesens machte, wenn sie sich den religiösen Bräuchen anderer und Staatseinrichtungen gegenüber Frechheiten heraus nahmen oder gar einen Christen einfach beseitigten, wenn er ihren Unwillen erregt hatte, wie das bei St. Werner der Fall gewesen sein soll. Übrigens ist noch durch einen Stadtverordneten als glaubwürdigen Zeugen

⁷ Stüber, S. 20.

festgestellt worden, daß Eichberg diesem erklärt hat, er hätte in der Synagoge seine Glaubensgenossen dazu bestimmt, fortan nicht mehr bei dem (Christen) Borniger (Buchhändler) zu kaufen. (B. liegt seit Monaten krank im Bett). Kein Wunder, daß dem E. kürzlich Hakenkreuze und Epittreta ornantia an das Haus geschmiert worden sind. Nach Aussagen des Beigeordneten Bastian hat E. auch öffentlich erklärt, ihm könnte keiner, da er alle Landwirte im Buch hätte.“⁸ Noch blieb es bei verbalen Auseinandersetzungen, dies sollte sich bald ändern.

BACHARACH UNTER DEM HAKENKREUZ

Adolf Hitler, der als Soldat am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, trat 1919 der damals noch unbedeutenden Deutschen Arbeiterpartei bei. Schon bald avancierte er zu ihrem Führer und formulierte die rassistischen und antisemitischen Grundlagen im Parteiprogramm. Schon damals forderte er den Ausschluss der Juden von der Staatsbürgerschaft. Für ihn waren die Juden der „Parasit im Körper anderer Völker“. Ein Putschversuch in München 1923 scheiterte und hatte seine Inhaftierung zur Folge. Im Gefängnis schrieb Hitler sein Manifest „Mein Kampf“. Nach seiner Freilassung organisierte er die Gruppierung unter dem Namen „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ neu. Die internationale Wirtschaftskrise trug zum Aufschwung der NSDAP bei, die im Juli 1932 mit 230 Abgeordneten zur größten Fraktion und einer dominanten politischen Kraft wurde. Die Partei, die mit demokratischen Mitteln an die Macht gekommen war, sollte bald alles dafür tun, um die Demokratie abzuschaffen. Am 30. Januar 1933 ernannte Präsident Paul Hindenburg Adolf Hitler zum Kanzler. Auch die Bürgermeisterchronik von Bacharach berichtet über diese Ereignisse: „Glückauf für 1933, das hoffentlich einen langsamen Fortschritt des sich doch bemerkbar machenden Wiederaufstiegs aus Not und Elend bringt.“ „Die zweite Hälfte Februar steht im Zeichen des Wahlkampfes. Im Reich weht sehr scharfe Luft von rechts, die Parole lautet: Ausrottung des Kommunismus mit Stumpf und Stiel, Bekämpfung des Marxismus!“ Bei der Reichstagswahl im Stadtbezirk am 5. März 1933 entfielen von 1177 Stimmen 629 Stimmen auf die Nationalsozialisten. Auf die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot entfielen 169 Stimmen. Bei der Landtagswahl war das Ergebnis ähnlich. Kommentar des Bürgermeisters Kuno Berger: „Mit

8 Bürgermeisterchronik zum Jahr 1931. Eintrag von Bürgermeister Dr. Boeck, der am 12. Juli desselben Jahres starb (Archiv des Vereins für die Geschichte der Stadt Bacharach und der Viertäler e. V.).

diesen Wahlen haben die hinter der Regierung Hitler stehenden Parteien im Reichstag und im Landtag die absolute Mehrheit und die nationale Revolution ist siegreich durchgeführt.“⁹ Am 21. März 1933 trugen alle Häuser in Bacharach reichen Fahnen Schmuck. Alle Vereine der Stadt und die Schuljugend unter Führung der nationalen Verbände SA und Stahlhelm traten zum Fackelzug an. „Schlussakt auf dem Marktplatz, daselbst längere Ansprache des Bürgermeisters Berger, die in das Hoch auf Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Adolf Hitler und das deutsche Vaterland ausklang. Das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied beschlossen die Feier.“¹⁰

Um das heutige Vorgehen der NSDAP in rechtem Bilde zu sehen und daselbe zu verstehen, gehört einige Kenntnis von Begebenheiten, wie sich solche allenthalben, so auch in Bacharach, in den letztvergangenen Jahren zugetragen haben.

Zum Beispiel: Bacharacher Juden, Carl Eichberg und Herbert Sommer, haben Bacharacher Gewerbetreibenden 1930 abverlangt, Angestellte und Lehrlinge wegen ihrer nationalsozialistischen Einstellung zu entlassen, da andernfalls die Geschäftsverbindungen mit den betr. Unternehmen abgebrochen würden. Einige Gewerbetreibende kamen diesem Ansinnen nach. Andere aber, da sie dieser Aufforderung aus geschlichen und moralischen Gründen nicht entsprachen, wurde mit Entziehung der Geschäftsverbindung gedroht und als Folge die Boykottierung rücksichtslos bis heute durchgeführt.

Auch den „Bacharacher Nachrichten“ wurde wiederholt angedroht, falls sie sich nicht in den Dienst dieser Juden stellten, so fiel das Unternehmen der Vernichtung anheim.

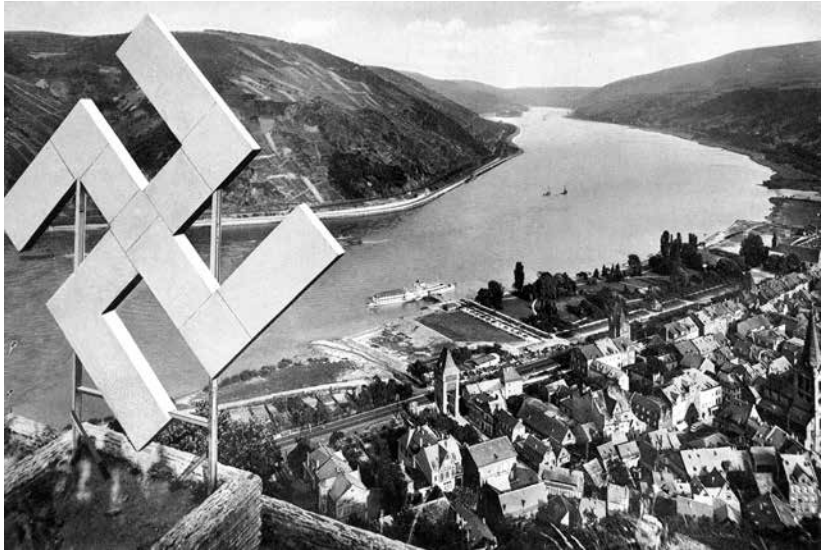
Das alte Sprichwort hat mal wieder recht behalten: „Wie man in den Wald ruft, so schallt es wieder heraus!“

Bacharacher Nachrichten vom 17. März 1933 (Besitz Udo Borniger).

9 Bürgermeisterechronik zum Jahr 1933. Kuno Berger wohnte in der Langstraße. Eine noch lebende Zeitzeugin erinnert sich, dass einer seiner Söhne bei der Marine war, der andere war mit der Tochter einer Halbjüdin aus Bacharach verheiratet. Seine Schwiegermutter, eine wohlhabende Geschäftsfrau aus Bacharach, sei im Keller des evangelischen Gemeindehauses in einem Holzfass vor den Nationalsozialisten versteckt worden (Mitteilung von Ulla Büttner).

10 Bürgermeisterechronik zum Jahr 1933: Transkription eines Zeitungsausschnitts zum „Tag von Potsdam“.

Schon bald wollten einige Bacharacher Bürger ihrer Begeisterung für den neuen Mann an der Spitze Ausdruck verleihen. So schlug auf der Stadtverordnetenversammlung am 28. April 1933 Bürgermeister Berger vor, der Anregung der Ortsgruppe der NSDAP und der Stadtverwaltung entsprechend „den schönsten, von der Natur gegebenen Aussichtspunkt auf Bacharach und das Rheintal, den über der besten Weinbergslage *Dem Posten* gelegenen, vorderen Teil der Voigtswiese fortan Hitlerhöhe zu benennen.“ Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einmütig, diesem Vorschlag zu folgen „sodass die genannte Höhe zu Ehren des Führers der nationalen Revolution, des Führers der deutschen Zukunft, des Herrn Reichskanzlers Adolf Hitler fortan den Namen Hitlerhöhe tragen soll.“ Die Reichskanzlei ist mit der Idee einverstanden, und bereits am 12. und 13. August 1933 kann das riesige Hakenkreuz über Bacharach mit einer pompösen Feier eingeweiht werden. Die Kosten von 2.200 Reichsmark werden durch die Ortsgruppe Bacharach und die Stadtverwaltung beglichen. Im darauffolgenden Jahr wurden noch einige Veränderungen vorgenommen und ein Zufahrtsweg angelegt.¹¹



Bacharach unter dem Hakenkreuz, Blick von der Hitlerhöhe, heute Heinrich-Heine-Blick (Postkarte im Besitz von Walter Karbach, Trier).

¹¹ Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 613 Nr. 2032. Im Rahmen des Gesamtkonzeptes „Literarisches Stadtbild Bacharach“ wurde auf Betreiben des Bauvereins Wernerkapelle auf der ehemaligen Hitlerhöhe 2011 der Heinrich-Heine-Blick geschaffen.

Auch der Heimatkundler Frank Zimmer weiß Einiges zu dieser Zeit zu sagen: Der Nationalsozialismus setzte sich hier relativ leicht durch. Sozialismus und politischer Katholizismus waren hier nur schwach vertreten. Die Arbeiterbewegung war am industriearmen Viertälergebiet weitgehend vorübergegangen. Die SPD spielte kaum eine Rolle. Das Zentrum als die klassenübergreifende Partei der Katholiken hatte es im überwiegend protestantischen Bacharach nie weit bringen können. In Bacharach gab es vor allem protestantisches Klein- und Ackerbürgertum. Handwerker, Gastwirte, Hoteliers, Schiffer, Ladenbesitzer und Winzer. Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erschien als Ära des prosperierenden Fremdenverkehrs und gesicherten bürgerlichen Wohlstandes. Wessen Ersparnisse die Inflation der frühen zwanziger Jahre aufgezehrt hatte, wen die tiefe Wirtschaftskrise um Kundschaft und Arbeit gebracht hatte, der hatte keinen Blick mehr für die demokratischen Errungenschaften der Weimarer Republik. Die Nationalsozialistische Machtergreifung ging hier reibungslos vonstatten. Der seit 1931 amtierende Bürgermeister Kuno Berger blieb ebenso im Amt wie der St. Goarer Landrat Dr. Statz. Beide traten in die NSDAP ein. Die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker gingen in der Stadtratswahl am 12. März 1933 mit der NSDAP eine Listenverbindung ein, und nach der Auflösung der übrigen Parteien schlossen sie sich als Hospitanten oder offizielle Mitglieder den neuen Machthabern an. Die Eröffnung des neuen, von den Nazis beherrschten Reichstages am 21. März 1933 wurde hier wie ein Volksfest zelebriert, mit „Freudenfeuern“ auf den Rheinhöhen und einem Fackelzug durch die Stadt. Alle öffentlichen Organisationen, Verbände und Vereine wurden entweder aufgelöst oder gleichgeschaltet. Die herkömmlichen Jugendbünde, so z. B. die in Bacharach beliebten „Nerother Wandervögel“, verschwanden. An ihre Stelle trat die Hitler-Jugend, Jungmädelsbund und der Bund Deutscher Mädel.¹² Die Bacharacher Geschäftswelt begann schnell, mit dem Hakenkreuz über der Stadt Werbung zu treiben. Ein wirtschaftlicher Aufschwung setzte ein.¹³ Das Ziel der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik war die größtmögliche Reduzierung von ausländischer Wareneinfuhr und inländischem Devisenabfluss. Die deutsche Volkswirtschaft sollte von Importen weitgehend unabhängig werden, deutsches Kapital sollte im Lande bleiben. Großangelegte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Wohnungs- und Straßenbau drückten die Arbeitslosenquoten und förderten die Infrastruktur. Bis 1936 herrschte beinahe Vollbeschäftigung. Auch der Fremdenverkehr erfuhr einen Aufschwung. Man erweiterte die Jugendburg Stahleck und weihte sie am 20.

¹² Zimmer, S. 187ff.

¹³ Zimmer, S. 189ff.; Franz Josef Heyen: Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz – Koblenz – Trier, Koblenz 1985.

Oktober 1935 mit einer feierlichen Neueröffnung ein.¹⁴ Der wirtschaftliche Aufschwung ging einher mit der zunehmenden Bedeutung Bacharachs als Verwaltungsmittelpunkt. Seit 1934 leitete Ernst Eberhard von hier die Verwaltung der Ämter Bacharach-Land und Niederheimbach in Personalunion. Nach dem Tod von Bürgermeister Kuno Berger im Januar 1938 nahm Eberhard kommissarisch auch dessen Stelle ein. Seit 1933 war er Kreisdeputierter des Kreises St. Goar. Bis zum offiziellen Zusammenschluss der drei Verwaltungsbereiche war es nur ein kleiner Schritt. Am 1. Oktober 1938 wurden beide Ämter mit der Stadt Bacharach zum Amt Bacharach vereinigt. Erstmals seit dem Ende des 18. Jh., als Bacharach kurpfälzische Oberamtsstadt und 1798 bis 1800 für kurze Zeit Mittelpunkt eines französischen Kantons war, ging die Zuständigkeit der Bacharacher Verwaltung wieder über die mittelalterlichen Grenzen des Viertälergebietes hinaus, nun mussten ca. 7.100 Einwohner betreut werden. Das Rathaus am Marktplatz genügte den Anforderungen eines erweiterten Verwaltungsapparates nicht mehr. Stattdessen wurde die ehemalige kurpfälzische Kellerei erworben, in der sich bisher das Vereinslokal „Alter Zollhof“ der NSDAP-Ortsgruppe befunden hatte.¹⁵ Am 20. August 1933 herrschte große Aufregung in der Stadt. „Am Vormittag ist der Kanzler in Godesberg. Niemand in Bacharach weiß oder ahnt, daß er rheinaufwärts kommen wird. Gegen 11.45 mittags großes Gebrülle in der Stadt „Hitler kommt“. Alles rennt zum Marktplatz und schon sind einige Autos angelangt, die einfach von der Freude und Aufregung der fassungslosen Menge umringt und zum Halten gebracht werden. Im ersten Wagen sitzt der Führer, es bleibt ihm nichts anderes übrig, als auszusteigen. Der Kanzler dankt, reicht den Nächststehenden die Hand. Installateur Karl Mai hat sich im Gedränge mit seinem Manschettenknopf in der Uhrkette des Führers verfangen (oder umgekehrt). Schließlich gibt die begeisterte Menge die Durchfahrt frei.“¹⁶

Am 1. April 1933 wurde von der Partei ein Tag des wirtschaftlichen Boykotts gegen die deutschen Juden ausgerufen. Wachen der SA stellten sich vor Geschäften und Betrieben in jüdischem Besitz auf und hinderten Kunden am Eintreten. Auch in Bacharach wurde der Boykott durchgeführt. Ebenfalls im April 1933 wurde das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erlassen. Aufgrund dieses Gesetzes sollte jeder Beamte jüdischer Herkunft und jeder, der gegenüber dem Regime nicht loyal war, aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden. In dieser Phase konzentrierte man sich auf die Entlassung

¹⁴ Zimmer, S. 189f.; Stüber, Stahleck.

¹⁵ Zimmer, S. 190.

¹⁶ Bürgermeisterchronik zum Jahr 1933.

von Juden aus öffentlichen Ämtern, ihren Ausschluss von der Tätigkeit im Rechtssystem und dem öffentlichen Gesundheitssystem. Sie durften auch nicht mehr in der deutschen Armee dienen. Bücherverbrennungen folgten. Im September 1935 wurden auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg die „Nürnberger Gesetze“ erlassen. Sie legalisierten die gesellschaftliche Ausgrenzung und Isolation der Juden, wodurch diese endgültig zu Bürgern zweiter Klasse wurden. Zwei zentrale Gesetze waren das Gesetz zur Staatsbürgerschaft, das sogenannte Reichsbürgergesetz, und das Gesetz zum Schutze deutschen Blutes und deutscher Ehre. Das Reichsbürgergesetz schrieb vor, dass nur Arier bzw. Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes Reichsbürger sein konnten. Damit verloren Juden ihre Rechte als Staatsbürger und wurden lediglich zu Staatsangehörigen mit beschränkten Bürgerrechten erklärt. Beim Verlassen des deutschen Staates galten sie als staatenlos. Das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes verbot intime Kontakte zwischen Juden und Ariern, dies galt nun als Rassenschande. Auch waren keine nichtjüdischen Haushaltshilfen unter 45 Jahren in jüdischen Haushalten erlaubt. Davon war auch die 23jährige Elisabeth Daniel aus Rheinböllen betroffen. Sie arbeitete im Haushalt der Familie von Siegfried Sommer und wollte auch gerne dortbleiben. Dies wurde ihr allerdings mit Hinweis auf die Nürnberger Gesetze verwehrt.¹⁷ Die gesamte Atmosphäre war zunehmend aggressiv aufgeladen. Zwei SS-Offiziere zerrten wohl noch im Jahr 1934 den fast 70jährigen Ludwig Baum, der eine Metzgerei in der Bauerstraße 1 a betrieb, aus dem Haus, gaben ihm eine Schelle in die Hand und hängten ihm ein Schild um den Hals, auf dem sinngemäß stand: „Ich bin der größte Schweinejude, ich habe heute noch geschächtet.“ Wenn er nicht schellte, versetzten ihm die Männer Fußtritte.¹⁸

*Seht durch die Straßen,
da geht er. Jud Baum. Niemand
sieht ihn mehr. Kein Foto.
Ein Schild. Ich bin ein
dreckiger Jude. Ich habe
heute noch geschächtet.*¹⁹

17 Mitteilung an den Landrat von St. Goar vom 12. Dezember 1935: LHArchiv Koblenz, Bestand 613 Nr. 1635.

18 Brief Maria Reiter an Karl-Ernst Linz vom 9. Dezember 1996 und Brief von Karl Heinz Klumb aus Wachtberg, an Reinhold Maus vom 17. Mai 1995 (beide im Archiv des Geschichtsvereins Bacharach's); Zimmer, S. 187, 190; Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 856 Nr. 120022.

19 Paff, Die Hexe, S. 119.

Ludwig Baum und seine Frau Regina meldeten sich 1934 nach Hilbringen an der Saar ab, zogen dann weiter in die jüdische Gemeinde Worms und wurde am 27. September 1942 von Darmstadt nach Theresienstadt transportiert, wo sie verstarben.

Im April 1935 wurde der Händler Salli Halle, Langstraße 54, angezeigt, weil er angeblich neben Gemüse und Kartoffeln auch Geflügel, Ziegenfleisch, Bückling und Benzin verkauft haben soll. Er dementierte heftig.²⁰ Am 13. August 1935 machte der Bürgermeister von Bacharach bekannt, dass sich jeder einem Berufsverband anschließen solle und Arbeiten nur an diejenigen vergeben werden sollten, die der Organisation der Deutschen Arbeitsfront angehörten. Dies galt ebenso für Gewerbetreibende. Man sollte nur in Geschäften einkaufen, wo ein Schild „Deutsches Geschäft“ hing. Jüdische Geschäfte bekamen dieses Schild natürlich nicht. Ihnen wurde mehr und mehr die Existenzgrundlage entzogen. Am 3. Juli 1935 machte der Polizeihauptwachmeister Pinnow an den Landrat St. Goar unter dem Betreff „Judenfrage“ Meldung, dass am Tag zuvor folgende Transparente über die Hauptverkehrsstraße in Bacharach gespannt worden seien:

An der Rheinterrasse: „Der Weg nach Palästina führt nicht durch diese Stadt!“

An der Post: „Volksgenossen erkennt den Weltfeind, lest und verbreitet den Stürmer!“

An der Kranenstraße: „Ohne Lösung der Judenfrage keine Errettung des deutschen Volkes!“

In der Mainzer Straße in der Nähe des Hotels Herbrecht: „Der Weg nach Palästina führt nicht durch diese Stadt!“

Man sah allerdings keine Veranlassung, etwas gegen die Anbringung der Transparente zu unternehmen.²¹ Das Aufhängen von Transparenten mit ähnlichen Aufschriften konnte in vielen Städten beobachtet werden. Karl Heinz Klumb, der als junger Mann in Bacharach lebte, erinnert sich auch an andere Ausschreitungen: „Wir sind durch die Stadt marschiert und haben gebrüllt

20 Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 613 Nr. 1635.

21 Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 613 Nr. 1635.

und nicht nur gesungen, wie es befohlen war, sie (die Juden) ziehn durchs Rote Meer, die Wellen schlagen zu, die Welt hat Ruh.²² In einem vertraulichen Schreiben vom 19. Oktober 1935 forderte der Landrat St. Goar alle Bürgermeister auf, die von Gemeinderäten gefassten Beschlüsse und Verordnungen gegen Juden schriftlich bei ihm einzureichen.²³ Immer mehr gerieten sie ins Visier der Behörden. Durch ein Schreiben des Vorsitzenden des Grundsteueraussschusses an den Bürgermeisterrat Bacharach vom 8. Januar 1936 kennen wir die Eigentümer der Parzelle Flur 11 663/317, auf welcher die Synagoge stand. Es waren: Leopold Liebmann, Abraham Sommer, Moritz Sommer, Hermann Sommer, Ludwig Baum, Abraham Keller, Levi Halle, Karl Wolff und die Witwe Gustav Pilger. Da das Gebäude religiösen Zwecken diente, musste keine Grundsteuer gezahlt werden.²⁴ Die geheime Staatspolizei im Regierungsbezirk Koblenz interessierte sich nicht nur für die im Bezirk Bacharach wohnenden Juden, auch die Pfarrer standen im Fokus. So bat die Gestapo Koblenz in einem Schreiben vom 10. Oktober 1938 die SD-Außenstelle Cochem, Auskunft über die politische Weltanschauung und den Charakter von Helmut Johannes Hamdorf, seit 1936 Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Bacharach, zu geben. Eine Personalakte wurde angelegt, allerdings findet sich darin nur die Notiz, dass in Boppard Flugblätter des evangelischen Frauenvereins verteilt wurden, deren Urheber wohl Hamdorf sei.²⁵ Er schloss sich der „beken- nenden Kirche“ um Martin Niemöller an und stand auch in Kontakt mit dem Hunsrücker Amtsbruder Paul Schneider, dem „Prediger von Buchenwald“. Am 21. Juli 1939 nahm er als Vertreter des Kirchenkreises Koblenz an der Beisetzung des im KZ ermordeten Paul Schneider teil. Gegen Julius Eberhard, seit 1926 Pfarrer der katholischen St. Nikolauskirche in Bacharach, wurde sogar ein Strafverfahren wegen Kanzelmissbrauchs eingeleitet. Ihm konnte aber nicht nachgewiesen werden, „dass wesentliche, über eine bischöfliche Erklärung hinausgehende, eigene Abhandlungen getan wurden.“ Daher war das Strafverfahren eingestellt worden. Aber auch ihn beobachtete man genau, um mögliches „staatsabträgliches Verhalten“ zu dokumentieren.²⁶ Eine noch lebende Zeitzeugin erinnert sich, dass Pfarrer Eberhard eines Abends mit der Begründung aus dem Pfarrhaus gelockt wurde, er solle einem angeblich im Sterben liegenden Bacharacher Bürger die letzte Ölung spenden. Mitglieder der SA versteckten sich vor seinem Haus und schlugen ihnen zusammen,

22 Brief von Karl Heinz Klumb vom 17. Mai 1995.

23 Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 613 Nr. 1635.

24 Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 613 Nr. 1635.

25 Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 662,6 Nr. 196.

26 Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 662,6 Nr. 928.

nachdem er herausgekommen war. Julius Eberhard brachte den Vorfall nicht zur Anzeige.²⁷ Dies ging konform mit der totalitären Politik der nationalsozialistischen Partei und ihrem Bemühen, jede konkurrierende Autorität zu beseitigen. Obwohl mit dem Vatikan 1933 ein Konkordat abgehalten worden war, wurden tausende Mitglieder der katholischen Deutschen Zentrumspartei verhaftet, katholische Schulen und Institutionen geschlossen und verschiedene katholische Organisationen unterdrückt. Frank Zimmer weiß, dass in dieser Zeit nur die Kirchen ein geringes Maß an Eigenständigkeit bewahren konnten.²⁸ Auch andere religiöse Vereinigungen wurden nicht geduldet. So wurden 1933 auch die Zeugen Jehovas verboten. Jakob Stiehl aus Manubach hielt jedoch an seinem Glauben fest. Da er sich weigerte, den „Deutschen Gruß“ zu erweisen, wurde der Nebenerwerbslandwirt und Winzer nach 29 Jahren aus dem Dienst bei der Deutschen Reichsbahn entlassen. Nach späterer „Schutzhaft“ in Koblenz überstellte man ihn in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Nach mehreren Jahren Haft wurde er schließlich entlassen und lebte bis zuletzt in Manubach.²⁹ Die Burg Stahleck über Bacharach, 1909 vom Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz als Ruine erworben und 1926 als Jugendherberge eröffnet, wurde seit 1935 von den Nationalsozialisten als Erziehungsstätte „deutschen Geistes und völkischen Lebens“ genutzt. Von 1940 bis 1942 diente sie vorübergehend als Wehrmachtslazarett auf Grund der Nähe zur Westfront und der Stellungen gegen Frankreich. Nachdem am 10. Mai 1940 deutsche Truppen im neutralen Luxemburg eingefallen waren, wurden im November 1940 212 luxemburgische Universitätsstudenten, die vor Kriegsbeginn ein Studium in Deutschland begonnen hatten, gezwungen, einige Tage an Erziehungs- und Schulungskursen auf Burg Stahleck teilzunehmen. Im September 1942 kamen 183 Schüler aus Echternach und Esch, die an einem Generalstreik gegen die allgemeine Wehrpflicht teilgenommen hatten, zur Umerziehung nach Stahleck. Außerdem wurden Mitglieder der von Willi Lohner und Hans-Clemens Weiler aus der Eifel gegründeten „Michaeltruppe“ und ein junger Sinti aus Bad Kreuznach dort interniert.³⁰

Doch zurück ins Jahr 1938. Dieses Jahr brachte weitere Verschärfungen in der Behandlung der Juden. Man betrieb den Raub jüdischen Besitztums, die sogenannte Arisierung, weiter. Mit der Annexion Österreichs, dem Anschluss an das Deutsche Reich, steigerten sich die Demütigungen und Übergriffe auf

27 Mitteilung von Ulla Büttner.

28 Zimmer, S. 192.

29 <https://www.mahnmal-koblenz.de>

30 Stüber, Stahleck; <https://www.mahnmal-koblenz.de>.

die Juden. Kurze Zeit später wurde in Wien die sogenannte „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ unter der Leitung von Adolf Eichmann errichtet. In diesem Rahmen wurde zum ersten Mal systematisch die nationalsozialistische Politik des Auswanderungszwangs für Juden bei gleichzeitiger Enteignung ihres Eigentums umgesetzt. Am 5. Oktober 1938 wurden die Pässe der Juden für ungültig erklärt, und denen, die einen Pass für die Emigration benötigten, wurde ein Pass mit der Kennzeichnung „J“ (Jude) ausgestellt. Ein weiteres Gesetz verpflichtete die Juden, deren Namen nicht typisch jüdisch klangen, ihrem Vornamen den Namen Israel bzw. Sara hinzuzufügen. Im Amtsbezirk Bacharach-Land lebten 1938 schon keine Juden mehr.³¹ Viele der alteingesessenen Bacharacher jüdischen Familien verließen nun die Stadt.

Carl Eichberg, Else Eichberg, Hella Eichberg und Ingeborg Eichberg haben sich am 19. August 1938 nach New York abgemeldet. Theresia Eichberg schon am 15. Juli 1938. (Ehemals wohnhaft Blücherstraße 14).

Max Halle hat sich am 30. Juli 1936 nach New York abgemeldet. Salli Halle im November 1938, ebenfalls New York, Johanna und Wilhelm Halle am 26. August 1938, New York. Gustav Halle war bereits am 19. November 1927 nach Frankfurt am Main verzogen. (Ehemals wohnhaft Langstraße 54).

Josef Keller, Auguste Keller, Ruth Keller, Kurt David Keller und Helga Keller haben sich am 14. Juli 1938 nach Milwaukee, Wisconsin USA, abgemeldet. (Ehemals wohnhaft Kranenstraße 6). Vor ihrer Auswanderung wohnten sie kurz im Hause des Bruders Wilhelm Keller in der Langstraße 43.

Alfred Sommer, Else Sommer, Margot Sommer, Lotte Sommer und Edith Sommer haben sich am 2. Juni 1938 ebenfalls nach Milwaukee, Wisconsin USA, abgemeldet. (Ehemals wohnhaft Blücherstraße 31).

Siegfried und Eva Bertha Sommer gingen am 30. März 1937 zunächst nach Frankfurt am Main, Ilse Ruth Sommer meldete sich am 3. April 1937 nach San Francisco ab. Später würden ihre Eltern ihr dorthin folgen. Herbert Sommer war schon am 29. September 1930 nach Frankfurt am Main gezogen. Moritz und Bertha Sommer meldeten sich am 11. Juni 1938 nach Milwaukee, Wisconsin USA, ab. (Ehemals wohnhaft Marktstraße 2).

31 Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 613 Nr. 1635.

DIE „REICHSKRISTALLNACHT“ UND DIE DARAUFFOLGENDEN VERHAFTUNGEN

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 fand ein Pogrom statt, das unter der Bezeichnung „Reichskristallnacht“ in die Geschichte einging. Die Propaganda stellte es als spontane Reaktion auf die Ermordung des Gesandten der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath, durch Hershel Grynszpan dar. Es handelte sich jedoch um eine geplante Aktion und durchaus nicht um den Ausbruch eines „gerechten Volkszorns“, in deren Verlauf über 1.000 Synagogen zerstört, zahlreiche jüdische Geschäfte und Wohnungen demoliert und 91 Juden ermordet wurden. Auch der Großvater von Ulla Büttner, Walter Georg Feld, Rheinschiffer und Steuermann, war in jener Nacht zufällig in Mainz. Er war schockiert über die brutale Behandlung der Juden durch die Nationalsozialisten und über das Ausmaß der Zerstörungen. Da zu diesem Zeitpunkt die meisten Juden die Stadt Bacharach bereits verlassen hatten, waren die Verwüstungen hier wohl nicht so umfangreich wie in anderen großen Städten. Aber die Synagoge war dennoch betroffen. Frau Reiter erinnert sich: „Oberhalb vom Gelben Hof war die Synagoge. Am Sabbat gingen die Männer dort zum Gottesdienst, an hohen Festen mit Zylinder. Die Synagoge brannte in der Reichskristallnacht.“³² Dr. Hellriegel ist anderer Meinung: „Die Synagoge wurde geplündert, aber nicht angezündet. Die Gefahr, dass Nachbargebäude in Brand geraten könnten, war groß. Ein Nazi soll damals die Thorarollen an sich genommen und versteckt haben. Dies soll ihm bei der Entnazifizierung geholfen haben, da er die Rollen zurückgeben konnte.“³³ Auch Frank Zimmer glaubt, dass die Synagoge nicht angezündet, aber angeblich abgerissen wurde. Die Plünderung und die Zerstörung des Inventars hätten erst am folgenden Tag stattgefunden. Auch er behauptet, ein Nazi habe die Thorarollen an sich genommen und sie versteckt. Die übrigen Gegenstände seien ans Rheinufer geschafft und öffentlich verbrannt worden. Friedrich Paff schreibt dazu:

*Die Stadt ist eng/Die Häuser stehn eng/Legt leis das Feuer/und sacht/
sonst brennt sie noch ab/die Synagoge die Stadt/Die Stadt ist eng/
Drum drauß am Rhein/am Rhein, am Ufer/ist Raum, ist Raum/ist Luft/
Thora, Tücher, Gewänder/die jüdischen Flammen/Asche und Schrift.³⁴
Und jenes Silber,
das einst dieser Finger war, die Hand,*

32 Brief von Maria Reiter an Karl-Ernst Linz vom 9. Dezember 1996.

33 Brief von Dr. Hellriegel an Peter Keber, April 1995 (Archiv des Geschichtsvereins Bacharach).

34 Paff, Die Hexe, S. 120.

*die Hand an dem Ebenholzstab, die las,
die las die Worte der Thora. Eingeschmolzen.
Eingeschmolzen aus Angst der Finger, der silberne,
der letzte aus der Synagoge
zu Bacharach,
der las,
der las die Worte des Herrn.³⁵*

Seine Version zu den Thorarollen weicht jedoch ab:

*Sie die Hexe
versteckte Rollen und Schrift
aufbewahrt
an der Treppe
im Waisenhaus
in einer dunklen Kammer
die Thora,
bis sie reiste zurück
in das Land der Väter,
in die Ferne.³⁶*

Das Gebäude in der Blücherstraße 28 steht noch, weder ist die Synagoge abgebrannt, noch wurde sie abgerissen, sie wurde zum Wohnhaus umgebaut.³⁷ In den Tagen nach diesen Ausschreitungen wurden ca. 11.000 bis 16.000 jüdische Männer verhaftet – einige Forscher sprechen sogar von 30.000 Personen – und in Konzentrationslager gesperrt. Das Ziel ihrer Gefangenschaft war es, den Druck zur Emigration zu verstärken. Ein Dokument aus Berlin an alle „StapoStellen“ zeigt, dass dieses Pogrom und die nachfolgenden Verhaftungen gut geplant waren. Aus Köln und Umgebung wurden ungefähr 800 Männer verhaftet, die man zunächst ins Gefängnis Klingelpütz oder in die Provinzialarbeitsanstalt Brauweiler und einige Tage später mit Sonderzügen

35 *Paff*, Die Hexe, S. 137. Der Thorafinger (jad = hebr. Hand) war ein Zeigestab zum Deuten der Textzeilen während der Thoralesung. Er bestand meist aus einem hölzernen Stab, an dessen vorderem Ende eine silberne Hand mit ausgestrecktem Zeigefinger angebracht war.

36 *Paff*, Die Here, S. 138.

37 Blücherstraße 28: *Karl-Ernst Linz*: Bacharacher Haus- und Grundbesitzer, Teil I, Verzeichnis der Besitzer ab 1867 und die Beschreibung der größeren Brände, Bacharach 1990, S. 23; Parzelle 513, 1867 im Besitz der Gemeinde der Israeliten zu Bacharach, 1897/98 dasselbe, erst 1952 offizieller Eigentümerwechsel. Die schmale Parzelle 514 über dem Gebäude war 1867 ebenfalls im Besitz der Gemeinde der Israeliten, wurde aber wohl 1897/89 verkauft. Man erreicht die ehemalige Synagoge heute über eine Treppe neben dem Hotel „Gelber Hof“.

der Reichsbahn nach Dachau brachte. Dachau war anfangs Haftanstalt für politische Gegner und „Asoziale“. Die Bedingungen in den Lagern waren so schlecht, dass mehrere hundert Männer während ihrer Inhaftierung gestorben sind. Man rasierte ihnen die Köpfe kahl und misshandelte und demütigte sie. Die Mehrzahl wurde nach einigen Wochen entlassen. Vor ihrer Freilassung mussten sie sich verpflichten, umgehend ihre Auswanderung zu betreiben.³⁸ Auch Wilhelm Keller aus der Langstraße 43 wurde vom 10. oder 15. November 1938 bis zum 1. März 1939 unter der Häftlingsnummer 27009 im Konzentrationslager Dachau interniert.³⁹ Aber trotz seines erpressten Zugeständnisses, bald auszuwandern, blieb er in Bacharach.

GHETTOS, VERNICHTUNGSLAGER UND DEPORTATIONEN

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 begann eine neue Phase in der deutschen Politik gegenüber den Juden. Die deutsche Wehrmacht fiel in Polen ein und besiegte dessen Armee. Kurz darauf fiel die Sowjetarmee gemäß einem Geheimabkommen dort ein und Polen wurden aufgeteilt. Die Politik bezüglich der Juden und die Wege zur Lösung der Judenfrage wurden als Teil des Versuches dargestellt, den Schaden, den die Juden dem deutschen Volk und dem Reich angeblich zufügten, zu unterbinden. Deshalb wurden der Polizei und der SS die alleinige Autorität über den Umgang mit den Juden übertragen. Im September 1939 verfasste Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamts der SS, einen Brief, der die Haltung gegenüber den Juden in dem besetzten Polen bestimmte. Die Juden aus kleineren Städten und Dörfern sollten in Ghettos konzentriert werden. Judenräte wurde eingerichtet, deren Aufgabe darin bestand, die Befehle der deutschen Behörden auszuführen. So entstanden die Ghettos in Lodz, Warschau, Minsk und in anderen Städten. In dieser Phase gab es noch keine weiterführenden Vernichtungspläne, man betrieb die Politik der Zwangsemigration weiter. Bis 1941 hatte Deutschland einen Großteil Europas in seine Gewalt gebracht. In den besetzten Gebieten war es das Ziel, die Juden entweder durch Vertreibung oder durch Tod, als Ergebnis der verschlechterten Lebensbedingungen, loszuwerden. Die Enteignung ihres Eigentums war ein untrennbarer Teil der nationalsozialistischen Politik. Die Juden waren aus dem wirtschaftlichen und

38 *Dieter Corbach*: 6.00 Uhr ab Messe Köln-Deutz. Deportationen 1938–1945, Köln 1999, Dokument 15.

39 *Stüber*; Zugangsbuch des Konzentrationslagers Dachau der Häftlinge vom 10.07.1937 bis 05.03.1940, übermittelt vom Internationalen Suchdienst Bad Arolsen.

gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, ihre Bankkonten wurden gesperrt, Lebensmittel wurden rationiert, und 1941 mussten sie den gelben Stern an ihrer Kleidung anbringen. Mit der Invasion der Sowjetunion durch die deutsche Armee am 22. Juni 1941, dem sogenannten Unternehmen Barbarossa, begann die Massenvernichtung der Juden in den besetzten Gebieten. Sie wurden zu Zwangsarbeiten herangezogen, erschossen und in sogenannten Gaswagen getötet. Es gibt kein Dokument, das belegt, wer den Befehl zur totalen Vernichtung der Juden gegeben hat und wann diese Entscheidung getroffen wurde. Forscher nehmen an, dass ein solcher Befehl niemals schriftlich erteilt worden ist, sondern durch Hitler selbst oder sein Mitwissen im Sommer 1941 gegeben wurde. Am 3. Juli 1941 wies Reichsmarschall Hermann Göring Reinhard Heydrich an, „alle erforderlichen Vorbereitungen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“ zu treffen. Erschießen erwies sich jedoch als zu aufwändig. Bereits im Sommer 1941 erhielt Rudolf Höß, der Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz in Polen, Anweisungen, neue Methoden des Massenmordes durch Vergiftung mit Gas zu prüfen. Die Deutschen hatten Gas bereits im Rahmen der „Euthanasie“-Aktion eingesetzt und tausende Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung getötet, bis starker Druck der deutschen Öffentlichkeit und der Kirche dazu führten, dass die Aktion beinahe ganz eingestellt wurde. Dieses Wissen war jedoch Grundlage des systematischen und industriellen Massenmordes an den Juden, der sogenannten Endlösung. Der erste Versuch wurde im September 1941 in Auschwitz an sowjetischen Kriegsgefangenen durchgeführt. Sie wurden mit Zyklon B getötet. Am 20. Januar 1942 wurde in Wannsee, einem Vorort von Berlin, eine Sitzung von entscheidender Bedeutung unter dem Vorsitz von Reinhard Heydrich und unter Teilnahme von 15 Funktionären und Vertretern zentraler Behörden des Reiches einberufen. In dieser Sitzung wurden die Vernichtungspläne zwischen dem Reichssicherheitshauptamt und den relevanten Ministerien und Behörden koordiniert. Heydrich sprach von 11 Millionen Juden, die für den nationalsozialistischen Plan zur „Gesamtlösung der Judenfrage“ vorgesehen seien. Im Protokoll der Wannseekonferenz wird festgehalten, dass im „Hinblick auf die Gefahren einer Auswanderung im Kriege (...) anstelle der Auswanderung nunmehr (...) nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten ist.“ In Folge der Konferenz wurde ein Netz von Vernichtungslagern errichtet. 1941 begannen die Deportationen in den Osten.⁴⁰

40 Götz Aly/Susanne Heim: *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt 1993.

DIE DEPORTIERTEN JUDEN VON BACHARACH

Auch in Bacharach wurde nun die Deportation der letzten Juden vorbereitet. Davon betroffen waren die Geschwister Wilhelm und Emma Keller, die Geschwister Bertha und Jenny Wolff, Antonie Herzberg und Friederike Michel.

Bertha und Jenny Wolff, Friederike Michel und Antonie Herzberg mussten vermutlich Ende 1941 oder 1942 ihre Wohnung verlassen und in ein sogenanntes „Judenhaus“ in der Rosenstraße 14 umziehen, eine Sammelstelle vor der endgültigen Deportation in den Osten. Ob zu diesem Zeitpunkt die Geschwister Keller ebenfalls hier untergebracht waren, konnte nicht herausgefunden werden.⁴¹ Das Gebäude Rosenstraße 14, Parzelle 536, gehörte zum damaligen Zeitpunkt der Winzergenossenschaft Medenscheid. Diese hatte sich 1930 gegründet und 1931 von Heinrich Otto Bastian das Areal samt Keller, Wohnhaus und hydraulischer Presse erworben.⁴² Daran kann sich auch Karl Heinz Klumb erinnern. In einem Brief schreibt er: „In Bacharach gab es auch ein solches Haus Nr. 14 in der Rosenstraße. Ich kann mich noch genau daran erinnern, daß wir dort vorher zur Miete gewohnt haben, bevor wir dann in die Mainzer Straße umgezogen sind. Wir sind 1940 in die Mainzer Straße gezogen, dann stand das Haus eine zeitlang leer, da es in schlechtem Zustand war und niemand dort einziehen wollte. Die genauen Daten habe ich natürlich nicht mehr im Kopf, aber ich meine, daß die zwei oder drei älteren Damen im Sommer 1940 oder 1941 dort „zwangseinquartiert“ wurden, wie man damals sagte. 1942 müssen sie dann schätzungsweise nach Theresienstadt deportiert worden sein.“⁴³

Für Sonntag, den 26. Juli 1942, liegt eine Gruppenabmeldung mit unbekanntem Bestimmungsort von fünf Personen vor. Eine detaillierte Aufstellung über die jüdischen Einwohner im Amtsbezirk Bacharach, Stichtag 16. Juni 1933,

41 Transportliste Trier/Koblenz, einsehbar auf der Homepage von yad vashem.

42 Bürgermeisterchronik zum Jahr 1930 und 1931. Auch *Linz* schreibt etwas dazu auf S. 13f. Allerdings führt er ebenfalls unter Rosenstraße 14 die Parzelle Nr. 537 auf, ein Haus, das sich seit 1927 im Besitz der Familie Volk befindet und in Wahrheit unter der Adresse Rosenstraße 12 zu finden ist. Dies beruht auf einer Verwechslung, die ihre Ursache in dem fehlerhaften Kartenausschnitt der Karte Nr. 1147B Gemarkung Bacharach, Flur 11, Katasteramt Bingen 1971 auf S. 5 bei Linz hat. Die Parzelle Nr. 536 der Winzergenossenschaft ist hier als Nr. 12 eingezeichnet und das Haus von Familie Volk mit Nr. 14. Ein Gespräch mit Herrn Peter Volk ergab, dass das Haus von seiner Familie bewohnt wurde und hier keine Juden untergebracht waren. Diese waren ganz klar in dem Wohngebäude bzw. Verwaltungsgebäude der Winzergenossenschaft in der Rosenstr. Nr. 14 untergebracht. Der ehemalige Keller wird heute für Kunstausstellungen verwendet.

43 Brief von Karl Heinz Klumb aus Wachtberg an Bürgermeister Mießner vom 22. Januar 1994 (Archiv des Geschichtsvereins Bacharach).

führt auch die Namen auf: Es waren Emma und Wilhelm Keller sowie Bertha und Jenny Wolff. Antonie Herzberg sei ohne Abmeldung verzogen. Sicher war sie die fünfte Abmeldung. Friederike Michel wird später auf der Transportliste nach Theresienstadt als in der Rosenstraße 14 ansässig vermerkt, ihr Name taucht in der Liste des Amtsbezirks Bacharach aber nicht auf. Alle tragen den Vermerk „ausgewandert“, was nichts anderes bedeutet, als deportiert.⁴⁴ Eine Zeitzeugin berichtet, dass sie als elfjähriges Mädchen in einem Haus an der Ecke Rosenstraße lebte. Sie konnte hören, wie sich die Geschwister Wolff mit lautem Schreien und Weinen gegen ihre Deportation wehrten.⁴⁵ Es hat alles nichts genutzt. Herr Klumb erinnert sich: „Ich dürfte einer der letzten Bacharacher gewesen sein, der diese Damen noch lebend gesehen hat. Ich war damals Schüler der Oberschule für Jungen in St. Goarshausen. Es muß in der Quarta gewesen sein, als wir mittags von St. Goar nach Hause fuhren, hatten wir ganz merkwürdige Wagen am hinteren Teil des Zuges gesehen. Sämtliche Türen dieser Abteilwagen waren mit SS-Männern besetzt. In Bacharach sah ich, daß zwei oder drei Personen unter SS-Bewachung auf dem Bahnsteig standen, die dann in diesen Wagen geschoben wurden. Im letzten Augenblick erkannte ich noch die Damen, von denen eine m. E. Hertzberg hieß, an die anderen Namen kann ich mich nicht mehr erinnern. Als ich dieses Erlebnis zu Hause erzählte, sagte meine Mutter nur: „Ach, dann haben sie die letzten Juden jetzt auch nach Theresienstadt geschafft.“ Dieser Satz ist mir nie aus dem Gedächtnis gegangen, und jedesmal, wenn ich in Bacharach durch die Rosenstraße gehe, muß ich daran denken.“⁴⁶

Sicher ist, dass Bertha und Jenny Wolff und Antonie Herzberg sich am 26. Juli 1942 in Bacharach abgemeldet haben. Ihre Namen stehen auf der Transportliste des Zuges Trier/Koblenz, der nach Köln und Theresienstadt weiterfuhr. Am 27. Juli 1942 ging der Transport von Köln nach Theresienstadt ab. Alle drei sind in den Theresienstädter Gedenkbüchern eingetragen und sie wurden von Karl Heinz Klumb am Bahnhof gesehen. Dazu auch Friedrich Paff:

*Erschießt uns doch hier.
Die letzten Worte. Das Wort
zweier Frauen. Hilflös,*

44 Aufstellung der jüdischen Einwohner im Amtsbezirk Bacharach mit Abmeldungen der Glaubensjuden in Bacharach für die Jahre 1940–1944 (Frau Doris Spormann aus Biebernheim, die mir diese Liste überließ, sei herzlich gedankt!).

45 Mitteilung Ulla Büttner.

46 Brief von Karl Heinz Klumb aus Wachtberg an Bürgermeister Mießner vom 22. Januar 1994.

*wehrlos. Vor dem Abtransport
am Bahnhof nocheinmal
der Blick nach oben
die Burg, das Tal, Heimat.
Die Wolfemädchen. Die letzten.*⁴⁷

Friederike Michel ist in der Aufstellung der jüdischen Einwohner von 1933 nicht zu finden. Sie wird aber auf der Transportliste genannt mit der letzten Adresse Rosenstraße. Warum sie in dieses Haus gebracht wurde, obwohl sie zuvor keine andere Meldeadresse in Bacharach besaß, bleibt unklar. Augenzeugenberichte über ihre Deportation gibt es nicht. Auch Emma und Wilhelm Keller sind auf der Meldeliste erwähnt, finden sich aber weder auf der Transportliste nach Theresienstadt, noch in den Gedenkbüchern. Es gibt keine Augenzeugen, die von ihrer Deportation berichten könnten.

DER TRANSPORT VON KÖLN NACH THERESIENSTADT

Die letzte größere Deportation aus Köln ging am 27. Juli 1942 nach Theresienstadt ab. Ausdrücklich war diesmal angeordnet, dass auch Kranke „unter allen Umständen zum Gestellungsort zu transportieren“ seien. Ein Betroffener schreibt: „Der letzte Transport mit den Kriegsverletzten und Alten geht am 27. Juli 1942 nach Theresienstadt ab. Dann ist das Rheinland judenfrei.“ Ältester Passagier war der fast 90jährige Alfred Gernsbacher. Der Transport setzte sich zusammen aus Personen in den Sammelunterkünften Köln, vor allem Fort V in Müngersdorf. Eine größere Anzahl von Personen wurde von Bonn zur Deportation nach Köln gebracht, kleinere Gruppen kamen aus den Lagern in Bardenberg und Much, wenige aus dem Umland von Köln. Die Tatsache, dass bei dieser Deportation Juden aus verschiedenen Deportationsbezirken, d. h., auch aus dem Bereich Koblenz bis hin nach Ludwigshafen und dem Bereich Trier bis hin nach Luxemburg betroffen waren, deutet darauf hin, dass es sich hier um eine der abschließenden größeren Aktionen im Rheinland gehandelt hat. Der Transport kam am 28. Juli 1942 in Theresienstadt an.⁴⁸ Dieser siebte Großtransport von Köln trug bei der Reichsbahn die Zugnummer Da 76 und erhielt in Theresienstadt die Bezeichnung III/2. Sammelort war die Messe

⁴⁷ Paff, *Die Here*, S. 118.

⁴⁸ Horst Matzerath: *Der Weg der Kölner Juden in den Holocaust: Versuch einer Rekonstruktion*, in: Gabriele Rogmann, (Bearb.): *Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Köln, Köln/Weimar/Wien 1995*, S. 541ff.

Köln-Deutz, Abfahrtsstation: Bahnhof Deutz-Tief, Köln, Personenzug 3. Klasse. 1171 Personen, Abfahrt 27. Juli 1942, Ankunft in Theresienstadt am 28. Juli 1942, von dort Fußmarsch zum Lager. Aus diesem Transport gelangten 275 Menschen nach Treblinka. Nur 87 überlebten.⁴⁹ Meist musste die jüdische Gemeinde die Benachrichtigung zum Abtransport durchführen. In den Benachrichtigungsschreiben der Bezirksstelle Rheinland der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland erhielt die betreffende Person Weisung, was mit auf die Reise genommen werden durfte und musste kurz vorher noch seitenlange Vermögensklärungen bis zur letzten Unterhose abgeben, und das für jedes Familienmitglied. Die jüdische Gemeinde reichte sodann die Liste der zu deportierenden Juden bei der Gestapo ein. Viele Juden mussten sich einen Tag vor der Abfahrt auf dem Messegelände Köln-Deutz einfinden. Eine oder mehrere der großen Messehallen wurden mit Stacheldraht abgesperrt und von Polizei und SS umstellt. Dort erhielten die Juden eine „Evakuierungsnummer“, die sie sich anheften und mit der sie ihr Gepäck beschriften mussten. Sie wurden untersucht und noch einmal beraubt. Kurz vor Abfahrt wurden sie dann, oft unter Beschimpfungen und Demütigungen, zum nahegelegenen Bahnhof Deutz-Tief gebracht. Die jüdische Gemeinde Köln war auch für die Versorgung der vielen Menschen zuständig. Sie konnte dieser Aufgabe aber nur in ungenügendem Umfang gerecht werden, da nur 20 junge Leute zum Einsatz zugelassen wurden. Besonders im Winter war die Situation unerträglich und einige starben, noch bevor sie die Reise antreten konnten. Viele ältere Menschen konnten ihr Gepäck nicht tragen. Die Wenigen halfen, wo sie konnten, doch es reichte nicht aus, viele Juden mussten ihre persönlichen Sachen zurücklassen. Einer der Helfer berichtet von einem Transport Ende Mai/Anfang Juni 1942, der mit dem Transport, in dem sich die Bacharacher Juden befanden, vergleichbar ist: „Jedenfalls Ende Mai, Anfang Juni ging der erste Transport alter Juden nach Theresienstadt. Es war dies auch wohl das Herzzerbrechendste, was man sich vorstellen konnte. Lauter alte Menschen oder Schwerkriegsbeschädigte. Kaum einer unter 70 Jahren, ein Teil über 80 und mehr. Alle diese Menschen auf ihre alten Tage noch zu verschleppen, das war wohl das Unmenschlichste. So war denn auch die Wirkung, nicht nur daß diese Leute körperlich selbstverständlich nicht in der Lage waren, ihr Gepäck zu tragen, sondern sie waren auch seelisch völlig gebrochen. Auch diesen Menschen mußten wir, nur ein kleiner Trupp, nach besten Kräften helfen. Aber das ging nun weit über unsere Kräfte, denn alle brauchten Hilfe, und es tat

49 Homepage yad vashem; Bei *Alfred Gottwaldt/Diana Schulle*: Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, S. 303 abweichende Personenanzahl: 1165.

uns furchtbar leid, nur einem Teil beistehen zu können. Der Bahnsteig 5 nahm etwa 1.000 alte, verzweifelte Menschen auf, die fast alle wußten, daß sie in ihrer Heimatstadt nicht mehr ihre letzte Ruhestätte finden sollten. So fuhren sie ihrem Schicksal entgegen. (...) Später ging der zweite Transport alter Menschen, die noch in Köln waren, nach Theresienstadt. Es war wieder der gleiche Eindruck wie vor 14 Tagen, ein Bild des Jammers und der Verzweiflung.“⁵⁰

Wie muss man sich nun den Weg nach Köln, den die Bacharacher Juden nahmen, genau vorstellen? Normalerweise verließen die Juden noch am Tag der Abmeldung ihre Heimatstadt. Der Abmeldetag in Bacharach war Sonntag, der 26. Juli 1942. Karl Heinz Klumb nimmt mittags nach der Schule den Zug von St. Goar nach Bacharach. Schon in St. Goar fällt ihm auf, dass Gefängniswagen angehängt sind. In Bacharach sieht er die drei Frauen am Bahnhof stehen, die dann in diesen Wagen einsteigen. D. h., es war vermutlich Montag, der 27. Juli 1942, da sonntags wohl keine Schule stattfindet. Der Zubringerzug kam von St. Goar nach Bacharach, lud dort die betreffenden Personen ein und fuhr dann entweder gleich oder nachdem er noch andere Stationen angefahren hat, Richtung Koblenz weiter. Für diese Variante sprechen auch folgende Hinweise: Die Namen von Bertha und Jenny Wolff, Antonie Herzberg und Friederike Michel stehen auf der Transportliste Trier/Koblenz. Am 26. Juli 1942 verließ der erste Transport nach Theresienstadt Luxemburg. Da nur 26 oder 27 Personen zu transportieren waren, wurden von der Reichsbahn ein oder zwei Personenwagen zur Verfügung gestellt, die an einen regulären Personenzug angehängt wurden, der nach Trier fuhr. In Trier hielt dieser Zug über Nacht. Am nächsten Tag, dem 27. Juli 1942, bestiegen weitere 98 Juden aus Trier und Saarbrücken den Zug. Dieser Zug, er wird nun als Sonderzug, der aus Personenwaggons bestand, bezeichnet, verließ um 14.20 Uhr Trier in Richtung Köln. Gemäß der Transportliste und der Aussage der aus Cochem deportierten Inge Kahn, wurde ein aus Cochem kommender Wagen mit 79 Personen in Koblenz an den Zug angehängt. Die Bacharacher Juden sind also an diesen Zug in Koblenz angehängt worden oder zugestiegen. Er erreichte den Bahnhof Köln Deutz-Tief um 20.33 Uhr. Während des weiteren Aufenthalts stiegen nun die Kölner Juden, die in der Messe gewartet hatten, zu. Um ca. 21.30 Uhr verließ der Zug Köln in Richtung Theresienstadt. Er nahm den Weg über Chemnitz und die Sächsische Schweiz. Die 1923 geborene Hilde Nathan aus Münstereifel bei Köln erinnert sich an die Fahrt: „Der Zug hielt von Zeit zu Zeit auf offener Strecke, dann wurde das von der jüdischen Gemeinde für uns mitgegebene Selterswasser

50 Corbach, Dokument 11.

verteilt. Gegen Abend kamen wir bis nach Dresden. Dort wurden wir für die Nacht mit unserem Zug auf ein Nebengleis gestellt. Am nächsten Morgen ging es weiter über das Erzgebirge, das Riesengebirge, ich erinnere mich, es war das Land des Rübezahl.“ Am 28. Juli 1942 gegen acht Uhr abends erreichte der Transport den Bahnhof Bauschowitz. Von hier aus mussten die Deportierten nach Theresienstadt laufen. Hilde Nathan: „Als wir 20 Minuten über die Landstraße gezogen waren – wir sahen schon die Kirchturmspitze von Theresienstadt – wurden wir seitlich zu einem Hügel geführt. An der Mitte seines Abhangs öffnete sich ein mannshoher Spalt, der sich zu beiden Seiten verringerte und dann ganz auslief. Zu diesem Spalt und durch ihn hindurch wurden wir schräg herunter in ein schummriges Gewölbe geführt. Das weite Gewölbe wurde nur durch ein paar Glühbirnen, die über einigen Tischen baumelten, und das Licht, das durch den Spalt hineindrang, spärlich beleuchtet. Es hieß, dass wir nun an den Tischen eingeschrieben würden, es ging dabei nach Buchstaben. Wir sollten uns inzwischen auf unserem Gepäck niederlassen, denn es würde bei den vielen Menschen eine längere Zeit nehmen, bis die Einzelnen an die Reihe kämen.“⁵¹

Antonie Herzberg war am 13. April 1862 in Köln geboren worden.⁵² Sie entstammte einer wohlhabenden Kölner Kaufmannsfamilie. Ihre Eltern waren Herz Herzberg und Juliane Herzberg, geb. Kaufmann. Der bekannte Dermatologe und Sexualwissenschaftler, Max Marcuse, gehörte ebenfalls zur Verwandtschaft von Antonie. Sie hatte mehrere Geschwister, die alle in Köln geboren wurden: Ida, Max, Nathan und Gustav. Gustav Herzberg wurde Chefredakteur der Hartungschen Zeitung in Königsberg. Nach dessen frühem Tod zogen seine



Antonie Herzberg (Foto: Besitz Udo Borniger).

51 Homepage yad vashem, siehe Deportationen. Der Weg des Zuges von Trier nach Köln ist widersprüchlich zum Text in der Übersichtskarte falsch eingezeichnet, da er nicht über Koblenz führt, was er de facto aber getan hat. Siehe auch *Elmar Ries*: Die Deportationen von jüdischen Mitbürgern aus Koblenz und Umgebung, in: Beiträge zur jüdischen Geschichte in Rheinland-Pfalz, Heft 2, 1993, S. 42.

52 Geburtsurkunde der Gemeinde Köln vom 15. April 1962.

Frau und ihre beiden Kinder nach Berlin zurück, wo ein Teil der Familie lebte. Ihr Sohn, Walter Herzberg, Neffe von Antonie, brachte es als deutscher Grafiker und Karikaturist zu einer gewissen Berühmtheit und starb im April 1943 in Auschwitz. Seine Frau Edith wurde am 23. September 1942 nach Theresienstadt deportiert. Sie würde die Tante ihres Mannes nur um wenige Tage verpassen. Es war den Eltern aber gelungen, für ihren Sohn Klaus 1938 eine Emigration nach Palästina zu erwirken. Eine Nachfahrin ist heute Professorin für Kabbalistik an der Universität Haifa.⁵³ Über das Leben von Antonie Herzberg ist ansonsten wenig bekannt, auch nicht, warum sie nach Bacharach kam. Möglicherweise wollte sie hier in Ruhe ihren Lebensabend verbringen. Sie blieb ledig und wohnte 1937 in der Langstraße 54, dem Haus der Kaufleute Halle.⁵⁴ Im Einwohnermeldeamt Bacharach sind noch einige andere Adressen zuvor eingetragen worden. Zuletzt wohnte sie in der Bauerstraße 5. Maria Reiter bestätigt dies, sie erinnert sich daran, dass Antonie Herzberg als Handarbeitslehrerin arbeitete und eine Mansarde bei ihrer Großmutter gemietet hatte. Marias Tante Ria war früh krank geworden und konnte ihre Tätigkeit im Büro der Sektkellerei Geiling nicht mehr ausüben, daher nahm sie Unterricht bei Frau Herzberg. Dies war so erfolgreich, dass Ria später damit zumindest etwas Geld verdienen konnte.⁵⁵ Auf der Transportliste nach Theresienstadt steht die Adresse Rosenstraße 14. Antonie Herzberg starb nicht in Theresienstadt, wo sie unter der Gefangenenummer 143 registriert worden war, sie wurde am 19. September 1942 nach Treblinka in Polen mit dem Transport Bo, Zugnummer Da 83, Gefangenenummer 1672 transportiert. Wie üblich, wurde sie direkt nach der Ankunft getötet. Sie wurde 80 Jahre alt.

Jenny Wolff war am 24. November 1873 in Oberheimbach geboren worden. Bis vor ihrer Umsiedlung lebte sie mit ihrer Schwester Bertha in der Blücherstraße 40. Da der Bruder ihres Vaters, der Kaufmann Carl Wolff, kinderlos starb, erbt sie, zusammen mit ihrer Schwester Bertha, die Häuser in der Blücherstraße Nr. 38 und 40. Ihr Vater hieß Herrmann Wolff, ihre Mutter Anna war eine geborene Schwab. Auf ihrer Geburtsurkunde wurde handschriftlich eingetragen, dass sie am 7. November 1938 „durch eigene Erklärung“ den (Schand)namen Sara angenommen hat, dieser wurde 1945 wieder entfernt. Auf der Transportliste nach Theresienstadt ist als letzte Adresse die Rosenstraße 14 angegeben. Jenny trug die Gefangenenummer 443, sie starb in Theresienstadt bereits am 13. August 1942.

53 Diese Informationen ließ mir Markus Wolter aus Freiburg zukommen. Er verfasste über Walter Herzberg einen Artikel in wikipedia. An dieser Stelle sei ihm herzlich gedankt!

54 Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 613 Nr. 1635.

55 Brief von Maria Reiter an Karl-Ernst Linz vom 9. Dezember 1996.



Eine der Geschwister Wolff vor dem Holzmarkturm (Steeger Tor) in Bacharach (Foto: Besitz Udo Borniger).

Ihre Zwillingschwester Bertha Wolff steht ebenfalls unter der Rosenstraße 14 auf der Transportliste nach Theresienstadt. Sie trug die Gefangenenummer 442. Auch auf ihrer Geburtsurkunde findet sich der gleiche Hinweis auf den (Schand)namen. Sie starb am 27. August 1942 um 15 Uhr zehn in der Krankenstube des Ghettos Theresienstadt. Um 15 Uhr 30 führte Dr. Leo Pollak die Totenschau durch. Sie litt unter „Darmcatarrh“ und Altersschwäche. Der behandelnde Arzt war Dr. Benjamin Roth. Als Todesursache gab man Herzschwäche an. Wir wissen dies so genau, weil die Todesfallanzeige erhalten blieb. Beide Schwestern waren ledig und zum Zeitpunkt ihres Todes 68 Jahre alt. Ein Vorfall zeigt, in welcher Furcht die verbliebenen Juden in Bacharach lebten. So soll eine der „Wolffe-Schwestern“ mit ihrem Fahrrad einen leichten Unfall in der Blücherstraße mit einer Passantin verursacht haben. Sie bat sie

inständig, niemandem etwas davon zu erzählen und brachte am nächsten Tag sogar Geschenke vorbei aus Angst, man könne ihr dieses harmlose Ereignis negativ auslegen.

Auch Friederike Michel wurde von Bacharach aus über Köln nach Theresienstadt deportiert. Sie war am 30. August 1861 in Guntersblum in der Oppenheimer Torgasse 11 unter dem Namen Friederike Mayer geboren worden.⁵⁶ Es liegt kein Meldeeintrag in Bacharach vor, auch wird sie in der Auflistung der Juden von 1937 im Landeshauptarchiv Koblenz nicht erwähnt. Auf der Transportliste nach Theresienstadt ist als letzte Adresse die Rosenstraße 14 angegeben. Wo und ob sie vor ihrer Übersiedlung in das „Judenhaus“ überhaupt in Bacharach gelebt hat, konnte nicht geklärt werden. Daher kann auch kein Stolperstein für sie verlegt werden, denn entscheidend ist der letzte selbst gewählte Wohnort. Als sie nach Theresienstadt deportiert wurde, war sie bereits Witwe. Auch hier blieb die Todesfallanzeige erhalten. Sie trug die Gefangenenummer 270 und verstarb bereits am 9. August 1942 um 6 Uhr 10 in Theresienstadt im Zimmer Nr. 43 des Gebäudes E a III. Als Krankheit und Todesursache wurde Lungenentzündung eingetragen. Die Totenschau führte um 6 Uhr 15 Frau Dr. Frieda Brückner durch. Friederike Michel war mit 81 Jahren die älteste der deportierten Bacharacher Juden.



Ganz rechts im Bild Wilhelm und Emma Keller (Foto: Besitz Udo Borniger).

56 Stolpersteine in Guntersblum, Guntersblumer Blätter, Ausgabe 02/2011, hrsg. vom Verein zur Erhaltung Guntersblumer Kulturgutes e. V.

Wilhelm Keller war am 13. Mai 1894 in Bacharach geboren worden, er war gelernter Schneider, half aber seinem Vater Abraham in der Metzgerei aus und lebte in der Langstraße 43. Er blieb ledig und verließ auch nach seiner Inhaftierung im Konzentrationslager Dachau Deutschland nicht. Auf seiner Geburtsurkunde findet sich der handschriftliche Hinweis, dass er am 26. März 1939 „durch eigene Erklärung“ den (Schand)namen Israel angenommen hat. Dieser wurde 1945 wieder gelöscht. Er hat sich am 26. Juli 1942 zusammen mit den anderen Bacharacher Juden, die den Zug am 27. Juli 1942 nach Köln bzw. Theresienstadt nehmen mussten, abgemeldet. Auch seine Kartei im Einwohnermeldeamt Bacharach bestätigt, dass er 1942 ausgewandert ist, leider ohne genaues Datum und ohne genaue Ortsangabe. Somit erscheint es sehr wahrscheinlich, dass er ebenfalls nach Theresienstadt deportiert wurde. Allerdings findet sich sein Name nicht auf der Transportliste und ist auch nicht in den Theresienstädter Gedenkbüchern eingetragen. Ob er zuvor gezwungen wurde, in der Rosenstraße 14 zu leben, bleibt unbekannt. Die Gestapo Koblenz führt auf, dass er vom 10. November 1938⁵⁷ bis zum 1. März 1939 in sogenannter „Schutzhaft“ war. Dem Hinweis „Beabsichtigt auszuwandern“ vom 6. Dezember 1939 folgt der Eintrag, dass Wilhelm am 30. April 1942 mit unbekanntem Ziel ins Ausland verzogen sei.⁵⁸ Dies steht im Widerspruch zu der Abmeldung am 26. Juli. Normalerweise bedeutet ein solcher Eintrag, dass der Betreffende meist am gleichen Tag deportiert wurde. Tatsächlich gab es am 30. April 1942 bzw. 3. Mai 1942 einen Transport von Koblenz nach Krasniczyn mit 1000 Personen. Allerdings ist er auch hier nicht aufgeführt und auch sonst nirgends.⁵⁹ Aufgrund dieser Tatsache ließ ihn die Frau seines ausgewanderten Bruders Josef, Auguste Keller,⁶⁰ wohnhaft in Milwaukee, Wisconsin USA, am 14. Mai 1956 am Amtsgericht St. Goar gemäß §§ 44 des Verschollenheitsgesetzes in Verbindung mit Art. 2 § 2 des Änderungsgesetzes vom 15. Januar 1951 zum 31. Dezember 1945 für tot erklären, da aus einer Bescheinigung der Amtsverwaltung in Bacharach vom 24. März 1956 hervorgehe, dass der Genannte zur Deportation nach dem Osten im Juli 1942 verschleppt worden und von dort nicht mehr zurückgekehrt sei. Da der Verschleppte seitdem kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben habe, sei der Tod unzweifelhaft.⁶¹

57 Abweichend Bad Arolsen.

58 *Stüber*, S. 19.

59 *Gottwaldt*, S. 204; *Miroslav Kárný*: Das Schicksal der Theresienstädter Osttransporte im Sommer und Herbst 1942, in: *Judaica Bohemiae*, Heft XXIV, 1988, S. 82ff.

60 In der notariellen Urkunde sonderbarerweise als Ehefrau des verstorbenen Sohnes von Wilhelm Keller bezeichnet, er hatte aber gar keinen. Sie ist die Frau seines Bruders Josef.

61 Die Urkunde wurde auf Wunsch von Ulla Büttner vom Amtsgericht St. Goar an die VG Rhein-Nahe im November 2012 übersandt.

Nach Aussage von Heinz Hauser hat Metzger Hauser Wilhelm Keller in seinem Geschäft neben dem Marktturm bis 1941 oder 1942 beschäftigt, obwohl dies streng verboten war.⁶² Wenn man davon ausgeht, dass er 1942 deportiert wurde und spätestens 1945 starb, war Wilhelm Keller zum Zeitpunkt seines Todes 48 bzw. 51 Jahre alt. Für eine Deportation nach Theresienstadt wäre er eigentlich zu jung gewesen, da im Sommer 1942 vorwiegend alte Leute weggebracht wurden.

Emma Keller, seine Schwester, wurde am 15. Februar 1893 in Bacharach geboren, auch sie blieb ledig und lebte bis zum Schluss in der Langstraße 43. Sie nahm am 29. November 1938 „durch eigene Erklärung“ den (Schand)namen Sara an, der 1945 wieder gelöscht wurde. Auch sie hat sich zusammen mit den anderen Deportierten am 26. Juli 1942 abgemeldet, findet sich aber – genau wie ihr Bruder – nicht auf der Transportliste und nicht in den Theresienstädter Gedenkbüchern. Ihre Kartei des Einwohnermeldeamts Bacharach dokumentiert ihre Auswanderung im Jahr 1942, jedoch ebenfalls ohne genaues Datum und ohne genaue Ortsangabe. Ihre Schwägerin Auguste Keller ließ sie in demselben Dokument wie oben besprochen für tot erklären.⁶³ Wenn wir davon ausgehen, dass sie 1942 deportiert wurde und spätestens 1945 starb, war sie zum Zeitpunkt ihres Todes zwischen 49 und 51 Jahre alt. Für die Alterstransporte nach Theresienstadt wäre auch sie zu jung gewesen.

TERESIENSTADT

*Theresienstadt, Theresienstadt,
wie bin ich deiner müd und satt,
könnt ich dich doch verlassen!
In deinen Mauern wohnt das Leid,
und grenzenloses Elend schreit
aus deinen Gassen.*⁶⁴

Die Festung Theresienstadt im Nordwesten Tschechiens am Zusammenfluss von Elbe und Eger wurde gegen Ende des 18. Jh. von Kaiser Joseph II.

62 Ordner 28, Diktatur und Krieg (Archiv Geschichtsverein Bacharach).

63 Es existiert ein Hinweis auf eine Judenvermögenskartei des Oberfinanzpräsidenten Köln, Akte K 198 V (Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 709,005 Nr. 125). Trotz Nachfrage in diversen Archiven konnte diese Akte bisher nicht gefunden werden.

64 *Ilse Weber*: In deinen Mauern wohnt das Leid. Gedichte aus dem KZ Theresienstadt, Gerlingen 1991.

gegründet und nach seiner Mutter, Kaiserin Maria Theresia, benannt. Die Kleine Festung der Garnisonsstadt wurde schon im 19. Jh. für die Inhaftierung politischer Häftlinge genutzt. Die Nationalsozialisten ließen die Stadt räumen und errichteten hier im November 1941 ein Ghetto, in dem die Juden Tschechiens, vorwiegend ältere Juden und Personen mit „besonderen Verdiensten“ aus Deutschland, Österreich und Tschechien und einige tausend Juden aus den Niederlanden und Dänemark, interniert wurden. Das Ghetto wurde von der SS geleitet und diente zu Propagandazwecken als „Vorzeigeghetto“. Von November 1941 bis Juli 1942 war das Ghetto vollkommen in sich abgeschlossen. Es wurde durch die tschechische Polizei bewacht. Postverkehr oder gegenseitiger Besuch waren verboten und es herrschte Geschlechtertrennung. Von Juli 1942 bis zum Sommer 1943 öffnete sich das Lager und der Ältestenrat der Juden übernahm die Lagerleitung. Eine eigene Ghettowache wurde zur Überwachung eingesetzt, innerhalb des Ghettos konnten sich die Inhaftierten nun frei bewegen und ein beschränkter Briefverkehr nach außen war möglich. Bewohnt wurden die Kasernen, Häuser, Dachböden, Keller, Höfe und Ställe. Aber die hygienischen Einrichtungen waren völlig unzureichend. Im September 1942 lebten auf 115.000m² 53.000 Menschen. Aufgrund der unerträglichen Überfüllung, der katastrophalen hygienischen Verhältnisse und der Unterernährung breiteten sich Krankheiten und Seuchen aus. Allein im Jahr 1942 starben über 15.000 Menschen. Trotz beengter Verhältnisse, Lebensmittelknappheit und Zwangsarbeit gab es im Ghetto pädagogische und kulturelle Aktivitäten. Ende 1943, als Infomationen über die Vorgänge in den Vernichtungslagern durchzusickern begannen, entschieden sich die Deutschen, Theresienstadt einer Untersuchungskommission des Internationalen Roten Kreuzes zu präsentieren, um die berechtigten Gerüchte zu zerstreuen. Im Zuge dieser Aktion wurden weitere Deportationen nach Auschwitz durchgeführt. Fiktive Geschäfte, Cafés, Kindergärten, Schulen etc. wurden eröffnet und blühende Gärten angelegt. Am 23. Juni 1944 kam die Kommission ins Ghetto. Das Treffen wurde mit den Häftlingen akribisch vorbereitet. Nach Ende des Besuchs wurde ein Propagandafilm über das vorgeblich gute Leben der Juden unter dem „Schutz des Dritten Reichs“ produziert. Nach Ende der Dreharbeiten schickte man einen Großteil der Darsteller in die Vernichtungslager. Im Mai 1945 wurde das Lager befreit.⁶⁵ Gottwaldt führt Folgendes aus: Das Lager Theresienstadt befand sich nördlich von Prag auf dem Gelände einer ehemaligen böhmischen Festung. Es diente seit dem 24. November 1941 als Transitghetto zur vorübergehenden Unterbringung der Juden aus dem Protektorat Böhmen

65 Unter anderem *Corbach*, Dokument 42.

und Mähren. Die Bahnstation trug seit 1938 die amtliche Bezeichnung Theresienstadt-Bauschowitz (Eger) oder Terezín-Bohušovice nad Ohří. Seit Juni 1942 trafen zahlreiche Transporte aus dem Deutschen Reich inklusive Österreich ein, in denen sich vor allem ältere Menschen, meist über 65 Jahre alt, sowie Personen mit hohen militärischen Auszeichnungen, wichtigen internationalen Verbindungen, Personen aus nicht mehr bestehenden Mischehen und Kinder unter 14 Jahren befanden. Manche ehemaligen Insassen, die überlebt haben, bezeichnen es als „Stall vor dem Schlachthaus“. Auch hier wird die wichtige Funktion der Eisenbahn zur Durchführung all dessen deutlich. Im Ghetto wurden Transportlisten geführt. Mit Hilfe dieser Listen und anderer, von den Eingeschlossenen geretteten Dokumente, konnte ein Überlebender Theresienstadts, Hans G. Adler, eine Übersicht der zwischen dem 24. November 1941 und dem 15. April 1945 eingetroffenen Transporte zusammenstellen. Die Theresienstädter Gedenkbücher führen mehr als 648 Transporte aus vielen Ländern mit ca. 141.000 Menschen nach Theresienstadt auf.⁶⁶ Von dort gingen 65 Transporte in andere Vernichtungslager des Ostens. Man täuschte die Betroffenen über das Wesen der „Evakuierungen“. Auch hier wurde die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ gezwungen, ihre Mitglieder zu benachrichtigen und an deren Deportation mitzuwirken. Die Bestellung von Sonderzügen für die Transporte nach Theresienstadt war schwierig. Im Zeitraum vom 15. Juni bis 10. Juli 1942 wollte die Berliner Zentrale der Reichsbahn keine größeren Judentransporte mit jeweils 1.000 Insassen durchführen, weil eine neue Offensive der Wehrmacht im Süden Russlands bevorstand, die zahlreiche Sonderfahrten erforderte. Das RSHA-Referat IV B4 unter Adolf Eichmanns Leitung stellte am 15. Mai 1942 erstmals „Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden in das Altersghetto Theresienstadt“ auf, welche von dem Gestapochef Heinrich Müller unterzeichnet und an die entsprechenden Staatspolizeistellen spätestens bei der jeweiligen Zuweisung eines Transports versandt wurden. Die örtlichen Staatspolizeistellen sowie die Zentralstellen für jüdische Auswanderung in Wien und Prag waren gehalten, den zentral geplanten Abtransport der Juden unter Ausnutzung von Regelzügen der Reichsbahn bzw. der Protektoratsbahn sowie die Regelung der vermögensrechtlichen Angelegenheiten in eigener Zuständigkeit durchzuführen. Fahrplanmäßige Züge wurden für größere Transporte aber nicht benutzt, dafür wurden Sonderzüge eingesetzt.⁶⁷

66 *Theresienstädter Gedenkbuch*. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942–1945, Prag 2000; *Theresienstädter Gedenkbuch*. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005.

67 *Gottwald*, S. 260ff.

Hans G. Adler berichtet über die Situation in Theresienstadt: „Im Juni 1942 kamen die ersten Transporte aus Berlin, München, Köln und Wien. Im Laufe der nächsten Wochen und Monate fluteten immer mehr Transporte aus allen Landstrichen Deutschlands ins Lager und daneben noch zahlreiche Transporte aus dem „Protektorat“, hauptsächlich aus Prag. Ein unübersehbares Chaos, ein kaum mehr zu leitender anarchischer Trubel war die Folge. Wer aus dem „Protektorat“ kam, war zumindest weniger von Illusionen erfüllt, wußte vom Hörensagen ein wenig über die Verhältnisse Bescheid und fand gewöhnlich einige Hilfe bei Verwandten und Freunden, aber wie anders war es um jene aus Deutschland und Wien bestellt! Oft waren sie so gut wie gar nicht vorbereitet, in jeder Hinsicht ahnungslos und kannten keinen Menschen. War auch die sprachliche Verständigung nicht unmöglich, so waren ihnen doch die Begriffe der hier gesprochenen Sprache unverständlich. Die Eingesessenen aber konnten und wollten die Neulinge nicht verstehen. Die Stimmung vieler junger tschechischer Juden gegen die Greise aus Deutschland ist mit folgenden Worten leider nur zu richtig festgehalten: Wir hatten uns eingeredet, daß wir, wenn wir in die Tschechoslowakei kämen, in ein Freundesland kämen, mit uns vereint in unserem Haß gegen Hitler und seine Helfershelfer. Aber welche Enttäuschung für uns! Die Tschechen haßten uns genau so, wie wir Hitler haßten, und sie machten für das Unglück, das sie betroffen hatte, uns mit verantwortlich. Sie sahen in uns nicht Leidensgefährten, sondern nur Deutsche, die sie haßten. Es handelte sich mit wenigen Ausnahmen um alte, müde, meist gebrechliche, selbst sterbensranke Menschen. Sie kamen aus Versorgungsheimen oder aus stark assimilierten Kreisen und hatten mitunter grausame Verfolgungen nicht unmittelbar am eigenen Leibe verspürt. Ihre Kinder und jüngeren Verwandten waren meistens ins rettende Ausland entkommen, zum kleineren Teil hatte man sie in Fabriken, Arbeitslager oder schon in das namenlose Elend im Osten verschickt. Selten konnten sie ihr Gepäck ordentlich packen, waren dazu auch physisch oft kaum imstande. Niemand konnte oder wollte ihnen beistehen. Man hatte sie in Sammellager gebracht, wo sie, besonders in Wien, und hier durch jüdische Mitschuld, unter erbärmlichen Verhältnissen mitunter wochenlang leiblich und seelisch verelendeten. So waren sie bereits verwahrlost, verschmutzt und oft halb verhungert, bevor man sie in Viehwagen pferchte. Die Reise vollendete ihr Elend bis an die Grenze lebender Verwesung. Obwohl die Fahrt aus manchen Orten Tage dauerte, hatte man in den Zügen nichts für die Notdurft der Armen vorbereitet. Wasser gab man den Unglücklichen nicht mit, manchmal hatten sie nicht einmal Wegzehrung mit sich. Medizinische Hilfe konnte nicht geleistet werden. Man vergegenwärtige es sich bloß, daß hier gewöhnlich Menschen

von 70 bis 80 Jahren reisten, und auch Neunzigjährige waren dabei! So kamen sie, an Leib und Seele verwüstet, keiner Entschlüsse mehr fähig, ihrer Sinne oder Glieder nicht mehr mächtig. Deutsche Stellen hatten diesen Menschen schamlose Versprechungen über die bevorstehende gute und sorglose Zukunft gemacht und sie bewußt irreführt, damit ihre Vorbereitungen nur ja so unbrauchbar und sinnlos wie möglich ausfielen. Diese Juden, unter denen sich tausende von Kriegsverletzten und Kriegsdekorierten befanden, waren in einer festen Ordnung auferzogen und an sie gewohnt; schließlich im blinden Gehorsam an sie erstarrt, merkten sie nicht, daß diese Ordnung längst entwertet und von Lüge und Bosheit zerfressen war. So war es leicht, diese Unglücklichen in fast unglaublich dummer Weise zu hintergehen, bei allem, was man ihnen vorgeschwindelt hatte, schöpften sie keinen Verdacht, sondern vertrauten bereitwillig und vertrauten immer wieder. Das ging aus der Art des Gepäcks hervor, soweit man den Opfern dafür freie Wahl gelassen hatte. Da man ihnen über die bequemen und gemütlichen Verhältnisse im „Reichsaltersheim“, im „Theresienbad“, im „Kurort Theresienstadt“ mit seinen freundlichen Villen, Hotelpensionen und angenehmen Altersheimen das Blaue vom Himmel vorgefabelt hatte, brachten sie Gardinen, Vasen, Familienandenken und die für ein Lager unsinnigsten Geräte mit, an denen ihr Herz hing, und mit denen sie ihre neue Umgebung wohnlicher gestalten wollten. Die Kleidung hatten sie wie für einen Sommeraufenthalt zusammengestellt. In ihre Handtaschen hatten sie ein paar Zigarren oder vielleicht eine gute Flasche Wein gepackt. Nur was das Lager erforderte, was sie mit Nutzen hätten brauchen können, das fehlte oft ganz. Es mangelte ihnen an Decken und warmen praktischen Sachen. (...) Nun waren sie auf dem Bahnhof, erschöpft und zernichtet, angebrüllt von SS, Gendarmen und Juden, mit verwirrten Mienen, mit verzweifelt verständnislosen Blicken und ängstlich beklommenen Handbewegungen. Über den Zustand mancher westdeutscher oder gar erst der Wiener Transporte könnte vielleicht nur ein Bild, aber kaum mehr die Sprache eine gerechte Vorstellung vermitteln. Jetzt sollten die Entkräfteten den für sie beschwerlichen Marsch ungelobt ins Lager antreten, behangen mit ihrem armseligen Hab und Gut, und konnten es oft nicht mehr. Dann wurden sie wie Vieh auf Lastautos oder einen Traktor-Anhänger geladen, so dicht, daß sie weder liegen noch sitzen konnten. Darum mußten sie stehen, krank, übermüdet, durstig, apathisch oder schreiend, Frauen mit wirr gelöstem Haar, Invaliden mit Krücken, Blinde mit zittrigen Gliedern, um in die Stadt gefahren zu werden. (...) die Ankömmlinge fragten manchmal schon auf dem Bahnhof oder in der „Schleuse“, ob ein oder zwei Zimmer für sie reserviert wären oder wünschten sich Südseite und einen Balkon. Sie zeigten Bestätigungen über große Beträge, selbst über

500.000 RM, mit denen sie sich für einen lebenslänglichen Aufenthalt samt Verpflegung in Theresienstadt eingekauft hatten. Dafür hatten sie sich ihres Vermögens zugunsten der „Reichsvereinigung“, also der SS, „freiwillig“ begeben. Nun hockten oder lagen sie in einer der vielen stinkenden „Schleusen“ in stickig feuchten Kasematten oder auf staubigen Dachböden, unbarmherzig der dumpfen Sommerglut preisgegeben, im gelblichen Halbdunkel mit Resten ihres Gepäcks auf ebener Erde. Nicht einmal guter Wille hätte dieses Unheil bewältigen oder auch nur wesentlich lindern können.“⁶⁸

Auch der Arzt Dr. Karel Fleischmann, der 1944 getötet wurde, macht sich Notizen zu den schlimmen Zuständen im Lager: „(...) und die Dachböden wurden geräumt, in Hast gesäubert und von den Plankenwänden befreit. Man füllte die Dachböden mit Menschen an. Mit Alten, mit Gebrechlichen, mit Kranken und Siechen (...). Ich lernte hier das Elend und den Schmerz und das Unglück (...) ich sah den Schmutz, ich sah verrenkte verzerrte Glieder, die matten ausgemergelten Körper, ich sehe das gräßliche Mienenspiel der Sterbenden, ich sehe die todmüden, verlöschenden Augen, den offenen, ausgetrockneten, röchelnden Mund (...) ich sehe die Kaminmauern mit abgebröckeltem Mörtel, mit mühsam eingeschlagenen Nägeln, auf welchem die armseligen Überkleider hängen, ich sehe die entblößten in Sommerglut schmorenden Leiber, die bunten gestreiften Matratzen und das matte Rot der harten und kalten Steinfliesen, ich sehe die todmüden Krankenschwestern und den traurig verzweifelten Arzt.“⁶⁹

Eine häufig auftretende Krankheit, an der auch Bertha Wolff starb, war die Enteritis, eine Entzündung des Dünndarms. Der Eiweiß- und Vitaminmangel begünstigte das Entstehen und die Verbreitung von infektiösen Durchfällen, die als Enteritis auftraten. Die Enteritis-Epidemie setzte in stärkstem Umfang im Hochsommer 1942 ein, erreichte bald mit 7.000 Erkrankungen monatlich den Höhepunkt und flaute gegen Ende 1942 ab. Die unzureichende, oft verdorbene Nahrung und die mangelhaften sanitären Verhältnisse waren für den Ausbruch dieser Krankheit verantwortlich.⁷⁰ Ein Teil der Kasematten wurde zu Totenhallen umfunktioniert. Jüdische Bestattungen wurden ab neun Uhr vormittags in einem eigenen Zeremonienraum von verschiedenen Rabbinern abgehalten. Zuerst hatte man auf dem Friedhof vor der Stadt Einzelgräber ausgehoben, dann Massengräber. Später ging man zur Verbrennung über.

68 H. G. Adler: Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente, Tübingen 1958, S. 106ff.

69 Adler, S. 535.

70 Adler, S. 513f.

Nach dem Aufladen der Särge wurden die Leichen ins Krematorium geschafft. Das Krematorium mit vier elektrischen Öfen, die mit Naphta bedient wurden, nahm in den Sommermonaten 1942 den Betrieb auf. In diesen Monaten war die Sterblichkeit so groß, dass das Krematorium nicht ausreichte und die Leichen teilweise in der Erde beigesetzt wurden, obwohl alle Öfen Tag und Nacht arbeiteten. Die Urnen wurden in übereinander angebrachten Nischen, den sogenannten Kolumbarien, aufbewahrt, die den Häftlingen nicht zugänglich waren. Bei Kriegsende schüttete man der Inhalt der Urnen in den Fluss oder vergrub die Asche in der Erde.⁷¹ Die Vernichtung der Juden wurde nun zunehmend perfektioniert. Die Unzulänglichkeiten des Erschießens waren sowohl technischer als auch psychologischer Natur. Nach Ansicht der Mörder wurde zu viel Munition verbraucht und zu wenige Menschen getötet. Die „Klassiker“ bevorzugten die althergebrachte Exekutionsmethode mit zwölf Schritt Abstand und einer Gewehrsalve aus mehreren Gewehren, so wusste letztendlich niemand, wer den tödlichen Schuss abgegeben hatte. Andere präferierten den Genickschuss aus weniger als einem Meter Entfernung. Doch während des Erschießens entstand ungewollt ein enger Kontakt zwischen Täter und Opfer. Auch wenn das Gesicht nicht erkennbar war, so besaß doch jedes Genick seine Individualität, was auf Dauer zu psychologischen Problemen auf Seiten der Exekutoren führte. Auch die Methode, Abgase während der Fahrt in den Innenraum eines mit zum Tode verurteilten Menschen gefüllten Fahrzeugs einzuleiten, erwies sich als unpraktisch, da der Laderaum zu klein und die gesamte Aktion zu aufwändig war. So kam man also auf die Idee, feste Kammern zu installieren, zu denen die Menschen hingebacht wurden. Am Ende standen die Tötungsfabriken.⁷²

TREBLINKA

Nachdem bei der Wannseekonferenz die Richtlinien festgelegt worden waren, errichteten die Deutschen ab März 1942 in der Nähe der Eisenbahnhauptbahnhlinien drei Vernichtungslager an der östlichen Grenze des polnischen Generalgouvernements: Belzec, Sobibór und Treblinka. Chelmno gab es schon seit Dezember 1941. In diesen Lagern mit fest installierten Gaskammern wurden keine Selektionen durchgeführt. Nur einige kräftige Männer, die die Anlagen der Vernichtungsmaschinerie bedienen und alles Brauchbare der Toten

71 *Adler*, S. 530ff.

72 *Jean-François Steiner*: Treblinka. Die Revolte eines Vernichtungslagers, Berlin 1966, S. 56ff.

aussortieren mussten, entgingen zunächst der Vernichtung. Auschwitz-Birkenau war das größte Lager auf polnischem Boden und es diente sowohl als Arbeits- und Konzentrationslager sowie als Vernichtungslager. Dort wurde Zyklon B eingesetzt. Treblinka war eigentlich ein kleiner vergessener Bahnhof in der Nähe der großen Bahnlinie Warschau-Bialystok und lag in sandiger flacher, feuchter Heidelandschaft an der deutsch-russischen Demarkationslinie. Im August 1941 wurde bereits ein Arbeitslager für Juden und Polen errichtet, daraus entstand im Frühjahr 1942 das große Vernichtungslager für die Juden aus dem Warschauer Ghetto. Die Arbeiten im Lager waren hochspezialisiert. Innerhalb des Lagers gab es ein zweites Lager für die sogenannten Todesjuden. Zwei Torwege führten dort hinein. Der an der Südseite war den Juden vorbehalten, die ihren Weg in die Gaskammern antraten, daher nannte man ihn „Himmelsweg“. Um einen reibungslosen Ablauf zu garantieren und die Menschen in Sicherheit zu wiegen, hatte der damalige Kommandant des Lagers, Franz Stangl, die Rampe in einen falschen Bahnhof verwandeln lassen. In heiteren Farben waren auf Bretterwände täuschend echt Fenster und Türen mit harmlosen Aufschriften und sogar ein Fahrkartenschalter aufgemalt worden. Auch die Bahnhofsuhr fehlte nicht. Man nahm den Neuangekommenen sofort ihr Gepäck ab und reinigte die Waggons. Da man Verzögerungen im Ablauf ausschließen wollte, wurden die gebrechlichen und durch Verletzungen und Krankheiten beeinträchtigten Juden aussortiert. Sie mussten durch den Ausgang Richtung „Wolkowisk“ gehen, von dort wurden sie direkt an den Rand der Gruben geführt und mit Genickschuss hingerichtet. Die anderen nahmen den Ausgang „Bialystok“ und damit den Weg ins Gas. Man trennte die Todgeweihten zunächst nach Geschlechtern und führte sie in Baracken. Dort wurden ihnen die Haare geschoren, um diese gewinnbringend weiter zu verwerten. Waren sie nicht schnell genug, rissen ihnen die Aufseher die Kleidung herunter, um nicht selbst von den SS-Männern geschlagen zu werden. Die Kleider wurden auf einen Platz gebracht, wo man sie sortierte. Wertsachen und Schmuck, soweit noch vorhanden, mussten natürlich abgegeben werden. An der Barackentür zum „Himmelsweg“ endete die Täuschung. Anders als der Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, ließ der Kommandant von Treblinka keine Handtücher verteilen. Die Opfer mussten den Weg zu den Gaskammern laufend hinter sich bringen, da „Untersuchungen“ gezeigt hatten, dass Menschen, die außer Atem sind, schneller an dem Kohlenmonoxid, das mit Hilfe großer Dieselmotoren in die Kammern eingeleitet wurde, starben, weil sie tiefer einatmen. Dennoch vergingen bis zum Ersticken qualvolle Minuten. Manchmal kam es zum Stau vor den Kammern, so dass die Juden gezwungen wurden, zu hüpfen, zu springen und Kniebeugen zu machen. Auf dem

„Himmelsweg“ fand auch die letzte Leibesvisitation statt. Die Leichen wurden dann aus den Kammern herausgeholt, und die Goldzähne wurden ihnen herausgebrochen. Die Toten wurden abwechselnd mit Sandschichten neben- und übereinander in die Gruben gelegt. Die Züge mit je zwanzig Waggons liefen im Abstand einer halben Stunde ein. Zwischen sieben Uhr morgens und kurz nach zwölf Uhr mittags konnten so ca. 24.000 Menschen getötet werden. Um eine weitere Überfüllung des Ghettos Theresienstadt zu vermeiden, gingen zwischen dem 19. September und dem 22. Oktober 1942 zehn Alterstransporte mit fast 19.000 Häftlingen von Theresienstadt nach Treblinka ab, auch Antonie Herzberg war dabei. Über dem Lager hing permanent ein beißender Verwesungsgestank. Schließlich gab Hitler den Befehl, das Lager zu schließen. Damals lagen ca. 700.000 verrottende Körper im Boden. Diese wurden alle exhumiert und nach Hinzuziehen eines Spezialisten auf Scheiterhaufen verbrannt. Im Lager kam es am 2. August 1943 zu einem Aufstand, in dessen Verlauf Teile des Lagers zerstört wurden. Heute ist von dem Lager Treblinka kaum mehr etwas zu sehen.⁷³ Steiner schildert in seinem Buch über Treblinka eine erschütternde Szene: „Am nächsten Morgen wurde er dem Entkleidungskommando zugeteilt. Die Aufgabe dieses Kommandos schien darin zu bestehen, nichts zu tun, doch wenn sich die neu angekommenen Juden nicht schnell genug auszogen, hagelten Schläge auf die Arbeiter des Kommandos herunter. Deshalb „halfen“ sie den Neuankömmlingen, sich zu entkleiden, und rissen ihnen notfalls die Kleider vom Leibe. Damit die Gewißheit des nahen Todes sie nicht zu passivem Widerstand trieb, hatten die Häftlinge beschlossen, ihren Brüdern nichts davon zu sagen, und sogar die zu beschwichtigen, die ahnten, was ihnen bevorstand. So war die Mittäterschaft in ihre allerletzte Phase getreten. Zu jener Zeit wurde das Personal des Kommandos jeden Tag ausgewechselt; dennoch hält sich jeder an diese Übereinkunft. Auch Meir Berliner hielt sich daran. An jenem Tag sah er eine alte Frau, die sich abmühte, ihr langes schwarzes, von oben bis unten geknöpftes Kleid auszuziehen. Er stürzte auf sie zu und riß mit einer wütenden Handbewegung an ihrem Kleid, daß die Hälfte der Knöpfe absprang. Die alte Frau hatte ihn auf sich zukommen sehen, wollte ihm danken und hob langsam den Kopf. Das Alter hatte sie unförmig werden lassen, ihr Gesicht war schlaff wie totes Fleisch geworden. Nur ihr Blick lebte noch. Als sie ihn ansah, sagte sich Berliner, daß sie verstanden haben mußte, was vorging. Berliner hielt inne, verlegen, vielleicht beschämt, jedenfalls unfähig weiterzumachen, solange diese Augen ihn anblickten. „Das also ist das Ende“, sagte sie in ihr Schicksal ergeben. Berliner zögerte, aber

73 Steiner, S. 169ff.

er konnte nicht lügen. Er ließ den Kopf sinken. „Die Alten, die Untauglichen werden getötet?“ fuhr sie fort. Sie schien sich damit abgefunden zu haben, als sei es etwas Notwendiges, das sie seit langem gehnt hatte. Halbnackt stand sie da, ihr Fleisch quoll hervor, wo die Kleidung weggerissen war. Sie fuhr fort, sich auszuziehen. Berliner vermochte kein Glied zu rühren. Für ihn war sie nicht mehr ein anonymes Objekt, für ihn war sie eine alte Frau, eine Mutter, alle Mütter der Welt, seine Mutter. „Nein, nein!“ murmelte er. „Das ist ja nicht möglich.“ Der resignierte Ausdruck in ihren Augen schwand. Fragend sah sie ihn an. „Das ist noch nicht der Tod?“ Wäre in ihrer Stimme eine Spur Hoffnung zu hören gewesen, wäre Berliner geflüchtet. Aber nur unbestimmte Neugier klang an. Er antwortete nicht, und sie verstand. „Aber die Männer verschont man?“ In der Baracke, in der sich die Frauen auszogen, herrschte ein solches Durcheinander, daß niemand auf sie achtete. Wieder antwortete Berliner nicht. Langsam begann das Gehirn der alten Frau zu arbeiten, und ihre Augen trübten sich. Ihre Finger mühten sich noch immer mit demselben Knopf ab. Sie übersprang ein paar Fragen und sagte „Und Sie?“ „Wir?“ stieß er hervor. Aus Scham und weil er wußte, daß hier Worte keinen Sinn oder wenigstens nicht mehr denselben Sinn hatten, verstummte er wieder. Doch der Ton, in dem er gesprochen hatte, gab zu verstehen: „Das ist noch schlimmer.“ Bittend sah er sie an. Die alte Frau nahm seine Hand und führte sie an die Lippen. Dann sagte sie: „Jude! Mein Sohn, lebe! Schwöre mir, weiterzuleben.“ Sie hob die Arme, und ihr entschlossener Blick sagte: „Los.“ Ihren Augen ausweichend, faßte er das Kleid und zog mit aller Kraft.⁷⁴

„ENTJUDUNG“ UND ENTEIGNUNG

Bevor man die Juden zur Auswanderung zwang, deportierte und tötete, nahm man ihnen ihr Vermögen ab. Bis zum Kriegsausbruch waren Polizei-, Finanz- und Wirtschaftsbehörden des Deutschen Reiches damit befasst, auswanderungswilligen Juden einen immer größeren Teil ihres Vermögens auf dem Verordnungswege zu entziehen. 1933 wurden die jüdischen Unternehmen aus der Wirtschaft verdrängt, 1937/38 kam es zur vollständigen Existenzvernichtung. Die Kosten des Novemberpogroms mussten die Juden selbst übernehmen, hier offenbart sich deutlich der Zynismus des Systems. Zum 1. Januar 1939 trat die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben in Kraft. Ihnen wurde jegliche selbständige Tätigkeit untersagt, davon

74 Steiner, S. 84f.

waren auch viele Ärzte und Anwälte betroffen. 1941 folgte die vollständige Enteignung. Was an Grundstücken, Immobilien und Inventar übrigblieb, wurde versteigert, verkauft, verpachtet und vermietet. Die Auswanderungsstelle Köln war zuständig für die Rheinprovinz. So machte sich denn, in mehreren Wellen, ein Strom von Juden auf, ihre Heimat zu verlassen. 1933 als Folge der Machtergreifung, 1935/36 als Reaktion auf die Nürnberger Gesetze und 1938/39 unter dem Eindruck der „Reichskristallnacht“. Es war ein gutes Geschäft. Reichsfluchtsteuer und Devisenvorschriften waren die Zauberwörter. Der freie Devisenverkehr war seit dem 1. August 1931 eingeschränkt und die Reichsfluchtsteuer-Verordnung vom 8. Dezember 1931 sah bei Aufgabe des inländischen Wohnsitzes eine Abgabe von 25 % des Vermögens vor, wenn ein Einkommen von mehr als 20.000 Reichsmark und ein Vermögen von mehr als 200.000 Reichsmark vorhanden war. Damit wollte man sich in diesen schwierigen Zeiten vor Kapitalflucht schützen. Die Grenzen wurden nach 1933 stark gesenkt. Nach 1938 galt dies schon für Vermögen über 5.000 Reichsmark. Wenn nur die Vermutung einer Ausreise bestand, musste eine Sicherheitsleistung in Höhe der voraussichtlichen Steuer beim Finanzamt hinterlegt werden. Daher baute man ein Überwachungsnetz auf, um Devisenvergehen zu verhindern. Sobald irgendwelche Anzeichen für mögliche Ausreisepreparationen beobachtet wurden, wurde Meldung gemacht. Dazu zählten unter anderem die Beantragung eines Reisepasses, die Auflösung des Geschäfts und der Verkauf von Immobilien. Alle zuständigen Dienststellen waren seit 1937 befugt, bei dem Verdacht einer „Vermögensbeschränkung“ den betroffenen Personen Verfügungsbeschränkungen aufzuerlegen. Sperrkonten wurden eingerichtet. Wertmetalle durften nicht in die neue Heimat mitgenommen werden. Emigration bedeutete weitgehende Enteignung. Die Auswanderung war prinzipiell erwünscht, aber nur unter Zurücklassung von möglichst viel Vermögen. Auch in Bacharach wurden die Auswanderungsvorbereitungen von den Familien Eichberg, Halle, Sommer und den Kellers aus der Kranenstraße 6 genau beobachtet.⁷⁵ Die Legende weiß zu berichten, dass Carl Eichberg sein ganzes Geld in sein Sofa eingnäht hat, das dann in die USA verschifft wurde. Der Sohn von Josef und Auguste Keller, Kurt David Keller, soll laut Aussage von Reinhold Maus 1945 mit den amerikanischen Truppen nach Bacharach gekommen sein. Die Emigration von Juden aus Deutschland war bereits wegen der Kriegsereignisse seit September 1939 stark zurückgegangen. Mit dem Beginn der Deportationen nach Lodz im Oktober 1941 hatten sich die Ziele der

75 Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 613 Nr. 1649.

deutschen Judenpolitik so verändert, dass Heinrich Himmler ein allgemeines Auswanderungsverbot verhängte.⁷⁶ Die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 regelte den Ablauf der Enteignung. De jure ging es nur um den Verlust der Staatsangehörigkeit, doch bezweckte man de facto damit den Antritt der Erbschaft des Vermögens. Dies galt auch für die besetzten Gebiete im Osten, die man aber nicht als Ausland bezeichnen durfte, da sie ja zum großdeutschen Reich gehörten. Bei Deportationen nach Theresienstadt im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren und bei Auschwitz im Gau Oberschlesien musste man eine Einziehungsverfügung erlassen. Hatten die Finanzbehörden bis dahin bereits die Vermögenskontrolle und -abschöpfung durchzuführen, so kam nun die Aufgabe hinzu, noch vorhandene Vermögen zu übernehmen. Zwar war für die Versendung der Vermögensbescheide und die Ankündigung der Deportationen in den Rheinlanden die jüdische Gemeinde Köln zuständig, doch in Bacharach stellte die Gestapo Koblenz, die eng mit der Finanzbehörde zusammenarbeitete, die Transportlisten zusammen, kündigte die Evakuierungen an und verschickte die Formulare zur Aufnahme der Vermögen der zu Deportierenden. Dafür griffen sie auf ihre eigenen Judenakten zurück.⁷⁷ Die Formulare wurden stets zentral vom Judenreferat Eichmanns an die einzelnen Gestapostellen versandt. Die Weiterleitung erfolgte dann mittels direkter Zusendung oder unter Mithilfe der örtlichen Behörden oder der jüdischen Gemeinden. Polizeibeamte suchten die zur Deportation bestimmten Juden am Abreisetag auf. Sie sammelten die Vermögenserklärungen ein. Die Wohnungen mussten ordnungsgemäß verlassen werden, wurden versiegelt, daraufhin erfolgte die Abmeldung. Ein Handkoffer oder Rucksack mit warmer Kleidung, festes Schuhwerk, ein Brotbeutel mit Verpflegung für drei Tage und eine Wolldecke durften auf die Reise mitgenommen werden.⁷⁸ Die Überführung der zur Deportation bestimmten Menschen an die Sammelorte erfolgte in verschiedenen Formen. Mal einzeln, meist aber in kleinen Gruppen und in Begleitung der örtlichen Beamten der Gendarmerie mussten sie aus ihren alten Wohnungen oder den dazu gemachten „Judenhäusern“ oder gar schon aus Arbeits- und Durchgangslagern die Fahrt antreten. Ihr Besitz

76 *Walter Rummel/Jochen Rath (Bearb.): „Dem Reich verfallen“ – „den Berechtigten zurückzuerstat-
ten“*. Enteignung und Rückerstattung jüdischen Vermögens im Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz
1938 – 1953, Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Band 96, Koblenz
2001, S. 61; *Marcel Griesang: Vom Boykott zur Enteignung. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche
Ausschaltung der Juden im Gebiet des heutigen Rhein-Hunsrück-Kreises*, hrsg. vom Förderkreis
Synagoge Laufersweiler e. V., Laufersweiler 2010.

77 *Rummel*, S. 89ff.

78 *Rummel*, S. 117.

wurde verkauft oder versteigert.⁷⁹ Am 22. April 1942 forderte ein Erlass des Reichsfinanzministeriums, den Verkauf von Grundbesitz und Immobilien einzustellen. Die Verkaufssperre wurde mit der Fürsorge für die Frontsoldaten begründet. Auch sie sollten Gelegenheit zum Erwerb haben. Nun mussten sich die Finanzämter um die Verwaltung und Instandhaltung der Häuser, Wohnungen und Grundstücke kümmern. Sie setzten zu diesem Zweck Hausverwalter ein, die die Objekte vermieteten.⁸⁰ Am 10. November 1947 veröffentlichte die US-Militärregierung das Gesetz Nr. 59 über die „Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände“. Wer in den Besitz eines unter Verfolgungsdruck weggegebenen und weggenommenen Vermögens gelangt war, war verpflichtet, es zurückzugeben oder finanziellen Schadensersatz zu leisten.⁸¹ So mancher Hauskäufer musste noch einmal eine ordentliche Summe nachzahlen.

Im Landeshauptarchiv Koblenz gibt es zwei interessante Akten, die sich mit dem Vermögen von Bertha und Jenny Wolff befassen.⁸² Bei der Hauptzweigstelle der Kreissparkasse St. Goar in Bacharach waren zwei Sparkassenbücher auf die Geschwister Wolff geführt worden. Vom Sparkassenbuch Nr. 286 wurden am 15. August 1939 1.031,97 Reichsmark in bar abgehoben. Dieser Vorgang wurde wohl noch von den Schwestern durchgeführt. Das Guthaben von 5.271,47 Reichsmark auf dem Sparkassenbuch Nr. 2372 wurde allerdings nach dem Tod der Schwestern aufgrund der Verfügung Nr. 52 205/W I + II an das Finanzamt St. Goar am 23. Dezember 1942 überwiesen. Außerdem existierten bei der Reichsschuldenverwaltung in Berlin noch Wertpapiere, „da die Genannten öfters Beträge von dieser Stelle überwiesen bekamen.“ Die Geschwister Wolff waren zwar nicht besonders wohlhabend, aber auch nicht gerade arm. Sie sind wohl in Bacharach aus alter Anhänglichkeit an ihre Heimat geblieben, über ihr Geld konnten sie aber ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr verfügen. Die Geschwister waren seit 1927 je zur Hälfte Eigentümer der Häuser Blücherstraße 38 und 40. Im Verzeichnis der Bacharacher Haus- und Grundbesitzer von Karl-Ernst Linz, Teil I ist seit dem 6. Oktober 1942 das Deutsche Reich, Reichsfinanzverwaltung Oberpräsident Köln, als Eigentümer eingetragen.⁸³ Gemäß dem Eintrag in der Akte des Landeshauptarchivs Nr. 20886 seien diese aber bereits am 25. November 1941 eingezogen worden und auf Antrag des Finanzamts St. Goar im Grundbuch auf das Reich

79 *Rummel*, S. 125.

80 *Rummel*, S. 204ff.

81 *Rummel*, S. 231.

82 Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 572,017 Nr. 20885 und 20886.

83 *Linz*, S. 27f.; Akte LHArchiv Koblenz, Bestand 572,017 Nr. 20886.

umgeschrieben worden. Vielleicht hat die Eintragung ins Grundbuch so lange gedauert. Als Verwalter wurde Ferdinand Jakob Wasum eingesetzt, der außerdem auch das Haus der Geschwister Keller in der Langstraße 43 und in Niederheimbach das Haus von Max Kohlmann in der Rheinstraße 58 und von Bernhard Weiß in der Rheinstraße 61 verwaltete. Mehrere Parteien mieteten in der Blücherstraße 38 und 40 private Wohnungen und gewerblich genutzte Räume an. Der Verwalter musste eine detaillierte Abrechnung vorlegen. Die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung fanden Verwendung für die Zahlung der Grundsteuer und für anfallende Kosten von Reparaturen. Die Überschüsse wurden auf ein Sperrkonto eingezahlt, das bei der Kreissparkasse in St. Goar unter der Nr. J 411 eingerichtet wurde. Das „Amt für kontrollierte Vermögen“ des Kreises St. Goar hatte den Besitzern von nach dem 30. Januar 1933 gekauften jüdischen Besitz mitgeteilt, dass das betreffende Objekt gemäß Gesetz 52 blockiert sei. Eingehende Mieten und Pachtbeträge mussten auf ein Sperrkonto bei der Kreissparkasse St. Goar eingezahlt werden.⁸⁴ 1951 wurde nach dem Tod von Ferdinand Jakob Wasum Eugen Wegner aus Trechtinghausen als Verwalter eingesetzt. Bereits im Jahr 1946 meldete die einzig lebende Verwandte, eine Nichte der Geschwister Wolff, Margarete Schonfeld, wohnhaft 29 Oaklands Drive, Prestwich/Lancs., England ihre Rechte auf Haus und Vermögen an, da beides seit 1945 der Kontrolle der Militärregierung unterstand. Auf dem Sperrkonto befanden sich durch Mieteingänge am 30. September 1946 1.266,33 Reichsmark. Ihre Klage hatte Erfolg. Mit Verfügung des Regierungsbezirksamtes für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen vom 5. November 1951 wurde der Antrag auf Freigabe des aufgeführten Besitzes unter der Entsperrungsnummer 13 311 in Durchführung der Verordnung 65 der Militärregierung mit Wirkung vom 30. Oktober 1951 genehmigt. Das wertvolle Porzellan der Geschwister soll von den Nationalsozialisten in der Rosenstraße verkauft worden sein. Angeblich sei es von Verwandten zurückgeholt worden. Es ist möglich, dass Frau Schonfeld sich darum gekümmert hat. 1959 wurde das Haus in der Blücherstraße 40 von Frau Schonfeld an das Ehepaar Erich und Inge Schmidt verkauft. Da beide Objekte nur zusammen veräußert werden sollten, kauften Gustav und Minna Ketzer das Haus Nr. 38.

84 *Karl-Josef Burkhard/Hildburg-Helene Thill*: Unter den Juden. Achthundert Jahre Juden in Boppard, hrsg. für den Geschichtsverein für Mittelrhein und Vorderhunsrück von Heinz E. Mißling, Boppard 1996, S. 130.

VERLEGUNG DER STOLPERSTEINE

Am 22. August 2014 wurden in Bacharach zum ersten Mal vier Stolpersteine durch den Künstler Gunter Demnig verlegt. Die Inschriften auf der glänzenden Messingplatte sollen an die durch die Nationalsozialisten deportierten jüdischen Geschwister Wilhelm und Emma Keller (Langstraße 43) und Antonie Herzberg (Bauerstraße 5/Ecke Langstraße) erinnern sowie an das Opfer der „Euthanasie“, Heinrich Paff (Langstraße 25), der in Hadamar vergast wurde (der Stolperstein für Maria Catharina Louise Jeiter, die angeblich an einer Lungenentzündung in Hadamar verstorben ist, wurde im Sommer 2015 vor der Oberstraße 3 verlegt). Es waren Ulla Büttner und ihre Mutter Inge Schmidt, geb. Feld, Jahrgang 1927, die den Stein sozusagen „ins Rollen“ brachten. Die Eheleute Erich und Inge Schmidt hatten 1959 das Haus in der Blücherstraße 40 in Bacharach gekauft, in welchem Ulla Büttner mit ihrer Familie aufgewachsen ist und das sich bis Ende 1941 oder 1942 im Besitz der zwei deportierten jüdischen Geschwister, Bertha und Jenny Wolff, befunden hatte. Ulla Büttner verschaffte sich anhand der Dokumente aus dem Melde- und Standesamt der ehemaligen Stadtverwaltung Bacharach, jetzt Verbandsgemeinde Rhein-Nahe, einen ersten Überblick und recherchierte weiter. 2011 trug sie ihre Idee dem damals amtierenden Bürgermeister Dieter Kochskämper vor. Im Jahr 2013 bildete sich sodann der Arbeitskreis „Stolpersteine für Bacharach“, dem neben Ulla Büttner und Dieter Kochskämper nun auch Peter Keber vom Bauverein Wernerkapelle und Dagmar Aversano-Schreiber vom Verein für die Geschichte der Stadt Bacharach und der Viertäler angehörten. Nach sorgfältigen Recherchen im Landeshauptarchiv Koblenz, in den Archiven der Gedenkstätten und des Melde- und Standesamtes der VG Rhein-Nahe und nach Durchsicht der Briefe von Zeitzeugen, der Gedenkbücher von Theresienstadt, allgemeiner Literatur und persönlichen Gesprächen mit noch lebenden Augenzeugen konnten in Bacharach fünf Personen jüdischen Glaubens gefunden werden, die hier nachweislich bis zum Tag ihrer Deportation gelebt haben. Zwei weitere Personen fielen den sogenannten Euthanasieverbrechen zum Opfer. Die Stolpersteine wurden auf öffentlichem Grund vor den Häusern verlegt, in denen die deportierten Opfer ihren letzten freiwillig gewählten Wohnsitz hatten. Eine Genehmigung der Hauseigentümer war daher nicht zwingend notwendig. Dennoch war es dem Arbeitskreis wichtig, die Hausbesitzer in das Projekt mit einzubeziehen. Am 14. November 2013 hatte der Rat der Stadt Bacharach mit einer Enthaltung das Projekt befürwortet. Leider waren nicht alle Hauseigentümer mit der Verlegung der Stolpersteine vor ihrem Haus einverstanden, so auch die neuen Besitzer des Hauses Blücherstraße 40. Die Stolpersteine für die Geschwister Wolff liegen seitdem in einer Vitrine im Rathaus.



Dieses Projekt wurde von vielen Menschen unterstützt, ganz besonders von dem verstorbenen Udo Borniger, der uns die Bilder der Bacharacher Juden zur Verfügung stellte und von Friedrich G. Paff, der uns den Großteil der Unterlagen seines Onkels Heinrich Paff zur Nutzung überließ. Großer Dank geht auch an Ulla Büttner, die mit viel Energie und Arbeitsaufwand diesen Tag möglich machte und natürlich an Dieter Kochskämper und Peter Keber, die lange Gespräche mit allen beteiligten Personen führten und maßgeblich an der Umsetzung des Vorhabens beteiligt waren. Doch auch in der Vergangenheit hat man sich bereits mit dem Antisemitismus in Bacharach auseinandergesetzt. So ließ die Künstlerin Liesel Metten, Eigentümerin des Hauses Stadtmauer 26, auf eigene Kosten an der Fassade ihres ATELIERS AM STROM eine Gedenktafel für die Juden in Bacharach anbringen. Die Bronzetafel wurde am 8. Mai 1995 eingeweiht. Das Haus, damals noch Langstraße 26, gehörte einst dem Ehepaar Siegfried und Eva Berta Sommer, die es 1936 vor ihrem Umzug nach Frankfurt am Main und der späteren Übersiedlung nach San Francisco aufgrund der Repressalien gegen Juden verkaufen mussten.



Tafel am Haus Metten (Atelier am Strom, Langstraße bzw. Stadtmauer 26).



Die Nachfahren der Familie Eichberg kommen bis heute nach Bacharach. So besuchte vor einigen Jahren der in Israel lebende Enkel von Carl Eichberg, Glen Pagelson, und seine Familie Bacharach. Auch dessen Ururenkelin, Klein-Alma, war dabei. Sie besuchten die ehemalige Eisenwarenhandlung in der Blücherstraße 14 sowie die 91-jährige Ruth Hönel, die damals noch immer im Haus gegenüber lebte. Sie war mit Inge Eichberg, der Mutter von Glen, als Kind eng befreundet gewesen und konnte viele Geschichten aus jener Zeit erzählen.

Aktionen wie die Installation eines roten Fensters an der Ruine der Wernerkapelle, dem steingewordenen Denkmal des mittelalterlichen Antisemitismus, durch den Künstler Karl-Martin Hartmann im Mai 2007 und die Restaurierung der Wernerkapelle und der Anbringung von mahnenden Worten des Papstes Johannes XXIII., dem großen Brückenbauer zwischen Christen und Juden, initiiert von dem Bauverein Wernerkapelle unter dem Vorsitz von Peter Keber, rufen zu Toleranz, Reflexion und einem friedlichen Zusammenleben der Religionen auf.⁸⁵

85 Doris Spormann: Das Mahnmal am Rhein. I. Christlich-jüdischer Gottesdienst anlässlich der



Wernerkapelle mit dem roten Fenster des Künstlers Karl-Martin Hartmann bei Nacht.

Peter Keber erzählte mir folgende Geschichte: Als 1997 nach dem Ende der Restaurierungsarbeiten ein jüdisch-christlicher Gottesdienst in der Wernerkapelle stattfand, fiel ihm ein älterer Herr auf, der das Geschehen filmte. Neugierig geworden, kam er mit ihm nach dem Gottesdienst ins Gespräch. Es stellte sich heraus, dass dieser Herr Fred Moses hieß und in Deutschland geboren worden war. Als er neun Jahre alt war flohen seine Eltern über den Hafen von Genua nach Chile. Er war nun zum ersten Mal wieder in Deutschland, besuchte auch Bacharach und war angesichts der geleisteten Verständnisarbeit sehr beeindruckt. Den Film zeigte er in Chile und Australien, dessen Staatsbürger er geworden war. Peter Keber und Fred Moses blieben in Kontakt, so dass er

Renovierung der Ruine der Wernerkapelle in Bacharach am 8. Juni 1997, in: SACHOR. Beiträge zur jüdischen Geschichte und zur Gedenkstättenarbeit in Rheinland-Pfalz, 8. Jahrgang, Heft Nr. 15, Bad Kreuznach, Ausgabe 1/98, S. 5ff.; *Frieder Schwitzgebel*: Toleranz vor Augen. Das Projekt von Karl-Martin Hartmann in der Wernerkapelle Bacharach in Zusammenarbeit mit dem Bauverein Wernerkapelle, hrsg. vom Bauverein Wernerkapelle e. V., Mainz 2010.

auch die Installation des roten Fensters in seinem Heimatland bekannt machte. Einige Jahre später versuchte Fred Moses, der als Deutscher geboren worden war und als Deutscher sterben wollte, mithilfe der deutschen Botschaft die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Dies wurde allerdings verweigert. Daraufhin setzte Peter Keber alle Hebel in Bewegung und kontaktierte alle notwendigen Stellen und Organisationen, um den Wunsch des alten Mannes Wirklichkeit werden zu lassen. Und tatsächlich. Es gelang! Fred Moses wurde wieder deutscher Staatsbürger und wurde einige Zeit später als solcher in Australien beerdigt. Eine Gedenkplatte an der Wernerkapelle erinnert daran.

Geschichte der Langenlonsheimer jüdischen Gemeinde

von Dr. phil. Friedrich Schmitt u. a.

GRUSSWORT



Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank an den Arbeitskreis Jüdisches Bingen dafür, dass nun bereits der 14. Band der Buchreihe erscheinen kann, die sich mit dem jüdischen Leben in unserer Region befasst.

In diesem Band wird auch ein Artikel über das früher sehr rege jüdische Leben in der Ortsgemeinde Langenlonsheim erscheinen. Schon seit vielen Jahren verfolgen wir hier die Schicksale vieler jüdischer Mitbürger zurück und versuchen, diesen ein ehrendes Andenken zu bewahren. Daher haben wir in Langenlonsheim zusammen mit dem Künstler Günter Demnig bereits mehr als 20 Stolpersteine verlegt. Und es war uns ein besonderes Anliegen, am 9. November vergangenen Jahres eine Stele zur Erinnerung an die ehemalige jüdische Synagoge in Langenlonsheim zu enthüllen.

Da all dies dazu beitragen kann, die Erinnerung wachzuhalten und eine Wiederholung der furchtbaren Verbrechen zu verhindern, danke ich allen Mitwirkenden an diesem Werk von ganzem Herzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Bernhard Wolf
Ortsbürgermeister Langenlonsheim

BIS ZUR FRANZÖSISCHEN REVOLUTION BESITZEN DIE JUDEN NUR EINGESCHRÄNKTE RECHTE.

Erstmals ist im Jahre 1695 ein jüdischer Name in Langenlonsheim nachweisbar, als Wendel Judt wegen Genie/Sang von Wasser und Weide 1 Gulden in die Gemeindekasse zahlte. In einem Protokollbuch der Gemeinde aus der Zeit um 1700 sind Judt Mayer als Nachfolger von Wendel Judt und Benedik Judt genannt. Jeder lieferte einen Simmer Korn als Abgabe für ihre Wohnhäuser ab. Beide gehörten zu den „Schutzjuden“, die gegen jährliche Zahlung des Schutzgeldes sich in jedem Ort der Kurpfalz niederlassen durften und unter dem Schutz des Kurfürsten standen.

Sie waren aber keine Gemeindsmänner, durften also nicht an den Gemeindeversammlungen teilnehmen. Juden, die das Schutzgeld nicht bezahlen konnten, wurden als „Betteljuden“ aus der Kurpfalz ausgewiesen.

Die beiden jüdischen Familien lebten noch 1722 in Langenlonsheim. Die Namen Benedikt und Mayer treten immer wieder auf, so im Jahre 1741, als folgende fünf jüdische Einwohner des Dorfes genannt werden, von denen jeder 30 Gulden Schutzgeld für 1740 gezahlt hatte: Benedikt, Hayem, Juda Kahn, Götz Benedikt, Mayer.

Im Jahre 1742 wurde der vom Dorf entfernteste Teil des Langenlonsheimer Waldes erstmals als *In den Judenkirchhofsschlägen* bezeichnet. Daran ist zu erkennen, daß die jüdische Gemeinde dort ihre Begräbnisstätte angelegt hatte.

Im Jahre 1769 gab es 28 und 1790 32 Juden in Langenlonsheim. Die Namen der jüdischen Familien lauteten im Jahre 1799: Jud Joseph, Benedic Götz, David Götz, Benedic Nathan, Benedic Joseph, Moses Seelig Schweig, Götzlich, Süskind, Israel Isaak.

Sie wohnten nicht von den übrigen Dorfbewohnern getrennt, durften Häuser und Grundstücke erwerben und ehrliche Handlungen ausüben. Auf Anordnung des Kurfürsten mußten sie ihre Handbücher in deutscher Sprache führen, wenn diese vor Gericht als Beweismittel anerkannt werden sollten. Außerdem durften die Juden an christlichen Sonn- und Feiertagen keinen Handel treiben.

IM LAUFE DES 19. JAHRHUNDERTS ERLANGEN DIE JUDEN DIE VOLLE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG.

Zwar proklamierte die Französische Revolution gleiches Recht für alle Menschen, aber spätere Dekrete Napoleons weisen aus, daß die Gleichberechtigung noch nicht voll für die Juden galt. Trotzdem wuchsen die rheinischen Juden unter der französischen Herrschaft immer stärker in den Staat hinein. Im Jahre 1808 mußten sie durch eine Erklärung vor einem Standesbeamten feste Vor- und Familiennamen annehmen. Deshalb ließen am 30. Oktober 1808 elf jüdische Haushaltsvorstände aus Langenlonsheim (9 Männer und 2 Witwen) für sich und ihre Kinder - die Ehefrauen blieben unerwähnt - folgende Namen in das Personenstandsregister eintragen: Schweis (später Schweig), Brill, Natt, Scheier, Goetz, Kahn, Stern.

Ihre bisherigen Rufnamen wie Benedikt, Moses, Mayer übernahmen sie als Vornamen.

Die volle rechtliche Gleichstellung der Juden in Deutschland nahm noch lange Zeit in Anspruch. Zwar erhielten die Juden in Preußen im Jahre 1812 das volle Bürgerrecht; aber die Zulassung zu einem Staatsamt wurde immer noch vom Übertritt zum christlichen Glauben abhängig gemacht. In der Deutschen Bundesakte des Wiener Kongresses (1815) wurde den Bundesstaaten auferlegt, den Juden den Genuß der bürgerlichen Rechte gegen Übernahme aller Bürgerpflichten zu sichern. Trotzdem blieben die Juden vorerst Staatsbürger zweiter Klasse.

Die nicht in Kraft getretene Verfassung der Frankfurter Paulskirche vom 28. März 1849 nahm den Gedanken der Gleichheit aller Bürger, auch der Juden, in die Grundrechtsbestimmungen auf.

Die volle bürgerliche Gleichstellung erlangten die Juden in Preußen am 3. Juli 1869. Durch Gesetz wurde jede Diskriminierung von Bürgern aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses verboten. Das im Jahre 1871 gegründete Deutsche Kaiserreich übernahm diese Regelung.

Allerdings bildeten sich in dieser Zeit auch - nicht nur in Deutschland - verstärkt antisemitische Strömungen, die immer mehr an Boden gewannen, bis sie schließlich während der nationalsozialistischen Herrschaft zur völligen Entrechtung der Juden und unter dem Schlagwort „Endlösung der Judenfrage“

zur planmäßigen Vernichtung der im deutschen Machtbereich erreichbaren Juden führten.

Die Langenlonsheimer jüdische Gemeinde wuchs im 19. Jahrhundert beträchtlich an. Im Jahre 1846 gab es 13 und 1887 19 „israelitische Familienhäupter“, die zur Zahlung der regulären Steuern verpflichtet waren. Insgesamt 70 jüdische Bürger lebten im Jahre 1895 in Langenlonsheim.

ALS BERUFE WURDEN 1846 ANGEZEIGT:

Händler, Viehhändler, Makler, Metzger und Krämer. Zwei Witwen waren ohne Beruf.

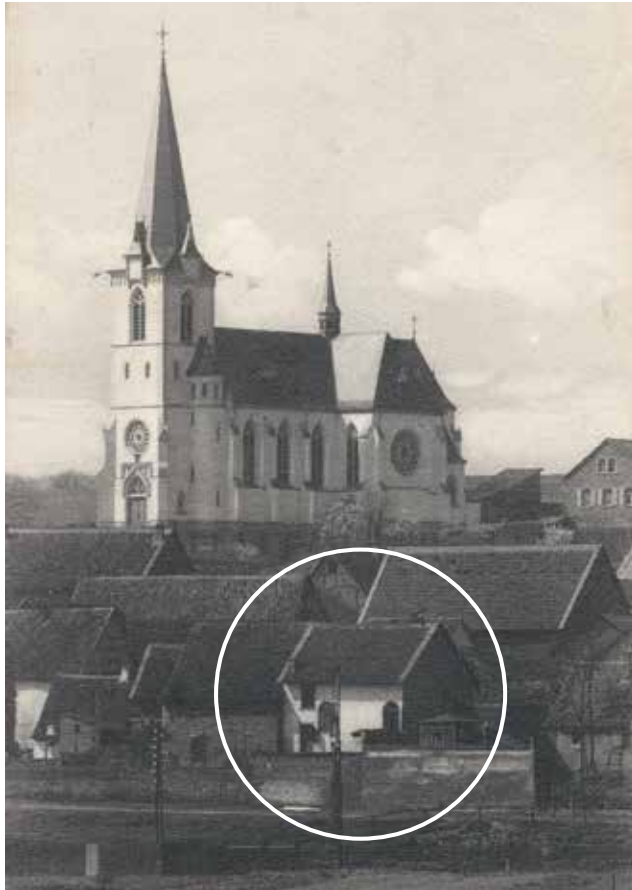
Die Langenlonsheimer Juden gehörten zur Synagoge Kreuznach, versammelten sich aber mit ihren Laubenheimer Glaubensgenossen zum Gottesdienst in Langenlonsheim.

In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kam der Wunsch auf, eine eigene Synagoge zu bauen. Um 1860 ist dann die Synagoge auf dem Grundstück errichtet worden, auf dem sich heute das Haus Hintergasse 30 befindet. Sie besaß einen Versammlungsraum mit über 50 Sitzplätzen und weitere Räumlichkeiten zur Unterrichtung der Kinder.

Die jüdischen Kinder besuchten die evangelische Volksschule in Langenlonsheim, einige auch weiterführende Schulen in Bad Kreuznach und Bingen. Den Religionsunterricht erteilten eigene jüdische Lehrkräfte; zeitweise übernahmen auch Gemeindeglieder, z. B. die Vorbeter, diese Aufgabe.

Die Toten der jüdischen Gemeinde wurden auf dem eigenen Friedhof im Wald bestattet. Dazu führte der Trauerzug aus dem Ort hinaus über den ansteigenden, damals noch holprigen Weg in den Wald bis zum Friedhof, eine Strecke von etwa 5 Kilometern.

Daß die Juden streng auf die Einhaltung ihrer religiösen Bräuche bedacht waren, geht aus folgender Verhaltensweise hervor: Das Einsargen eines Toten mußte von Glaubensgenossen vorgenommen werden. Da es keinen jüdischen Schreiner im Dorf gab, griff man auf einen christlichen zurück. Er mußte die Nägel des Sargdeckels ein gutes Stück herausstehen lassen. Bei der Beerdigungszeremonie wurden sie dann von einem Juden ganz eingeschlagen. Da es dabei durch Ungeschicklichkeit oft zu krummen Nägeln kam, mußte der



Synagoge von Langenlonsheim, erbaut um 1860, demoliert 1938. Slg. W. Rücker

Schreiner in späterer Zeit die Nägel doch voll einschlagen. Bei der Bestattung wurde nur noch einmal symbolisch mit dem Hammer auf jeden Nagel geklopft.

Im Jahre 1896 bildete die jüdische Gemeinde Langenlonsheim zusammen mit Bretzenheim und Laubenheim eine Synagogengemeinde mit eigenem Statut, das die Satzung von 1871 ablöste. Das Statut stützte sich auf die staatlichen Gesetze und war vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz genehmigt worden. Das Statut legte die Bedingungen zur Mitgliedschaft, die Wahl der Repräsentanten und des Vorstandes der Synagogengemeinde fest und regelte die Geschäftsverhältnisse in der jüdischen Gemeinde. Das Aufsichtsrecht des Staates

beschränkte sich auf die Einhaltung der im Statut festgelegten Grundsätze. Alle Angelegenheiten des jüdischen Kultes unterlagen der Entscheidung der Gemeinde selbst. Der Staat durfte nur einschreiten, wenn es die öffentliche Ordnung erforderte. Die inzwischen erfolgte volle Eingliederung der Langenlonsheimer Juden in die dörfliche Gemeinschaft zeigt sich besonders an ihrem Engagement in den Vereinen, die sich gegen Ende des vorigen Jahrhunderts bildeten. Als aktive Turner gehörten Heinrich Natt und Siegmund Hirschberger zu den Gründungsmitgliedern des „Turn-Vereins Langenlonsheim“ (1887). Nach dem Ersten Weltkrieg erweckte Moritz Natt den Turnverein, dessen Vorsitzender er Anfang der zwanziger Jahre war, zu neuem Leben.

Der kriegsversehrt aus dem Ersten Weltkrieg heimgekehrte Rudolf Mayer („Rudel“) war Ende der zwanziger Jahre bis zur Machtergreifung Hitlers Vorsitzender des Fußballvereins „Borussia“. Im Athletiksportverein war Jakob Nachmann einige Jahre Vorsitzender und Trainer der Ringer.

Dem Männergesangsverein „Concordia“ gehörten jüdische Einwohner als aktive Sänger und passive Mitglieder an, ebenso dem „Wehr- und Kriegerverein“, dessen Schriftführer Ende der zwanziger Jahre Moritz Natt war.

Aber auch an allgemeinen Aufgaben im Dorf beteiligten sich jüdische Bürger. So war Emil Natt von 1902 bis 1919 als gewählter Gemeindeverordneter im Gemeinderat tätig. In der im Jahre 1900 aufgestellten Liste der Spritzenmannschaften zur Bekämpfung von Feuerbränden befinden sich die Namen von vier Juden. Zu den Gründungsmitgliedern der freiwilligen Feuerwehr des Dorfes (1902) gehörten ebenfalls vier jüdische Einwohner.

Unter den Gefallenen des Ersten Weltkriegs befinden sich zwei jüdische Soldaten aus Langenlonsheim.

Obwohl sich antisemitische Strömungen in der deutschen und der europäischen Öffentlichkeit ausbreiteten, war das Zusammenleben zwischen Juden und Christen in Langenlonsheim weitgehend ungestört. Die Juden wahrten ihre religiöse Eigenständigkeit, die von den Einwohnern respektiert wurde. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß es durch die Tätigkeit der Juden im Wein-, Vieh- und Getreidehandel auch zu Reibungen und Spannungen kam, die zur mehr oder minder starken Abneigung gegen Juden in Teilen der Einwohnerschaft führten. Offenen Antisemitismus gab es im Dorf – auch nach Aussagen überlebender jüdischer Bürger – bis auf einzelne Ausnahmen nicht.



Jüdischer Friedhof, Zustand 2019. Sammlung Wolfgang Rücker

Christliche Bauern und Winzer und jüdische Händler waren in vielen Bereichen des Wirtschaftslebens aufeinander angewiesen.

DIE ENTRECHTUNG DER JUDEN NACH DER MACHTERGREIFUNG HITLERS FÜHRT ZUR AUSWANDERUNG ODER ZUR ERMORDUNG IN KONZENTRATIONSLAGERN.

Mit dem Vordringen der NSDAP ab 1930 verschlechterte sich auch das Klima zwischen Juden und Christen in Langenlonsheim. Schon bald nach der Machtergreifung Hitlers (1933) kam es zu wiederholten Aktionen gegen jüdische Einwohner. So mußten am 9. April 1933 alle jüdischen Geschäfte wegen angeblicher Hetze der Juden im In- und Ausland geschlossen bleiben.

Aus den Prozeßakten der Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach geht hervor, daß im Mai 1933 die Wohnung des Weinhändlers Carl Mayer durchsucht und seine Tochter Erica wegen „kommunistischer Umtriebe“ verhaftet und ins Gefängnis Bad Kreuznach eingeliefert wurde. Nach 14 Tagen konnte sie wieder zurückkehren. Im September des gleichen Jahres drangen SA-Leute in das Haus von Ludwig Mayer ein und mißhandelten ihn. Zwei Jahre später wurde Carl Mayer von Hitlerjungen angegriffen und mit einem Schlagring verletzt.

Weiterhin berichten Langenlonsheimer Juden, die die Zeit des Nationalsozialismus überlebten, von Pöbeleien durch Halbwüchsige, von antisemitischen Beschimpfungen und auch von eingeworfenen Fensterscheiben; übereinstimmend geben sie aber an, das alles als vorübergehende Auswüchse angesehen zu haben.

Gleichzeitig mit diesen Anfeindungen gingen die Umsätze der jüdischen Handelsleute zurück. Die nationalsozialistische Parole „Kauft nicht bei Juden!“ zeigte auch in Langenlonsheim eine sich ständig verstärkende Wirkung. Bis März 1938 hatten Carl Mayer, Ludwig Mayer und Carl Nachmann ihre Handelsgeschäfte aufgegeben.

Die restlichen fünf jüdischen Geschäfte konnten nach dem 9. November 1938 nicht mehr weitergeführt werden.

Am 19. Juli 1938 kam die Langenlonsheimer Synagogengemeinde zum letzten Male zur Wahl eines neuen Vorstandes zusammen. Sie war zu diesem Zeitpunkt schon erheblich zusammengeschrumpft. Zwischen 1895 und 1925 hatte sich die jüdische Einwohnerschaft durch Abwanderung in Städte um etwa ein Drittel vermindert. In der Folgezeit emigrierten unter dem Druck der nationalsozialistischen Herrschaft die ersten Langenlonsheimer Juden. Am 16. Juni 1933 zählte die jüdische Gemeinde 41 und am 15. November 1938 nur noch 25 Personen.

Der Judenpogrom in der Nacht vom 9. auf 10. November 1938, wegen der zerschlagenen Kristallgefäße und Fensterscheiben zynisch als „Reichskristallnacht“ bezeichnet, führte auch in Langenlonsheim zu schweren Ausschreitungen gegen die Juden.

Der 17jährige Jude Herschel Grünspan verübte am 7. November 1938 in Paris ein Attentat auf den deutschen Botschaftssekretär Ernst vom Rath. Er wollte damit auf die Notlage mehrerer tausend polnischer Juden aufmerksam machen, die seit dem Ersten Weltkrieg im Deutschen Reich lebten und nun nach Polen abgeschoben worden waren, von der polnischen Regierung aber zunächst nicht aufgenommen wurden. Nachdem v. Rath zwei Tage später seinen Verletzungen erlegen war, erging durch Reichsminister Joseph Goebbels die Anweisung an alle Parteidienststellen, Ausschreitungen gegen die Juden im gesamten Reichsgebiet in Gang zu setzen. Die Partei mußte dabei im Hintergrund bleiben, die Aktion sollte vielmehr als spontaner Ausdruck

des Volkszorns erscheinen. Wohnungen, Geschäfte der Juden und Synagogen sollten demoliert, aber nicht geplündert werden.

Der folgende Bericht über die Ausschreitungen in Langenlonsheim beruht auf Aussagen jüdischer Einwohner, die die Verfolgungen durch den Nationalsozialismus überstanden haben, und auf gerichtlichen Ermittlungen aus dem Jahre 1950.

In Langenlonsheim wurden die Synagoge und die Wohnungen der Familien Fritz Natt, Carl Mayer, Carl Nachmann und Moritz Weiß verwüstet. In der Hauptsache waren Langenlonsheimer Einwohner an diesen Ausschreitungen beteiligt. Später kamen noch Trupps aus Bad Kreuznach hinzu. Nach den gerichtlichen Ermittlungen des Jahres 1950 wurde ein Kreuznacher Schlägertrupp, der am 10. November in Langenlonsheim eintraf, vom Ortsbürgermeister Pies aus dem Dorf gewiesen.

In einem Nachkriegsprozeß im Jahr 1950 mußten sich insgesamt 22 Angeklagte wegen der Ausschreitungen vor Gericht verantworten. Von den fünf Hauptangeklagten wurden zwei freigesprochen und gegen einen das Verfahren eingestellt. Zwei Angeklagte erhielten wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit je acht Monate Gefängnis auf Bewährung.

In der Pogromnacht wurden die Türen und Fenster der Synagoge zertrümmert, Teile des Fußbodens herausgerissen und die Innenwände beschädigt. Etliche silberne Geräte wurden gestohlen, der Kronleuchter zerschlagen und Gesangbücher verbrannt. Die Synagoge wurde später abgerissen.

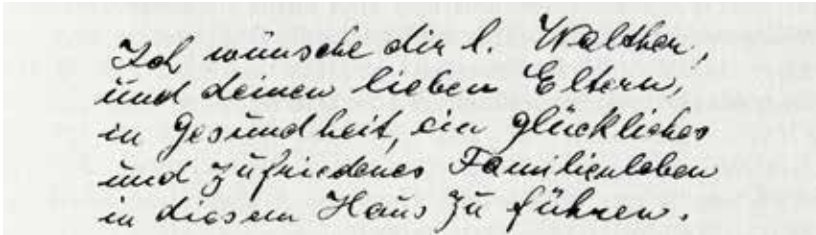
In das Haus des Weinhändlers Fritz Natt drang ein „Rollkommando“ durch das eingeschlagene Fenster des Kontors ein und zertrümmerte mit dem Ruf: „Rache für vom Rath“ Möbel und Geschirr vom Keller bis zum Dach. Die Familienangehörigen wurden mißhandelt, Frau Else Natt an den Haaren aus dem Bett gezogen und die Treppe hinuntergestoßen. Angesichts der Ausschreitungen sagte Sanitätsrat Dr. Christ, der am nächsten Morgen die Familie Natt ärztlich behandelte: „Ich schäme mich zum ersten Mal, ein Deutscher zu sein.“

Fritz und Herbert Natt wurden noch am gleichen Tag verhaftet, ins Gefängnis nach Bad Kreuznach gebracht, später in das Konzentrationslager Dachau transportiert und von dort am 25. November 1938 wieder entlassen.

Auch in die Häuser von Carl Mayer, Carl Nachmann und Moritz Weiß drangen Rollkommandos ein und demolierten Einrichtung und Möbel. Carl Mayer wurde dabei schwer mißhandelt und nach Dachau verschleppt. Der 76jährige Carl Nachmann scheint sich gegen die Eindringlinge gewehrt zu haben; er wurde lebensbedrohlich verletzt. Moritz Weiß und sein Sohn Hans wurden am 15. November verhaftet und ins Gefängnis nach Bad Kreuznach gebracht, von wo Moritz Weiß nach einigen Tagen zurückkehrte. Hans Weiß kam in das Konzentrationslager Dachau, aus dem er am 18. Januar 1939 mit „dem Rat“ entlassen wurde, so schnell wie möglich auszuwandern.

Tatsächlich blieb den Juden jetzt keine andere Wahl mehr. Teilweise hatten sie ihre Häuser und Gerätschaften schon verkauft und ihre Auslandspässe zwecks Auswanderung beantragt, einige waren bereits emigriert. Die übrigen sahen sich ebenfalls gezwungen, ihr Eigentum zu verkaufen.

Daß dieser Schritt den mit ihrer Heimat und ihrem Haus verbundenen Menschen sehr schwer fiel, zeigt nachfolgender Briefausschnitt:



Der gesamte Brief lautet:

„Lieber Walther xxx. Zu deinem einjährigen Geburtstag! Das Bild meines so sehr geliebten Elternhaus. Dein zukünftiges schönes Heim! Ich wünsche dir, l. Walther und deinen lieben Eltern in Gesundheit, ein glückliches und zufriedenes Familienleben in diesem Haus zu führen. Denn nur dann kann Euere Arbeit + Mühe reiche Ernte bringen. Gewidmet von Emilie Mayer. Langenlonsheim, den

2. Mai 1939“.

Dieses Schreiben ist ein erschütterndes Dokument jüdischen Schicksals: Die Absenderin Emilie Mayer ist wenige Jahre später im KZ umgekommen.

DIE SCHICKSALE DER LANGENLONSHEIMER JÜDISCHEN FAMILIEN.

Ein Teil der Langenlonsheimer Juden konnte rechtzeitig emigrieren und dadurch der Deportation in ein Konzentrationslager entgehen. Von den jüdischen Männern, Frauen und Kinder, die nach Kriegsbeginn in die nationalsozialistischen Lager verschleppt wurden, ist niemand zurückgekehrt. Die Art und Weise und der Ort ihres gewaltsamen Todes sind in den meisten Fällen nicht mehr feststellbar.

Ziel der Deportation war es, die jüdische Bevölkerung im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich zu vernichten.

In der folgenden Übersicht sind alle jüdischen Familien, die zu Beginn des „Dritten Reiches“ in Langenlonsheim lebten, und ihre Schicksale während der nationalsozialistischen Herrschaft verzeichnet.

SARA BLANK, WW.

Die Witwe Sara Blank wohnte mit ihrer Tochter Anna in der Hauptstraße zwischen dem Haus Lorenz und der alten Apotheke. Das Haus ist in der Zwischenzeit abgerissen worden. Anna Blank war längere Zeit in der Bürgermeistereiverwaltung Langenlonsheim beschäftigt. Beide Frauen sind spätestens 1934 ausgewandert, wahrscheinlich nach Belgien. Anna Blank ist im KZ Auschwitz umgekommen.

FAMILIE SIEGMUND HEYMANN

Siegmund Heymann betrieb in der Hauptstraße eine Handlung für Landesprodukte. Zu seiner Familie gehörten Ehefrau Mathilde, Sohn Walter, seine Stiefmutter Karoline Heymann und die Geschwister seiner Frau Wilhelm und Selma Weil.

Walter Heymann emigrierte 1935 nach Sao Paulo in Brasilien. Es gelang ihm, 100 britische Pfund mitzunehmen und dort eine Firma für Berufskleidung aufzubauen.

Siegmund Heymann wurde am Tage vor der Pogromnacht in „Schutzhaft“ genommen. Vielleicht blieb deswegen sein Haus verschont. Am 31. Dezember 1939 trat er mit Frau und Stiefmutter die Ausreise zu seinem Sohn nach Sao Paulo an.

Die beiden Geschwister von Mathilde Heymann, Wilhelm und Selma Weil, sind verschollen, vermutlich im KZ umgekommen.

FAMILIE GUSTAV KAHN

Gustav Kahn war Klempner und bewohnte mit seiner Frau Henriette, seinem Sohn Siegfried, seiner Schwägerin Klara Weiß und deren Tochter Jenny ein Haus in der damaligen Hollergasse. Die Familie zog im Jahre 1937 nach Frankfurt am Main. Henriette Kahn ist vermutlich vor 1942 verstorben, Gustav Kahn ist im KZ Majdanek umgekommen. Über den Sohn Siegfried (geb. 1925) ist nichts bekannt. Klara Weiß beging am 30. September 1938 in Frankfurt Selbstmord, ihre Tochter Jenny Weiß überlebte das „Dritte Reich“ in Deutschland.

FAMILIE CARL MAYER

Carl Mayer wohnte mit seiner Frau Jenny und seinen Kindern Kurt und Erica in der Bingerstraße 2, wo er eine Weinhandlung betrieb. Nach einer Banklehre wanderte Sohn Kurt im Jahre 1929 in die USA aus. Tochter Erica, die nach dem Besuch des Lyzeums in Bad Kreuznach in der Firma ihres Vaters arbeitete, emigrierte 1937 nach Stockholm, wo sie mit einem Onkel des früheren amerikanischen Außenministers Kissinger verheiratet ist. Die Eltern Carl und Jenny Mayer emigrierten 1939 in die USA.

FAMILIE LUDWIG MAYER

Ludwig Mayer war Wein- und Viehhändler. Er wohnte mit seiner Frau Johanna und seinen Kindern Paul und Lieselotte in dem Haus Hauptstraße 52. Sohn Paul war schon 1929 nach Bingen gezogen und emigrierte von dort nach England. Ludwig Mayer zog mit Frau und Tochter 1939 nach Frankfurt am Main. Alle drei sind im Konzentrationslager umgekommen.

FAMILIE RUDOLF MAYER

Rudolf („Rudel“) Mayer, Kriegsbeschädigter des Ersten Weltkriegs, war begeisterter Anhänger des Langenlonsheimer Fußballvereins und jahrelang dessen Vorsitzender.

Er bewohnte mit seiner Frau Ida, seinen beiden Söhnen Erich und Richard (geb. 1921 und 1922) und seiner ledigen Schwester Emilie ein Haus in der Binger Straße, in dem er ein Geschäft für Stoff- und Manufakturwaren betrieb.

Die gesamte Familie wurde am 10. April 1942 über das Kreuznacher Sammel-lager „Concordia“ in Konzentrationslager deportiert, wo sie umgekommen ist.

FAMILIE CARL NACHMANN

Carl Nachmann betrieb Wein- und Getreidehandel und wohnte mit seiner Frau Ida, seinen Kindern Johanna, Sally und Jakob und mit seiner ledigen Schwester Mina im Haus Hauptstraße 35. Tochter Johanna heiratete nach Nieder-Saulheim und emigrierte von dort in die USA. Sally und Jakob wanderten vor 1938 in die USA aus, wohin ihnen Carl Nachmann nach dem Tode seiner Frau im Jahre 1938 folgte.

Mina Nachmann starb im Jahre 1942 in einem jüdischen Altersheim in Mainz.

FAMILIE FRITZ NATT

Fritz Natt betrieb zusammen mit seinem Bruder Herbert eine der größten Wein-handlungen in der hiesigen Gegend und lieferte Wein vor allem ins Rhein-Main-Gebiet. Er war ein Sohn des langjährigen Gemeinderatsmitgliedes Emil Natt und wurde oft von den Gerichtsbehörden in Koblenz als Weinsachver-ständigter herangezogen. Er bewohnte mit seiner Frau Else, seinem Sohn Hans und seinem Bruder Herbert das Haus Ecke Hollergasse/Weidenstraße, in dem sich auch die Gewerberäume befanden.

Nach dem Überfall auf ihr Haus in der Pogromnacht und nach der Entlassung von Fritz und Herbert Natt aus dem KZ Dachau bemühte sich die Familie, auch auf Druck der Geheimen Staatspolizei, um die Ausreise nach Bolivien, die dann am 17. Juni 1939 erfolgte. Der Erlös aus dem Verkauf des Anwesens reichte gerade für die Schiffspassage aus. In Bolivien lebten sie kurze Zeit in La Paz und zogen dann nach Cochabamba um.

Da die Natts mittellos waren, mußten sie sich zunächst als Garderobeaufseher, Verkäufer für Früchte und als Kellner durchschlagen. Sohn Hans erlernte den Beruf eines Polsterers. Obwohl Fritz und Herbert Natt später andere Beschäf-tigungen fanden, konnten sie sich keine wirtschaftlich gesicherte Existenz in Bolivien aufbauen.

Nachdem die Eltern verstorben waren, zog Hans Natt mit seinem Onkel Her-bert nach Israel. Nach dem Tode seines Onkels kam Hans Natt nach Deutsch-land zurück.

FAMILIE AUGUST WEISS

August Weiß, der als Beruf Viehhändler angab, bewohnte mit seiner Frau Isabella und seinen drei Söhnen Sally, Kurt und Max ein Haus in der Schulstraße. Laut Eintragung im Personenstandsregister Langenlonsheim ist Sally Weiß an „Herzschwäche“ im Konzentrationslager Dachau gestorben (Gerichtlich festgestellter Todestag: 31. 12. 1939).

Die beiden Söhne Kurt und Max wurden am 10. November 1938 verhaftet und in das KZ Dachau gebracht. Dort blieben sie bis 1. März 1939. Wegen Mittellosigkeit stellten sie nach ihrer Rückkehr einen Unterstützungsantrag an die Gemeinde, der dadurch seine Erledigung fand, daß sie bei Gemeindearbeiten beschäftigt wurden. Kurt Weiß heiratete 1941 in Kirm. Beide Brüder sind im Konzentrationslager umgekommen.

August Weiß und seine Frau konnten wegen Mittellosigkeit nicht emigrieren. Sie wurden als letzte der Juden des Dorfes am 25. Juli 1942 in das KZ Theresienstadt deportiert, wo beide umkamen.

FAMILIE MORITZ WEISS

Moritz („Mohne“) Weiß betrieb neben seiner Metzgerei in der Hauptstraße auch einen Viehhandel, Zu seiner Familie gehörten Ehefrau Frieda, seine Kinder Ilse und Hans und seine Schwester Lina. Die Tochter Ilse hatte vor 1937 nach Rheinböllen geheiratet und wanderte von dort in die USA aus.

Nach der Verwüstung der elterlichen Wohnung in der Pogromnacht und der Entlassung aus dem KZ Dachau emigrierte Hans Weiß über Frankreich in die USA, wo er sich eine neue Existenz aufbaute.

Beim Verkauf des Hauses wurden Moritz Weiß, seiner Frau und seiner Schwester das Wohnrecht bis zur Ausreise zugesichert. Sie bewohnten zwei Hinterstübchen im obersten Stockwerk, wo sie von einer befreundeten Frau mit Essen versorgt wurden. Frieda Weiß starb 1941 in Langenlonsheim. Moritz Weiß zog mit seiner Schwester dann in den Geburtsort seiner Frau, von wo beide in ein Konzentrationslager verschleppt wurden, wo sie umkamen.

Guldental (ehemals Heddesheim und Waldhilbersheim bis zur Verwaltungsreform 1969) von Patricia Erb

GRUSSWORT



Sehr geehrte Leserinnen und Leser dieses interessanten Buches,

viele von uns, auch viele Mitbürger*Innen in Guldental fragen sich heute, wer waren denn die jüdischen Mitbürger*Innen, welche Berufe hatten sie, wie waren sie in unserer Gemeinde integriert.

Jüdisches Leben im ländlichen Raum weicht sicher von dem der Jüdischen Bevölkerung in den Städten ab, oft waren Gemeinden auf dem Land deutlich kleiner.

Es gibt hierzu also viel zu lesen und zu recherchieren. Wir in Guldental stehen noch ganz am Anfang: Nach dem Kauf der ehemaligen Synagoge im Januar 2022 gehen wir nun gemeinsam mit dem Förderverein Ehemalige Synagoge Heddesheim-Waldhilbersheim (Guldental) an die wichtige Arbeit der Erinnerungskultur. Dieser Beitrag in diesem Buch ist ein erster Schritt dazu.

Ich wünsche allen, die sich in dieser wichtigen Arbeit engagieren, viel Erfolg!

Elke Demele
Ortsbürgermeisterin Guldental

Die Geschichte (Entwicklung) der jüdischen Gemeinde in Heddesheim und Waldhilbersheim bis 1942

In kurpfälzischen Schutzgeldlisten von 1550 finden sich erste Einträge jüdischer Einwohner: Mosse (Moses) in Heddesheim und Salomon und Borisch in Waldhilbersheim (Quelle: Geschichte der Juden in der Kurpfalz, 1895, herausgegeben von Dr. Leopold Löwenstein). (1)

Durch die Zahlung des Schutzgeldes erwarben Juden einen sogenannten Schirmbrief, womit ihnen ein Wohnrecht (teilweise nur zeitlich befristet) zugesprochen wurde und die Erlaubnis erteilt wurde, Handel, Geld- und Pfandleihe zu betreiben. Die Ausübung eines Handwerks, die Mitgliedschaft in Zünften sowie Grundbesitz war Juden schon zu dieser Zeit verboten. In Heddesheim und Waldhilbersheim waren die jüdischen Mitbürger Viehhändler, Gemischtwarenhändler, Weinhändler /-kommissionäre und Metzger. (3) In den folgenden Jahren, vor und nach dem 30jährigen Krieg, siedelten sich immer mehr Juden an der Nahe an, vermutlich auch in Heddesheim und Waldhilbersheim. Dies machte die Anlage eines Friedhofes notwendig. (1)

Genauere Zahlen zur Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in beiden Gemeinden liegen erst ab 1808 vor.

Jahr	Heddesheim	Waldhilbersheim
1808	15	29
1858	40	50
1895	43	23
1925	29	8

In den 30er Jahren verringerte sich die Zahl der in den beiden Gemeinden lebenden jüdischen Einwohner immer weiter, 1937 hatte die Synagogengemeinschaft nur noch 25 Mitglieder.

Von Oktober 1937 bis Januar 1939 wurden alle jüdischen Immobilien und Liegenschaften verkauft. Viele Juden zogen aus Heddesheim und Waldhilbersheim weg, suchten Schutz in der Anonymität der Städte oder bei Verwandten. Andere versuchten ins Ausland zu fliehen. Nur wenige überlebten, die meisten wurden deportiert und starben durch Hunger, Krankheiten oder wurden ermordet. Im Gedenkbuch der Bundesregierung werden sie aufgeführt, wurden aber dem Ort zugeordnet, von dem aus sie deportiert wurden. (1) (2) (3)

DIE SYNAGOGENGEMEINSCHAFT HEDDESHEIM-WALDHILBERSHEIM

Bis 1910 fanden die Zusammenkünfte und Gottesdienste in privaten oder gemieteten Räumen statt (Zehnthofstraße / Ecke Oberstraße). Im Haus Jäckel befand sich eine Betstube. (3)

Im Frühjahr 1910 wurde ein günstig gelegenes Haus erworben, welches von Joh. Kruger zur Synagoge umgebaut wurde. Das Grundstück Flur A, Flurstück 2730/1305, Hofraum mit Synagoge, Haus Nr. 256 mit angebautem Abort, vor dem Anrech, 127qm war auf die Namen Metzger Markus Stern (Heddesheim), Handelsmann Leopold Grünewald (Waldhiltersheim), Weinkommissionär August Schneider (Heddesheim) eingetragen.





Beschreibung des Gebäudes: Die Synagoge ist ein einfacher Saalbau (Backstein) mit abschließendem Satteldach. Der Grundriss ist rechteckig. Ehemals waren an 4 Achsen Rundbogenfenster eingelassen. Die östliche Giebelseite war durch Ecklinsen hervorgehoben und auch das Rundfenster weist auf die Thoraseite hin. Die Hanglage mit der hochaufragenden westlichen Giebelseite ist als Anlehnung an Psalm 130,1 („Aus der Tiefe rufe ich zu Dir, o Herr“) religiös begründet. Dies erklärt die ebenerdige Tür an der Langseite als Zugang zur Frauenempore, während der heute zu einem Tor geöffnete, tiefgelegene Zugang an der westlichen Giebelseite die Stelle des ehemaligen Portals bezeichnet. (3) (5)

Am 16. September 1910 wurde die Synagoge durch den Kreuznacher Bezirksrabbiner Dr. Abraham Tawrogı eingeweiht. Anwesend waren auch die Bürgermeister von Windesheim und Langenlonsheim, die Ortsvorsteher, Geistlichen und Lehrer der beiden Gemeinden.

Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ berichtete am 7. Oktober 1910: „Kreuznach, 28. September (1910).

M. B. Kreuznach, 28. September. Am vorigen Donnerstag fand die feierliche Einweihung der neu erbauten Synagoge der Nachbargemeinden Heddesheim-Waldhilsheim unter wärmster Anteilnahme der Bürgerschaft beider Orte statt. Anwesend waren auch die katholischen und evangelischen Geistlichen sowie sämtliche Lehrer beider Kirchengemeinden. Außerdem erschienen die Amtsvorsteher und aus der Umgegend die Bürgermeister von Langensheim und Windeckheim. Herr Landrat v. Rasse aus Kreuznach, der dienstlich verhindert war, der Feier beizuwohnen, ließ durch Herrn Rabbiner Dr. Lawrogi daselbst, der die Einweihung des Gotteshauses vollzog, der jüdischen Gemeinde seine Glückwünsche aussprechen. Nachdem Herr Kantor Marwit aus Bingen mit klangvoller Stimme die liturgischen Gesänge zum Vortrag gebracht hatte, entzündete Rabbiner Dr. Lawrogi die ewige Lampe. Alsdann gelangten die prächtig geschmückten Thora-Rollen im heiligen Schreine zur Aufstellung, worauf Rabbiner Dr. Lawrogi die Festrede hielt. In dieser gedachte der Redner zunächst aller derer, die werktätig zum Gelingen des schönen Gotteshauses beigetragen haben, dankte allen, die durch materielle Unterstützung das Werk förderten und sprach in wirkungsvoller Weise über die Bestimmung des jüdischen Gotteshauses. Er ermahnte die Gemeinde zum rechten und fleißigen Gebrauch dieser neugeweihten Stätte. Nach Schluß dieser erhebenden Feier, die mit einem Gebet für Kaiser und Reich endigte, folgten die Festteilnehmer einer Einladung des Vorstehers der jüdischen Gemeinde, Herrn August Schneider, zu einem gemüthlichen Beisammensein.

(Quelle: Alemania judaica; 10:05:2021)

Die Statuten der Synagogengemeinschaft wurden am 16.09.1910 unterzeichnet von: Leopold Grünewald, Bernhard Benjamin, Jakob Simon, Moses Wolf, Julius Benjamin, Joseph Herrmann, Isaak Simon I, August Schneider, Isaak Stern, Emanuel Wolf, Isaak Simon, Moses Stern, Markus Stern, Joseph Schneider.

Novemberpogrom am 9. November 1938: Der Überfall auf die Synagoge erfolgte durch auswärtige Schlägertrupps. Fenster, Türen und Fußboden wurden herausgerissen und zerstört. Dabei wurde die gesamte Inneneinrichtung und die Ritualien (zwei Thorarollen, der silberne Leuchter, silberne Becher und Teller, 75 Gebetbücher, Vorhänge und Decken), das Harmonium, der Ofen sowie Lampen und andere Gebrauchsgegenstände gestohlen bzw. vernichtet.



Augenzeugen berichteten von einem Feuer. Da die Synagoge nicht gebrannt hat, wurden wahrscheinlich die Gebetbücher, Decken und Vorhänge auf der Straße verbrannt.

Noch heute findet man Spuren der Zerstörung und Verunglimpfung Beleidigung an Wänden der Synagoge, z.B. eine für diese Zeit typische Karikatur eines jüdischen Mannes und das Wort Judd.

Verkauf der Synagoge: Aufgrund der Beschädigungen am 09. November 1938 durfte die Synagoge gemäß der damals geltenden Baupolizeiverordnung nicht mehr als Wohnhaus genutzt werden. Am 20.01.1939 wurde das Gebäude und das Grundstück durch notariellen Kaufvertrag an den Nachbarn für 760 Reichsmark verkauft (Urkunden-Rolle Nr. 109 für 1939 des Notars Dr. von Roesgen in Bad Kreuznach). Die Synagoge wird seit dem Verkauf als landwirtschaftliche Lager- und Abstellhalle genutzt.

24.05.1994 wurde die Synagoge unter Denkmalschutz gestellt.

Am 02.11.2020 beschloss der Gemeinderat einstimmig, die Synagoge zu kaufen. Der neu gegründete Förderverein ehemalige Synagoge Heddesheim-Waldhilbersheim erarbeitete ein Sanierungs- und ein Nutzungskonzept.

DER JÜDISCHE FRIEDHOF HEDDESHEIM-WALDHILBERSHEIM (1) (2) (3)

Der Friedhof liegt in der Waldhilbersheimer Gemarkung „Auf dem Engelroth“ nur wenige Meter von den jüdischen Friedhöfen Langenlonsheim und Windesheim entfernt. Das Alter des Friedhofs ist nicht bekannt. 1893 wurde ein Grundstück in der Gemarkung an einen Juden namens Simon zur Erweiterung des Friedhofs verkauft.

Der Friedhof ist 1274m² groß und umfasst 25 Einzel- und 3 Doppelgräber. Ferner sind 13 Fragmente von Grabsteinen seitlich aufgereiht. Sie erinnern an die Zerstörung des Friedhofs in den Jahren 1939/1940. Der jüdische Friedhof der Synagogengemeinschaft Heddesheim-Waldhilbersheim war der einzige Friedhof der Ämter Langenlonsheim und Windesheim, der 1939/1940 geschleift wurde. Dabei wurden Grabsteine zerschlagen, und auf dem nahegelegenen Friedhof Langenlonsheim abgelegt. Bruchstücke wurden in der Umgebung verstreut.

Über die 1942 verschleppten hiesigen Juden gibt ein Gedenkstein Auskunft, der mit Genehmigung der Jüdischen Kultusgemeinde Bad Kreuznach in den 60er Jahren von überlebenden, jüdischen Bürgern der Gemeinden Heddesheim und Waldhilbersheim im Judenfriedhof aufgestellt wurde.

„Zum ewigen Andenken an unsere Lieben – Die Überlebenden“

So steht es auf einem Gedenkstein auf dem jüdischen Friedhof.

DIE GEMEINDEN HEDDESHEIM UND WALDHILBERSHEIM UND DER UMGANG MIT DEN JÜDISCHEN EINWOHNERN

Im 17. und 18. Jahrhundert lebten Juden und Nichtjuden recht friedlich zusammen. Die christlichen Schulkinder schürten den strenggläubigen Juden das Feuer und zündeten die Kerzen, denn am Sabbat durften diese nicht arbeiten. Als Belohnung gab es dafür die begehrten Matzen (dünne Brotfladen aus ungesäuertem Teig). Das Verhältnis zwischen Juden und Christen war im Großen und Ganzen nicht allzu schlecht. Im 19. und 20. Jahrhundert entwickelten sich auch Freundschaften zwischen jüdischen und nicht jüdischen Familien. Darüber gibt es auch noch Berichte. (3)

Nach 1933 teilten sich die Bevölkerung in Heddesheim und Waldhilbersheim in 3 Gruppen auf. Da gab es die wenigen, die solidarisch und hilfsbereit waren und auch Gefahr für Leib und Leben auf sich nahmen, um den jüdischen Familien zu helfen. Sie kauften weiterhin in den jüdischen Geschäften und hielten an den Freundschaften fest. Nachts stellten sie den jüdischen Familien Essen hin. Einige wenige halfen dann auch in der Nacht des 09. Novembers 1938 den jüdischen Freunden beim Aufräumen der zerstörten Häuser. (3)

Die zweite und größte Gruppe war diejenigen, die wegschauten. Sie blieben untätig, standen den jüdischen Mitbürgern nicht helfend zur Seite, schikaniereten sie aber auch nicht. Es wurde auch kein jüdischer Mitbürger von Heddesheimer oder Waldhilbersheimer Familien versteckt. (3)

Die dritte, auch eher kleine Gruppe waren dann diejenigen, die sich bewusst gegen die Juden stellten, den Anweisungen der Partei oder Kreisleitung folgten, und jeden unter Druck setzten, der noch bei Juden kaufte, oder die Freundschaft pflegte.(3)

Bis auf wenige Ausnahmen waren also die Juden in Heddesheim und Waldhilbersheim auf sich allein gestellt. (3)

Patricia Erb

Quellenverzeichnis:

- (1) Zacher, Jakob Maria, Geschichte der jüdischen Einwohner der ehem. Selbständigen Gemeinden Heddesheim und Waldhilbersheim, Dezember 1992
- (2) Ney, Simone: Die jüdische Gemeinde Heddesheim (1925–1943) unter Berücksichtigung der Familien Stern und Schneider-Wolf) – Versuch einer Bestandsaufnahme (Facharbeit Geschichte), 1992
- (3) Stoll, Sandra: Die ehemalige jüdische Gemeinde in Guldental (Facharbeit LK Geschichte), 1994
- (4) http://www.alemannia-judaica.de/waldhilbersheim_synagoge.htm, 04.08.2021
- (5) Artikel im Öffentlichen Anzeiger, Titel: Mahnende Erinnerung, 14.12.1994

Ockenheim – Jüdisches Leben,

eine subjektive Auswahl von Karl-Heinz Bungert

GRUSSWORT



Es dauerte fast 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, bis sich in Ockenheim intensiver mit dem jüdischen Leben und dem grausamen Schicksal der Juden beschäftigt wurde. Zwar sprach man in privaten Kreisen über die Juden, doch wenn es um den Tod ging, herrschte eisernes Schweigen. Bürgermeister Lorenz Reckert (1966–1989) korrespondierte sogar mit emigrierten Ockenheimer Juden in Amerika, ohne es öffentlich zu machen. Nur Lehrer *Guido Olschowka* erwähnt 1978 in seinem Buch „Historisches Ockenheim“ Bd. 1, Seite 115 zweimal Juden. Erst Ortsbürgermeister Horst Dorée (1989–2005) und vor allem der bekannte Regional-Heimatforscher Erich Hinkel aus Ingelheim versuchten zunächst für eine angemessene Erinnerungsarbeit den Boden zu bereiten. Sie überzeugten dann den Gemeinderat, eine Gedenktafel für die ermordeten Juden am Ehrenmal anzubringen. 1995 geschah dies und wurde unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung am Volkstrauertag im November enthüllt. Seitdem richtet sich an diesem Tag unser Blick auch auf jene Menschen, die wegen ihres jüdischen Glaubens vertrieben, gefoltert und ermordet wurden. Bedauerlich müssen wir feststellen, dass die Teilnehmer an dieser Gedenkstunde immer weniger werden. Es ist mir deshalb ein Anliegen, über den heutigen Sinn und Inhalt des Volkstrauertages nachzudenken. Nicht nachdenken über ein „Ja“ oder „Nein“ zum Volkstrauertag, sondern über dessen Inhalt und das Wie. Ich danke dem „Arbeitskreis Jüdisches Bingen“, dass er sich auch jetzt um Juden kümmert, die in den Ortschaften in der Nähe von Bingen gelebt haben. Möge diese Schrift ein Stück Gedenkstättenarbeit für die Zukunft sein.

Arnold Müller
Ortsbürgermeister von Ockenheim



Abb. 1: Ockenheim um 1573, Rheingaukarte, Hessisches Staatsarchiv Wiesbaden

In sieben Jahrhunderten, vom 14. bis zum 20. Jahrhundert, lassen sich Spuren von jüdischem Leben in Ockenheim finden. Sie beginnen wohl mit einer Urkunde 1367 und enden grausam mit Sterbeurkunden aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die nachträglich amtlich den Tod eines Juden oder einer Jüdin – eigentlich den Tag ihrer Ermordungen bis 1944 in einem der KZs – bescheinigen. Besonders gut ist die Zeit von 1800 bis ca. 1933 dokumentiert, was Namen und Anzahl der Juden in Ockenheim betrifft, durch die Geburts-, Heirats- und Sterbebücher im Standesamt der Verbandsgemeinde in Gau-Algesheim und durch amtliche Statistiken. Schwieriger gestaltet sich die Suche in den anderen Jahrhunderten und sogar ab 1933, was besonders das Schicksal einzelner Personen angeht. Wo diese geblieben sind, ist sicher: die meisten der „Ockenheimer Juden“ sind in KZs der Nationalsozialisten umgebracht worden, manchen von ihnen aber gelang noch rechtzeitig die Flucht, hauptsächlich nach Amerika.

Zunächst zum Inhalt der wohl ältesten Urkunde 1367 (Dez. 20, Ehrenfels, Würzburg, Ingrossaturbuch 5 f. 665V gekürzt): Erzbischof Gerlach bekundet: Er hat wegen der treuen Dienste seiner Bürger zu Bingen und seiner Bauern im Rheingau, zu Gau-Algesheim und zu Ockenheim, eine Satzung gemacht Was die Schulden anlangt, die die erzb. Leute im Rheingau, in Gau-Algesheim und Ockenheim bei den Juden haben, so soll der Schultheiß des Amtes, in dem die Schuldner sitzen, für diese mit dem Juden Mynneman zusammen eines jeden Rechnung und Schulden prüfen und die Höhe der Schulden feststellen. Jeder Schuldner soll etwa die Hälfte, ein Drittel oder ein Viertel sogleich bezahlen; für den Rest können die beiden Fristen geben, doch höchstens bis zum 1. Januar 1369.

1402 wurde ein Haus dafür von einem Juden mit Namen „Kußel“ in Zahlung genommen, der es weiterverkaufte. Auch 1405 zeigt eine Urkunde auf, dass Ockenheimer Schulden bei auswärtigen Juden hatten.

In der Karte als Anlage F „Judenniederlassungen 1451–1500“ der Dissertation an der Uni Trier von Franz Josef Ziwes „Geschichte der Juden im mittleren Rheingebiet während des hohen und späten Mittelalters“, ist Ockenheim als „Ort ohne Stadtrechte“, eben mit einer Judenniederlassung, aufgeführt. 1995 erschien die Doktorarbeit in „leicht überarbeiteter Form“ als Buch. Ziwes verweist indirekt auf das Werk von Leopold Löwenstein aus 1895: „Beiträge zur Geschichte der Juden in Deutschland (Band 1): Geschichte der Juden in der Kurpfalz: nach gedruckten und ungedruckten Quellen dargestellt“. Löwenstein war Rabbiner, Historiker und Autor und starb 1923 in Mosbach, im Neckar-Odenwald Kreis. Darin ist für „Ockenheim“ die jüdische Ansässigkeit 1495 bezeugt. In diesem Jahr beteiligte sich ein hier wohnhafter Jude an einer jüdischen Hochzeit in Münster (wohl Münster-Sarmsheim), wo er wie alle fremden, jüdischen Hochzeitsteilnehmer „vom Pfalzgraf“ inhaftiert und danach freigelassen wurde. Die Namen der Inhaftierten, darunter ein „Josep von Ockenheim“, die für die Wege nach Münster kein Geleitschutzgeld an den Pfalzgrafen Philipp (1476–1508) gezahlt hatten, zitiert Löwenstein von einer zweiten Urkunde. Folgt man der Belegkette von Ziwes, ist „Josep von Ockenheim“ der wohl erste namentlich genannte, ansässige Jude von Ockenheim, das damit auf Grund des Herkunftsnamens als kleine Judensiedlung bezeugt ist.

So gut wie keine Spuren von Juden in Ockenheim finden sich im 16. Jahrhundert. In der Dorfbeschreibung (Lemb-Chronik) aus 1590 sollen „alle und jede juden, so durch (Ockenheim) wandern“, Zölle für den Kurfürst in Mainz zahlen.

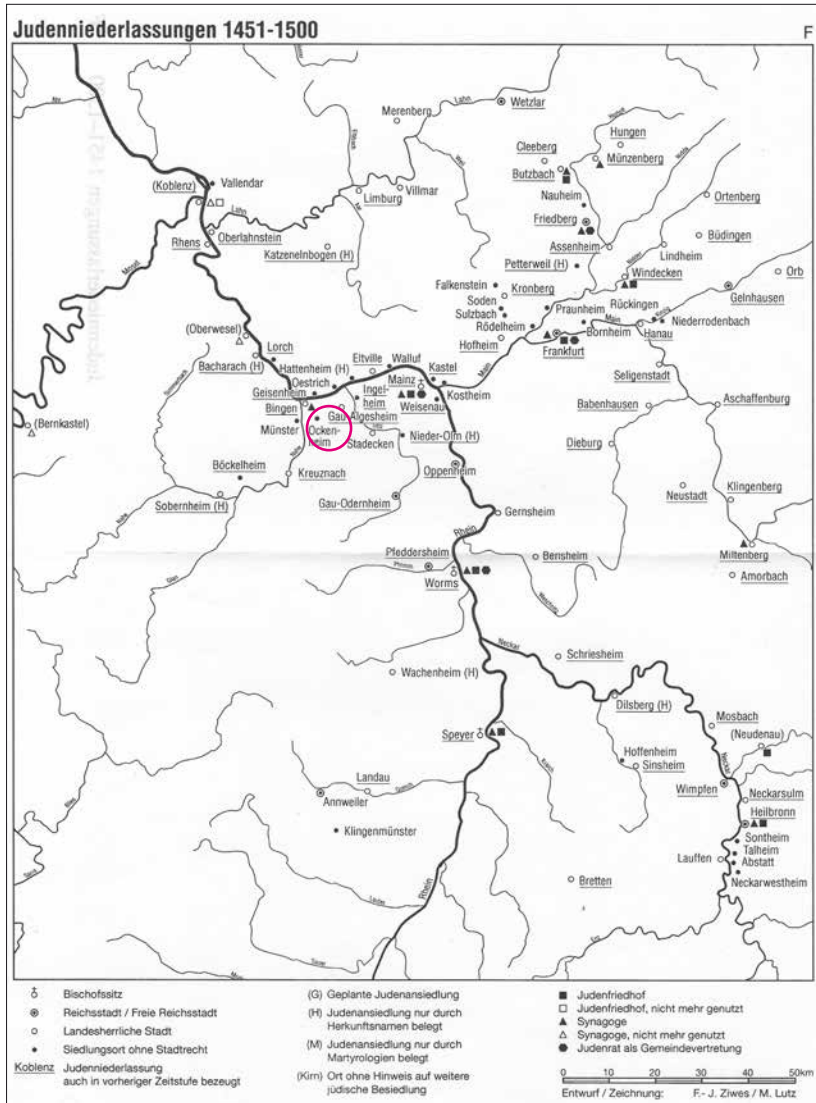


Abb. 2: Karte als Anlage F „Judenniederlassungen 1450–1500“

Dagegen ist im 17. Jahrhundert eine ganz Reihe an Namen von Juden greifbar. Im Dreißigjährigen Krieg finden wir in den Kontributionslisten (StA Speyer Gemeindearchiv Ockenheim) 1632: Nathan Wolff, 1645: David Jud und 1646. Abraham Jud.

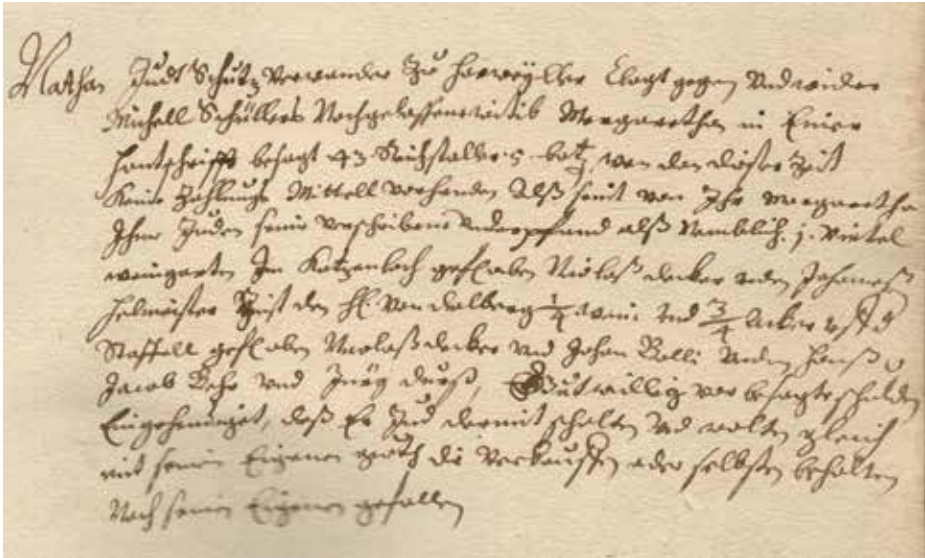


Abb. 3: Gerichtsprotokollbuch ab 1492, Repro: K-H Bungert

Auch werden ab 1632 Juden in einem Buch mit handschriftlichen Abschriften von Gerichtsverhandlungen genannt. Durch die Namenszusätze, wie „von“ Horrweiler, Olm oder Bingen, wird deutlich, dass vorwiegend Juden von außerhalb an den Gerichtstagen in Ockenheim, meist wegen ausstehender Gelder oder strittigem Viehhandel, Klagen führten. Jüdische Namen ohne einen solchen Zusatz sind wohl Ockenheim zu zuordnen. Beachtenswert sind zwei Urkunden vom 7. Dezember 1642 und 7. Mai 1658. Der Jude dort heißt Nathan und ist ein Schutzjude („Nathan Judt Schutz“). Bei fast allen in Ockenheim lebenden Juden handelte es sich im 17. und 18. Jahrhundert wohl um sogenannte „Schutzjuden“, die hier für ihre Obhut an die Gemeindekasse etwas zahlen mussten.

In seinem Werk (2 Bände) aus 1971 „Die jüdischen Gemeinden in Hessen“, das auch Rheinhessen mit einbezieht, schreibt Paul Arnsberg: „Es fand ein unlauterer Wettbewerb unter den Schutzherren statt, woraus sich nicht nur die verschiedenartige Ballung der Judensiedlungen im hessischen Raum, sondern auch einige spezifische Eigenarten der einzelnen Gemeinden, vom jüdischen Aspekt angesehen, erklären.“ Wie hoch um 1790 das Judenschutzgeld in Ockenheim war, ist in einer Internetveröffentlichung des Leo Baeck Instituts New York, eine führende Forschungseinrichtung auf dem Gebiet der

34

1730	jette Ockenheimer 339 frimmesen j. d. 67.	1736-375 Karlen j. d. 72
1740	jette Ockenheimer <u>209</u> Leute = 82 Männer, 82 Weiber, 12 W. 12 J. 12 J. 12 J.	
1743	189 hant im Ort j. 1774.	13 Weiber — 5 Töchter —
1753	jette Ockenheimer <u>255</u> Leute	1 Mann, 50 Weiber, 52 Weib, 12 Weiber
		81 Männer, 31 Weiber, 1 Weib, 20 Weib, 10 Weiber
		9 Weiber — 2 Töchter, 18 Weiber, 10 Weiber
1763	In Tafel 1763 jette Ockenheimer 82 Halkunden; in Tafel 1764 waren in	
	35 Weiber, 44 Weiber	
1769	827 Personen (Anzahl Magistrate) = Weiber	
	1772 jette Ockenheimer 115 Weiber — an Tafel mit Weiber weiffen weiffen jette	
1773	jette Ockenheimer <u>317</u> Karlen j. d. 81	
	Männer 92, Weiber 88; Weiber 10; Weiber 50; Weiber 50;	
	Töchter 65; Töchter 42, Weiber 4 Männer, 3 Weiber, 3 Weiber	
1806	2 Weiber 1806 waren in <u>502</u> Karlen j. d. 96	
	Weiber 42; Weiber 42; Weiber 140 — alle 180 Jette Weiber	
1807	jette Ockenheimer <u>600</u> Karlen j. d. 97	

Abb. 3a: Ausschnitt aus der Lemb-Chronik, Repro: K-H Bungert

deutsch-jüdischen Geschichte und Kultur, unter „Wolf Family, Stuttgart Collection, 1936–1967“ nachzulesen: Ein Jude namens Abraham Wolf lebte in Ockenheim in dürftigen Verhältnissen. Das Gesuch „wegen Befreiung von Errichtung des Schutzgeldes“ wurde 1790 abgelehnt. Seine Verhältnisse haben sich jedoch seitdem verschlimmert. Er steht seit 23 Jahren im Schutz und hat fünf Kinder zu ernähren. Sein Haus ist an die Kirche verpfändet. Die Hofkammer befürwortet deshalb den Nachlass des halben Schutzgeldes für vier Jahre, sodass er dann noch 5 fl. jährlich zu zahlen hatte. Demnach betrug das Schutzgeld 10 Gulden für eine jüdische Familie im Jahr. Aber schon bald nach 1790 kamen die Franzosen nach Rheinhessen und beendeten für immer die Schutzgeldzahlungen der Juden.

Im Pfarrarchiv sind in der ersten Ortschronik von Kaplan Lemb aus dem Jahr 1866 einige Einzelheiten zum Leben von Juden in Ockenheim des 18. Jahrhunderts zu finden: Im Jahr 1728 kommt „im Gemeindebuch ein Seligmann Jud vor“. Weiter hat er rückblickend Einwohnerzahlen zusammengestellt. Dort ist herauszulesen, dass Ockenheim 1740 genau „209 Leute“ hatte, darunter drei Juden. Für das Jahr 1773 wird die Chronik schon etwas genauer, da heißt es, dass von den 317 Ockenheimern zwölf jüdischen Glaubens waren, wobei aufgelistet ist: „vier Männer, drei Weiber, drei Söhne u. zwei Töchter“.

Zwei jüdische Familiennamen aus dem Jahr 1773 hat Schultheiß Johannes Schneider in seinem Kopienbuch, das in der Kirchbauzeit um 1774 entstanden ist, überliefert. Er erwähnt: „von Jud Isak Michel 1 Gulden 48 Kreuzer“ und eine Zeile darunter: „von Jud Abraham Wolf 42 Kreuzer“, zu zahlen für die neue Orgel.

Aus dem Jahr 1790 berichtet Lemb: „Ein Jude aus Ockenheim getauft“, und zwar in Mainz St. Ignaz. Es handelt sich um den 11-jährigen Sohn von Nathan und Gutel Seligmann. „Aus freien Stücken hat er das Christentum angenommen“. Er erhielt den Namen „Ockenheimer“. Pate war Schultheiß Lamby.

Einen weiteren interessanten Eintrag gibt es bei Lemb für den 22. Oktober 1794, also zur Zeit der französischen Besetzung: „Der Jude Herz von den Franzosen umgebracht.“ Herz hatte in Ingelheim Wein verkauft und war mit dem erlösten Geld auf dem Rückweg nach Ockenheim. Er wurde jedoch verraten, und „in der Nähe der Kirch (welche?) erhielt er einen Stich; er schleppte sich nach Haus und starb am folgenden Tag“.

Ab ungefähr 1774 und vor allem im Folgenden 19. Jahrhundert darf Ockenheim als aufstrebende Gemeinde gelten und war sowohl als Wohnort als auch zur Sicherung des Lebensunterhaltes interessant. Dies belegt der Bevölkerungszuwachs nach Lemb: Er stieg von 317 Einwohnern 1773 auf „650 Seelen“ in 1807. 1825 lebten hier schon 858 und bis 1836 schon 1052 Bewohner. Bis 1900 stieg die Zahl mit einigen Schwankungen auf 1206. Das förderte auch den Wohnungsbau. Kaplan Lemb überliefert noch: 1820 sind es 132 und 44 Jahre später schon „248 Wohnhäuser“. Daher wundert es nicht, dass die Gegend bereits um 1800 herum auch für jüdische Kauf- und Handelsleute interessant wurde. Sie siedelten, bauten Häuser und besaßen gegen Ende des Jahrhunderts auch landwirtschaftliche Flächen. Landwirtschaftliche Tätigkeiten sind allerdings noch nicht nachgewiesen. Für 1825 gibt Lemb 44 jüdische Mitbürger in Ockenheim an. Die Anzahl sinkt bis 1842 auf 29 und pendelt sich bis 1900 knapp unter 50 ein.

Am 20. Juli 1808 erließ Napoleon ein Dekret, das alle Juden verpflichtete, zu erklären, welche Vor- und Familiennamen sie künftig zu führen gedachten. Dazu heißt es in der Lemb-Chronik: „1808: Im Oktober mussten die Juden Familiennamen annehmen. Manche unterschrieben hebraeisch.“

Matthias Schäfer aus Ockenheim besitzt ein „Notizbuch“ beginnend 1863. Dort erfahren wir ein paar Einzelheiten über den Viehhandel z.B.: „Heute am 30ten August 1867 habe ich Sebastian Gresch II von hiesischen Abraham Wolf, Handelsmann zu Ockenheim, ein brauchbares Rind angekauft, für eine Summe von 88 fl.. Darauf bezahlt 44 fl., die andere Hälfte zu bezahlen auf zwei Terminen, 1868 und 1867 bezahlt.“



Abb. 4: Notizbuch Gresch, 1865, Repr: K-H Bungert

Dankenswerterweise stellte für Recherchen der amtierende Ortsbürgermeister Arnold Müller zwei Gemeinderats-Protokollbücher aus dem 19. Jahrhundert zur Verfügung:

Im ersten Ockenheimer Gemeinderats-Protokollbuch aus dem 19. Jahrhundert, das mit dem Jahr 1875 beginnt, stellt der dritte Eintrag vom 16. Januar etwas Besonderes dar. Protokolliert ist die Nachwahl beziehungsweise Wiederwahl von Isaak Raphael in den Vorstand der „israelitischen Religionsgemeinde“ in Ockenheim.

Wie der Leiter der Abteilung Staatliches Schriftgut beim Landearchiv Speyer, Dr. Franz Maier, erläutert, lief das folgendermaßen ab: Rechtsgrundlage für die Durchführung der Wahlen zu den Vorständen der jüdischen Gemeinden im Großherzogtum Hessen war die „Verordnung, die Bildung der Vorstände der israelitischen Religionsgemeinden und die Verwaltung des Vermögens derselben betreffend“ vom 2. November 1841 gemäß dem Großherzoglich Hessischen Regierungsblatt. Als den Vorständen nächst vorgesetzter Dienstbehörde ist in dieser Verordnung der Kreis- oder Landrat genannt. In kleineren Religionsgemeinden mit höchstens 50 Familienvätern bestand der Vorstand aus drei Mitgliedern. Jedes Jahr wurde das am längsten amtierende Vorstandsmitglied durch ein neu gewähltes Mitglied ersetzt. Die Neuwahlen fanden in der Form statt, dass die verbleibenden zwei Vorstandsmitglieder zusammen mit zwei weiteren Personen, die der Kreisrat aus der höchstbesteuerten Hälfte der israelitischen Religionsgemeinde-Mitglieder zu bestimmen hatte, die so genannten

Wahlmänner, das neue Vorstandsmitglied wählen. Ein Einfluss- oder Beteiligungsrecht des Bürgermeisters oder des Gemeinderates war nicht vorgesehen.

Eigentlich war die Beteiligung des Ortsbürgermeisters nur bei der Wahl des allerersten Vorstandes vorgesehen. Offensichtlich aber ordnete das Kreisamt Bingen an, dass der Bürgermeister – 1875 war dies Caspar Weingärtner – die Sitzung einberief und die Wahl durchführte. Er hat sie mit den Originalunterschriften der beteiligten Juden im Protokollbuch dokumentiert. Bis Ende des 19. Jahrhunderts sind diese Eintragungen zu finden – seltene Zeitdokumente, wie Dr. Maier attestiert, nicht zuletzt wegen der Originalunterschriften von Ockenheimer jüdischen Mitbürgern.

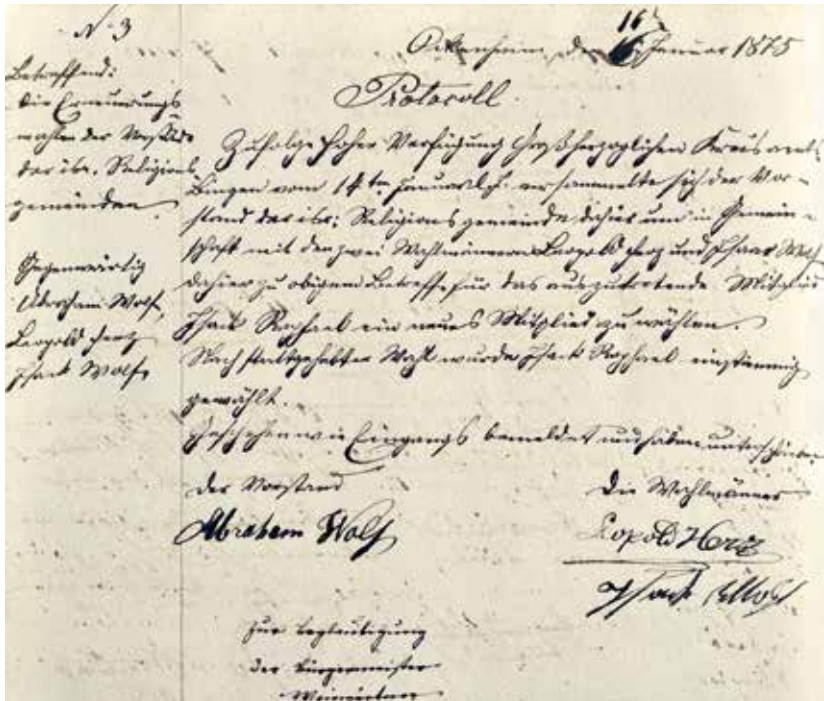


Abb. 5: Erstes Gemeinderatsprotokollbuch, 1875, Repro: K-H Bungert

Unter dem Protokoll vom 1. Januar 1877 taucht die Signatur von Michael Wolf als Wahlmann auf. Er gehört demnach zu eben diesen „Bestbesteuerten“. Er ist deshalb auch besonders erwähnenswert, da er nach Kenntnisstand 2021 der erste und einzige Ockenheimer ist, der seinen 100. Geburtstag feiern

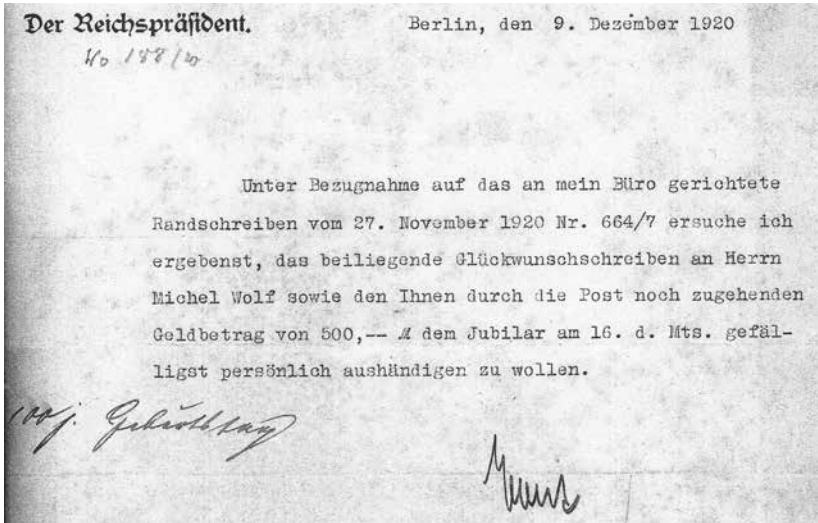


Abb. 6: Schreiben von Reichspräsident Ebert (persönlich unterschrieben) aus dem Archiv Waldbreitbach, Repro: K-H Bungert

durfte. Am 16. Dezember 1820 in Ockenheim geboren und von Beruf Schuster, verbrachte er ab 1912 seinen Lebensabend bei seiner ältesten Tochter in Waldbreitbach bei Neuwied. „Der Israelit“ vom 9. Dezember 1920 schreibt: „Er ist noch sehr frisch und rüstig und hegt für alles noch sehr reges Interesse“. In der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ vom 7. Januar 1921 heißt es: „Ein Zeichen seiner Gesundheit ist, dass er bei günstigem Wetter noch regelmäßig die Synagoge besucht. Auch in diesem Jahre hat Herr Wolf am Jom Kippur gefastet. An seinem Geburtstag war er von vier Kindern, elf Enkeln und zwei Urenkeln umgeben.“ Er starb am 31.12.1924 mit 104 Jahren.

In den letzten beiden Dekaden berät der Rat über Anliegen, bei denen auch jüdische Mitbewohner eine Rolle spielen. So bittet am 1. März 1885 eine Ehefrau, eine geborene Herz, die Gemeinde um finanzielle Unterstützung. Der Antrag wird abgelehnt, unter anderem, weil ihr Vater sie als Haushälterin beschäftigen könne. Am 21. Juni 1885 ernennt der Rat Joseph Herz zum „Wasenmeister“, der sich um die „unschädliche Beseitigung von Tierkadavern“ kümmert. Bewilligt wird am 30. Januar 1890 der Antrag des Abraham Wolf „zum Aufbrechen des Pflasters zum Zweck einer Wasserleitung“, wohingegen der Beschwerde des Michael Wolf wegen Pflasterung der Imbsgasse (Hattermerstraße) am 18. September 1890 nicht stattgegeben wird.

Bei einer Bewertung dieser Protokolleinträge – ins besonders ab 1875 – ist zu erkennen, dass es ein gedeihliches Mit- und Füreinander von Katholiken und Juden in Ockenheim gegeben hat.

Wiederum finden wir im zweiten Ratsprotokollbuch des 19. Jahrhunderts einen aufschlussreichen Eintrag vom 14. Juli 1883: „Anleihe eines Kapitals der israelitischen Religionsgemeinde Ockenheim zur Erbauung einer Synagoge für Übernahme der Bürgerschaft der Zivilgemeinde Ockenheim“. Der Kredit beträgt „zirka 3.200 Mark“ und der Rat „hat diesem Wunsche entsprochen“, unter der Bedingung, dass sämtliche „hier wohnenden Israeliten“ einen noch von der Bürgermeisterei zu fertigenden Akt unterschreiben, dass „sie für diese Schuld aufkommen“, und „die Zivilgemeinde dafür zu dieser Schuld nichts beizutragen hat“.

Auf Grund einer Fundstelle im Internet: „Eine Synagoge wurde auf dem Grundstück in der heutigen Bahnhofstraße nach dem Brandkataster 1835 errichtet“, haben wir nachgefragt. Vom Staatsarchiv in Darmstadt wurde mitgeteilt, dass in dem dafür in Frage kommenden Brandkataster kein solcher Eintrag sich befindet. Dagegen sandte das Landesarchiv Speyer zwei Kopien: „Steuercommisariat Bingen, Brandkataster über die Gebäude in der Gemeinde Ockenheim.“ Nach dem Vorbericht auf der ersten Kopie wurden 1868 die Häuser neu nummeriert, ein neues Brandkataster erstellt und 1900, wie ein anderer Eintrag zeigt, auf den neuesten Stand gebracht. Auf der zweiten Seite steht bei einer Eintragung in der Rubrik Besitzer: „Israelische Gemeinde Ockenheim, dann folgt die alte Hausnummer 48 und die neue ab 1868 Nr. 197. „Benannt“ werden 1835: „Wohnhaus 1St (ein Stockwerk), jetzt (1900) 2 St (zwei Stockwerke).“ Für das Haus aus 1835 beträgt das Brandversicherungskapital 400 Mark und es folgt ein Zugang für den Bau 1883 von 3.310 Mark, was der Bürgerschaftssumme für die Synagoge in etwa entspricht und anscheinend die tatsächlichen Baukosten sind. Ein Eintrag „Synagoge“ kommt nicht vor.

1835 besaß die Jüdische Gemeinde ein „Wohnhaus“. Nach den zeitnahen Zahlen von Lemb war vermutlich in Ockenheim in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts keine stabile eigenständige Synagogengemeinde vorhanden, denn um einen den Vorschriften entsprechenden Gottesdienst halten zu können, bedurfte es immer zehn erwachsener Männer. Also gab es wohl in dem jüdischen „Wohnhaus“ einen Versammlungsraum, in dem die Juden unter sich waren und frei über ihre Probleme und Geschäfte reden konnten. Diesen nutzten sie



Abb. 8: Synagoge, Foto: Arnold Gros

denkbar auch als Betstube. Als nach Lemb und dann nach Brilmayer in den letzten vier Dekaden ihre Zahl sich knapp unter 50 stabilisiert hat, lebten sicherlich ständig auch mindestens zehn erwachsene Männer hier und sie werden diese Betstube mit Gegenständen wie in einer Synagoge ausgestattet und als Betraum benutzt haben. Anfang der 80er entschloss sich der Vorstand das Wohnhaus als Synagoge auszubauen. Die Größe entsprach den Bedürfnissen der Gemeindemitglieder und der finanziellen Möglichkeit des Vorstandes, der dafür auch Geld aufnehmen musste. Der Ort im Schatten der großen Pfarrkirche ist mehr den Konstellationen geschuldet als manche hineininterpretieren.

Für eine Schlussfolgerung verwenden wir nun das 2007 erschienene Buch „Thea Altaras, Synagogen“, aus den erläuternden Erklärungen vor den Beschreibungen der Synagogen im Bundesland Hessen – auch Ockenheim wird kurz erwähnt. Altaras bemerkt S. 22. „Übrigens, dem Unterschied zwischen einer Synagoge und einem Betraum wird von Nicht-Juden oft eine zu große Bedeutung beigemessen, indem man jedem Betraum die Wichtigkeit seiner Funktion abspricht und umgekehrt die Synagoge mit den Maßstäben einer christlichen Kirche beurteilt. Beides ist nicht gerechtfertigt.“

1883 wurde fast neu gebaut. Es entstanden ein historisierend orientalisierender Klinkerbau mit Kniestock, Fenstern und Tür mit maurischen Spitzbögen (Denkmalamt Mainz) und einer Haushöhe auch für eine Frauenempore. Die „maurischen“ Stilelemente waren in Rheinhessen beliebt und in Mode gekommen. Einmal sollten sich die Fenster einer Synagoge von denen einer christlichen Kirche unterscheiden, zum anderen erinnert ihre Form an den Nahen Osten. Die beiden darüber liegenden Rundfenster sind neugotische Zwölfpässe (Landesdenkmalamt), die vermutlich die Frauenempore belichteten

Während auf der zivilen Ebene von Integration und einem Miteinander geschrieben werden konnte, so gab es auf der religiösen nur ein Nebeneinander. Hier blieben die Juden eine andersartige und andersgläubige Gruppe. Dennoch konnte bei den vielen Recherchen im Pfarrarchiv kein Beleg aus dem 19. Jahrhundert aus Ockenheim gefunden werden, auch nicht in den Predigtbüchern, wo ein ungutes Wort gegen die hiesigen Juden oder allgemein gegen das Volk der Juden zu lesen ist.

Wie integriert die jüdischen Mitbürger in das Gemeindeleben waren, zeigen die Namenslisten der Ockenheimer Vereine aus dem 19. Jahrhundert. In der „Ersten Sängersliste“ des Männgesangverein 1866 für die Jahre 1889 bis 1891,

finden wir als aktive Sänger die Juden Moritz Nathan und Benjamin Wolf. In ersten Stammlisten der Freiwilligen Feuerwehr sind neben dem Eintrittsdatum ab 01.01.1887, dem Gründungsjahr, auch die Berufe angeführt. Wir listen auf: 1887: die Juden Herz Carl – Weinkommissionär, Wolf Philipp – Bäcker, Nathan Moritz – Kaufmann, 1889: Wolf Benjamin – Kaufmann, 1891: Wolf Ludwig – Kaufmann, 1892: Herz Hermann – Weinhändler und Wolf Isidor – Handelsmann.



Abb. 9: Goldene Hochzeit 1913 der Eheleute Abraham u. Henriette Wolf, geb. Sommer, Archiv der Carl Brilmayer Gesellschaft Gau-Algesheim



Abb. 10: Gruppenbild 1918, Archiv der Carl Brilmayer Gesellschaft Gau-Algesheim

Im ersten Weltkrieg sind vier Ockenheimer Juden gefallen:



Ausschnitt aus einer Ehrentafel der im 1. Weltkrieg Gefallenen. Auf fremden Boden beerdigte Gefallene zierte unabhängig von der Religion das Grab ein Kreuz – es ist wohl mangels Foto kein antisemitischer Hintergrund zu vermuten.

Fol. _____ Ockenheim, den 7. Januar 1907
(Rheinland)

Telefon No. 11
Am Gm-Alteisen.

Rechnung

für Herrn August Müller Hier
VON MORITZ NATHAN

12 ³⁰ M	Latex Tuch	2.-	36 90
6	"	Fell. Borde	120 7 20
40		Stoffzugring	12 4 80
2		Leinwand	80 1 60
2		Kopfkissen	30 60
2		Quasten	20 40
50 M	Leinwand	2.-	
			53.50
2 1/2 M	Leinwand	1	2 50
24		Feinweberei	30 7 20
			63.20
5 M	Muscheln	3	4
			67.20

Moritz Nathan

Fol. 20 Ockenheim, den 18. April 1911

RECHNUNG

für Herrn August Müller Hier
von Jakob Wolf.

April 1911	30 K. Süßholz, Summe	31	9 30
19	2 Zst. Cement	1.50	5
			14 30

Jakob Wolf

Abb. 11 und 12: Repro von Rechnungen K-H Bungert

Der Jude Rudolf Herz, ermordet am 4. August 1942 im KZ Majdanek, begann 1920 mit einem Rückblick auf die Gründerzeit des SV Fidelia Ockenheim das erste Protokollbuch, um in Schönschrift alles weitere Wichtige des Sportvereins schriftlich festzuhalten. Dem ersten Vorstand gehörten zwei Juden an. Aus ihrem jüdischen und katholischen Glauben heraus wählten sie den Namen „Fidelia“. Das Psalmwort (Psalm Nr. 110/111) „Treu sollt ihr alle sein“ war so Verpflichtung für alle weiteren Generationen. Überhaupt wurde der Verein von Juden gefördert und finanziell unterstützt. Doch ab 1929 wurden sichtbar Seiten herausgerissen, schließlich saßen spätere Funktionäre des Dritten Reiches mit am Tisch. Vielleicht ist dies ein Symbol dafür, wie nach dem 2. Weltkrieg mit der „braunen“ Vergangenheit umgegangen wurde.

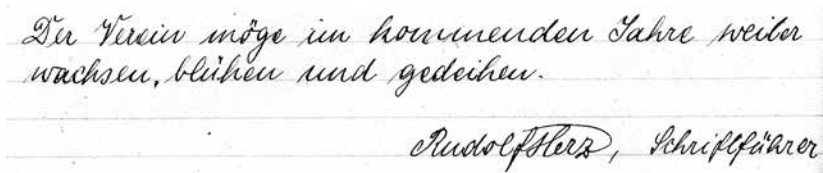


Abb. 13: Ausschnitt aus dem 1. Protokollbuch des SV Fidelia von Rudolf Herz persönlich, Repro K-H Bungert

Im Feuerwehrprotokollbuch wird aufgezeigt, wie ein Jude hinausgemoppt wurde: Der Jude Moritz Nathan war ein angesehener Feuerwehrmann seit seinem Eintritt 1889 und 1927 hielt er zum 40-jährigen Stiftungsfest mit Fahnenweihe die Festrede. Seit 1889, aber mit Unterbrechungen, verwaltete er die Finanzen ohne jegliche Beanstandungen. Doch in der Generalversammlung am 29.01.1933, einen Tag vor der Machtergreifung der NSDAP, heißt es: „Der Kassenbericht wurde durch Schriftführer Reckert vorgelesen, da Kassierer Nathan durch Krankheit verhindert war.“ Die Kassenprüfer stellten plötzlich fest, „dass eine Kontrolle nicht durchzuführen sei, da Belege über Einnahmen fehlten. Eine Entlastung wurde nicht erteilt.“ Zur Generalversammlung am 14. Januar 1934 wird lapidar bemerkt: „Für den freiw. zurückgetretenen Kassierer Nathan wurde Jak. Schmitt bestimmt.“ Überhaupt ist bei Vereinen, so auch beim Kriegerverein, auffällig, dass die Juden im Gegensatz zu „Sozialisten“ nicht einfach hinausgeworfen wurden, sondern ihnen wurde der Austritt unzweideutig „nahegelegt“ und dann „Vollzug“ gemeldet.

Die Suche nach dem Umgang des Gemeinderates mit den Juden ab 1933 endet im Gemeinderatsprotokollbuch – keine Seite aus dieser Zeit fehlt – äußerst



Abb. 14: Moritz Nathan, Jüdischer Arbeitskreis Bingen

dürftig: Ein paar Anträge von Juden werden jetzt generell abgelehnt, aber doch etwas unvermutet sogar noch am 7.3.1937, nämlich „der Antrag auf Erlass der Bürgersteuer“ von Isidor Isidor Wolf. Lediglich in dem einzigen Ergebnisprotokoll des Buches einer „nicht öffentlichen Sitzung“ steht unter dem 11. August 1935: „Nachträglich wurde vom Gemeinderat beschlossen, dass alle Geschäftsleute, die mit Juden Geschäfte tätigen, mit Gemeindearbeiten nicht mehr beauftragt werden.“

Wie im Internet ausführlicher vom Arbeitskreises Jüdisches Bingen nachzulesen ist, hatte der Jude Moritz Nathan mit seiner Frau Rosalie in Ockenheim eine große Weinhandlung und ein eigenes Kelterhaus. Wohl im Herbst 1935 sind Landwirte, die bei ihm Trauben abliefern wollten, von einem

Arbeitsdiensttrupp vor dessen Gebäude als „Vaterlandsverräter“ beschimpft worden, was Rosalie Nathan bewegte, mit „Lumpenzeug“ zu antworten. Am Abend wurde Rosa Nathan mit Josef Löwenstein, den das kinderlose Paar an Sohn statt angenommen hatte, verhaftet und von den SA-Leuten ins Binger Gefängnis verbracht. Wegen der Vermarktung des Lesegutes im Herbst bewirkte der damalige Ockenheimer Bürgermeister Jäger, dass sie am nächsten Tag aus dem Gefängnis freikamen.

Die unterschiedliche Sichtweise steht in einem Originaldurchschlag eines Briefes vom 27. 12. 1952 vom ehemaligen Bürgermeister Jäger: „Jedenfalls hat die Firma Nathan noch im großen Stil im Herbst 1936 unbehindert (unterstrichen) im großen Rahmen Trauben eingekauft, gekeltert und weiterverkauft.“ Als Ermordungsdatum im KZ-Theresienstadt wird für Moritz Nathan der 21. November 1942, für seine Frau Rosalie der 11. Januar 1943 genannt.

Es ist aber Tatsache: dass seit 1933 nach übereinstimmenden mündlichen Aussagen in Ockenheim Juden übelst beschimpft, verspottet und attackiert wurden und christliche Mitbürger, die freundlich mit Juden umgingen, Repressalien bis hin zur Anzeige ausgesetzt waren. Nicht wenige von den 31 oder 33 im Jahr 1933 ansässigen Juden veranlasste dies, schon bald ihr Hab und Gut preiswert zu verkaufen, darunter im Jahr 1936 die Synagoge, um freiwillig fortzuziehen, wenige entkamen auch nach Amerika. Ein Beispiel der Verhöhnung fand sich bei einer Materialiensammlung ab ca. 1936 zur Fastnachtsitzung des TVO von einem Elferratsmitglied auf dem Liedzettel zum Refrain „Freut Euch des Lebens ...“:

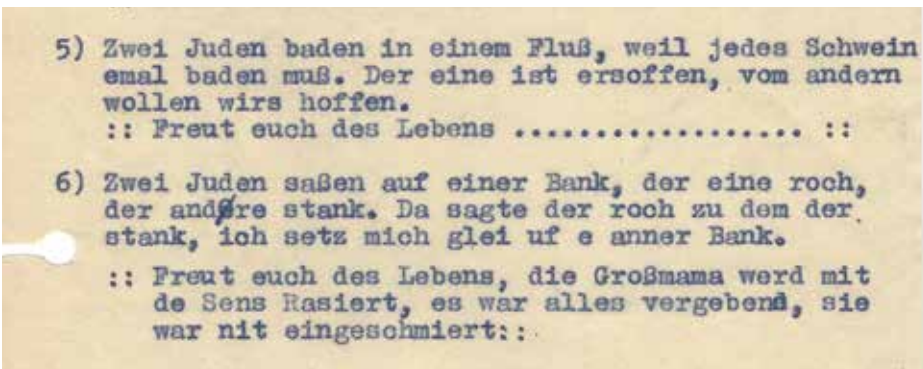


Abb. 15: Repro vom Original Sangesblatt, K-H Bungert



Abb. 16: Pogrom am 10.11.1938 in Ockenheim, Archiv Brilmayer Gesellschaft
Gau-Algesheim, Nachlass Pfarrer Hellriegel

Pfarrer Hellriegel ist zu danken, dass er sieben Fotos von dem Pogrom in Ockenheim am 10.11.1938 für die Nachwelt ins Carl Brilmayer-Archiv gegeben hat. Die verschiedenen Perspektiven und Blicke von Ockenheimern hin zur Kamera zeigen eindeutig, dass es sich dabei um keine heimlichen Aufnahmen handeln kann. Unter der Überschrift „Juden wandern aus“ eines Zeitungsartikels im Klosterarchiv Jakobsberg vom 21.1.1938 werden namentlich drei jüdische Hausbesitzer genannt, die an wiederum namentlich genannte „arische“ Ockenheimer ihr Eigentum verkaufen, dabei u.a.: „Es haben erworben.....das Anwesen der Ww. Wolf, Schuhwarenhandlung,.....“ Die „Sigmundsen“, wie sie nach ihrem Mann genannt wurde, wohnte im November 38 noch im verkauften Haus am damaligen Adolf-Hitler-Platz, der heutigen Einmündung Bahnhofstraße in die Mainzer Straße. Ockenheimer, nur solche sind auf den Fotos zu sehen, drangen in ihr Geschäft und ihre Wohnung ein und warfen Schuhe und Möbel auf die Straße. Brauchbares wurde „nach Hause“ getragen, so eine Zeugin, die passenden Schuhpaare zusammengesucht und auch mitgenommen. Auf den Fotos ist ein nicht mal mannshohes Feuer abgebildet: ein Sofa, ein kastenförmiges Möbelstück und Kleinteile. Allzu groß war der Brand nicht. Da gerade die Volksschule beendet war, scharen sich um das „Flämmchen“ eine Reihe Kinder. Männliche Erwachsene stehen auch dabei. Vor einen Schlauchwagen der Feuerwehr hält einer den Schlauch mit Spritze. Fahnen mit Hakenkreuzen „zieren“ die Häuser. Offensichtlich der schlimmen Tat nicht bewusst, was von den Kindern mit Sicherheit angenommen werden kann, lachen und grinsen alle in die Kamera. Wie haben wohl die Eltern der Kinder zu Hause reagiert, als diese davon erzählen und nach dem Grund gefragt haben? Bemerkenswert ist, dass keine einzige Uniform zu sehen ist, weder der Bürgermeister, der Feuerwehrkommandant oder noch einer von den damaligen Hauptverantwortlichen.

Anschließend zogen die Erwachsenen zur Synagoge. Es ist glaubhaft, dass sich der Besitzer (seit 1936) vehement und robust gegen das Anzünden gewehrt hat. Aber zum einen gab es sicherlich ein Einsehen, dass auch andere Gebäude in der Nähe Feuer fangen könnten, da unter manchem Dach Stroh und Heu lagerte, zum anderen machen die Erwachsenen auf den Fotos nicht den Eindruck, als wollten sie das Abfackeln gegen einen „arischen“ Ockenheimer mit Gewalt erzwingen.

Die meisten Juden und Jüdinnen, die mit Ockenheim in Verbindung gebracht werden können, haben das KZ nicht überlebt – nach KZ Auschwitz wurden vier deportiert. Es gelang nur wenigen die Flucht ins Ausland.

Vertiefende und weiterführende Abhandlungen:

Erich Hinkel: Wo sind sie geblieben – Spuren der Ockenheimer Juden. Ausführliche Darstellung! Als pdf-Datei downloadbar (Achtung: 18 MB Datenumfang).

<http://www.alemannia-judaica.de/ockenheim>

Erklärung zur Lemb-Chronik:

Franz Josef Lemb (1838–1889) war von 1864 bis 1868 Kaplan in Ockenheim. 1866 schrieb er die Geschichte der Pfarrgemeinde Ockenheim und wertete dabei die Gemeindebücher, Urkundensammlungen und mündliche Überlieferungen aus. Diese Aufzeichnungen sind Grundlage sämtlicher veröffentlichten Ockenheimer Chroniken.

Juden in Münster-Sarmsheim

Versuch einer Aufstellung von Horst V. Eisenhuth

GRUSSWORT



Bis zu den „schwärzesten Jahren“ der deutschen Geschichte gehörten Juden selbstverständlich zu vielen Dörfern und Städten.

Dies war in Münster-Sarmsheim nicht anders. Sie führten oft kleine Geschäfte und bereicherten auf vielerlei Arten das dörfliche Leben.

Im Laufe der Naziherrschaft verloren sich die Spuren der Münster-Sarmsheimer Juden durch Flucht oder Deportation und Vernichtung.

Die in Münster-Sarmsheim etablierte Willkommenskultur gegenüber geflüchteten Menschen, die Eingang in die nationale Presse fand, lässt die Hoffnungen keimen, dass wir in unserem Dorf aus der Geschichte gelernt haben.

Dennoch zeigt gerade die jüngste Geschichte mit den Geschehnissen in der Ukraine, daß es immer gilt, wachsam zu bleiben gegenüber jedweder Aggression.

Es ist und bleibt unsere Aufgabe, solchen Entwicklungen entgegenzutreten und uns an die Seite der friedlichen Mitmenschen zu stellen.

Jürgen Dietz

Ortsbürgermeister Münster-Sarmsheim

VORWORT

Nachfolgend der Versuch einer Aufstellung von Juden und jüdischen Familien in Münster – Sarmsheim. Auslöser war die Arbeit von Hr. Gerd Mentgen von der Uni Trier, die mir vom Archiv der Stadt Bingen (Hr. Kossmann) zur Verfügung gestellt wurde.

Über die Geschichte jüdischer Familien in unserem Dorf hat in den vergangenen Jahren meines Wissens nach noch niemand geschrieben. Über das Thema „Juden“ wurde in unserer Gemeinde nicht gesprochen, sei es aus Scheu, Angst, Vergesslichkeit oder Scham.

Nachdem ich mein Wissen über mein Heimatdorf schon in einer Ortschronik und in 2 Büchern über die Pfarrkirche St. Peter und Paul, sowie die Kirche und den Ort Sarmsheim festgehalten habe, versuche ich nun aufzuschreiben, was über jüdische Familien in unserer Gemeinde noch zu erfahren ist.

Horst V. Eisenhuth, im März 2018

JÜDISCHE FAMILIEN IN MÜNSTER-SARMSHEIM

- 1495 Die jüdische Hochzeitsfeier in Münster bei Bingen
Vorkommende Namen: Familie David von Münster, Sohn des jüdischen Arztes Salman und Bruder des jüdischen Arztes Josef von Münster, wohnhaft in Frankfurt. Über Kalman bzw. Salman aus Münster bei Bingen wird bereits 1479 am Landgräfllich – hessischen Hof bei Marburg über seine ärztliche Tätigkeit berichtet.
„1495 ließ Philipp der Aufrichtige, Pfalzgraf bei Rhein, Kurfürst von der Pfalz (*14.07.1448 in Heidelberg) im Winzendorf Münster bei Bingen eine große Anzahl von Juden verhaften.
Die Juden hatten sich dort versammelt, um die Hochzeit eines Juden aus Friedberg mit David von Münster, Sohn des jüdischen Arztes Salman und Bruder des jüdischen Arztes Josef von Münster, zu feiern.“
In der mittelalterlichen Geschichte führten solche Hochzeiten wiederholt zu gefährlichen Behauptungen gegenüber den beteiligten Juden, in denen sie beschuldigt wurden, sich zu versammeln, um Ritualmorde und Entweihungen/Schändungen zu begehen. Oder sie wurden beschuldigt, bei solchen Festen unanständig luxuriöse Kleidung zu tragen oder zu zeigen.

Dazu kam, dass sie oft in der Gegenwart von Christen gefeiert haben; ein Fakt, den die Kirche als skandalös betrachtet haben dürfte.

Es scheint jedoch, als habe sich Kurfürst Philipp in Bezug auf sein Handeln/ seine Aktivitäten in Münster durch solche Anschuldigungen nicht beeinflussen lassen.

Seine Maßnahmen/Handlungen müssen eher im Kontext des zeitgenössischen Geleitrechts und dem Zoll – Disput zwischen Münster und Bingen, welcher von 1491 – 1495 dauerte/anhielt, betrachtet werden.

Die Aktivitäten von Davids Bruder (Arzt) und seinem Vater sind relativ gut dokumentiert, seit beide für mehrere Jahre in Frankfurt am Main gewohnt haben.

Quelle: Leopold Löwenstein; Geschichte der Juden in der Kurpfalz. Frankfurt am Main. 1885. Studie von Hr. Gerd Mentgen, Uni Trier, 2016.

- **1810** Im Jahre 1810 gab es in Münster an der Nahe 25 Juden.
Quelle: Arbeitskreis jüdisches Bingen / Internet
- **1817** In diesem Jahre wohnten in Sarmsheim 271 Personen, davon 7 in der Sarmsheimer Mühle und 8 im Fährhaus an der Nahe. Von den aufgeführten Personen waren 5 Juden und 260 Katholisch.
Quelle: Personenangaben aus dem Kreis Kreuznach.
- **1828** Personenangaben aus der Bürgermeisterei Waldalgesheim mit 7 Dörfern (Waldalgesheim, Weiler, Genheim, Rümmlsheim, Dorsheim, Münster an der Nahe, Sarmsheim an der Nahe) zusammen 3654 Einwohner, davon 54 Juden.
Quelle: Arbeitskreis jüdisches Bingen
- **1842–43** In Münster wohnten 2 Juden.
Quelle: Juden in preußischen Provinzen, 1842–43
- **1852** Am 23. Febr. 1852 wurde in Perscheid Frau Helena Gerson geboren. Sie war Kurzwarenhändlerin und verstarb am 1. Nov. 1919 in Münster.
Quelle: Arbeitskreis jüdisches Bingen
- **1911–1922** Familie Moritz Marx
Die Familie stammte aus Rümmlsheim und gehörte dort zu einer von ca. 10 jüdischen Familie im Dorf. In Münster wohnten sie im Hause Rupp in der Zollstr. 4. In Münster wurden geboren ca. 1908 Sohn Julius (Josef), am 22.

Kaufmann Siegmund Salomon

21.07.1865

Nr. 24.

München den 21. Juli.

1865.

Bayerische Badezeitung.

Organ

der bayerischen Kur- und Badeorte:

Neckholzen, Nibling, Annabrunn, Perchtoldsdorf, Kranzthal, Amelng, Gertrudenberg, Heilbrunn, Reichenbad, Rechel, Kreuzenheil (bei Tölz), Reuth, Mariabrunn, Petersthrunn, Reichenholl, Weisenheim, Schöllham, Schliersee, Eren, Kraundeln, Wartenberg und Wasserburg (St. Ulrich) in Oberbayern; Nibbad, Adensberg, Pfäding, Hohenhart, Kräbber, Wilschbühlen, Ditzweg und Gilschburg in Niederbayern; Alzenauersbad, Gerold, Schönecklein, Fuggenstorf, Eichen und Erenberg in Ober-



franken; Burgersheim, Reichenburg a. Tauber und Weisenburg in Mittelfranken; Rediet, Weidenau, Hoffurt (Waldau), Riffingen, Luttwilg, Fuchsb., Kreuzst., Crl., Gemfeld und Eichen in Unterfranken; Riffen, Weidenbad, Krumbach, Minschelheim, Filderslein, Schachenbad, Sulzbach, Tirschenbach und Wemling in Schwaben; Rromarzell, von Wiesau (König Crl.-Bad), in der Oberpfalz; endlich Tiefheim a. G., Steinweiler und Reuth a. G. in der Rheinpfalz

mit

Berichten aus dem bayerischen Hotelleben & den periodisch erscheinenden Kurlisten.

Vertheilung vom 1. Mai bis letzten September wöchentlich zweimal, am Dienstag und Freitag. Der Abonnementspreis beträgt für diese Zeitdauer 3 R. Alle Postanstalten des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an.

K u r l i s t e.

Riffingen.

Siegmund Salomon, Kaufmann aus Sarmsheim in Preußen

1

Juni 1911 Tochter Frieda, später verh. Bär, am 4. Oktober 1918 Sohn Siegfried (Schmarjahu), am 8. Dez. 1922 Sohn Arthur. Die Kindheit verbrachten sie in Münster, später zogen sie nach Bingen. Der Vater war Viehhändler und Metzger. Die Geschwister Arthur und Frieda wurden später von den Nazis ermordet.

Josef Marx wohnte bis 1937 in Bingen und übersiedelte 1939 nach Israel. Siegfried Marx hatte Deutschland bereits im Jahr 1936 verlassen.

- 1987 Am 29. Juli 1987 berichtete die AZ, Bingen über den Besuch von Julius und Siegfried Marx in ihrer Heimatgemeinde Münster-Sarmsheim. Sie besuchten ihr Geburtshaus in der Zollstraße und tauschten wehmütige Erinnerungen aus. Ihre neue Heimat ist das Kibbuz Jagous in Israel.
Quelle: Arbeitskreis jüdisches Bingen, Artikel in der AZ, Bingen vom 29.7.1987.

Seite 14

KREIS MAINZ-BINGEN ALLGEMEINE

Aufmerksamkeit galt besonders Geburtshaus

MÜNSTER-SARMSHEIM - Einen Besuch in ihrem Geburtsort Münster-Sarmsheim machten die Brüder Julius (Josef) und Siegfried Marx, letzterer mit Frau Ruth, die ebenfalls in Deutschland geboren wurde, nämlich eines Deutschlandlandeshäuses. Besondere Aufmerksamkeit widmeten sie ihrem Geburtshaus (Haus Rupp) in der Zollstraße. Sie interessierten sich für Haus und Garten, die alte und natürlich auch wehmütige Erinnerungen weckten.

Unser Bild zeigt die israelischen Staatsbürger bei der Begrüßung durch Ortsbürgermeister Schuhr. Mit auf dem Bild Bürgermeister a. D. Josef Kollay und Ehefrau, bei denen Josef Marx während seines Aufenthaltes in Deutschland wohnte. Die Familie Kollay hatte im vergangenen Jahr Josef Marx im Kibbuz Jagour mit einer Pflegergruppe aus Weiler besucht und hält seit Jahren die Verbindung mit Josef Marx, der mit seiner Ehefrau Ella geb. Bär, die leider im vergangenen Jahr verstorben ist, bis 1937 in Bingen wohnte und 1939 nach Israel übersiedelte. Siegfried Marx hat Deutschland bereits im Jahre 1936 verlassen.

Zum Empfang bei Ortsbürgermeister



Schuhr waren auch mehrere Frauen erschienen, die die Münster-Sarmsheimer „Busew“ noch aus ihrer Jugend kannten. In Bingerbrück trafen sich die Brüder noch mit Edgar Wolf, einem Jugendfreund, der heute in Buenos Aires lebt und jedes Jahr seinen Geburtsort Bingerbrück besucht.

Bild: Kaster

- Bis 1938 Fam. Max Stern
Die Fam. Stern hatte in der früheren „Schön Gass“, spätere Hauptstraße, danach Rheinstraße, zwischen dem Haus Petry und der Bäckerei Kruger (danach Guckelsberger) in einem kleinen Seitenweg eine Metzgerei. In Münster war er unter dem Namen „der Jud' Stern“ bekannt, er war beliebt und hatte einen guten Kundenstamm, was von der gegenüberliegenden Metzgerei Graffe (Postpit) argwöhnisch beobachtet wurde. Die Grabenstraße war



Katasterauszug von 1819

damals noch mit einem kleinen Pfad (Railche) direkt mit der Hauptstraße verbunden, dadurch konnten auch die Bewohner der Grabenstraße direkt beim „Jud Stern“ einkaufen. Er war auch oft sehr großzügig. Eine Dame, die ihn noch kannte, berichtete mir: „Unser Vater war in dieser Zeit oft arbeitslos und konnte die Familie nur durch Gelegenheitsarbeiten bei den Winzern ernähren. Wenn ich dann für den Sonntag ausnahmsweise mal ein Stück Fleisch beim „Jud Stern“ kaufte, kam es vor, dass er noch ein Stück Wurst kostenlos dazu gelegt hatte.“

Die Familie hatte einen Sohn, die Ehefrau wird als schöne, große Frau beschrieben, die ihre langen, blonden Haare oft als Zopf geflochten um den Kopf gewunden hatte.

In der Reichsprogromnacht 1938 wurden sein Haus und die Metzgerei von den Nazis verwüstet. Er war aber vorgewarnt worden und war nicht im Haus. Seine Frau hatte sich in dem nach der Grabenstraße liegenden Garten versteckt und musste mit ansehen, wie Münsterer Bürger ihr Hab und Gut wegschleppten. Die Familie Stern versteckte sich und verschwand. Über ihren weiteren Verbleib und ihr Schicksal ist nichts bekannt. In dem Haus



Haus Petry, Haus Stern, schon mit Tabakwerbung des Hr. Dietz, Bäckerei Kruger, Bild: Fam. Petry

der Fam . Stern war später das Elektrogeschäft Lohner, danach Hr. Dietz mit einem Papier- und Tabakwarengeschäft. Heute ist das alte Haus verschwunden, es wurde durch ein neues Wohnhaus ersetzt.

Quelle: Eigene Erkundungen bei älteren Mitbürgern unserer Gemeinde. HE

Damit ist meine kleine Aufstellung vorläufig beendet. Vielleicht finden andere ja später noch weitere Angaben. Für mich als Laien sehe ich meine Möglichkeiten erschöpft. Es ist sehr schwer, noch Zeitzeugen zu finden die sich noch erinnern können oder die auch bereit sind darüber zu berichten.

Wer sich aber nun fragt: Wie ging das denn damals mit der am Anfang aufgeführten Hochzeitsgesellschaft aus?

Als die jüdische Familie im Sommer 1495 in Münster eine Hochzeit veranstalten wollte, reisten so viele Jüdinnen und Juden von nah und fern an, dass die Gastgeber sie wohl kaum in Münster beherbergen konnte. Es ist denkbar, dass die Unterbringung teilweise im benachbarten Bingen erfolgte.

Die Teilnehmerliste ist in einem pfälzischen Kopialbuch überliefert:

Jakob, Hofmeister (hoffmeister, gemeint ist: Hochmeister = Rabbiner) von Frankfurt, Heylin, Lehrmeister zu Münster (Monster), Scholum von Schlettstadt (Slittstatt), Jakob Schwertfeger von Kronberg (Cronberg), Mathis von Molthusen (oder Malthusen?), der Arzt Kalman, Esias, Mühlenmachers Knecht (molemechers knecht), Naße Würfelmacher von Friedberg (Fridburg), Josep von Ockenheim, David von Eltvile (Eltvil), Michel Sprenger von Böhmen (Behey), Beifus von Münzenberg (Myntzenburg), Mordechai von Gelnhausen (Gelnhußen), Josep von Friedberg (Fridburg), Lewe (=Löwe) von Luxemburg (Lutzelburg), Wolf von Asserum (oder Assernin?), David von Regensburg (Regenspur), Heyu (=Chajjim) von Vetzberg (Fewtßburg), Jakob Graue von

Vetzberg (Fowetsberg), David von Gemonde, Jakob Viehtreiber von Frankfurt (Franckfurt), Heyum von Stadecken (Stadeck), Süßkind Mühlenmacher (molemecher) von Mainz (Mennz; der obergenannte Esias war wohl dessen Knecht, Em(m)erich von Schweinfurt (Sweynfurt), Josep von Stadecken (Stadek), Menchen von Stadecken (Stadek), Lazarus von Böckelheim (Beckelheym), Berts (= Perez) aus dem Elsass (uß dem Elsas), Mordechai von Windecken (Windeck), Jakob von Kitzingen, Elias von Stadecken (Stadeck), Meier Back, Liebmann (Lieptman) von Friedberg (Frieburg), Mosse von Nuum, David von Münster (Monster), Beifus (=Vivis/Vivus) von Münster (Monster), Ascher von Luxemburg (Lutzelburg), Simon von Salzböden (Saltzbuden), Strael von Falkenstein (Falkensteyn) und Menchin von Prununn (oder Prumum?).

Die Hochzeitsgesellschaft wurde von Münster in den Amtsort Kreuznach verbracht und dort festgehalten. Alle 41 gefangenen Juden erklärten, dass sie durch eigene Schuld von Pfalzgraf Philipp gefangen genommen worden seien und sich in Anerkennung ihrer Vergehen aus freiem Willen erboten hätten, deswegen 4.000 rheinische Gulden zu bezahlen. Darauf und auf ehrbarer Leute Bitten seien ihnen vom Pfalzgrafen 1.900 Gulden von den 4.000 erlassen worden. Nachdem die Juden für die Aufbringung der ermäßigten Summe gebürgt hatten, seien sie wieder freigekommen, um sodann am Ausstellungstag vorliegenden Dokuments einen Urfehdeschwur nach jüdischer Gewohnheit und Ordnung zu leisten, dass weder sie selbst noch ihre Erben sich für ihre Inhaftierung in irgendeiner Weise an Pfalzgraf Philipp, Pfalzgraf Johann von Simmern und Sponheim oder deren Amtleuten oder anderen Personen rächen würden.

Vermutlich waren die Ehefrauen der gefangenen Juden früher entlassen worden. Als David später nach Münster zurückkehrte, fand er seine Frau Sarah von Friedberg nicht mehr vor. Er schrieb in einem Brief „dass sie in der Zwischenzeit wohl von irgendjemanden beeinflusst worden sei und unter nicht „unsparlicher“ Mitnahme von – wohl über die Aussteuer hinausgehendem – Hausrat zu ihrem Vater gebracht worden sei, wo sie sich immer noch aufhalte, ohne ein Verlangen nach ihrem Mann zu haben. Seine Frau könne ihm jedoch, wie David sarkastisch zu bedenken gab, nichts vorwerfen außer, dass er unschuldig inhaftiert worden sei und dabei seine finanziellen Mittel eingebüßt hatte.“

Quelle: Auszüge aus der Studie von Hr. Gerd Mentgen, Uni Trier

Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Oberheimbach

von Dr. Hartmut Holz⁽¹⁾

„In Oberheimbach bestand eine kleine jüdische Gemeinde bis um 1920. Ihre Entstehung geht in die Zeit des 18. Jahrhunderts zurück. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Zahl der jüdischen Einwohner wie folgt: 1808 20 jüdische Einwohner (von etwa 540 Einwohnern), 1817 19, 1858 45, 1885 28, 1892 27, 1895 30. An Einrichtungen bestanden eine Synagoge, eine jüdische Schule (Religionsschule), möglicherweise ein rituelles Bad und ein Friedhof. Im Ersten Weltkrieg fielen aus der jüdischen Gemeinde Sally Eichberg (geb. 26.4.1890 in Osterspai, vor 1914 in Oberheimbach wohnhaft, gef. 25.8.1914) und Sigismund Wolff (geb. 10.5.1887 in Oberheimbach, vor 1914 in Bingen wohnhaft, gef. 9.6.1918). Der Name von Sally Eichberg steht auf dem Gefallenendenkmal der Gemeinde.

Nach Auflösung der jüdischen Gemeinde um 1920 auf Grund der stark zurückgegangenen Zahl der jüdischen Gemeindeglieder schlossen sich die am Ort noch lebenden jüdischen Personen der Gemeinde in Bacharach an.

1924 wurden noch drei jüdische Einwohner in Oberheimbach gezählt, 1932 noch zwei, 1936 noch eine Person.

Von den in Oberheimbach geborenen und/oder längere Zeit am Ort wohnhaften jüdischen Personen sind in der NS-Zeit umgekommen (Angaben nach den Listen von Yad Vashem, Jerusalem und den Angaben des „Gedenkbuches – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945“): Paula Bär geb. Wolf (1890)*, Helene Grünebaum geb. Wohlgemuth (1864), Johanna Heimann geb. Wohlgemuth (1888), Jakob Klein (1864), Clara Meyer geb. Wolff (1877), Moritz Wolf (1880), Bertha Jenny Wolff (1873).

(1) mit wörtlicher Nutzung von www.alemannia-judaica.de

Anmerkung: Paula Bär geb. Wolf war mit Wilhelm Bär verheiratet. Die beiden hatten einen Sohn Arthur (geb. 25. März 1925) und lebten in Mülheim-Kärlich (Kirchstraße 28), von wo aus sie am 22. März 1942 über Koblenz-Lützel nach Izbica deportiert wurden.

ZUR GESCHICHTE DER SYNAGOGE

Eine Synagoge befand sich in Oberheimbach in der sogenannten „Judengasse“, einer schmalen, abschüssigen Nebengasse der Hauptstraße. Das Gebäude, in dem sicher schon jahrelang keine Gottesdienst mehr abgehalten worden waren, soll auf Druck der Nationalsozialisten in den 1930er-Jahren verkauft worden sein. Später wurde das Gebäude abgebrochen. Das Grundstück blieb unbebaut.“⁽¹⁾

DER FRIEDHOF

Der Friedhof liegt westlich des Ortes Oberheimbach in einem Waldstück, Flur „Am Judensand“ und wurde spätestens 1861 angelegt (Sterbedatum von Matthias Wolf 1861) und letztmals 1944 belegt (Carl Wohlgemuth). Es sind etwa 50 bis 60 Grabsteine erhalten, die aus Sandstein oder Granit geschlagen wurden. Die meisten stehen aufrecht, wenige liegen am Boden. Zwei gemauerte Steinsäulen, eine zerfallende Steinmauer und ein Holzzaun umfassen das Grundstück. Die Friedhofsfläche umfasst 20,48 Ar.



Auf den noch lesbaren 37 Grabsteinen steht achtmal der Familienname Kohlmann, fünfmal der Name Sommer, viermal Wohlgemut, viermal Wolf, dreimal Wolff, dreimal Kann, dreimal Liebmann sowie je einmal Furchheimer, Baum, Halle, Einstein und Strauß. Die Grabsteinsymbolik zeigt u.a. den Davidstern, geknickte Nelken und gereifte Schmuckzeichen. In einem Grabstein wurden die Umrisse eines „Eisernen Kreuzes“ eingemeißelt. Als Herkunftsorte der Verstorbenen werden genannt: Bacharach, Mergentheim, Niederheimbach, Oberheimbach und Steeg.

Der Friedhof wurde im Mai 1968 geschändet.

2014 wurden durch die Heimatfreunde von Oberheimbach zwei Hinweisschilder aufgestellt beziehungsweise angebracht.

Namen der Personen, die auf dem jüdischen Friedhof beigesetzt wurden, nach den noch lesbaren Grabsteinen:

Sommer, Herman aus Steeg (9.3.1831–15.7.1902)

Sommer, (1906)

Furchheimer, Emil aus Mergentheim (20.11.1884 – 13.10.1911)

Wolf, Antonette geb. Kohlmann (1814–28.10.1913)

Sommer, Albert (19.5.1898–4.8.1914)

Wohlgemuth, Jakob (3.5.1822–6.8.1914)

Sommer, aus Bacharach

Wolff, Hermann aus Oberheimbach (30.5.1838–20.11.1915)

Wolff, Anna geb. Schwab (7.10.1839–29.1.1924)

Kohlmann, Eva geb. Straus (Lebensdaten nicht vorhanden)

Kann, Alexander (gest. im 88. Lebensjahr)

Kann, Johanna (gest. im 84. Lebensjahr)

Liebmann, Wilhelm (8.10.1812–16.11.1978)

Kohlmann, Jacobine geb. Kahn (gest. im 98. Lebensjahr)

Liebmann, Regina (6.4.1810–18.8.1871)

Strauß, Theresia (24.9.1817–12.5.1879)

Kohlmann, (20.11.1800–Sterbedatum unleserlich)

Kohlmann, Kurt (1816–(?)- 1917)

Kann, Antoinette geb. Seligmann (1810–1887)

Wohlgemuth, Richard (1.1.1890–8.8.1890)

Wolf, Mathias (6.10.591–12.2.5622 jüd. Kal. oder 1830–1861 gregor. Kal.)

Sommer, Rosine (Lebensdaten unleserlich)

Kohlmann, Julius (21.1.1879–4.7.1916)
Baum, Regina geb. Sommer (1857–1897) (Lebensdaten schwer leserlich)
Kohlmann, Joseph (12.5.1855–24.10.1918)
Kohlmann, Wilhelmine geb. Seligmann (12.Monat unleserlich
1843–20.6.1920)
Halle, Amalie (7.4.1857–10.2.1921)
Kohlmann, Josef (17.12.1845–28.6.1926)
Kohlmann, Amalie geb. Mayer (3.9.1848–21.2.1930)
Wohlgemuth, Bertha geb. Marx (30.8.1859–13.6.1928)
Wohlgemuth, Carl (10.9.1859–26.7.1944)
Wolff, Carl (3.9.1843–24.5.1902)
Wolff, Pauline geb. Liebmann (11.3.1842–15.3.1927)
Einstein, Eugen aus Niederheimbach (18.9.1879–13.6.1881))
Liebmann, Wilhelm (8.10.1812–16.11.1878)
Wolf, Helena geb. Mattes (8.2.1837–25.10.1889)
Wohlgemuth, Richard (1.1.1800–8.8.1890)



Die Geschichte der Synagogengemeinden von Rümmelsheim und Waldlaubersheim – Entstehung, Entwicklung und Auflösung – von Dirk Taubenheim

GRUSSWORT



Jüdisches Leben in Rümmelsheim

Liebe Leserin, lieber Leser,

in unserer 2019 erschienenen Dorfchronik „DAS DORF IM TROLLBACHTAL“ haben wir der Geschichte der jüdischen Synagogengemeinde Rümmelsheim ein eigenes 11-seitiges Kapitel gewidmet. Erstmals 1548 wird ein „Mosse von Rimelsheim“ in den sogenannten Schutzgeldlisten geführt. Danach gibt es bis ins Jahr 1808 keine schriftlichen Zeugnisse mehr über Juden in Rümmelsheim. Seit dieser Zeit zählte man in den überlieferten Einwohnerlisten zwischen 31 und 45 jüdische Bürgerinnen und Bürger, was einem Bevölkerungsanteil von etwa 7% entsprach. Das letzte Gemeindemitglied verzog 1918 nach Bingen.

Während die vermutlich 1808 „An der Bach“ (heute Lindenstraße) erbaute Synagoge 1931 abgerissen wurde, ist der zwei Kilometer außerhalb des Dorfes im Waldgebiet des „Horet“ gelegene jüdische Friedhof mit sechs Gräbern erhalten geblieben. Heute kümmert sich die jüdische Gemeinde Bad Kreuznach um diesen Friedhof, dessen Alter nicht mehr genau zu ermitteln ist und seit Februar 2001 als Naturdenkmal unter Denkmalschutz steht.

Noch in diesem Jahr plant die Gemeinde Rümmelsheim die Anlage eines neuen, etwa 7 Kilometer langen Wanderweges entlang der ehemaligen urzeitlichen Küste des Mainzer Beckens rund um Rümmelsheim. Dieser Wanderweg

wird auch Station an unserem jüdischen Friedhof machen und eine Informationstafel wird an die Geschichte der jüdischen Synagogengemeinde Rümmlersheim erinnern.

Ihr Ortsbürgermeister
Hartmut Merkelbach

GRUSSWORT



Jüdisches Erbe der Region bewahren

1853 wurde die Synagoge in Waldlaubersheim erbaut, deren Gebäudehülle noch heute erhalten ist. Bis 1918 war sie in in Besitz der hiesigen Synagogengemeinde. 65 Jahre jüdischen Lebens sind also architektonisch dokumentiert. Doch auch in den Gemarkungsnamen haben die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Spuren hinterlassen. Bezeichnungen wie „Im Judenwald“ oder „Vor dem Judenwald“ sind erhalten geblieben. Die namensgebende jüdische Begräbnisstätte ist heute noch zu finden und die noch erhaltenen Grabsteine erinnern an die jüdischen Familien, die einst Mitbürgerinnen und Mitbürger von Waldlaubersheim waren. Die Mitglieder der wohl zwei jüdischen Familien, die nach 1933 noch in Waldlaubersheim wohnten, wurden deportiert, ihr Besitz zwangsweise verkauft. Einigen gelang die Flucht in die USA. Das Schicksal einer Mitbürgerin ist traurig dokumentiert: Erna Marx starb im KZ Sobibor.

Der Arbeitskreis jüdisches Bingen widmet sich auch der Geschichte der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Waldlaubersheim und trägt damit dazu bei, das reiche jüdische Erbe der ganzen Region zu bewahren und bekannt zu machen. Dafür gilt Ihnen unser herzlicher Dank!

Torsten Strauß
Ortsbürgermeister Waldlaubersheim

VORWORT

Zunächst möchte ich mich für die vorbehaltlose und bereitwillige Unterstützung von Personen und Institutionen, die mir während dieser Arbeit zu Teil wurde, bedanken. Dies gilt besonders für die Stammkursleiterin Frau Mader-Classen, die Jüdische Kultusgemeinde Bad Kreuznach, die Heimatwissenschaftliche Zentralbibliothek des Landkreises Bad Kreuznach und für Frau Dr. Fink vom Stadtarchiv Bad Kreuznach.

Die Darstellung der Synagogengemeinden von Rümmlersheim und Waldlaubersheim wurde im Rahmen einer Facharbeit im Leistungskurs Geschichte am Stefan-George-Gymnasium in Bingen erarbeitet. Mit dieser Arbeit möchte ich nicht den Anspruch erheben, dem Leser eine abgeschlossene Dokumentation darzubieten. Vielmehr ist mir daran gelegen, einen kleinen Beitrag zu leisten, jüdische und deutsche Geschichte im Landkreis Bad Kreuznach dem Leser nahezubringen.

Dabei soll nicht nur die Epoche des nationalsozialistischen Regimes angesprochen werden. Auch die Geschichte der jüdischen Synagogengemeinde von Rümmlersheim im allgemeinen soll Erwähnung finden, ebenso die der Synagogengemeinde Waldlaubersheim. Die Darstellung reicht von den Anfängen jüdischer Besiedlung, bis zur endgültigen Auflösung der Synagogengemeinden und schließlich zum Holocaust im 3. Reich.

Es ist wichtig, nicht über die Vergangenheit zu schweigen. Denn wer schweigt, vergißt nur allzu leicht oder wie es in der Gedenkrede des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vor dem Deutschen Bundestag vom 08. Mai 1985 heißt: „Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart“ und für die Zukunft.

1. ERSTE ANGABEN ÜBER JÜDISCHE BESIEDLUNG

1.1 ERSTE ANGABEN ÜBER JÜDISCHE BESIEDLUNG IN RÜMMLERSHEIM

Genauere Angaben über die Anfänge jüdischer Besiedlung existieren für Rümmlersheim genauso wenig wie für den gesamten Nahraum. Es ist nicht gesichert, aber dennoch wahrscheinlich, daß auch in Rümmlersheim bereits seit Jahrhunderten Juden ansässig waren. Das erste wirklich gesicherte Dokument über die Juden in Rümmlersheim ist in den im Landesarchiv Karlsruhe

befindlichen Listen über die Zahlung von Schutzgeld durch kurpfälzische Juden, veröffentlicht in der 1895 von Bezirksrabbiner Dr. Leopold Löwenstein herausgegebenen ‚Geschichte der Juden in der Kurpfalz‘, zu finden. Dort wird ein Jude aus Rümmlsheim aus dem Jahre 1548 erwähnt:

„Mosse von Rimelsheim sol geben 1 fl ltzt alsbald und Martini das andere halb –“¹⁾

Aus der Zeit nach dem ersten nachgewiesenen Dokument von 1548, bis zum Jahre 1808, sind keine weiteren schriftlichen Nachweise über jüdische Ansiedlungen aufzufinden.

1.2 ERSTE ANGABEN ÜBER JÜDISCHE BESIEDLUNG IN WALDLAUBERSHEIM

Über die Anfänge jüdischer Besiedlung in Waldlaubersheim sind ebenso wenig genaue Angaben wie für Rümmlsheim und den gesamten Nahraum aufzufinden.

Auch hier ist anzunehmen, daß Juden bereits seit Jahrhunderten den Ort Waldlaubersheim bewohnten. Es ist zwar in der „Heimatchronik des Kreises Bad Kreuznach“ von einer ‚Urgemarkung Waldlaubersheim‘ aus dem Jahre 1589 die Rede, jedoch nur in Bezug auf den räumlichen Ablauf des Siedlungsausbaus. Über eine Ansiedlung jüdischer Bevölkerung wird hier nicht gesprochen.

Erste, wenn auch zeitlich sehr späte Angaben, finden sich in einem Dokument über eine Bevölkerungserhebung aus dem Jahre 1796. Dieses Dokument wird im Stadtarchiv Bad Kreuznach aufbewahrt. ²⁾

2. DIE ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER SYNAGOGENGEMEINDE VON RÜMMLSHEIM

2.1 DIE ENTSTEHUNG DER SYNAGOGENGEMEINDE IN RÜMMLSHEIM

Wie bereits unter Punkt 1.1 angesprochen, bildeten sich jüdische Gemeinden erst sehr spät. Die Entstehung von Synagogengemeinden vollzog sich meist noch später, da häufig die notwendige Anzahl von jüdischen Bewohnern in dem jeweiligen Ort nicht vorhanden war, obwohl bereits Juden in diesem Ort in einer jüdischen Gemeinde ansässig waren. Es waren 10 männliche Juden

nötig, um eine Synagoge zu gründen bzw. aufrecht zu erhalten, da ansonsten kein Gottesdienst stattfinden konnte.

Die Tatsache, daß bei der jüdischen Bevölkerung kein Interesse bestand, in ihrem Ort eine eigene Synagoge aufzubauen, wenn in einem Nachbarort eine solche bereits existierte, muß auch in Betracht gezogen werden.

In Rümmelsheim wurde die Synagoge im Jahre 1808 gegründet. In diesem Jahr hatte Rümmelsheim 405 Einwohner, wovon 31 jüdischen Glaubens waren. Die in Rümmelsheim lebenden Juden bildeten nun eine eigene Synagogengemeinde.

Im Jahr 1823 lebten in Waldalgesheim und Weiler bei Bingen jeweils 5 jüdische Personen (in Waldalgesheim 4 männliche und 1 weibliche, unverheiratete).

Bei der Erhebung der Bevölkerung im Jahre 1823 und bei der Klärung der Zugehörigkeit zu Synagogengemeinden, wurden die Juden aus Waldalgesheim und Weiler der Synagogengemeinde Rümmelsheim zugewiesen. Offiziell war die Angelegenheit für die Behörden damit geklärt. Aber die Zugehörigkeit war oftmals keine formale, sondern eine individuell-emotionale Sache. So bevorzugten die Juden aus Waldalgesheim den Gang zur Synagoge nach Schweppenhausen, die Juden aus Weiler den nach Bingen. Die Zugehörigkeit verblieb zwar formal bei der Synagogengemeinde Rümmelsheim, individuell bei den beiden genannten Orten.

Die Zuordnung der jüdischen Bevölkerung von Waldalgesheim zur Synagogengemeinde Rümmelsheim erlaubte dieser die Mitbenutzung des jüdischen Friedhofs in Rümmelsheim, der „Auf dem Horet“ gelegen ist.

Gemeinsamer Vorsteher der Synagogengemeinde Rümmelsheim war Carl Wohlgemuth.

Über die Nutzung und Mitbenutzung jüdischer Friedhöfe existiert ein Dokument aus dem Jahre 1847:

„Am 23. Juli 1847 erließ die preußische Regierung ein Gesetz ‚Über die Verhältnisse der Juden‘. Dazu wurden am 09. August 1847 vom Minister für geistliche Angelegenheiten, Eichhorn, und dem Minister des Innern, von Bodelschwingh, Ausführungsbestimmungen erlassen.

(...) In das Statut (das nach § 50 abzufassen ist) kann ferner das Erforderliche über die Begräbnisplätze in den einzelnen Ortschaften, zu deren Beschaffung die Juden überall verpflichtet sind, aufgenommen werden, namentlich wegen der etwaigen Mitbenutzung des im Hauptorte des Synagogen-Bezirks befindlichen Begräbnisplatzes Seitens der in benachbarten Ortschaften wohnhaften Juden in soweit die örtliche Entfernung polizeilich eine solche Mitbenutzung zuläßt und wegen der von den Einzelnen für die Benutzung der Begräbnisplätze zu zahlenden Beiträge.“³⁾

Eine Bevölkerungserhebung aus dem Jahr 1843, herausgegeben von der königlichen Regierung in Koblenz, ergab für die Gemeindeverwaltung (Bürgermeisterei) Waldalgesheim:

Topographisch-statistische Übersicht des Regierungsbezirks Coblenz:

	Gesamteinwohner	Katholiken	Evangelische	Juden
Weiler bei Bingen	860	860	0	24
Waldalgesheim	860	484	367	9
Rümmlsheim	654	457	149	48
Gesamt	2398	1801	516	81⁴⁾

Eine weitere Bevölkerungserhebung aus dem Jahre 1848 läßt einen interessanten Vergleich zu. Sie ist mit einer Erklärung zu den Verhältnissen in der Synagogengemeinde abgedruckt.

In Bezug auf „Judengemeine Verhältnisse in der Bürgermeisterei Waldalgesheim“ stellte der Bürgermeister von Waldalgesheim die Anzahl der Juden am 07. Januar 1848 folgendermaßen fest:

„1. a) *Waldalgesheim*

1 Familie von 8 Personen (Simon Stern, Schlachter)

b) *Rümmlsheim*

9 Familien von 48 Personen

c) *Weiler bei Bingen*

3 Familien von 12 Personen im ganzen:

13 Familien von 68 Personen

2. *daß die Juden von Weiler b. B. das Bethaus zu Bingen und jene von Waldalgesheim das zu Schweppenhausen besuchen. Die Juden von Rümmlsheim*

haben allda ihr eigenes Bethaus, eine dem Verfall nahe Hütte, und die ganze Vorstandsgewalt befindet sich in den Händen ihres aus ihrer Mitte gewählten unbesoldeten Vorsängers Carl Wohlgemuth zu Rümmsesheim, ein Mann von unbescholtenem Rufe.

3. *die Juden zu Rümmsesheim haben einen eigenen in Erbbestand beruhenden Beerdigungsplatz wohin auch die Juden von Waldalgesheim beerdigen und jene zu Weiler b. B. besitzen allda ihren eigenen Beerdigungsplatz“⁵⁾*

Der Vergleich der Bevölkerungszahlen von 1843, mit denen von 1848, zeigt, daß die Anzahl der jüdischen Bewohner in Rümmsesheim und Waldalgesheim nahezu konstant geblieben ist. In Weiler hingegen zeichnete sich eine Tendenz ab, die auch in den beiden anderen Orten einsetzte, wenn auch zeitlich verzögert. Die Juden in Weiler verließen den Ort, um in größere Städte abzuwandern.

2.2 DIE ENTWICKLUNG DER SYNAGOGENGEMEINDE

2.2.1 DIE WEITERE ENTWICKLUNG DER SYNAGOGENGEMEINDE IN RÜMMELSHEIM

Der Synagogenvorsteher der Synagogengemeinde Rümmsesheim erließ im Juni 1853 ein Dokument, um das Verhalten in der Synagoge festzulegen:

„Reglement über das Verhalten der israelitischen Gemeinde zu Rümmsesheim in ihrer Synagoge während des Gottesdienstes erlassen von dem unterzeichneten israelitischen Gemeindevorsteher Carl Wohlgemuth zu Rümmsesheim:

1. *Vom Anfang bis zur Beendigung des Gottesdienstes darf von den Anwesenden weder Zank noch Streit angefangen werden, sogar gegenseitige Unterhaltung ist verboten, ebenso das Tabakkauen.*
2. *Knaben vor zurückgelegtem Alter von sechs Jahren und Mädchen vor zurückgelegtem Alter von 13 Jahren dürfen die Synagoge während des Gottesdienstes nicht besuchen. Diejenigen, welche gegen die vorstehenden Ordnungen verstoßen, gegen solche wird Protokoll aufgenommen und solche dem Gericht zur Abstrafung übergeben.*

*Rümmsesheim, den 28. Juni 1851 der israelitische Gemeindevorsteher
Carl Wohlgemuth*

Gesehen und wird bescheinigt, daß Abschrift obiger Verordnung hiesigen Amtes eingereicht worden ist. Waldalgesheim 28. Juni 1851 der Bürgermeister Dahn“⁶⁾

Das Regelement war streng, obwohl die Synagoge nicht unbedingt einen sakralen Ort darstellte, sondern sie war vielmehr ein Ort der Verständigung und des Treffens.

Der ‚israelitische Gemeindevorsteher‘ Carl Wohlgemuth legte 1852 von Alters und Krankheits wegen das Amt des Synagogenvorstehers nieder. Als sein Nachfolger wurde Raphael Stern am 10.01.1852 durch die Ältesten mit Stimmenmehrheit gewählt.

Der königliche Landrat Jagow von Bad Kreuznach verlangte 1853 die Erfüllung des Gesetzes von 1847 und ordnete die Bildung der vorgeschriebenen Synagogen-Bezirke an.

1853 lebten in Rümmelsheim 48, in Weiler bei Bingen 14 und in Waldalgesheim 8 jüdische Bürger.

Am 24.06.1853 fand in Waldalgesheim die Verhandlung über die Bildung der vorgeschriebenen Synagogenbezirke, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dahn, statt.

Nachstehende, stimmberechtigte, jüdische Bürger nahmen an der Verhandlung teil:

*„Aus Waldalgesheim: Simon Stern
aus Rümmelsheim: Carl Wohlgemuth, Joseph Marx, Joseph Stern, Sebastian Stern, Raphael Stern, Jakob Stern, Simon Mayer, Jakob Marx, David Marx, Servatius Stern
und aus Weiler: Joseph Berg, Wendel Berg.“*

Ergebnis:

„In Erwägung daß zu Waldalgesheim ebenso zu Weiler die jüdischen Gemeinde weder Grund Eigenthum noch eine Synagoge besitzt in diesen Gemeinden also vorerst alle Einrichtungen zu einer Synagogen-Gemeinde angekauft werden müßten wozu die Gesamtjudenschaft aus der Bürgermeisterei Waldalgesheim

die nöthigen Geldmittel nicht beschaffen kann da die meisten Mitglieder zur geringen Vermögensklasse gehören.

Daß zu Rümmselsheim eine zwar kleine aber der Erweiterung fähigen Synagoge, welche erst im vorigen Jahre reparirt worden ist, sowie ein eigener jüdischer Beredigungsplatz vorhanden bittet man darum daß die israelitische Gemeinde für die Bürgermeisterei Waldalgesheim zu Rümmselsheim bela Ben werden möge.“⁷⁾

Nachdem eben diese Entscheidung an die Verwaltungsbehörden und an das Ober-Rabbinat in Bonn weitergeleitet worden war, wurde die Entscheidung endgültig genehmigt und bestätigt, daß die Juden der Bürgermeisterei Waldalgesheim zur Rümmselsheimer Synagogengemeinde gehören.

Im Juli 1863 wurde von der Königlichen Regierung in Koblenz ein Dokument erstellt, das einen Regierungskommissar für die Belange und Angelegenheiten der Synagogengemeinden des Kreises Kreuznach einsetzte.

Dieser Kommissar stellte sich mit folgendem Schreiben bei Bürgermeister Zicher in Waldalgesheim vor:

„Durch Verfügung der Königlichen Regierung vom heutigen Tage bin ich zur Regelung der Verhältnisse der Synagogengemeinden für den dortigen Kreis zum Kommissar ernannt. Da zu diesem Zwecke die Anhörung der Beteiligten erforderlich scheint, so ersuche ich Sie, die in Ihrem Verwaltungsbezirk vorhandenen, gemäß § 41 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 wahlberechtigten jüdischen Einwohner auf Donnerstag, den 30ten dieses Monats Nachmittags drei Uhr in das Bürgermeiterlokal zu Stromberg mit dem Bemessen vorzuladen, daß bezüglich der nicht Erscheinenden angenommen werden würde, sie seien mit den Auslassungen der Majorität einverstanden.

An den Herrn Bürgermeister Zicher zu Waldalgesheim

*Coblenz den 21. Juli 1863
Der Regierungs=Kommissar Regierungs=Assessor
Graf Hue de Grals“⁸⁾*

Auf diese Anweisung hin lud Bürgermeister Zicher alle wahlberechtigten, volljährigen Juden aus seinem Wahlbezirk ein. Folgende Personen wurden eingeladen:

„Aus Waldalgesheim: Joseph Stern, Simon Stern

aus Rümmelsheim: David Marx, Jacob Marx, Martin Marx, Josef Marx, Jacob Stern, Sebastian Stern, Raphael Stern (die Unterschrift auf der Ladung verweigert), Servatius Stern, Ferdinand Stern, Abraham Wohlgemuth, Felix Wohlgemuth

aus Weiler bei Bingen: Mayer Berg (Ladung nicht unterschrieben) und Joseph Berg.“⁹⁾

Das Resultat dieser Sitzung ist nicht bekannt.

Laut einer Steuerliste von 1879/80 lebten in dieser Zeit noch 19 Familien oder Einzelpersonen im Synagogenbezirk. Die Gebrüder Carl, Nathan und Isaak (später auch Felix) Wohlgemuth sind unter ihrem neuen Wohnsitz in Bingerbrück eingetragen.

Die ‚Chronik von Bingerbrück‘ schreibt zu den ehemals Rümmelheimer Juden, folgendes:

„Im Spätsommer 1914 beschließt die Gemeinde, um der leidigen Preistreiberei ein Ende zu machen, Kartoffeln auf eigene Rechnung zu bestellen und an die Bewohner zum Selbstkostenpreis abzugeben. Zu diesem Zweck wird eigens eine Kartoffeleinkauf-Kommission, bestehend aus Jean Betz, Abraham Wohlgemuth und Peter Mattes, gebildet. Am 30. August trifft die Ladung mit über 10.000 Kilo Kartoffeln auf dem Bingerbrücker Bahnhof ein. Am darauffolgenden Tag findet der Verkauf an der Güterabfertigung hinter Haus Wohlgemuth statt.“¹⁰⁾

Am 26. November 1850 lebten in der Synagogengemeinde Rümmelsheim folgende Familien:

Name des Mitgliedes		Anzahl mit Frau und Kindern
Rümmelsheim	Waldalgesheim	Weiler bei Bingen
Marx, Mathias		4
Marx, David (1)		2
Marx, Mathias		4
Mayer, Coppel		3
Stern, Jacob (2)		6
Stern, Sebastian		4

Stern, Raphael (3)		6
Stern, Servatius (4)		5
Stern, Joseph (5)		3
Marx, Joseph (6)		5
Wohlgemuth, Carl (7)		9
Stern, Simon (8) 7		7
(gehen in die Synagoge zu Schweppenhausen)		
Berg, Joseph (9)		5
(gehen zur Synagoge Bingen)		
Berg, Wendel (10)		6
(gehen zur Synagoge Bingen)		

Tabelle A.

„(...) Bingerbrücker Juden in Bedrängnis:

Jüdische Familien in Bingerbrück, namentlich die Familie Wohlgemuth, werden erstmals in einem Steuerverzeichnis aus den Jahren 1879/80 erwähnt; sie gehören zur Synagogengemeinde Bingen. (Sie gehörten zunächst auch als Bürger der Gemeinde Weiler zur Rümmelsheimer Synagogengemeinde.) Dies änderte sich im Jahre 1892 als durch königliche Entscheidung der Ortsteil Bingerbrück von Weilergetrennt und eine selbständige Gemeinde, später sogar Amtsgemeinde wurde. Ab dem Jahre 1892 gehörten die in Bingerbrück wohnenden Juden offiziell zur Synagogengemeinde Bingen). (...)

(...) Die jüdische Gemeinde in Bingerbrück ist nicht sonderlich groß, aber es sind einflußreiche Juden, die in Bingerbrück ein Gewerbe betreiben:

Da ist zum einen die Familie des Glasermeisters Wolf in der „Wolfsschlucht“, dann die Familien Abraham und Isaak Wohlgemuth, die in der Koblenzer Straße eine kleine Cognacfabrik betreiben, die Familie Moritz Winkelstein, die eine Viehhandlung in der Stromberger Straße besitzt und die Familie des Kohlenhändlers Hermann Herz in der Schloßstraße.“⁽¹¹⁾

Dies zeigt, daß die Gebrüder Wohlgemuth aus Rümmelsheim in die Gesellschaft Bingerbrücks integriert waren, sogar gewerblich in der Gemeinde tätig gewesen sind, bis sich diese Situation mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus änderte.

In den Jahren 1882–85 lebten in Rümmelsheim noch 17 jüdische Familien.

Lfd.Nr.	Name	Vorname	Geburtsname	Alter	Wohnort
1.	Stern	Simon		58	Waldalgesheim
2.	Stern	Regina	Grünwald	55	Waldalgesheim
3.	Stern	Joseph		25	Waldalgesheim
4.	Stern	Karolina		16	Waldalgesheim
5.	Stern	Moses		14	Waldalgesheim
6.	Marx	David		40	Rümmlsheim
7.	Marx	Regina	Schöneberg	41	Rümmlsheim
8.	Marx	Judith		7	Rümmlsheim
9.	Marx	Mathias		3	Rümmlsheim
10.	Marx	Joseph		44	Rümmlsheim
11.	Marx	Elisabeth	Ahlberger	38	Rümmlsheim
11.	Marx	Emanuel		12	Rümmlsheim
12.	Marx	Barbara		10	Rümmlsheim
13.	Marx	Helena		8	Rümmlsheim
14.	Marx	Lazarus		5	Rümmlsheim
15.	Marx	Henriette		3	Rümmlsheim
16.	Marx	Mathias wtw		71	Rümmlsheim
17.	Marx	Dina		49	Rümmlsheim
18.	Mayer	Coppel wtw		65	Rümmlsheim
19.	Mayer	Martin		33	Rümmlsheim
20.	Mayer	Simon		30	Rümmlsheim
21.	Mayer	Sara		26	Rümmlsheim
22.	Mayer	Carolina		22	Rümmlsheim
23.	Stern	Jacob		56	Rümmlsheim
24.	Stern	Franziska	Herz	56	Rümmlsheim
	Stern	Hedwig (dient zu Frankfurt am Main)			
	Stern	Jacob (in Amerika)			
25.	Stern	Charlotte		22	Rümmlsheim
	Stern	Elisabeth (in Amerika)			
26.	Maier	Carl, Sohn der Sara Mayer		3	Rümmlsheim
27.	Maier	Ferdinand, ebenso		1	Rümmlsheim
28.	Stern	Joseph Wtw		48	Rümmlsheim
29.	Stern	Philippine		10	Rümmlsheim
30.	Stern	Raphael		49	Rümmlsheim
31.	Stern	Regine	Mayer	45	Rümmlsheim
	Stern	Sara auswärts dienend			
	Stern	Charlotte ebenso			

32.	Stern	Margaretha		13	Rümmelsheim
33.	Stern	Wolfgang (11)		11	Rümmelsheim
34.	Stern	Isaak		7	Rümmelsheim
35.	Stern	Catharina		5	Rümmelsheim
36.	Stern	Wilhelmina		2	Rümmelsheim
37.	Stern	Sebastian		49	Rümmelsheim
38.	Stern	Carolina	Eisenkramer	45	Rümmelsheim
39.	Stern	Ferdinand (12)		19	Rümmelsheim
40.	Stern	Servatius		47	Rümmelsheim
41.	Mayer	Sara, Frau (13)		42	Rümmelsheim
42.	Mayer	Felix		15	Rümmelsheim
43.	Mayer	Margaretha		10	Rümmelsheim
44.	Mayer	Elias		7	Rümmelsheim
45.	Wohlgemuth	Carl Ww		65	Rümmelsheim
46.	Wohlgemuth	Felix (14)		31	Rümmelsheim
47.	Wohlgemuth	Abraham (15)		26	Rümmelsheim
	Wohlgemuth	Leonhard gestorben			
	Wohlgemuth	Wilhelmina (16) nach Waldlaubersheim verheiratet			
48.	Berg	Joseph		43	Weiler b.Bingen
49.	Berg	Elisabeth	Grünewald	54	Weiler b. Bingen
50.	Berg	Mayer		48	Weiler b. Bingen
51.	Berg	Johannetta	Seligmann	50	Weiler b. Bingen
52.	Berg	Abraham		21	Weiler b. Bingen
53.	Berg	Eva		17	Weiler b. Bingen
54.	Berg	Barbara		10	Weiler b. Bingen
55.	Berg	Wendel		44	Weiler b. Bingen
56.	Berg	Margaretha	Korte	47	Weiler b. Bingen
57.	Berg	Elisabeth		15	Weiler b. Bingen
58.	Berg	Moses		13	Weiler b. Bingen
59.	Berg	Maria		8	Weiler b. Bingen
60.	Marx	Jacob		51	Rümmelsheim
61.	Marx	Martin		46	Rümmelsheim
62.	Marx	Barbara		55	Rümmelsheim
63.	Marx	Regina		53	Rümmelsheim

(Nr. 60–63 sind vermutlich Geschwister)

Tabelle B.

Anmerkungen zu Tabelle A und B:

(1)–(10) Die hier verzeichneten Personen waren bei der Verhandlung am 24.06.1853 in Waldalgesheim anwesend. (vgl. 2.2.1)

(3) Raphael Stern, wurde ab Januar 1852 zunächst auf drei Jahre zum Synagogenvorsteher gewählt. Da eine Wiederwahl möglich war, übten die Vorsteher das Amt oft für mehrere Wahlperioden aus.

(7) Carl Wohlgemuth, Mitbegründer der Synagogengemeinde in Rümmlsheim, war wohl eine der bedeutendsten Persönlichkeiten in der jüdischen Gemeinde. Er hatte das Amt des Synagogenvorstehers von 1823 bis 1852 inne. (vgl. 2.1)

(11) Der Grabstein von Wolfgang Stern ist der einzige auf dem jüdischen Friedhof in Rümmlsheim mit einer noch lesbaren Grabinschrift. (s. 2.5)

(12) Im Amt des Synagogenvorstehers folgten Raphael Stern (3) zunächst Ferdinand Stern, später Elias Stern, wahrscheinlich bis zur Auflösung der Synagogengemeinschaft.

(13) Die unter Nummer 26 und 27 aufgeführten Carl und Ferdinand Maier waren mit hoher Wahrscheinlichkeit Kinder von Nr.41 Sara Mayer. Sie sind nur auf einem anderen Blatt unter einer anderen Schreibweise eingetragen worden.

(14) und (15) verzogen nach Bingerbrück. (vgl. 2.2.1)

(16) Wilhelmine Wohlgemuth, geboren am 01.03.1827, heiratete den am 26.05.1827 geborenen Karl Marx aus Waldlaubersheim. Karl Marx verstarb am 13.03.1907, Wilhelmine Marx, geborene Wohlgemuth am 05.01.1912. Die Grabstätte des Ehepaares ist auf dem jüdischen Friedhof in Waldlaubersheim erhalten geblieben. (s. 3.4)¹²⁾

2.2.2 NAMENSLISTEN DER JUDEN IN DER SYNAGOGENGEMEINDE RÜMMLSHEIM

Die Namenslisten der Rümmlsheimer Synagogengemeinde von 1850 und 1856 sind aus der Tabelle A ersichtlich.

Aus Tabelle B sind die Namen aller Juden, die im Februar 1856 in Rümmlsheim lebten, zu entnehmen (nach einer Auflistung aller Mitglieder der Synagogengemeinde mit Altersangaben und der zu entrichtenden Grund- und Klassensteuer).

Die hier aufgeführten Personen aus Waldalgesheim und Weiler lebten zwar nicht in Rümmlsheim, gehörten jedoch zur Synagogengemeinde von Rümmlsheim.

2.3 VON DER ENDPHASE BIS ZUR AUFLÖSUNG DER SYNAGOGENGEMEINDE IN RÜMMLSHEIM

Mehr und mehr Menschen zog es aus den ländlichen Regionen in große Städte oder fernere Gefilde. Bedingt durch die immer weiter fortschreitende Industrialisierung setzte die ‚Landflucht‘ ein.

Auch die Juden der Synagogengemeinde Rümmelsheim folgten diesem Trend. Viele zogen nach Bingen oder Frankfurt, andere wiederum wanderten nach Amerika aus. Viele trieb die Hoffnung, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, andere dagegen gingen des zunehmenden Antisemitismus wegen. Wieder andere suchten nur das Abenteuer in fernen, unbekanntem Ländern.

Wie sehr die Zahl der jüdischen Einwohner des Synagogenbezirks Rümmelsheim zurückging, war bereits bei einer Zählung im Jahre 1885 festzustellen (Tabelle C).

Der unaufhaltsame Rückgang der jüdischen Bevölkerung in Rümmelsheim, führte im Jahre 1906 zur endgültigen Auflösung der Synagogengemeinde Rümmelsheim. Der jüdische Friedhof diente zwar noch einige Jahre zur Bestattung der Toten aus Rümmelsheim und Waldalgesheim, die Synagogengemeinde war jedoch aufgelöst, und dies schien endgültig zu sein. Trotz der Auflösung der Synagogengemeinde lebten noch einige wenige Juden in Rümmelsheim. Nachdem aber auch diese jüdischen Bürger Rümmelsheim verlassen hatten, kümmerte sich nur noch Moritz Marx, ein ehemaliges Mitglied der Synagogengemeinde in den 20er Jahren, um die dem Verfall preisgegebene Synagoge in Rümmelsheim. Die Allgemeine Zeitung schrieb am 29.11.1979 in ihrem Artikel ‚Rückblick auf 850 Jahre Rümmelsheim‘, der letzte Jude habe Rümmelsheim 1918 verlassen. Gemeint ist Moritz Marx, der nach Bingen verzog. Eine Einwohnerzählung, die im Jahre 1925 durchgeführt wurde, erbrachte für den ehemaligen Synagogenbezirk und besonders für Rümmelsheim folgendes Ergebnis: (siehe Tabelle D)

„1885	Gesamteinw.	Katholiken	Evangelische	Juden
Waldalgesheim	1230	798	421	11
Weiler bei Bingen	1394	1370	22	2
Rümmelsheim	896	768	101	29
	3520	2936	544	42" ¹³⁾

Tabelle C.

„1925	Gesamteinw.	Katholiken	Evangelische	Juden
Waldalgesheim	1496	986	497	5
Weiler bei Bingen	1657	1625	27	5
Rümmelsheim	865	768	97	0
	4018	3379	621	10" ¹⁴⁾

Tabelle D.

2.4 DIE SYNAGOGE IN RÜMMELSHHEIM

Die Synagoge ist wohl im Jahre 1808, bei der Entstehung der Synagogengemeinde erworben bzw. neu gebaut worden.

Unterlagen aus der Entstehungszeit sowie Darstellung oder Beschreibung der Räumlichkeiten, Baupläne oder Genehmigungen zur Gründung, existieren nicht mehr.

Erstes Dokument über die Synagoge in Rümmlsheim war das von Carl Wohlgenuth erlassene Regelement über das Verhalten in der Synagoge (vgl. 2.2.1).

Die Synagoge war, wie gesagt, ein Ort des Treffens und der Verständigung. Dies galt besonders für Synagogen in ländlichen Gebieten.

Über die weitere Entwicklung der Synagoge in Rümmlsheim liegt kein Informationsmaterial vor.

Vorhandene Angaben über die Synagoge stammen aus der Endphase der Synagogengemeinde. Der letzte Rümmlsheimer Jude, Moritz Marx, küm-

merte sich in dieser Phase um die nahezu verfallene Synagoge. Er versuchte lange von der Bezirksregierung in Koblenz die Genehmigung zum Verkauf der Synagoge zu bekommen.

Der Binger Rechtsanwalt Richard Strauss wurde 1928, nachdem Moritz Marx bereits 10 Jahre nicht mehr in Rümmlsheim lebte, vom Vormundschaftsgericht des Amtsgerichtes in Stromberg mit der Pflugschaft der Synagoge beauftragt.

Nachdem die Genehmigung zum Verkauf am 12.07.1929 vom Regierungspräsidenten in Koblenz erteilt war, war der Kaufakt bei Notar Dr. jur. Golling reine Formsache:

„Das vorbezeichnete Grundstück und der Grundstücksanteil werden hiermit an den dies annehmenden Herrn Wendelin Lamothe verkauft unter folgenden Bedingungen:

- 1. Der Käufer hat den Israelitischen Friedhof in Rümmlsheim in Stand zu setzen und mit einer Einfriedigung aus Stahlstückeln und Maschendraht zu versehen. Die Einfriedigung ist mit einem eben solchen eisernen Tor zu*

versehen, und sind zwei Schlüssel zu dem Tor an den Vertreter der Veräusserin auszuliefern.

- 2. An den Pfleger den Betrag von 50 Reichsmark sofort nach erteilter vormundschaftsgerichtlicher Genehmigung zu zahlen, den der Pfleger an verarmte ehemalige Synagogenglieder nach seinem Gutdünken verteilen soll. Der Erwerber unterwirft sich dieserhalb der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde.*
- 3. Das Grundstück und der Grundstücksanteil geht über in seinem gegenwärtigen Zustand, mit allen Grunddienstbarkeiten, jedoch frei von Hypotheken, Grundschulden und Vormerkungen. Die Richtigkeit der angegebenen Flächengrösse wird nicht zugesichert. Auch wird für die fehlerfreie Beschaffenheit der Gebäude keine Gewähr geleistet.*
- 4. Besitz, Nutzungen, Lasten und Gefahr, sowie die Steuern und sonstigen öffentlichen Angaben gehen mit dem heutigen Tage auf Erwerber über.*
- 5. Die mit dieser Urkunde jetzt und in der Folge verbundenen Kosten, einschließlich der Grunderwerbssteuer, zahlt Erwerber.*
- 6. Die zur Wirksamkeit des Vertrages erforderliche vormundschaftsgerichtliche Genehmigung soll allen Beteiligten gegenüber dadurch wirksam werden, dass sie vom Gericht nach Erklärung dem Pfleger gegenüber dem amtierenden Notar mitgeteilt wird, indem sie dadurch als vom Pfleger zur Kenntnis der übrigen Beteiligten gebracht gilt.“¹⁵⁾*

Der Wert der beiden Grundstücke zusammen mit der Synagoge wurde im notariellen Vertrag mit 400 RM vereinbart. Die Grundbuchumschreibung und alle sonstigen Formalitäten sowie die Erfüllung der Vertragsbedingungen verzögerten sich bis in den Dezember 1930 hinein. Erst dann konnte der Käufer über das Objekt verfügen.

Der Abbruch der ehemaligen Synagoge, die von 1906 an als Lagerraum genutzt wurde sowie eine bauliche Umgestaltung des Platzes erfolgten im Jahre 1931. Die Bausubstanz der Synagoge ist somit heute nicht mehr erhalten.

2.5 DER JÜDISCHE FRIEDHOF IN RÜMMLSHEIM

Der jüdische Friedhof der Synagogengemeinde Rümmlsheim wurde entweder vor dem Jahre 1808 erschlossen oder im Jahr 1808 bei der Gründung der Synagogengemeinde. Genaue Daten seiner Entstehung existieren nicht. Der Friedhof wurde, per Erlass vom 09.08.1847, auch anderen, angrenzenden Orten zur Verfügung gestellt (vgl. 2.1). Von diesem Recht machten die Juden aus Waldalgesheim auch noch nach der Auflösung der Synagogengemeinde 1906 Gebrauch. Der Friedhof liegt an der Rümmlsheimer Gemarkungsgrenze „Auf dem Horet“. Warum die jüdischen Friedhöfe meist an Gemarkungsgrenzen gelegen waren, kann auf die Veranlassungen der Behörden, auf das Drängen der christlichen Bevölkerung oder auf eine eigene, jüdische Intention zurückgeführt werden.

Ansonsten ist aus der Zeit von 1847 bis 1929 nichts über den Friedhof vorhanden.

1929 wurde zwar in den Bedingungen zum Verkauf der Synagoge die Pflege des Friedhofs vorgeschrieben (vgl. 2.4), die wirklich entscheidende Entwicklung setzte aber erst 1938 ein.

Mit einem Schreiben vom 05.10. 1938 – Az.: I b 1 Br. 1139 II – an den Landrat des Kreises Kreuznach, das de dato neun Tage später, also am 14.11.1938, an die Amtsbürgermeister (hieran den Amtsbürgermeister in Langenlonsheim) weitergeleitet wurde, ordnete der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Koblenz folgendes an: „Betrifft: Jüdische Friedhöfe. Auf den Bericht vom 24.09.1938 – I. Nr. 2292 Auf Antrag der Eigentümer schließe ich als Landespolizeibehörde die jüdischen Friedhöfe in Weiler und Rümmlsheim. Gleichzeitig genehmige ich die sofortige Verwendung des bisherigen Friedhofsgeländes zu anderen Zwecken. Ich bitte, die zuständige Ortspolizeibehörde und die Eigentümer der Friedhöfe von meiner Entscheidung zu unterrichten. Die noch vorhandenen Grabsteine können, soweit nicht Angehörige Anspruch auf sie erheben, von den Friedhofseigentümern einer beliebigen unanständigen Verwendung zugeführt werden. Den Bericht des Amtsbürgermeisters in Langenlonsheim vom 13.08.1938 füge ich wieder bei. Ich bitte, mir nach einiger Zeit zu berichten, ob die Friedhofseigentümer den polizeilichen Verfügungen auf ordnungsgemäße Herrichtung nachgekommen sind. Soweit das nicht geschehen ist, werde ich prüfen, ob die Friedhöfe deshalb ohne Antrag der Eigentümer aus gesundheitspolizeilichen Gründen zu schließen sind.

Im Auftrag gez. Billing“ ¹⁶⁾

Der einzige Antragsberechtigte war in dieser Zeit der vom Amtsgericht Stromberg zur Pflege über die Synagogengemeinde Rümmelsheim beauftragte Binger Rechtsanwalt Richard Strauss. Wenn überhaupt, kann Strauss nur unter massivem Druck und sicherlich gewaltdätigen Drohungen, entgegen seiner religiösen Auffassung, also durch eine Ortsgruppen- oder Gauleitung mit einem nationalsozialistischen Hindergrund, einen solchen Antrag geschrieben oder unterschrieben haben, der offensichtlich nicht aus freien Stücken von ihm befürwortet wurde.

Die damalige Rümmelsheimer Gemeindeverwaltung hat, trotz des Aufhebungsdekrets, den Friedhof in seinem Zustand unangetastet belassen. Wahrscheinlich ist, daß in den folgenden Jahren bis zum Kriegsende manche Grabmale zerstört worden sind.

Der Friedhof blieb jedoch als jüdischer Begräbnisplatz in seiner Gesamtfläche erhalten. Die übergeordneten Behörden interessierten sich nicht mehr für eine endgültige Beseitigung des Friedhofs; sie ließen ihn von Hecken und Gestrüpp überwuchern.

Nach Ende des Krieges mußte auf Anordnung der Militärbehörden das Gelände von Hecken und Gestrüpp gesäubert und der Friedhof wiederhergestellt werden. Die wenigen, noch vorhandenen Grabsteine wurden aufgerichtet und der Friedhof mit einem Zaun und Tor versehen. Dafür erhielt die Gemeinde Rümmelsheim aus Landesmitteln einen Zuschuß von 1.250 DM.

Obwohl die Aufhebung des Friedhofs durch den Regierungspräsidenten von Koblenz 1938 verfügt worden war, wurde vergessen, das Eigentumsrecht zu ändern.

Laut Amtsgericht Stromberg am 04.06.1958 war im Grundbuch von Rümmelsheim Band 25, Blatt Nr. 997 die Synagogengemeinde Rümmelsheim noch als Eigentümer eingetragen.

In einer Schrift der Kreisverwaltung Bad Kreuznach, ist die Größe des Friedhofs mit 906 m² angegeben. ¹⁷⁾

Diese Angabe stimmt mit denen des Katasteramts Bad Kreuznach nicht überein: *„1. Fläche von 790 m², Eigentum der Jüdischen Kultusgemeinde der Kreise Bad Kreuznach und Birkenfeld*

2. Fläche von 185 m², als „Judenfriedhof“ bezeichnet, im Besitz der Gemeinde Rümmlsheim.“¹⁸⁾

Warum der gesamte Friedhof aus zwei Parzellen, diese auch noch mit unterschiedlichen Eigentümern besteht, ist unklar. Es ergibt sich aber eine exakte Gesamtfläche von 975 m².

Heute bestehen noch insgesamt sechs Grabsteine: fünf davon sind verwittert, einer enthält eine noch lesbare Inschrift.

Die Grabsteine sind wie folgt angeordnet:

1.–5. keine erkennbare Inschrift

6. Wolfgang Stern

geb. 19.09.1844 Rümmlsheim

gest. 19.05. 1913

2. Jiar 5673 (vgl. 2.2.2)

Die heute noch erhaltenen Grabsteine und das vorhandene Areal lassen jedoch keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Größe des Friedhofes zu. Der ursprüngliche Friedhof wird größer gewesen sein und hatte vermutlich mehr Grabsteine.



Grabstein des Wolfgang Stern auf dem jüdischen Friedhof Rümmlsheim

3. ENTSTEHUNG, ENTWICKLUNG UND ENDE DER SYNAGOGENGEMEINDE IN WALDLAUBERSHEIM

3.1 DIE ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER SYNAGOGENGEMEINDE

Über Entstehung bzw. Gründung der Synagogengemeinde in Waldlaubersheim ist nichts bekannt. Sie wird aber zu einem Zeitpunkt stattgefunden haben, als in Waldlaubersheim mindestens zehn männliche Juden lebten, die nach jüdischem Gesetz zur Durchführung des Gottesdienstes nötig waren.

Wahrscheinlich ist, daß die Synagogengemeinde in Waldlaubersheim um das Jahr 1853 gegründet wurde; in diesem Jahr baute man die Synagoge des Ortes.

Bekannt ist, daß „1857 die Synagogengemeinde in die Orte Windesheim, Waldlaubersheim, Bretzenheim, Langenlonsheim, Laubenheim“, vermutlich von Kreuznach aus, vergrößert wurde (aus: LHA 461–467 fol 363).

Obwohl es über die Gründung und Entwicklung nahezu keine Unterlagen gibt, befinden sich im Stadtarchiv Bad Kreuznach einige interessante, zeitgenössische Dokumente:

1. Ein Dokument mit dem Titel „*Verzeugnuß der Familienzahl des Ortes Waldlaubersheim*“ aus dem Jahre 1796. Darin ist von insgesamt 15 Juden die Rede und zwar 3 Familien, darunter 3 männliche und 2 weibliche Personen, sowie 3 Söhne und 4 Töchter. Die Gesamteinwohnerzahl betrug 404.
2. Ein Dokument mit dem Titel „*Tabellarische Verfassung der Gemeinde Waldlaubersheim des Nahrungszustandes, Menschen und Viehes*“ ohne Jahresangabe und gesonderte Auflistung der jüdischen Einwohner, was ungewöhnlich war, da Juden meist gesondert aufgelistet wurden. Jüdische Namen, wie zum Beispiel ‚Heinrich Marx‘ fallen jedoch ins Auge.

Im Jahr 1854 findet sich in den Sitzungsniederschriften des Ortsvorstehers und seines Beigeordneten folgende Beschwerde. Der jüdische Handelsmann Leopold Kahn beschwert sich über ‚die Schulabtritte, die so stinken‘. Er verlangte den Bau einer Mauer.

Dies ist bei weitem keine Spitzfindigkeit des Juden Kahn. Diese Beschwerde findet sich immer wieder in Sitzungsniederschriften bis zur Schließung der Schule im Jahre 1970.

Man konnte Leopold Kahn jedoch abhelfen, indem sein Haus gegen das erst zwei Jahre zuvor erworbene Haus einer Familie Kretz eingetauscht wurde.

3.2 DIE AUFLÖSUNG DER SYNAGOGENGEMEINDE

Über die Auflösung der Synagogengemeinde Waldlaubersheim ist ebenso wenig bekannt, wie von der Gründung und Entwicklung. Wahrscheinlich ist, daß die Synagogengemeinde 1918 aufgelöst wurde, denn in dieser Zeit wurde die Synagoge verkauft. Dennoch lebten – trotz aufgelöster Synagogengemeinde – weiterhin Juden in Waldlaubersheim, jedoch ohne Synagoge.

Eine Angabe aus dem Gedenkbuch der Bundesregierung zeigt, wie sehr sich Juden auch aus Waldlaubersheim für ein immer mehr antisemitisch werdendes Deutschland einsetzten, sie gaben sogar ihr Leben:

„Name: Mattes, Kurt

Geb.-Datum: 21.12.1893 Geb.-Ort: Waldlaubersheim Todestag: 19.02.1912

Truppenteil und Dienstgrad: 11/

Füs. R.33 (Füsilier-Regiment) Verlustmeldung: 891“¹⁹⁾



Der jüdische Friedhof Rümmlersheim.

3.3 DIE SYNAGOGE IN WALDLAUBERSHEIM

Da nach jüdischem Gesetz eine Synagogengemeinde mindestens zehn männliche Mitglieder haben muß, um Gottesdienste durchführen zu können, wurden viele Synagogen so auch in Waldlaubersheim und in Rümmlersheim aufgelöst oder an Christen verkauft.

Die Synagoge wurde im Jahr 1853 erbaut, als in Waldlaubersheim noch etwa 30 jüdische Bürger wohnten. Zuvor mußten die gläubigen Juden in die Synagoge nach Windesheim gehen. Dazu heißt es: *„Die Juden im Dorfe wollen für 1000 Thaler eine Synagoge bauen. Dazu gibt die Gemeinde den Betrag von 300 Thalern, damit die Juden nicht bei Wind und Wetter nach Windesheim zu laufen brauchen.“*²⁰⁾

Da aber bereits vor dem 1. Weltkrieg mehrere Juden abwanderten oder verstarben, Neuzuzüge nicht zu verzeichnen waren, sank die Zahl der männlichen Mitglieder der Synagogengemeinde Waldlaubersheim unter zehn und die Synagoge mußte verkauft werden.

Nach der Profanierung besuchten die noch verbliebenen jüdischen Bürger Waldlaubersheims (es waren etwa 8 bis 10 Personen) die Synagoge in Windesheim.



Ehemalige Synagoge Waldlaubersheim.

Bei der Synagoge handelt es sich um ein Bruchsteingebäude mit Satteldach, das früher einseitig frei stand. Die Frontseite zeigt nur noch Reste von Rundbögen, während sich auf der Rückseite noch zwei relativ gut erhaltene Rundbogenfenster befinden. Die Rundbogenfenster und der Fenstersims sind aus Sandstein gefertigt.

Hannelore Künzl schreibt sinngemäß, in: *Die Kunst des 19. Jahrhunderts im Rheinland* (Seite 339–346, Düsseldorf 1980) über die Kunst der Synagogen:

„Der Synagogenbau des 19. Jahrhunderts war über die Stilfrage hinaus eng mit gesellschaftlichen Problemen verknüpft. Die

geistige Basis hierzu schuf die jüdische Aufklärungsbewegung des 18. Jahrhunderts, die für eine allgemeine Bildung, Pflege der deutschen Sprache und eine Reform des Gottesdienstes eintrat. Das Ziel war die gesetzliche Gleichstellung der Juden. Neben den Großstadtsynagogen entstanden bescheidene Bauten in kleinen Gemeinden, die meist als einfache Giebelhäuser errichtet waren. Da sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts der Orientstil als Synagogenstil durchgesetzt hatte, übernahmen auch die kleineren Synagogen orientalische Elemente, die sich jedoch meist auf Hufeisenbögen beschränkten.“

Die Kreisverwaltung gibt zu verstehen, daß die Untere Denkmalpflegebehörde der Kreisverwaltung Bad Kreuznach beabsichtigt, die ehemalige Synagoge Waldlaubersheim als Kulturdenkmal aufgrund des rheinland-pfälzischen Denkmalschutz- und -pflegegesetzes unter Schutz zu stellen.

In der von der Kreisverwaltung Bad Kreuznach herausgegebenen Schrift ‚Geschichte und Entwicklung der jüdischen Gemeinden und Bevölkerung im Landkreis Bad Kreuznach‘ heißt es in einem Verzeichnis über im Kreis vorhandene Synagogen zur Synagoge in Waldlaubersheim: *„Gemeinde Waldlaubersheim, Verbandsgemeinde Stromberg, erbaut 1853, Gebäude besteht noch.“ Anmerkung: ‚besteht‘ bedeutet, daß der wesentliche Teil der Bausubstanz noch vorhanden ist. Eine Nutzung als israelitischer Gebets- und Gemeinderaum war in allen Synagogen spätestens nach dem 09.11.1938 nicht mehr möglich.²¹⁾*

Nach der Profanierung wurde die Synagoge an einen Christen verkauft. Dies geschah 1920. Neuer Besitzer der ehemaligen Synagoge war Jacob Woog, der diese als Scheune, Lagerstätte und Stall benutzte.

1930 oder 1932 wurde die ehemalige Synagoge dann von einer Familie Lippert erworben, bis sie schließlich 1991 von Erwin Renner gekauft wurde.

Nach Angaben des Katasteramtes Bad Kreuznach ist die Synagoge in Waldlaubersheim unter Flur 11 Parzelle 144, Haus neben der Binger Straße 16, eingetragen.



Heutige Ansicht auf den Altar (Thoraschrein) der Synagoge Waldlaubersheim.

3.4 DER JÜDISCHE FRIEDHOF IN WALDLAUBERSHEIM

In Heinz Reimanns Chronik über Waldlaubersheim heißt es in Bezug auf die Namen der Ackerfluren rechts des Binger Weges und links der Burg Layer Straße unter anderem „Im Judenwald“²²⁾

„Im Judenwald“, so heißt der Wald, in dem der jüdische Friedhof von Waldlaubersheim gelegen ist.

Die Größe des Friedhofes ist mit 1274 m² festgelegt.²³⁾

Der Friedhof diente ausschließlich den Juden aus Waldlaubersheim als Begräbnisstätte.

Über die Anlegung des Friedhofes gibt es keine zeitgenössischen Dokumente. Er wird aber in der Gründungszeit der Synagogengemeinde angelegt worden sein. Das früheste Datum einer noch lesbaren Inschrift weist auf das Jahr 1853 hin. Dieses Datum deckt sich mit der, unter Punkt 3.3 geäußerten Annahme, über die Gründung der Synagogengemeinde und konsolidiert die Annahme über die Anlegung des Friedhofes.



Der jüdische Friedhof Waldlaubersheim.

Der Friedhof war bis zur Auflösung im Jahr 1918 im Besitz der Synagogengemeinde Waldlaubersheim. Über die Besitzverhältnisse nach 1918 ist nichts genaues bekannt. Heute befindet sich das Friedhofsareal sowie das des Friedhofes in Rümmelsheim im Besitz der jüdischen Kultusgemeinde Bad Kreuznach/Birkenfeld.

Nach Auskunft des Katasteramtes in Bad Kreuznach ist der jüdische Friedhof in Waldlaubersheim unter Flur 7, Parzelle 4 'Im Judenwald' eingetragen.

Der Friedhof in Waldlaubersheim ist in einem guten Zustand, da er zweimal jährlich, im Herbst und im Frühjahr, ähnlich wie in Rümmelsheim, vom Bewuchs befreit wird.

Insgesamt 23 Grabsteine sind zum Teil gut bis sehr gut erhalten geblieben. Viele haben sogar noch eine sehr gut lesbare Inschrift. Die einzigen Hinweise von Zerstörung rühren von Verwitterung her.

Die Grabsteine sind wie folgt angeordnet:

- 1.–3. keine erkennbare Inschrift
4. Hier ruht Caroline Mattes, geb. 15. Nov 1810, gest. 16. Dec 1853
5. erkennbare Schriftzeichen
6. keine erkennbare Inschrift
7. Hier ruht
8. Hier ruht (7. und B. identischer Schriftzug (Schreibschrift) und Grabstein)
9. hebräische Schriftzeichen
10. keine erkennbare Inschrift
11. Hier ruht Rosa (...) geb. 10. Oct 1870, gest. 16 Dec 1884
12. Wilhelmina Marx geb. Wohlgemuth geb. 01. März 1827, gest. 08. Jan 1912
13. Hier ruht in Gott Helene Marx geb. Levi, geb. 06. März 1867, gest. 02. April 1915 F.I.A
14. Karl Marx geb. 26. Mai 1827 gest. 13. März 1907
15. Hier ruht in Gott Markus Marx geb. 26. Sept 1861, gest. 1. April 1927 F.S.A
16. keine erkennbare Inschrift
17. Hier ruht unser innigst geliebter Vater und Grossvater Emanuel Levi geb. 25. August 1830 gest. 19. Juli 1913 (13, 15 und 17 identische Grabsteine)
18. keine erkennbare Inschrift
19. Hier ruht Leopold Kann geb. 1. Juli 1802, gest. 9. April 1884

- 20. keine erkennbare Inschrift
- 21. Carl Marx geb. 13. Mai 1857, gest. 09. Mai 1937,
Sofie Marx geb. Kahn, geb. 1. Okt 1862, gest. 13. März 1931
- 22. Hier ruht Elise Kann geb. Grünebaum, geb. 3. Febr 1849,
gest. 27. Juli 1892
- 23 keine erkennbare Inschrift

4. BEVÖLKERUNGSZAHLEN UND -ENTWICKLUNG

Im folgenden möchte ich Bevölkerungszahlen aus verschiedenen Jahren, ab dem Jahr 1796 bis 1937, für Rümmlersheim und Waldlaubersheim auflisten. Da mir jedoch die Kompetenz zu einer detaillierten demographischen und genealogischen Analyse fehlt, beschränke ich mich im Anschluß an die Liste auf einige Worte zum Sachverhalt der Bevölkerungsentwicklung, wenn er sich nicht bereits aus den Zahlen selbst ergibt.

4.1. 1796

Waldlaubersheim:

Es ist ein Dokument mit dem Titel „*Verzeugnuß der Familienzahl des Ortes Waldlaubersheim*“, in dem vor), insgesamt 15 Juden die Rede ist und zwar 3 Familien, darunter 3 männliche und weibliche Personen sowie 3 Söhne und 4 Töchter. Die Gesamteinwohnerzahl betrug 404.²⁴⁾

4.2. 1808

Um einen Überblick über die jüdische Bevölkerung in den Gemeinden des Landkreises Kreuznach zu erhalten, wird in der folgenden Tabelle die „*Erhebung über die Zahl der Juden im Saardepartement – 1808*“ für das jetzige Gebiet des Landkreises Bad Kreuznach wiedergegeben. Alle später erfolgten Zählungen können mit diesen Erhebungen von 1808 verglichen werden.

Gemeinde	Juden	Gesamt
(..)		
Rümmlersheim	31	405
Waldlaubersheim	6	496

(LHA Koblenz Best. 276 Nr. 624)²⁵⁾

4.3. 1843

Im Jahr 1843 gab die königliche Regierung in Koblenz eine „*Topographisch-statistische Übersicht des Regierungsbezirks Coblenz*“ heraus. Daraus sind die für die Bürgermeisterei Waldalgesheim in Tabelle E enthaltenen Angaben entnommen.

Aus dem Jahr 1843 existieren keine Daten für Waldlaubersheim.

	Gesamteinw.	Katholiken	Evangelische	Juden
Weiler bei Bingen	884	860	0	24
Waldalgesheim	860	484	367	9
Rümmelsheim	654	457	149	48
	2398	1801	516	81 ²⁶⁾

Tabelle E.

4.4. 1848

a) In einer Meldung betreffend Judengemeine Verhältnisse in der Bürgermeisterei Waldalgesheim stellt der Waldalgesheimer Bürgermeister bezüglich der Anzahl der Juden am 07. Januar 1848 fest:

1

- a) Waldalgesheim: 1 Familie von 8 Personen (Simon Stern, Schlachter)
- b) Rümmelsheim: 9 Familien von 48 Personen
- c) Weiler b. B.: 3 Familien von 12 Personen
im ganzen: 13 Familien von 68 Personen“²⁷⁾

b) Entwicklung der Einwohnerzahlen in Waldlaubersheim:

„Jahr Einwohner
1848 610“²⁸⁾

Es sind keine Angaben über die jüdische Bevölkerung vorhanden.

4.5. 1850

Am 26. November 1850 leben in der Synagogengemeinde Rümmelsheim folgende Familien:

„Rümmelsheim 51
Waldalgesheim 7
Weiler b. B. 11“²⁹⁾

Keine Angaben über Waldlaubersheim.

4.6. 1858–1925

Die nächsten Erfassungen der Einwohner ab dem Jahre 1858 ergaben für die Orte der Bürgermeisterei Waldalgesheim (Synagogengemeinde Rümmelsheim) die aus den Tabellen F, G, H, J und K ersichtlichen Zahlen.

„1858	Gesamteinw.	Katholiken	Evangelische	Juden
Waldalgesheim	915	508	392	5
Weiler bei Bingen	1033	998	29	6
Rümmelsheim	743	581	117	45
	2691	2087	538	56 ³⁰⁾

Tabelle F.

Gemeinde	Bevölkerung gesamt Jahr			davon Juden Jahr		
	1858	1895	1925	1858	1895	1925
Rümmelsheim	743	896	865	45	29	
Walddlaubersheim	594	562	526	27	28	8 ³¹⁾

Tabelle G.

„1885	Gesamteinw.	Katholiken	Evangelische	Juden
Weiler bei Bingen	1230	798	421	11
Waldalgesheim	1394	1370	22	2
Rümmelsheim	896	768	101	29
	3520	2936	544	42 ³²⁾

Tabelle H.

aus Rümmelsheim					
„1890	864 Einwohner	1895	907 Einwohner	1895	858 Einwohner
	771 katholisch		771 katholisch		716 katholisch
	111 evangelisch		102 evangelisch		111 evangelisch
	31 jüdisch		34 jüdisch		31 jüdisch ³³⁾

Tabelle J.

„1925	Gesamteinw.	Katholiken	Evangelische	Juden
Weiler bei Bingen	1496	986	497	5
Waldalgesheim	1657	1625	27	5
Rümmelsheim	865	768	97	0
	4018	3379	621	10 ³⁴⁾

Tabelle K.

4.7. 1930–1937

Nach 1918 lebten in Rümmlersheim keine Juden mehr. In Waldlaubersheim lebten laut Volkszählung vom 16.06. 1925 noch acht Juden. Die weitere Entwicklung kann nicht mehr nachvollzogen werden, da Angaben über die jüdischen Einwohner in den einzelnen Gemeinden als Ergebnis der Volkszählungen von 1933 und 1939 nicht vorliegen. Um 1937 lebten in Waldlaubersheim noch sechs Juden; nach 1937 lebte in Waldlaubersheim kein Jude mehr.

Diese verschiedenen Bevölkerungsstatistiken zeigen, daß die Migration der jüdischen Bevölkerung vielerlei Ursachen hat. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, war allorts ein Ansteigen des jüdischen Bevölkerungsanteils festzustellen. Dies wahrscheinlich in Folge des Emanzipationsgesetzes von 1791, das um 1800 vermehrt Wirkung zeigte. Mit zunehmender Emanzipation der Juden, mit gesellschaftlicher Akzeptanz und gesetzlicher Absicherung, stieg die Anzahl jüdischer Bürger in den Gemeinden weiter an.

Mit einsetzender Industrialisierung und daraus resultierender Landflucht, und wohl auch mit der Abenteuerlust einzelner sank die Zahl der Juden unaufhörlich. Immer mehr suchten ihr Glück in den Städten oder wanderten aus, eine für die damalige Zeit normale Entwicklung.

Eine unnatürliche Entwicklung setzte mit dem zunehmenden Antisemitismus und dem Aufkommen des Nationalsozialismus ein. Die letzten noch in den Orten lebenden Juden verließen, wenn sie Glück hatten, fluchtartig das Land oder fielen schlimmeren Schicksalen zum Opfer.

5. DIE ZEIT DES NATIONALSOZIALISMUS

5.1 VON BOYKOTT UND GEGENBOYKOTT

Die Ereignisse und die Äußerungen, die sich in dieser Zeit gegen die jüdische Bevölkerung richtete, hatte bislang nur wenig Beachtung in den kleinen Orten Rümmlersheim und Waldlaubersheim gefunden. In Rümmlersheim war eine Hetze gegen dort lebende Juden glücklicherweise nicht möglich gewesen, da der letzte jüdische Einwohner Rümmlersheims den Ort 1918 verlassen hatte. In Waldlauberheim war dies anders, denn dort lebten noch Juden. Aber für die einfache Bevölkerung des Ortes waren die ideologischen Schriften meist nicht zugänglich oder verständlich. Darüber hinaus war ihnen nicht klar, was ihr jüdischer Nachbar oder Freund mit der jüdischen Internationalen‘ zu tun

haben sollte. Es brauchte Zeit, bis sich auch die Landbevölkerung im Sinne der NSDAP verhielt. Zeit, die dazu genutzt wurde, die Menschen zum Haß zu erziehen.

5.2 DIE ZEIT VON 1933 BIS 1938

In dieser Zeit wurde das Leben für die jüdische Bevölkerung immer schwieriger und gefährlicher, wie einige zeitgenössische Dokumente verdeutlichen.

„91

a) Verfügung des Landrats des Landkreises Bad Kreuznach an die Bürgermeister der Städte und die Amtsbürgermeister des Kreises betr. jüdische Friedhöfe. – 06. Mai 1938, Bad Kreuznach. – Az. I Nr. G. St. 14 A; i. V. Sellenriek.

Abschrift. Verbandsgemeinde Rüdesheim Fach 25 Nr. 4 Bl. 7 (StA Koblenz Film Nr. 9).

Bei meinen Dienstreisen in das hiesige Kreisgebiet habe ich eine ganze Anzahl jüdischer Friedhöfe festgestellt, die sich in einem total verwehrten Zustand befinden. Hauptsächlich konnten diese Beobachtungen in Landgemeinden gemacht werden. Wie mir weiter bekannt geworden ist, sollen sich in mehreren Gemeinden auch jüdische Friedhöfe befinden, die von niemandem mehr in Ordnung gehalten werden, und zwar deshalb nicht, weil keine Unterhaltungspflichtigen mehr vorhanden sind. Teilweise sollen die Unterhaltungspflichtigen in der Zwischenzeit ausgewandert sein. Daß diese verwehrten jüdischen Friedhöfe das Landschaftsbild in gröblichster Weise verunstalten, brauche ich nicht besonders hervorzuheben. Die Verunstaltung tritt umsomehr in Erscheinung, als gerade jüdische Friedhöfe an den schönsten Bergabhängen angelegt worden sind. Um ein genaues Bild über jüdische Friedhöfe im hiesigen Kreise zu erhalten, ersuche ich, mir bis zum 15. dieses Monats über die nachfolgenden Fragen zu berichten:

- 1. In welchen Gemeinden befinden sich jüdische Friedhöfe (Lage angeben)?*
- 2. Werden diese Friedhöfe zur Zeit noch benutzt?*
- 3. Wer ist unterhaltungspflichtig, wofinden sich die Unterhaltungspflichtigen?*
- 4. Werden die Friedhöfe in Ordnung gehalten? Falls nicht, Gründe hierüber angeben.*
- 5. Sind in den betreffenden Gemeinden noch Juden vorhanden, gegebenenfalls wieviel?*

6. *In wessen Eigentum steht das Gelände, auf dem sich der jüdische Friedhof befindet?*
7. *Ist nach Ihrer Ansicht der Friedhof zur Zeit als verwahrlost anzusehen?“* ³⁵⁾

Interessierte sich der Landrat tatsächlich so sehr für die Belange der Landschaftspflege? Oder war ihm vielmehr daran gelegen, die verbliebene jüdische Bevölkerung in den verstreuten Landgemeinden zu erfassen und zu registrieren, ein halbes Jahr vor dem Reichspogrom. Weiter heißt es:

„91

*b) Verfügung des Regierungspräsidenten zu Koblenz an die Landräte des Bezirks betr. jüdische Friedhöfe. – 23. Juni 193, Koblenz. – Az I bl Nr. 1139; gez. i.A. Billing
Abschrift. Ebd. BI. 15 f.*

Die nicht mehr benutzten jüdischen Friedhöfe können durch mich geschlossen werden. Ich bitte, die Eigentümer zu veranlassen, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Das Friedhofsgelände kann vor Ablauf von 40 Jahren nur mit meiner Genehmigung anderweitig verwendet werden. Ich bin bereit, die Genehmigung für sofort zu erteilen, wenn in den letzten 15 Jahren keine Beerdigung mehr stattgefunden hat.“ ³⁸⁾

Die Ereignisse nahmen ihren Lauf: 1937 wurden die letzten 6 noch in Waldlaubersheim lebenden Juden in die Concordia nach Kreuznach deportiert. Die späteren Ereignisse, wie die ‚Reichskristallnacht‘ oder der Beginn des 2. Weltkrieges, hatte für die jüdischen Bewohner in Waldlaubersheim keine Auswirkungen mehr, deshalb werden von mir die Ereignisse nach 1937 nur noch vereinzelt wiedergegeben, da diese von der Geschichtsschreibung sicherlich detaillierter dargestellt werden können und auch wurden.

Zwar kam es nach 1937 im ganzen Kreis Bad Kreuznach immer häufiger zu Übergriffen und Deportationen. So die Ereignisse in der Nacht vom 09. auf den 10.11.1938, der sogenannten ‚Reichskristallnacht‘. Sie liefen im gesamten Kreis Bad Kreuznach zeitlich synchron und nach einem bestimmten Muster ab, nicht aber in Waldlaubersheim und Rümmlersheim. Dort lebten keine Juden mehr und die ehemaligen Synagogen waren seit Jahrzehnten in ‚arischem‘ Besitz: ‚es war nicht mehr möglich, in diesen beiden Orten des nachts Juden auf die Straße zu zerren um sie dort zu verprügeln, keine Hauseinrichtungen jüdischer Einwohner gab es zu zerstören und keine jüdische Synagoge in Brand zu setzen.‘ Plünderungen und Zerstörungen blieben in diesen Orten aus.

Die Juden, die aus den Orten ‚evakuiert‘ wurden, kamen in das ‚Gemeinschaftslager Concordia‘ in Bad Kreuznach. Von dort aus nahm die Deportation ihren Lauf. Mit den Wohnungen der so deportierten jüdischen Bürgern hatte man folgendes vor:

„198

Verfügung des Landrats des Kreises Kreuznach an den Amtsbürgermeister in Stromberg betr. Evakuierung der Juden. – 21. April 1942, Bad Kreuznach. – Abt. 1; gez. i. V. Sellenriek. Abschrift. StA Koblenz Best. 655,149 Nr. 1981 Bl. 175.

Durch die Aufnahme eines Teiles der Juden in das Gemeinschaftslager Concordia in Bad Kreuznach werden verschiedene Wohnungen in Ihrem Amtsbezirk frei. Ich ersuche, mir sofort eine Liste der in Frage kommenden Wohnungen in doppelter Ausfertigung, vorzulegen. Um die Möglichkeit der Zuweisungen an Wohnungen an Vollegenossen, welche bei der bestehenden Wohnungsknappheit den Vorteil der Zuweisung einer jüdischen Wohnung infolge ihrer politischen Einstellung bezw. Betätigung nicht verdienen, auszuschalten, ersuche ich, dafür Sorge zu tragen, daß die Vermietung dieser Wohnungen im Einvernehmen mit dem zuständigen Hoheitsträger der NSDAP erfolgt.“³⁷⁾

Die fatalen Ereignisse dieses Abschnittes der Menschheitsgeschichte führen unweigerlich dazu, die oftmals dramatischen Einzelschicksale der Menschen, insoweit sie nachvollziehbar sind, darzustellen, obwohl sich die Verfolgung in den kleinen Orten meist in Grenzen gehalten hat.

5.3 EINZELSCHICKSALE IM HOLOCAUST

Das Leid, das viele Menschen in den Wirren dieser Tage erlitten haben, kann nicht dokumentiert werden. Ihre Handlungen können, wenn auch nur bruchstückhaft, wiedergegeben werden. Zunächst, ein eher harmlos anmutender Brief, der fatale Folgen hatte:

„203 Schreiben der Amtsbürgermeisterei Stromberg an Frau Lina Sara Heß, geb. Seligmann, in Seibersbach betr. Evakuierung (nach Theresienstadt). 25. Juli 1942, Stromberg. Abt. I; gez. i. A. Unterschrift.

Entwurf. StA Koblenz Best. 655,149 Nr. 1981 Bl.168.

Anliegend übersende ich Ihr Vermögensverzeichnis mit der Bitte, dieses auf der letzten Seite unterschriftlich zu vollziehen und (dieses) sofort wieder nach

hier zurückzusenden. Bis spätestens Montag, den 27. Juli 1942, muß ich im Besitze des Verzeichnisses sein. Sie haben sich am Sonntag, den 26. Juli 1942, bis 17 Uhr in Bad Kreuznach, Gymnasialstraße 11 (nicht Turnhalle Ingelheimerstraße Be) einzufinden.

Mitnehmen können Sie:

1 Koffer oder Rucksack mit Ausrüstungsstücken (kein sperrendes Gut) im Höchstfalle im Gewicht von etwa 30 Kg, vollständige Bekleidung (ordentliches Schuhwerk), Bettzeug mit Decke (zweckmäßig alles zusammen in einem Bettsack), Eßgeschirr, Teller oder Topf mit Löffel.

Zusätzlich können nachstehende Gegenstände mitgenommen werden: 1 guter Eimer, 1 gut erhaltener Eßtopf, 1 Kehrbesen, 1 Aufnehmetuch, 1 Zange, 1 Hammer und 1 kleine Säge. Verboten ist die Mitnahme von: Wertpapieren, Devisen, Sparkassenbüchern, Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin), mit Ausnahme des Eheringes, lebendem Inventar.

Sämtliche Lebensmittelkarten sind an die hiesige Kartenstelle zurückzugeben.“³⁸⁾

Lina Sara Heß wurde im Gedenkbuch der Bundesregierung ‚für tot erklärt‘. Deportationsziel und wahrscheinlich auch Sterbeort waren Auschwitz.

Dieser oder ein ähnlich lautender Brief dürfte auch an die beiden noch in Waldlaubersheim lebenden jüdischen Familien gesandt worden sein.

Einzelschicksale in den Orten sehen wie folgt aus:

Waldlaubersheim:

Nach 1933 lebten hier nur noch zwei jüdische Familien (sieben Personen). Sie betrieben eine Metzgerei und ein Kolonialwarengeschäft.

1937 wurden die beiden jüdischen Familien in die ‚Concordia‘ in Bad Kreuznach ‚evakuiert‘: insgesamt noch sechs Personen. Carl Marx verstarb 1937.

Die Metzgerfamilie Marx wurde mit Sohn Günther ebenfalls zunächst nach Kreuznach in die ‚Concordia evakuiert‘. Ihnen gelang jedoch die Flucht aus dem Sammellager und sie konnten sich nach Amerika retten.

„Günther Marx, als ‚Jude‘ von Gleichaltrigen beschimpft, hatte zuvor bei einem Brand einer Scheune, in ‚arischem‘ Besitz befindlich, heldenhaftes Verhalten beim Löschen gezeigt und sich leicht verletzt. Dadurch beeindruckte er sogar die ihn zuvor verspottenden gleichaltrigen Jungen der HJ. Später kehrte Günther Marx als Leutnant der US-Luftwaffe nach Waldlaubersheim zurück. Als er 1947, zurück in seinem Heimatdorf auf die dort herrschende Heuschleerei traf, man bot ihm Unterkunft und so weiter an (von Personen, die ihn zuvor als ‚Jude‘ behandelten), verließ er es nach einem Tag wieder“, so ein Zeitzeuge.

Erna Marx hatte nicht das Glück nach Amerika auswandern zu können. Über sie berichtet das Gedenkbuch der Bundesregierung folgendes:

<i>„Wohnort</i>	<i>Waldlaubersheim</i>
<i>Name</i>	<i>Marx, Erna</i>
<i>Todesdatum</i>	<i>für tot erklärt</i>
<i>Deportationsziel</i>	<i>Sobibor“³⁹⁾</i>

6. WIEDERGUTMACHTUNG?

Wenn überhaupt eine Wiedergutmachung stattfinden kann oder stattgefunden hat, dann nur in Bezug auf materielle Wiedergutmachung. Der immaterielle Verlust, den viele Menschen erleiden mußten, die Angst und das Leid, das den Menschen widerfahren ist, kann nicht beglichen werden.

Die Wiedergutmachung beinhaltete die Verfolgung von NS-Straftaten, die Verurteilung von NS-Verbrechern und die Bereinigung von NS-Verbrechen.

Doch an dieser Stelle kann die ganze Tragweite dieses Themas nicht bearbeitet werden. Ich begnüge mich, einen Einzelfall aus Waldlaubersheim zu schildern.

Für den Ablauf der Wiedergutmachung gab es in Rheinland-Pfalz spezielle Landesverfügungen. Die erste Landesverfügung zur „Wiedergutmachung politischer Schäden“ (Soforthilfe für die Opfer des Nationalsozialismus) wurde am 25.11.1947 erlassen.

Zu einer finanzieller Wiedergutmachung zerstörter Synagogen in Rümelsheim und Waldlaubersheim kam es nicht. Die Synagogen in Waldlaubersheim und Rümelsheim waren bereits vor der Machtergreifung Hitlers in

christlichen Besitz übergegangen. Die Synagoge in Rümmlersheim existierte in ihrer Bausubstanz bereits nicht mehr. Der Friedhof in Waldlaubersheim wurde in seinem Zustand von 1945 beibehalten, wahrscheinlich ebenso wie der Friedhof in Rümmlersheim.

Zu finanziellen Forderungen in bezug auf Geschäfte und Fabriken kam es in Waldlaubersheim nur von der Familie Marx (wahrscheinlich die erwähnte Metzgerfamilie):

„Wegen des Geschäftshauses, das am 14.12.1937 verkauft worden war, klagten Herr Moritz Marx und Fräulein Johanna Marx. Der Kaufpreis hatte 10.600 RM betragen.

Bereits am 14.04.1938 hatte der Erwerber den Hausbesitz an einen Dritten weiterverkauft.

Die Klage wurde am 20.07.1951 abgewiesen und der Kläger zur Übernahme der Kosten des Rechtsstreits verurteilt. Der Streitwert betrug 15.000 DM.

Bemerkenswert ist, daß Herr Moritz Marx noch 1937 eine Stelle als kaufmännischer Angestellter bei einem größeren Bad Kreuzbacher Betrieb erhielt.

1. Der Grundbesitz von Moritz und Johanna Marx wurde am 04.02.1938 verkauft

Vergleich: 500,- DM

2. Die Eheleute Moritz und Johanna Marx hatten am 04.02.1938 mehrere Partzellen verkauft. Die Beklagten verpflichteten sich 150, DM zu zahlen. „AÖ?

Weiter ereignete sich in bezug auf Wiedergutmachung nichts mehr in den Orten Rümmlersheim und Waldlaubersheim.



Quellen:

- 1) Zacher, Jakob Maria: Rümmlersheim, Geschichte der jüdischen Synagogengemeinde, Der jüdische Friedhof und die Synagoge; Manuskript.
- 2) Stadtarchiv Bad Kreuznach, Gr 785/ 41 fol 1 ff.
- 3) Zacher, Jakob Maria, ebd.
- 4) – 9) ebd.
- 10) Tilger, Annemarie und Woog, Carl: Chronik von Bingerbrück, 1986 Bingen am Rhein, S. 16.
- 11) Tilger, Annemarie und Woog, Carl, ebd., S. 87 f.
- 12) Zacher, Jakob Maria: ebd.
- 13) ebd.
- 14) ebd.
- 15) ebd.
- 16) ebd.
- 17) Kreisverwaltung Bad Kreuznach: Die jüdischen Synagogen im Landkreis Bad Kreuznach, Bad Kreuznach März 1988, S. 50.
- 18) Katasteramt Bad Kreuznach.
- 19) Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914–1919: Ein Gedenkbuch; August Steiger Verlag, 1979 Moers (Nachdruck). S. 171.
- 20) Reimann, Heinz: Über 1200 Jahre Waldlaubersheim (Beschreibung einer Landgemeinde), Waldlaubersheim 1979, S. 22.
- 21) Kreisverwaltung Bad Kreuznach, ebd., S.9.
- 22) Reimann, Heinz, ebd., S. 7.
- 23) Kreisverwaltung Bad Kreuznach, ebd., S. 50.
- 24) Stadtarchiv Bad Kreuznach Gr 785/41 fol 1 ff.

- 25) Mais, Edgar: Die Verfolgung der Juden in den Landkreisen Bad Kreuznach und Birkenfeld 1933–1945, Bad Kreuznach 1988, S. 306.
- 26) Zacher, Jakob Maria, ebd.
- 27) ebd.
- 28) Reimann, Heinz, ebd., S. 55.
- 29) Zacher, Jakob Maria, ebd.
- 30) ebd.
- 31) Mais, Edgar, ebd., S. 308.
- 32) Zacher, Jakob Maria, ebd.
- 33) Chronik der Katholischen Kirche in Rümmlersheim.
- 34) Zacher, Jakob Maria, ebd.
- 35) Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945 (herausgegeben: Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz in Verbindung mit dem Landesarchiv Saarbrücken); Band 6, Simmert, Johannes: Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Rheinland-Pfalz 1933–1945, Koblenz 1974, S. 103–104.
- 36) ebd. S. 103–104.
- 37) ebd. S. 244.
- 38) ebd. S. 247.
- 39) Mais, Edgar, Die Verfolgung der Juden in den Landkreisen Bad Kreuznach und Birkenfeld 1933–19945 (Eine Dokumentation; Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach, S. 362, Bad Kreuznach, 1988.
- 40) Mais, Edgar, Wiedergutmachung?, Eine Dokumentation, Bd. 27, S. 136 und 230, Birkenfeld 1992.

Juden in Waldalgesheim

von Kurt Hochgesand

GRUSSWORT



Seit dem 27. Juli 2021 sind die SchUM-Stätten Speyer, Worms und Mainz UNESCO-Weltkulturerbe. Für das jüdische Leben in Deutschland und Europa spielten diese Städte am Rhein eine herausragende Rolle. Doch nicht nur in den Städten am Rhein lebten jüdische Familien, sondern auch in unserem Dorf Waldalgesheim finden sich seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts gesicherte Nachweise über jüdische Familien, die als MitbürgerInnen, Geschäftsleute und Händler hohes Ansehen genossen und zu uns gehörten.

Holocaust und Zweiter Weltkrieg führten jedoch dazu, dass die jüdischen Mitbürger auch unser Dorf verlassen mussten. Vertreibung und Ermordung durch die Nationalsozialisten haben das jüdische Leben in Deutschland weitgehend ausgelöscht. Die Erinnerung daran wachzuhalten ist unser gemeinsamer Auftrag.

Das Kriegsende 1945 bezeichnet jedoch nicht nur das Ende des deutschen Judentums, sondern auch den Neubeginn der Jüdischen Gemeinden. Mit den Zuwanderungen von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion ab 1990 wuchsen die jüdischen Gemeinden wieder deutlich an. Sichtbares Zeichen sind die Synagogen, die seither, beispielsweise auch in Mainz, neu gebaut wurden.

Stefan Reichert
Ortsbürgermeister Waldalgesheim

EINFÜHRUNG VON KURT HOCHGESAND



Das Alleinstellungsmerkmal von Waldalgesheim, war seine Grube. Die Erzgewinnung spielte sich anfänglich nur in der freien Gemarkung ab. Mit der Zeit sanken die untergrabenen Felder und Wege ein und es bildeten sich Wassertümpel, die an Größe jährlich zunahmen. Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges wurde die verordnete Schonung des nördlichen Dorfbereiches aufgehoben. Die Kriegsindustrie verlangte große Mengen des begehrten Rohstoffs „Eisenmangan“. Die Folge war, dass der größte Teil des Ortes einbrach und absank. Nach und nach mussten alle Häuser geräumt und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden. Von diesem Vorgang gibt es weder von dem Verursacher noch von der Gemeinde verlässliche Angaben über das Gewesene.

Bei den Recherchen zu meinem Buch „Waldalgesheim und seine Gruben“ musste ich mir in den Archiven unserer Zuständigkeit, LA Speyer und LHA Koblenz, das erforderliche Material besorgen. Dabei stellte ich fest, dass es schon seit Beginn der amtlichen Aufzeichnungen im Vermögens- und Steuerkataster hier in Waldalgesheim Juden gegeben hat.

Bei der Durchsicht dieser Unterlagen separierte ich über fast ein ganzes Jahrhundert Laufzeit auch alle Vorgänge die mit jüdischem Besitz zu tun hatten. Mit diesem Grundstock an Wissen startete ich meine kleine Arbeit zu diesem obengenannten Thema, um sie im Waldalgesheimer Heimatmagazin Folgen fünf und sechs im Jahr 2002 der Öffentlichkeit vorzustellen.

WAS WISSEN DIE BÜRGER AUS DER ERINNERUNG?

Es sind nur noch einige ältere Ortsansässige, bei denen es noch als Schatten in den Köpfen hängen geblieben ist, nämlich die Erinnerung an die hiesigen Juden. Da die Anzahl derer, die sich an die Mitbewohner israelitischen Glaubens in unserem Dorf noch erinnern können, immer kleiner und bald ganz verschwunden sein wird, soll diese kleine Schrift dazu beitragen, auch diesen Abschnitt des dörflichen Zusammenlebens unserer Eltern und Großeltern in der Erinnerung wach zu halten.

Vor einigen Jahren gab es noch mehr Einheimische, die sich an eine oder zwei Familien, die hier gelebt haben, erinnern konnten. Sie wussten zu erzählen, in welchem Haus die Leute gelebt hatten und welcher Profession sie nachgingen. Eine Familie hatte ein Kolonialwarengeschäft und eine Metzgerei. Eine zweite bestritt ihren Lebensunterhalt mit Viehhandel, weiß man noch zu erzählen. Es gab auch noch einige wenige Personen, die die jüdischen Familien näher gekannt hatten. Z. B. einfach dadurch, dass sie in der Nachbarschaft wohnten oder durch ihre Mithilfe in den jüdischen Geschäftsbetrieben nähere Einblicke gehabt hatten. Wieder andere schöpften ihr Wissen aus dem Kontakt als Kunden oder als Zulieferer von Schlachtvieh. Ein ganz besonderes Erlebnis war bei einigen das Verspeisen der sog. „Matzen“, die die jüdischen Kinder in der Woche des Passahfestes an ihre nichtjüdischen Spielgefährten verteilten. Bei den Juden war der Samstag der arbeitsfreie Tag. An religiösen Festtagen feierten sie gemeinsam mit der ganzen Sippe in der Wohnung oder sie gingen in die Synagoge, wo nur die Erwachsenen Zutritt hatten.

Zum Schulunterricht seien die jüdischen Kinder in die evangelische Volksschule gegangen, erinnert man sich. Wenn es allerdings um den Religionsunterricht ging, seien die jüdischen Kinder davon befreit gewesen.

Alle diese Schilderungen sind Eindrücke, die die letzte Phase des gemeinsamen Zusammenlebens beschreiben, kurz bevor die jüdischen Bürger den Ort verlassen mussten. Begibt man sich aber auf die Suche nach den Ursprüngen des jüdischen Bevölkerungsteils in unserem Dorf, muss man sich in Archive und Bibliotheken begeben, um anhand der dortigen Eintragungen ein Bild nachzeichnen zu können. Da man auf die Register von Lebensereignissen, die es bei den jüdischen Synagogengemeinden, ähnlich den Kirchenbüchern christlicher Gemeinden, auch gegeben haben muss, keinen Zugriff mehr hat, ist man allein auf die Eintragungen in den alten Zivilregistern im Standesamt angewiesen. Da diese Register bei uns erst um 1800 beginnen, sind der Rückverfolgung der Generationen von daher Grenzen gesetzt.

In den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft über Deutschland teilten auch die Waldalgesheimer Juden das Schicksal vieler anderer ihrer Glaubensbrüder und -schwestern. Gleich vielen anderen waren auch sie gezwungen, ihre Heimat heimlich zu verlassen und ins Ausland zu emigrieren. Einige haben dies zeitlich nicht mehr geschafft oder waren nicht in der Lage, die Kosten für eine Flucht über die Grenze aufzubringen. Alter und Krankheit mag auch bei manchen eine Rolle gespielt haben, sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu

bringen. Denjenigen, denen die Flucht nicht mehr gelungen war, ist an dem Eintrag im Geburtsregister eine amtliche Todesklärung beigelegt worden. Dieser Eintrag ist heute der einzige Hinweis auf den erlittenen gewaltsamen Tod an einem ungenannten Ort.

SEIT WANN GIBT ES HIER JUDEN?

JOSEPH STERN 1808

Seit wann es in unserem Dorf jüdische Familien gibt, ist bislang nicht bekannt. Im Jahr 1808 finden wir zum ersten Mal in einer Liste über die Verteilung von Wellen den Namen eines Bürgers namens Joseph Stern eingetragen. Da die besagten „Fagots“, wie die Wellen in der damals herrschenden französischen Amtssprache genannt wurden, nur an eingessene Waldalgesheimer Familien abgegeben wurden, müsste Stern schon hier Bürger gewesen sein. Wo genau er gewohnt hat, hat man noch nicht herausgefunden. Weil dieser Name im Hauskataster der preußischen Uraufnahme von 1820 noch nicht zu finden ist, könnte man annehmen, dass er hier zur Miete untergekommen war. Auch, dass es sich bei der betreffenden Person wirklich um einen Juden handelt, ist nur angenommen, und zwar wegen der Namensgleichheit mit der Familie, die etwas später in den Ortsakten auftaucht und über fünf Generationen hinweg hier am Platz ansässig gewesen ist, einerseits. Andererseits findet sich in keinem Kirchenbuch um die Zeit um 1800 ein Hinweis auf diesen Namen bei den christlichen Gemeinden hier in Waldalgesheim. Ein weiterer kleiner Beweis, dass es sich bei dem Namen Joseph Stern um den Familienvorstand der jüdischen Familie gehandelt hat, wird durch die Platzierung in der Listenreihe begründet. Wie in späterer Zeit, wo Stern das Grundstück gekauft hatte, handelt es sich in der Liste schon damals um die beiden Nachbarn gleichen Namens.

Ein wenig Sicherheit für die Annahme, dass es hier schon um 1820 Juden gegeben hat, geht aus einer statistischen Erhebung aus dem Jahr 1823 hervor. Angeführt sind fünf jüdische Personen, vier davon sind männlichen Geschlechts und eine davon weiblich und unverheiratet.

SIMON STERN UND REGINA GEB. GRÜNEWALD

Die erste gesicherte Kenntnis liefert uns das Waldalgesheimer Trauregister von 1829. Dort hat ein aus Waldalgesheim stammender Simon Stern eine Regina, geb. Grünewald, geheiratet. Ob es der Sohn des bereits schon 1808 hier anwesenden Joseph gewesen ist, lässt sich nicht mehr nachweisen. Aus dieser

Ehe gingen sechs Kinder hervor: Joseph, Elisa, Wilhelm, Barbara, Karolina und Moses.

Zwischen 1830 und 1840 haben Simon und Regina das Anwesen der Wwe. Johann Ohlweiler in der Oberstraße, Grundstücksnummer 802/443, in der Flur „In der Hollergasse“ gelegen, gekauft. Simon Stern war von Beruf Metzger und Handelsmann. Es könnte sein, dass er in diesem Anwesen eine Metzgerei eingerichtet hatte oder auch ein Spezereigeschäft, soweit dies das Hausgrundstück von 2,44 a Größe überhaupt zuließ.

Durch den Erwerb eines Hausgrundstücks war ein Fremder oder Besitzloser erst zum Bürger geworden und konnte somit seine vollen Bürgerrechte wahrnehmen. Dies erklärt auch, dass Simon Stern an der von der Ortsgemeinde durchgeführten Landversteigerung in der Strudt teilnehmen konnte. Von den insgesamt 477 Parzellen, die zur Versteigerung an alle Haushaltsvorstände im Jahre 1832 anstanden, konnte er gleich drei Grundstücke, jedes ungefähr 7,5 a groß, auf seinem Besitzkonto verbuchen.

Im Grundsteuerkataster von 1834 finden wir einen ersten Hinweis auf einen bescheidenen Grundbesitz. Hier handelt es sich um einen Besitz von 159 Ruthen und 6 Fuß Größe, die auf den Namen Simon Stern eingetragen sind. Umgerechnet auf unser heutiges Flächenmaß waren dies um die 23 Ar Ackerland.

Auch ca. 10 Jahre später, bei der Nutzbarmachung der „Hasselbach“, nahm Stern die Chance wahr, durch die Ersteigerung von mehreren Wiesenparzellen seinen Besitz zu vergrößern.

Nach der Eintragung im Sterberegister ist der Sohn Wilhelm bereits im Jünglingsalter verstorben. Die Tochter Barbara hingegen hatte allem Anschein nach den Weilerer Metzger Berg geheiratet.

Da die beiden Töchter Elisa und Karolina in keinem Register mehr erscheinen, ist anzunehmen, dass beide nach auswärts verheiratet waren.

Demgegenüber blieben die beiden Söhne Joseph und Simon auch nach ihrer Heirat hier am Ort.

JOSEPH STERN UND BARBARA GEB. LOEB

Durch die im Jahr 1857 stattgefundenene Heirat des erstgeborenen Sohnes

Joseph, der den Beruf eines Handelsmannes erlernt hatte, mit Barbara geb. Loeb wurde die Generationsfolge der Familie Stern im gleichen Haus fortgesetzt. Dieser Ehe entsprangen vier Kinder: Gustav, Johann (oder Johanna), Simon und Mathilde. Gegen Ende der siebziger Jahre wurde es den beiden Brüdern in ihrem Vaterhaus zu eng. Das Haus in der Oberstraße wurde an Schuhmacher Peter Rettweiler und seine Ehefrau Elise geb. Weiß verkauft. Dafür erstellte der als Viehhändler tätige Joseph Stern mit seiner Ehefrau Barbara geb. Loeb „Im Oberdorf“ ein neues Wohnhaus. Das Anwesen lag nicht an der Straße, sondern in der sog. zweiten Baureihe. Es war über den Hof oder Stichweg, der zwischen dem Spritzenhaus und dem Anwesen Jung lag, zu erreichen, der zu dem dahinterliegenden Anwesen Philipp Heckert führte.

Im Liegenschaftskataster befindet sich ein Besitznachweis aus dem Jahr 1894, wobei es um fünf Grundstücke mit insgesamt 33,45 Ar geht, der auf die Namen Joseph Grünewald, Rheinböllen, und seine Ehefrau Johanna geb. Stern eingetragen ist. Es könnte sein, dass bei der obigen Aufzählung der Kinder von Joseph und Barbara sich ein Irrtum eingeschlichen hat. Anstatt des Sohnes namens Johann müsste es Tochter Johanna heißen. Es wäre logischer.

MOSES STERN UND REBEKKA GEB. HECHT

Im Jahre 1868 schließlich heiratete der jüngste Sohn von Joseph und Regina, Moses mit Namen, die aus Ruppertshofen, Bez. Wiesbaden, stammende Rebekka geb. Hecht. Moses war in die Fußstapfen seines Vaters getreten und hatte das Fleischerhandwerk erlernt. Innerhalb von 14 Jahren wurden dem Paar sieben Kinder geboren: Simon, Dina, Rosa, Markus, August, Bella und Julius.

Moses Stern diente im Krieg 1870/71 im Infanterie-Regiment Nr. 69. Um das Jahr 1880 kaufte Moses das Anwesen in der Niedergasse Nr. 212, Flur „Die Schmittgasse“, Flurstück 253, das bis dahin Johann Emmerich II gehört hatte. Das neu erworbene Grundstück war mit 4,70 a fast doppelt so groß wie das alte Anwesen, das sie an den Schuhmacher Rettweiler verkauft hatten. Das neue Anwesen, das vom Zuschnitt der Gebäude her eher dem Charakter eines Bauernhauses entsprach, musste für den Zweck eines Fleischerladens mit Schlachthaus umgebaut werden. Ein möglicher Mitbesitzer und Geldgeber zum Erwerb dieser Liegenschaft war der in Bingen wohnende Simon Isaak. Da dieser Name unter demselben Artikel in der Katastereintragung erscheint, ist anzunehmen, dass er mindestens zum Zeitpunkt der Eintragung Miteigentümer war. Moses Stern war von Beruf Metzger wie sein Vater.

Im Jahr 1904 verkaufte Moses Stern das Anwesen in der Niedergasse an den jungen Friedrich Wenz, der selbst auch Metzger gelernt hatte und gemeinsam mit seinem Bruder Andreas noch eine kleine Landwirtschaft versah.

Von den Kindern des Moses und Rebekka blieb nur Rosa hier am Ort. Ihre sechs Geschwister erscheinen in den Zivilregistern nicht mehr, ein Grund zur Annahme, dass alle von hier weggezogen sind.

SIMON STERN UND ROSA GEB. STERN

In der nächsten Generation bildeten die beiden Geschwisterkinder Simon und Rosa eine Familie. Simon, Sohn des Joseph und Barbara geborene. Loeb und Rosa, Tochter von Moses und Rebekka geb. Hecht, heirateten im Jahr 1892.

Vier Kinder kamen zwischen 1893 und 1900 zur Welt: Theodor, Sally, Hedwig und Erna. Während der weitere Lebensweg der drei später geborenen Kinder Sally, Hedwig und Erna bekannt ist, erscheint der erstgeborene Sohn Theodor nirgends mehr in den Akten.

Simon hatte wie sein Vater den Beruf des Metzgers erlernt. Auf einem Grundstück gegenüber dem Wohnhaus seiner Schwiegereltern hatte er inzwischen ein Schlachthaus errichtet. Das Schlachthaus war ein eigener Bau, der mit der Rückseite an die Schulscheuer, der späteren Turnhalle, gebaut war. Den Verkaufsladen hatte er im Erdgeschoss seines Wohnhauses eingerichtet. Rosa verkaufte zu ihren Fleischwaren nebenbei auch noch Spezereien. Außerdem besaßen beide noch mehrere Stücke Grundbesitz. Einer Eintragung aus dem Jahr 1921 zufolge besaßen beide 19 Grundstücke mit insgesamt 1 Hektar und 13 a Flächeninhalt.

Der damalige Bürgermeister Andreas Bopp lobte im Protokollbuch der Gemeinde einmal die gute Zusammenarbeit zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Metzger Simon Stern wegen der reibungslosen Beschickung der „Freibank“. Die Freibank war eine Einrichtung, bei der das Fleisch notgeschlachteter Tiere, bei Einhaltung der vom Amtsveterinär angeordneten Bedingungen, zum Verzehr freigegeben werden durfte. Das Fleisch durfte nur im abgekochten Zustand an den Verbraucher gegeben werden. Zu diesem Zweck stand im Gemeindehaus ein großer gemauerter Kessel mit Kupfereinsatz zur Verfügung, worin das Fleisch gekocht wurde. Das darin bereitete Fleisch wurde meistens an bedürftige Familien zu einem sehr niedrigen Preis abgegeben. Es könnte sein, dass diese Einrichtung aus der Zeit übrig geblieben war, in der Waldalgesheim noch Sitz des Amtes war.



Abb. 1: Die Hausfassade des neuen Geschäftshauses in der Hochstraße. Diese Aufnahme entstand um 1950. Der Name S. STERN über dem Eingang zu beiden Geschäften musste im Dritten Reich entfernt werden. Nachdem der Krieg vorbei war, kam ein ortsfremder Fassaden-Künstler und brachte von einem Gerüst aus den Schriftzug in der gehabten Manier wieder an. Foto: Hanspeter Mehlig

HEDWIG STERN UND ARTHUR SALOMON

Die jüngste Tochter von Simon und Rosa Stern, Hedwig, heiratete den aus Heppenheim bei Worms stammenden Kaufmann Arthur Salomon. Beiden gelang die Flucht nach Amerika, wo das Paar auch nach Beendigung der Hitler-Ära verblieben ist.

SALLY STERN UND AUGUSTE GEB. HESSEL

Sally Stern, Sohn von Simon Stern und Rosa geb. Stern, ehelichte im Jahr 1926 Auguste geb. Hessel. Auguste war die Tochter des Viehhändlers Wilhelm Hessel aus Rheinböllen. Sally hatte das Metzgerhandwerk erlernt und im elterlichen Metzgerbetrieb mitgeholfen, bis er selbst den Betrieb übernahm. Norbert hieß der einzige Spross dieser Ehe. Auch dieser Familie gelang die Flucht nach Amerika, wo sie auch nach dem Ende des Dritten Reiches verblieb.

Es könnte zutreffen, dass wegen der Namensgleichheit hier zwei Geschwister der einen Familie zwei Geschwister der anderen Familie geheiratet hatten. Genau wissen wir es aber nicht.

Sally Stern nahm als 20-jähriger schon am Ersten Weltkrieg teil. Auf einem Erinnerungsbild, auf dem alle Kriegsteilnehmer von hier abgebildet sind, befindet sich auch das Konterfei des bärtigen S. Stern.

Sally setzte die Tradition des Metzgerberufs in der Familie fort. Er übernahm mit seiner Frau Auguste (Gustel) die Metzgerei und den Kaufladen von seinen Eltern. Die Geschäftslage im Hinterhof war aber nicht mehr zeitgemäß. Im Jahr 1926 kaufte Sally Stern das kleine Gartengrundstück an der Straße, welches noch zwischen dem Spritzenhaus und der katholischen Schule lag. Desgleichen ersuchte er bei der Gemeinde, ihr das alte Spritzenhaus abzukaufen, um auf diesem Platz an der Straßenfront ein neues Haus mit Metzgerei und Kolonialwarenladen errichten zu können. Nach mehreren ergebnislosen Anläufen vereinbarte die Gemeinde mit ihm, gegen den Neubau eines Spritzenhauses in der Gartenstraße und gegen die Übereignung eines Grundstückes in den Kappesfeldern westlich des Aschenpfades, ihm das alte Feuerwehrhaus lasten- und kostenfrei zu überlassen.

Man wurde handelseinig. Bevor man jedoch mit dem Abriss des alten Spritzenhauses beginnen konnte, musste das neue fertig gestellt sein. Am 10. Mai 1926 wurde mit dem Bau auf dem gemeindeeigenen Grundstück in der Gartenstraße neben dem Heiligenhäuschen begonnen. Das von Gemeindebaumeister Becker geplante Spritzenhaus sollte 9 m lang und 8 m breit werden sowie einen Schlauchtrockenturm von 1,5 m im Quadrat und einer Arbeitshöhe von einer halben Schlauchlänge besitzen.

Im September 1927 meldete sich Sally Stern wieder bei der Gemeinde wegen der höheren Nebenkosten, die sich bei der Errichtung des neuen Feuerwehrhauses ergeben hatten. Stern plädierte auf Übernahme von Kosten durch die Gemeinde. Man antwortete ihm: „Sollte Stern mit der getroffenen Regelung nicht einverstanden sein, so ergreife die Gemeinde wieder Besitz von ihrem alten Bau.“ Dass die ausgehandelte Regelung zwischen der Gemeinde und Stern nun schließlich doch funktioniert hatte, ergibt sich aus der Tatsache, dass das Feuerwehrhaus bald danach bezugsfähig war. Im Anschluss riss Stern das Feuerwehrhaus ab. Die beim Abbruch anfallenden Bruchsteine konnte er seitlich deponieren, um sie später an seinem Neubau zu verwenden.

Das neue Haus wurde direkt an die Straßenflucht gestellt. Im Erdgeschoss bestand die Fassade aus zwei großen Schaufenstern und dem Eingang in der Mitte, von dem aus man sowohl den Kolonialwarenladen als auch den Metzgerladen betreten konnte. Zwei Eingangsstufen waren der Hausflucht vorgelagert und sprangen noch in den Bürgersteig hinein. Mittig über dem Eingang war der Schriftzug S. STERN, rechts davon über dem einen Schaufenster METZGEREI und links in gleicher Weise über dem Schaufenster KOLONIALW. angebracht. Nach der Fertigstellung des Gebäudes zog Sally mit seiner Familie in die neue Wohnung im Obergeschoss. Metzgerei und Kaufmannsladen wurden nun vom Hinterhaus in die neuen Räume im Vorderhaus verlegt. In die frei werdenden Räume des Hinterhauses zog die Familie Hessel ein.

Mit der Fertigstellung des neuen Geschäftsanwesens erhielt auch das rückwärtige Schlachthaus noch einen Anbau mit Kühlhaus und einem kleinen Lager. In diesem Zusammenhang genehmigte die Gemeinde Stern den Einbau eines Fensters mit undurchsichtiger Verglasung als Lichtfeld zum Schulhof hin. Sally kaufte das hintere Grundstück Nr. 359, das mit Wohnhaus, Stall und Scheune bebaut war und das Ludwig Heckert gehörte, 1927 noch dazu. Das Wohnhaus war vermietet. Stall und Scheune benutzte Viehhändler Hessel, um seine Tiere darin unterzubringen.

Während der Abwesenheit der jüdischen Besitzer im Zweiten Weltkrieg, wo der Besitz von einer staatlichen Stelle verwaltet wurde, übernahm Metzger Schwarz die Metzgerei. Seine Wohnung hatte er im Obergeschoss des neuen Gebäudes. Die Fortführung des Kolonialwarengeschäftes wurde von dem Händler Adam Mehlig wahrgenommen. Dieser hatte seine Wohnung im alten Haus in der zweiten Baureihe.

Nach dem Krieg kauften Adam Mehlig und dessen Ehefrau das gesamte Anwesen von den nun in Amerika lebenden Eigentümern.

ERNA STERN UND WILLY HESSEL

Erna, Tochter von Simon Stern und Rosa geb. Stern, vermählte sich mit dem aus Rheinböllen stammenden Viehhändler Willy Hessel. Die einzige Tochter aus dieser Ehe hieß Friedelotte. Diese Familie emigrierte ebenfalls nach Amerika. Sie wohnten in Milwaukee.

WO BEFAND SICH DAS RELIGIÖSE ZENTRUM?

Da sich die jüdischen Bürger im Dorf durch nichts von den übrigen Bewohnern unterschieden als durch ihre Zugehörigkeit zur israelitischen Religion, sei die Frage erlaubt, wo sich das religiöse Zentrum dieser Leute befunden hat. Da zu keiner Zeit die Anzahl der Waldalgesheimer Juden gereicht hätte, um eine eigene Synagogengemeinde im Ort gründen zu können, war man gezwungen, bei den Gemeinden in der Nachbarschaft unterzukommen. Bei der Beantwortung dieser Frage lehne ich mich an die Ausführungen an, wie sie Dirk Taubenheim in seinem Aufsatz über „Die Geschichte der Synagogengemeinden von Rümmlersheim und Waldalgesheim“¹ dargelegt hat.

Waldalgesheim gehörte seit 1823 zunächst mit fünf Gläubigen zu der Synagogengemeinde Rümmlersheim. Die Zugehörigkeit war aber nur statistisch. In Wirklichkeit gingen die Waldalgesheimer Gläubigen lieber nach Schweppenhausen zum Gottesdienst, wo eine noch größere Gemeinde als die in Rümmlersheim eine Synagoge unterhielt. Die Gründe zu diesem Verhalten weiß man nicht genau. Es könnte aus freundschaftlicher Zuneigung gewesen sein, genauso wie eventuelle verwandtschaftliche Beziehungen nicht auszuschließen sind. Auch die Weilerer Juden zählten statistisch zu der Synagogengemeinde Rümmlersheim, praktisch gingen sie doch lieber zu der Gemeinde nach Bingen zum Gottesdienstbesuch.

Die Anzahl der jüdischen Bewohner in Rümmlersheim von 31 Seelen erlaubte es, schon 1808 eine Synagogengemeinde zu gründen. Für die Errichtung einer Synagoge waren zehn Männer nötig. Sank die Anzahl der Männer unter zehn, war die Aufrechterhaltung einer Synagogengemeinde nicht mehr möglich. Um die Voraussetzung für diese Regelung stabil zu halten, musste man bei der herrschenden knappen Mitgliederzahl für jedes auswärtige Gemeindeglied froh sein. Da diese Zugehörigkeit zur Synagogengemeinde von Amts wegen durch eine Personenzählung öfters überprüft wurde, sind wir auch mehrfach über die Anzahl der hier im Ort ansässigen jüdischen Personen auf dem Laufenden. Im Jahr 1848 gab es hier acht Personen, fünf Jahre später waren es deren neun. 1885 stieg ihre Anzahl auf 11 Köpfe, schließlich meldet die Statistik für das Jahr 1925 noch fünf jüdische Einwohner.

1 Dieser Aufsatz ist erschienen in „SACHOR“, Beiträge zur jüdischen Geschichte und zur Gedenkstättenarbeit in Rheinland-Pfalz. Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Bestand in der Heimatwissenschaftlichen Bibliothek der Stadt Bad Kreuznach.

Bei den wenigen Mitgliedern war die Erhaltung eines Gebäudes immer problematisch. Die Synagogengemeinde war kaum im Stande ihr kleines Gebetshaus über die Zeit ordnungsgemäß in Schuss zu halten. Wie anders hätte der damalige Vorsteher der Rümmelsheimer Synagogengemeinde 1886 einen Bittbrief folgenden Inhalts an die Kaiserin senden können (gemeint ist die Frau des Kaisers Wilhelm I.)

Der Vorsteher der israelitischen Gemeinde Rümmelsheim, Wolfgang Stern, ersucht bei der Kaiserin um eine finanzielle Unterstützung für den Neubau einer Synagoge. „Da die alte Synagoge aufgrund baupolizeilicher Vorschriften geschlossen werden musste, hatte die jüdische Gemeinde von Rümmelsheim und Waldalgesheim trotz fehlender Zustimmung des Oberpräsidenten mit dem Bau der neuen Synagoge begonnen, der durch eine Kollekte finanziert werden sollte. Diese erbrachte von den für die Herstellung des Baues veranschlagten 1700 Mark nur 900 Mark, so dass die Restkosten nicht gedeckt sind.“

Was auf diese Bitte später hin geschehen ist, darüber ist nichts gesagt.

Die Zeit brachte es mit sich, dass die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Synagogengemeinde sich kontinuierlich verschlechterte. Viele jüdische Familien trieb es in die Stadt, wo es sich angenehmer wohnen ließ und es zum Broterwerb bessere Möglichkeiten gab als auf dem Lande. Die Anzahl der Mitglieder der Synagogengemeinde Rümmelsheim, deren Höchststand im Jahr 1850 bei 63 Personen lag, verringerte sich von da an stetig. Im Jahr 1885 werden nur noch 42 Mitglieder gezählt. Der unaufhaltsame Rückgang der jüdischen Bevölkerung in Rümmelsheim führte im Jahr 1906 zur endgültigen Auflösung der Synagogengemeinde. Im Jahr 1925 war kein einziger Jude mehr in Rümmelsheim.

Die einzige Waldalgesheimer Familie spaltete sich wie schon einmal zwei Generationen zuvor in zwei Äste auf. Der Neubau des Geschäftshauses mit Metzgerei garantierte der einen Familie das für den Lebensunterhalt nötige sichere Einkommen. Der Familie des Viehhändlers Hessel boten das im Eigentum verbliebene Hinterhaus und das zusätzlich erworbene Heckertsche Anwesen die räumlichen Voraussetzungen für ein funktionierendes Handelsgeschäft mit Tieren.

Bei welcher Synagogengemeinde die Waldalgesheimer Juden untergekommen waren, nachdem sich die Rümmelsheimer Glaubensgemeinde aufgelöst hatte,

lässt sich nicht sagen. Naheliegender wäre eine Mitgliedschaft bei der Synagogengemeinde in Schweppenhausen, wo sich die Waldalgesheimer Gläubigen schon früher hingezogen fühlten. Eine alternative Möglichkeit wäre die Zugehörigkeit zur Binger Gemeinde. Eine Mitgliedschaft in der Waldlaubersheimer Gruppe kommt insofern nicht in Frage, als dort die Zahl der Gläubigen nach dem 1. Weltkrieg schon so weit gefallen war, dass auch dort die Synagogengemeinde sich von selbst auflöste.

DER JÜDISCHE FRIEDHOF

Ob der jüdische Friedhof in Rümmlersheim schon vorher existiert hatte, geht nirgendwo hervor. Fest steht, dass bei der Gründung der Synagogengemeinde im Jahr 1808 ein Friedhof erschlossen war. Der Friedhof, den es als



Abb. 2: Übersicht nach dem Messtischblatt. Der schwarze Punkt markiert die ungefähre Lage des Rümmlersheimer Judenfriedhofs

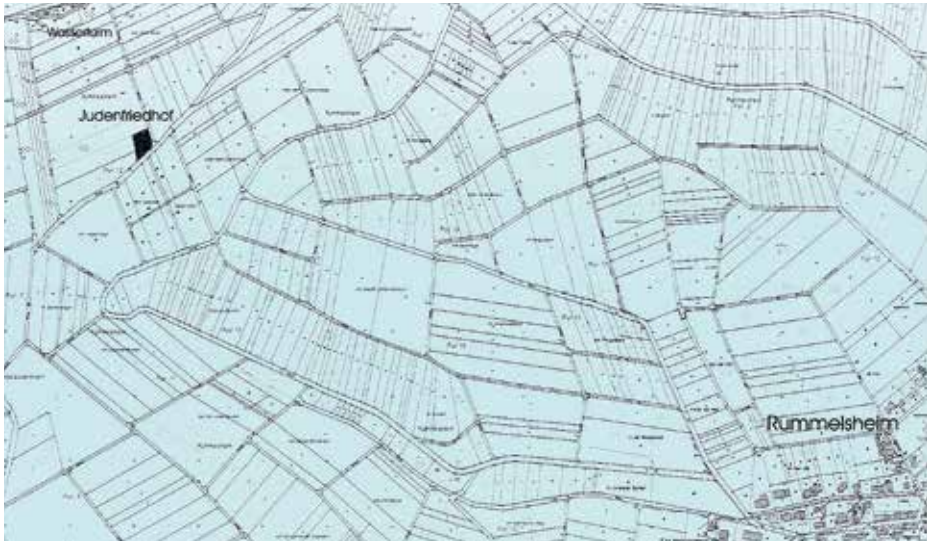


Abb. 3: Ausschnitt aus der derzeit aktuellen Flurkarte von Rümmelsheim. M. ca. 1:4000. Der jüdische Friedhof liegt in dem Gewann „Auf dem Horet“, südöstlich des Wasserturms. Erstmals 1841 ist ein „Judenbegräbnisplatz“ im Kataster von Rümmelsheim erwähnt. Die Südseite des Horet war damals bis zum alten Verbindungsweg Waldalgesheim- Waldlaubersheim Gemeindegewald von Rümmelsheim

eingezäuntes Gelände heute noch gibt, liegt in der Flur „Auf dem Horet“. Wie fast alle Judenfriedhöfe in der Umgebung, liegt auch der Rümmelsheimer weit entfernt vom Dorf. Der Anmarschweg dahin ist von Waldalgesheim wie auch von Rümmelsheim aus etwa gleich weit. Die Mitgliedschaft bei der Synagogengemeinde erlaubte es auch den Waldalgesheimer Juden, ihre Toten auf dem Rümmelsheimer Friedhof zu beerdigen. Auch nach der Auflösung der Synagogengemeinde blieb dieses Recht weiter bestehen.

Der Friedhof, am Südhang des Horet-Berges gelegen, wird heute kaum noch als solcher erkannt. In einem eingezäunten Grasland stehen noch sechs Grabsteine. Davon sind fünf dermaßen verwittert, dass ihre Inschrift nicht mehr zu entziffern ist. Nur bei einem ist die Schrift noch lesbar. Er gehörte dem Rümmelsheimer Wolfgang Stern, der eine Zeit lang Synagogenvorsteher gewesen war und im Jahr 1913 gestorben ist.

Heute ist der Friedhof mit einer Gesamtgröße von 975 qm mit dem größeren Anteil im Besitz der jüdischen Kultusgemeinde Bad Kreuznach/Birkenfeld. Ein kleinerer Teil davon gehört der Rümmelsheimer Gemeinde.

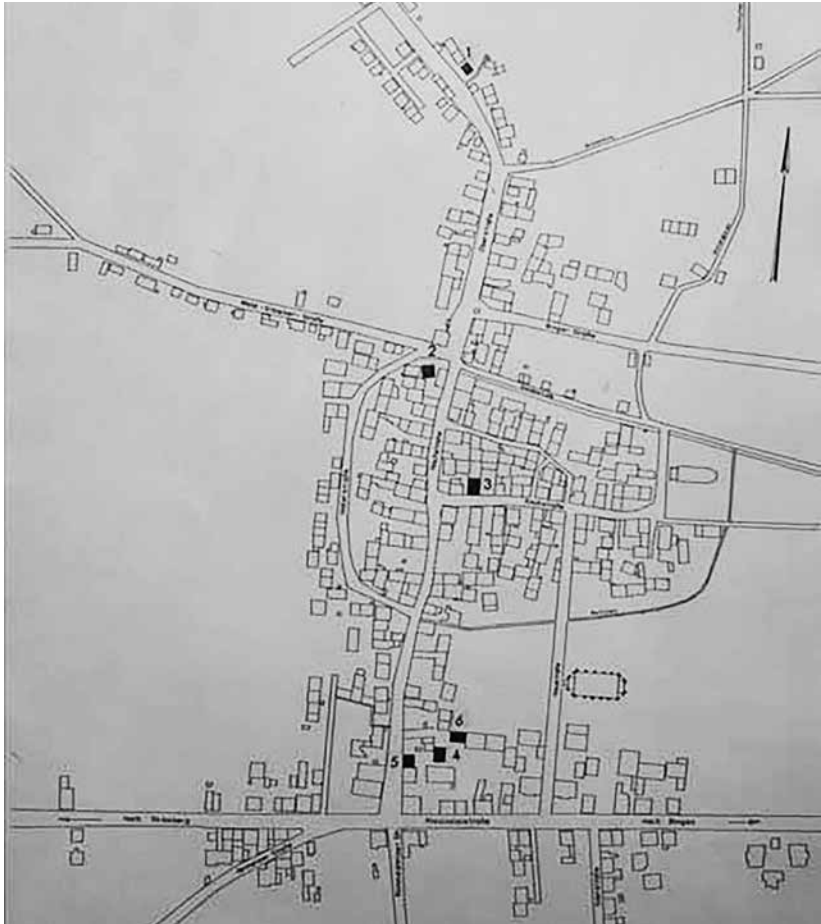


Abb. 4: Hausgrundstücke, in denen zeitweise jüdische Familien wohnten Zeichnung: Verfasser

- 4.1. In diesem Haus wohnte Joseph Stern wahrscheinlich schon um 1800. Von diesem Haus gibt es keine Abbildung
- 4.2. Dieses Haus kauften Simon und Regina geb. Grünewald von der Witwe Ohlweiler. Sie betrieben dort eine Metzgerei und einen Spezereiladen. Die nächste Generation verkaufte dieses Anwesen an den Schuhmacher Rettweiler. Um 1900 verkaufte Rettweiler sein Haus an Johann Hillesheim. Leider existiert auch davon keine Abbildung. Infolge von Bergschäden musste Hillesheim das Anwesen an die Grube verkaufen. Als

Entschädigung erhielt er dafür einen Ersatzbau in der Gartenstraße.

- 4.3. Moses und Rebekka Stern kauften 1868 das Anwesen in der Niedergasse und richteten eine Metzgerei ein. Nach Einer Umsiedlung ins Oberdorf im Jahr 1904 erwarb der hiesige Metzger Friedrich Wenz Wohnhaus mit Laden und Schlachthaus. Die Umsiedlung in einen Ersatzbau war im Jahr 1942.
- 4.5. Joseph und Barbara Stern bauten sich im „Oberdorf“ ein neues Wohnhaus in der 2. Baureihe. Dort betrieben sie eine Metzgerei und einen Spezereiladen.
- 4.6. Sally Stern, verheiratet mit Auguste geb. Hessel, errichtete 1926 in der Hochstraße ein Geschäftshaus. Er machte mit der Gemeinde einen Deal, der darin bestand, das alte Spritzenhaus abzureißen und auf Gemeindegelände in der Gartenstraße neben dem Heiligenhäuschen ein neues zu errichten. Das bestehende Schlachthaus hat er von seinem Vater übernommen.
- 4.7. Das bestehende Anwesen in der dritten Baureihe, das Ludwig Heckert gehörte, hat Sally Stern um das Jahr 1927 dazugekauft und es seinem Schwager Willy Hessel, der Viehhandel betrieb, überlassen.

Im Jahr 1904 wurde das Anwesen an den hiesigen Metzger Friedrich Wenz verkauft



Abb. 5: Das 1868 bezogene Wohnhaus mit Laden und Schlachthaus von Moses Stern und Rebekka geb. Hecht. Bildarchiv: H. Sinz



Abb. 6.: Das Geschäftshaus im Oberdorf in der zweiten Baureihe aus dem Jahr 1892 von Simon Stern und Rosa geb. Stern. Bildarchiv: H. Sinz



Abb. 7: Das von Sally Stern und Auguste geb. Hessel 1926 erbaute Geschäftshaus mit Kolonialwarenladen und Metzgerei. Nach dem Krieg kaufte Adam Mehlig das Anwesen von den in Amerika lebenden Besitzern ab. Bildarchiv: H. Sinz



Abb. 8: 1926 durch einen Vertrag mit der Gemeinde hatte sich Sally Stern dazu verpflichtet, ein neues Spritzenhaus von einer Größe von 8 mal 9 Meter bauen zu lassen. Bildarchiv: H. Sinz



Abb. 9: 1927 kaufte Sally Stern diese Immobilie in der 3. Baureihe, die Ludwig Heckert gehört hatte. Abgebildet ist nur das Rudiment eines Bauernehöfts mit Wohnhaus, Stall und Scheune. Bildarchiv: H. Sinz

Anmerkung: Bei der Beschaffung des Quellenmaterials hat mich der Bibliothekar der Heimatwissenschaftlichen Bibliothek des Kreises Kreuznach, Herr Reisek, hilfreich unterstützt. Auch bei der Sichtung der Zivilregister im Archiv der VG Rhein-Nahe, in Bingerbrück, fand ich freundliche Unterstützung durch den Standesbeamten Herrn Peter Schabler. Beiden herzlichen Dank für die geopferte Zeit.

Familie Simon Berg aus Weiler

von Beate Goetz

GRUSSWORT



Seit über 1700 Jahren gibt es jüdisches Leben in Deutschland. Vor 1200 Jahren wurde die Gemeinde Weiler erstmals urkundlich erwähnt, blieb aber in den folgenden Jahrhunderten eng mit Bingen verbunden. 983 schenkte Kaiser Otto II das Königsland dem Mainzer Erzbischof Willigis. Damit kam die Stadt Bingen mit Weiler an das Erzbistum und später ans Domkapitel von Mainz. Im Mittelalter dürfte Weiler sich aus einer Ansammlung mehrerer Höfe zu einem kleinen Dörfchen entwickelt haben, wozu auch das Kloster Rupertsberg mit seinem Hofgut in Weiler Impulse gab. Die Geschehnisse aber wurden in Bingen bestimmt, der Ort war auch Filiale der Mutterkirche in Bingen. Mit dem Handel, der sich in Bingen entwickelte, hat sich auch jüdisches Leben herausgebildet, das zu einer prosperierenden Stadt beitrug. Wohl schon zu Zeiten der französischen Annexionen dürften dann auch Menschen jüdischen Glaubens in Weiler wohnhaft geworden sein. Mit der Selbstständigkeit der Gemeinde nach dem Wiener Kongress war auch ein Zuzug jüdischer Familien verbunden, sonst wäre es nicht zur Anlage eines kleinen jüdischen Friedhofs in Weiler gekommen, der noch vor der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden sein dürfte. Das landwirtschaftlich geprägte Dorf war für jüdische Geschäftstätigkeiten wohl kein zukunftsfähiges Gemeinwesen. Die Zahl jüdischer Mitbürger blieb klein; zu Beginn der 1930er Jahre war Sie auf 1 Familie zurückgegangen. Auch die verließ Weiler zu Beginn der nationalsozialistischen Zeit. Durch Verfügung des Regierungspräsidenten in Koblenz vom 5. Oktober 1938 wurden die letzten Spuren jüdischen Lebens in der Gemeinde ausgelöscht, der Friedhof wurde geschlossen, das Friedhofsgelände für „andere Zwecke“ bestimmt, noch vorhandene Grabsteine einer „beliebigen Verwendung“ zugeführt. Es war der faktische Schlusspunkt jüdischen Lebens in Weiler.

78

Abdruck

M 1.18
Blatt 1

Der Regierungspräsident Koblenz, den 5. Oktober 1938.
I b 1 Nr. 1199 II

Betrifft: Jüdische Friedhöfe.
Auf den Bericht vom 24. 9. 1938 - I.Nr.2292-

Auf Antrag der Eigentümer schliesse ich als Landespolizei-
behörde die jüdischen Friedhöfe in Weiler und Bümmelheim. Gleich-
zeitig genehmige ich die sofortige Verwendung des bisherigen
Friedhofskrades zu anderen Zwecken. Ich bitte, die zuständige
Ortspolizeibehörde und die Eigentümer der Friedhöfe von meiner
Entscheidung zu unterrichten.

Die noch vorhandenen Grabsteine können, soweit nicht Angehörige
Anspruch auf sie erheben, von den Friedhofseigentümern einer
beliebigen unanständigen Verwendung zugeführt werden.

Den Bericht des Amtsbürgermeisters in Langenlousheim vom
13. 8. 1938 füge ich wieder bei. Ich bitte, mir nach einiger
Zeit zu berichten, ob die Friedhofseigentümer den polizeilichen
Verfügungen auf ordnungsmässige Herriichtung nachgekommen sind.
Soweit das nicht geschehen ist, werde ich prüfen, ob die Fried-
höfe deshalb ohne Antrag der Eigentümer aus gesundheitspolizei-
lichen Gründen zu schliessen sind.

Im Auftrag
Landrat
ausgez. Billing

An den Herrn Landrat
in Bad Kreuznach

Der Landrat
des Kreises Kreuznach
Nr. 2008/38

Bad Kreuznach, den 14. Oktober 1938

Abdruck übersende ich mit Bezug auf den
vorigen Bericht vom 13. 8. 1938, Nr. 1. 1790, mit dem
Erauchen, die Friedhofseigentümer nochmals zur Instand-
setzung der Friedhöfe aufzufordern. Bis zum 1. 12. 1938
erwarte ich den Bericht über das Veranlassete.

An
den Herrn Amtsbürgermeister
in Langenlousheim

In Vertretung

Zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht 1938 wurde an der Stelle des ehemaligen Friedhofes eine Tafel aufgestellt, zum Gedenken an die jüdischen Mitbürger in Weiler, initiiert von einer Gruppe deutsch-israelischer Pilger, die auch Kontakte nach Israel, zu Nachfahren Binger Juden mit Kontakten nach Weiler unterhalten haben. Der mehreren Sprachen eingeschnitzten Aufforderung „Shalom“ fühlt man sich in Weiler nach wie vor verpflichtet, in Erinnerung an alle Menschen jüdischen Glaubens, die in unserer Heimat ihren Lebensmittelpunkt hatten, die fliehen mussten oder hier ermordet wurden.

Weiler, im März 2022

Adam J. Schmitt
Bürgermeister der Ortsgemeinde Weiler

Simon Berg kam am 25. April 1869 in Weiler als Sohn von Joseph Berg und seiner Frau Babette (auch Barbara) geborene Stern zur Welt. Am 13. Juni 1897 heiratete er die aus Maxsain im Westerwald stammende und am 5. Mai 1864 geborene Bertha Sternberg. Die Hochzeit fand in Weiler statt. Berthas Eltern waren Mordechai und Fanny Sternberg.

Fünf Kinder wurden geboren. Sie kamen alle in Weiler zur Welt: Bella am 6. September 1898, Walter am 16. Dezember 1899, Erna am 18. Februar 1901, Lilly am 7. August 1902 und Else am 10. Oktober 1904.

1940 lebte Bella, verheiratete Kahn, in Wiesbaden. Sie wurde am 1. September 1942 ab Frankfurt in das Ghetto Theresienstadt deportiert, am 15. Mai 1944 in das Vernichtungslager Auschwitz verschleppt und ermordet. Erna, verheiratete Mayer, und Lilly, verheiratete Löwenthal, wohnten in Frankfurt am Main. Auch Lilly Löwenthal wurde, allerdings am 15. September 1942, nach Theresienstadt deportiert, am 16. Mai 1944 nach Auschwitz verschleppt und ermordet. Ob die beiden Schwestern nach der Deportation einander begegnet waren? Walter Berg war 1940 schon emigriert. An Else erinnert eine kleine Gedenktafel auf dem Grab der Mutter. Sie wurde nur sechs Jahre alt und starb am 14. Dezember 1910. In seiner Familienliste vom März 1940 erwähnt Simon Berg die verstorbene Tochter nicht, was so auch in anderen Familienlisten beobachtet werden kann.



Grab der Bertha Berg und ihrer Tochter

Auch zwei Geschwister Simon Bergs hatten Nazi-Deutschland bereits verlassen: Berta Marx geborene Berg lebte in New York, Sally Berg in Cleveland, Ohio. Heinrich Berg wohnte in Magdeburg, Lina Kann geborene Berg in Ludwigshafen. Lina Kann teilte das Schicksal der Saar-Pfälzer Juden. Sie wurde am 22. Oktober 1940 in das Internierungslager Gurs am Fuß der französischen Pyrenäen deportiert, wo sie am 13. Januar 1941 starb.

Während des Ersten Weltkriegs leistete Simon Berg Hilfsdienst.

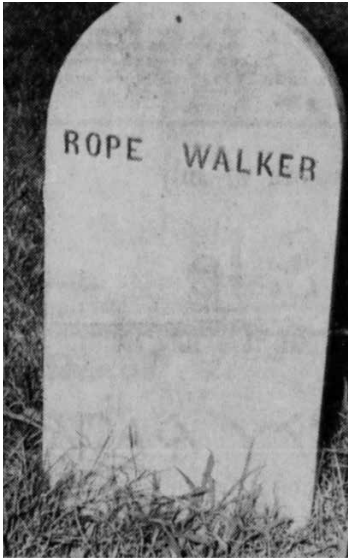
Am 4. Juni 1937 zogen Simon und Bertha Berg mit Sohn Walter von der Adolf-Hitler-Straße 9 in Weiler nach Bingen in den Bienengarten 10. Schon am 25. September erfolgte der Umzug in die Grabenstraße 9, in das Haus der Weinhändlerfamilie Bernhard Stern.

Walter Berg war Metzger von Beruf. Am 14. Juli 1938 floh er nach Nordamerika. Seine erste Adresse war die Ellwoodstreet 87–89 in New York. Bertha Berg starb am 18. Februar 1940 und ruht auf dem Binger jüdischen Friedhof. Simon Berg wurde am 30. Januar 1942 in das „Judenhaus“ Beuchergasse 23 eingewiesen und am 27. September mit der Nummer 869 in das Ghetto Theresienstadt deportiert, die amtliche Bezeichnung hieß „umgesiedelt“. Dort kam er am 27. April 1944 zu Tode. Seit 2017 erinnert ein Stolperstein an seinem letzten frei gewählten Wohnsitz in der oberen Hospitalstraße, früher Grabenstraße 9, an Simon Berg.



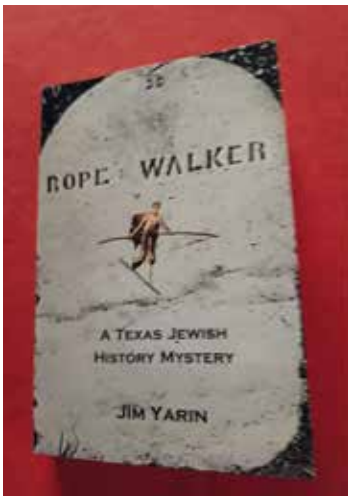
Anfang 2016 meldete sich Jim Yarin aus den USA beim Arbeitskreis Jüdisches Bingen und bat um Informationen zu Moses Berg aus Weiler, über den er ein Buch schreiben wolle. Dieser sei 1857 oder 58 mit Eltern und Geschwistern nach Nordamerika ausgewandert.

Moses Berg kam am 19. September 1841 als Sohn des Handelsmanns Wendel Berg und seiner Frau Margaretha geborene Koch in Weiler in der Dorfstraße



Rope Walkers Grabstein
Foto: Jim Yarin, Acton, MA, USA

im Haus Nr. 111 zur Welt. Er hatte vier Schwestern: Elisabetha, Johannette, Wilhelmina und Maria. In Amerika verdiente er sein Geld als Seiltänzer, Akrobat und Schwertschlucker, wie Jim Yarin berichtete. 1862 verlor Moses Berg im Sezessionskrieg sein rechtes Bein, arbeitete aber mit einer Holzprothese weiter als Seiltänzer. 1884 stürzte er in den Tod, als er, einen Küchenherd auf den Rücken geschnallt, in Corsicana, Texas, ein Seil überqueren wollte, das über eine Straße gespannt war. Da zu diesem Zeitpunkt seine Identität nicht bekannt war, markiert ein namenloser Grabstein, auf dem nur „Rope Walker“ (Seiltänzer) steht, die Stelle, an der er bestattet wurde. Wie Jim Yarin herausfand, soll der Sterbende um einen Rabbiner gebeten haben, da er Jude sei. Einen Rabbiner konnte man ihm nicht besorgen, aber ein jüdischer Kaufmann habe mit ihm gebetet. Die dortige jüdische Gemeinde habe dann die Beerdigung des Namenlosen übernommen. Inzwischen steht fest, dass Simon und Moses Berg Cousins waren, ihre Väter, Joseph und Wendel Berg, waren Brüder.



Jim Yarins umfangreiches Buch über
Rope Walker

Jim Yarins umfangreiches Buch mit dem Titel „Rope Walker – A Texas Jewish History Mystery“ erschien 2020. ISBN 978-1-7353623-0-4

Die jüdischen Gemeinden von Weiler und Waldalgesheim gehörten im 19. Jahrhundert zur jüdischen Gemeinde Rümmlsheim. 1892 wurden die insgesamt 42 Gemeindemitglieder der Synagogengemeinde Bingen zugeordnet.

Heute erinnert nur noch eine Gedenktafel am Rande des ehemaligen Friedhofsgeländes an den kleinen jüdischen Friedhof von Weiler.



Gedenktafel an den kleinen jüdischen Friedhof von Weiler am Rande des ehemaligen Friedhofsgeländes

Die jüdische Gemeinde in Windesheim

von Jörn Kobes

GRUSSWORT



Dass Windesheim vor nicht allzu langer Zeit eine jüdische Gemeinde hatte, ist den Jüngeren in unserem Dorf kaum noch bekannt. Vom jüdischen Friedhof abgesehen gibt es nicht mehr viel, was anschaulich an diesen Teil unseres historischen Dorflebens erinnert. Das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte hat auch vor Windesheim nicht halt gemacht und alles Jüdische mehr oder weniger ausgelöscht. Die verbliebenen Mitbürger jüdischen Glaubens wurden im „Dritten Reich“ deportiert, ermordet oder flohen. Es gibt nicht mehr viele Zeitgenossen, die dies persönlich miterlebt haben und ihre Erinnerungen an uns und die Nachwelt weitergeben können. Daher ist die vorliegende Publikation sehr zu begrüßen. Das Kapitel „Die jüdische Gemeinde in Windesheim“ dokumentiert anschaulich, was sonst vergessen zu werden droht. Jörn Kobes hat damit ein schriftliches Denkmal geschaffen, was hoffentlich dazu beiträgt, eine überaus wichtige Erinnerung wach zu halten. Ich wünsche dieser Publikation eine weite Verbreitung.

Volker Stern
Ortsbürgermeister Windesheim

Begegnet man in den Quellen und Erzählungen Bewohnern, die in ihrer Herkunftsangabe ein „Windesheim“ tragen, so ist nicht immer sofort eindeutig, ob hier Einwohner aus Windesheim am Fuß des Hunsrücks oder aus dem mittelfränkischen Bad Windsheim, Augustinermönche aus dem niederländischen Kloster Windesheim oder Studenten der Windesheim University of Applied Sciences, beides in und nahe des niederländischen Zwolle gelegen, oder sogar Personen mit dem Nachnamen „Windesheim“ gemeint sind. Genau dieses Problem besteht auch dann, wenn man sich aus fachlichem oder landsmännischem Interesse auf die Suche nach „Windesheimern“ macht und dabei auch dunkle Schatten der Geschichte der Dorfgemeinschaft nicht außer Acht zu lassen beabsichtigt.

Im „Lehenbuch und Güterverzeichnis des Rheingrafen Wolfram“, wohl um 1215 zusammengetragen und niedergeschrieben, werden weit am Ende (Fabricius 1911, S. 34) zwei Hörige notiert und erwähnt: „*Judaeus et frater eius de Windenso*“ (= ein Jude und sein Bruder aus Windesheim). Sie waren nicht die einzigen Hörigen, die in Windesheim der Rheingrafenschaft unterstanden – allerdings waren sie die einzigen beiden Namenlosen, während die christlichen Hörigen zumindest mit dem Hausvorstand namentlich notiert worden waren.

Wir finden im 13. Jahrhundert in den Rothenburger Acht-Büchern Isaak, einen Juden aus Windesheim (Ysaaki, iudei de Windesheim) – vielleicht ist hier das mittelfränkische (Bad) Windsheim als Herkunftsangabe gemeint (Corpus der Quellen zur Geschichte der Juden im spätmittelalterlichen Reich, hg. v. Alfred Haverkamp und Jörg R. Müller, Trier/Mainz 2016, RA01, Nr. 40, URL: <http://www.medieval-ashkenaz.org/RA01/RA-c1-0015.html>; 03.01.2018).

Vom 31. Mai 1378 liegt uns aus den Mainzer Ingrossaturbüchern der Eintrag vor, dass der Erzbischof Adolf von Mainz dem Juden Nathan von Windesheim und dessen Bruder Manno den Kämmerer in Mainz als alleinigen Gerichtsstand bei juristischen Auseinandersetzungen zusicherte (StA Wü, MIB 9 fol. 077v [01], in: Die Regesten der Mainzer Erzbischöfe, URI: <http://www.ingrossaturbuecher.de/id/source/935>; 30.05.2022). Es ist zwar nicht generell ausgeschlossen, dass einer der beiden oder beide mit ihren Familien aus dem uns sehr gut bekannten Windesheim stammten; da aber mittelalterliche Vorgaben den Juden keinen zwingenden Familiennamen vorschrieb – das geschah erst mit der Einführung des Code civil Napoleons –, muss immer eine gewisse Unsicherheit bei einer Herkunftszuweisung zurückbleiben.

Nach dem Ende des 30-jährigen Krieges sollen einige jüdische Familien nach Windesheim gezogen sein; die Menschenverluste nach diesem einschneidenden Langereignis waren so immens, dass es genügend Raum für Neuansiedlungen von Familien gab, aber auch Ressentiments oder offene Feindschaften nicht (mehr) zählten.

Eine Familie lässt sich seit ca. 1650 in Windesheim bzw. auch in (Bad) Kreuznach nachweisen: Der Vater des Isaak ben Herz, der um 1680 in Windesheim geboren wurde, ist wohl spätestens um 1650/1660 nach hier gezogen, wenn er nicht schon in Windesheim gewohnt hatte. Nach bisher unbestätigten Angaben sollen zehn jüdische Familien seit der Zeit der Kreuzzüge in Windesheim gelebt haben – jedoch können weder Zahlen noch weitere Namen genannt werden, Unterlagen sind nicht erhalten geblieben. Der männliche Zweig dieser Familie nahm in der französischen Zeit den Vatersname des Isaak ben Wolf als Familiennamen an; Wilhelmine Wolff (s.u.) war die vorletzte Familienangehörige, die in Windesheim geboren wurde. Ein anderer, Mayer Isaac, zog aus Windesheim fort nach Hoppstädten/Nahe (1756) – eine sehr alte jüdische Niederlassung und bis in die 1930er Jahre Sitz des Landesrabinats. Die Familie nahm mit der Emanzipation (1808) den Familiennamen Kronenberger an (Kaspar-Holtkotte 1996, S. 79).

Die Vor- und Frühgeschichte der jüdischen Gemeinde Windesheim und ihrer Gemeindemitglieder wird wohl immer im Dunkel bleiben. Das liegt nicht nur an der Verfolgung der jüdischen Mitbürger zwischen 1933 und 1945, sondern schon an den fehlenden Überlieferungen innerhalb der örtlichen jüdischen Gemeinde. In der napoleonischen Zeit werden erstmals 14 jüdische Einwohner in Windesheim gezählt; wie lange diese schon in Windesheim gewohnt hatten, erschließt sich nicht. Von ihnen wissen wir nur, weil der in den deutschen Departements eingeführte Code civil von jedem französischen Untertanen und Bürger die Angabe eines Familiennamens einforderte. Neben der rechtlichen Gleichstellung der jüdischen Einwohner gegenüber den christlichen war das der Anfang jüdischer Familiennamen.

Die Zahl zu erfahren, liegt nur an den staatlichen Aufgaben, Standesamtsregister einzuführen und die Bevölkerung dort zu notieren. Die napoleonische Herrschaft und die damit verbundene Modernisierung der Verwaltung legten den Grundstein, dass eine Generation später schon 32 Einwohner den jüdischen Glauben besaßen. Dieser Anteil blieb dann bis zur „dunklen Zeit“ weitgehend konstant. Von 14 (1808) über 32 (1843), 35 (1888) und 38 (1888/1895)

jüdischen Einwohnern entwickelte sich die Gemeinde. Allerdings müssen die Zahlen nicht ausgesprochen genau sein; für das Jahr 1845 sind laut einer Zählung der Schulbehörde des Regierungsbezirks Koblenz in Windesheim „35 schulpflichtige jüdische Kinder“ nachgewiesen (Nachweisung 1845, S. 1457 ff., Nr. 181). Damit sind vielleicht auch die Schulkinder der umliegenden Dörfer eingeschlossen, die in Windesheim unterrichtet wurden – jedenfalls wissen wir damit von einer jüdischen Schule in Windesheim, denn ein konfessionell gemischter Schulbesuch darf wohl ausgeschlossen werden.

Jahr	Anzahl in Personen
1808	14
1843	32
1858	35
1867	49
1888	38
1895	38
1925	32
1933	30
1939	5 Familien
1942	Keine Familien

Quelle: http://www.alemannia-judaica.de/windesheim_synagoge.htm, LHAko 655, 190 Nr. 88 (1867) bzw. LHAko 467 Nr. 299 (1925).

Noch 1925 wurden 32 Einwohner gezählt, nachdem drei Windesheimer Bürger jüdischen Glaubens im Weltkrieg gefallen waren. Zwei davon waren Brüder im Alter von 18 bzw. 21 Jahren, Emil (15.11.1897–29.11.1918) und Friedrich Müller (01.06.1899–06.11.1918), die wahrscheinlich unverheiratet und kinderlos gewesen waren. Dass der dritte Gefallene, Adolf Müller (09.03.1888–02.04.1917, gefallen am Hindenburggraben vor Verdun), ein Bruder der beiden jüngeren Müller gewesen war, ist anzunehmen. Tragisch war, dass die beiden jüngeren kurz vor Ende der Kampfhandlungen bzw. sogar nach dem Waffenstillstand verstarben; darüber hinaus erschütternd war dann, dass ihre Eltern, Otto und Antonia „Dina“ Müller, in der Shoah ermordet wurden.

War die Gemeinde nicht übermäßig groß, gehörte sie trotzdem bis 1933 zum täglichen Dorfbild der Ortsgemeinde. Eine eigene Synagoge (Waldhilbersheimer Straße 18) konnten sie seit Mitte des 19. Jahrhunderts am damaligen

Dorfrand errichten und unterhalten – seit 1918 verstärkten die Waldhiltersheimer jüdischen Einwohner die Windesheimer Synagogengemeinde – sie lag ja laufgünstig an der Straße, die (noch heute) von Windesheim nach Waldhiltersheim führt; im selben Zeitraum kamen dann auch die wenigen restlichen Waldlaubersheimer Juden, die noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine eigene Synagoge in der Dorfmitte von Waldlaubersheim errichtet hatten (die 1920 durch den Verkauf profanisiert worden war und deshalb nicht im November 1938 geschändet worden ist), nach Windesheim, nachdem die Gemeinde zu klein für den Unterhalt und die Gottesdienstabhaltung geworden war. Der Rabbiner von Bingen übernahm möglicherweise die Liturgie zu den hohen Feiertagen, während der Gemeindevorstand das tägliche Geschäft leitete. Für einen eigenen Rabbiner war Windesheim wohl zu klein und zu finanzschwach.

In der Reichspogromnacht (09./10.11.1938) bzw. am folgenden Tag wurde die Synagoge in Windesheim geschändet und noch im gleichen Monat musste die Gemeinde unter ihrem Vorstand Josef Liffmann die Synagoge als „Sühnemaßnahme“ für 2100 Reichsmark an einen Windesheimer Christen verkaufen. Schon in den Jahren seit 1933 waren zehn Wohn- und Geschäftshäuser an nichtjüdische Dorfbewohner verkauft worden. Die wenigsten Transaktionen wurden dabei freiwillig getätigt, Zwangsarisierung war vorherrschend, um dem politischen Druck begegnen und die notwendigen Geldmittel für die Emigration (und „Sühnezahlungen“) aufbringen zu können.

DIE FAMILIEN

Nach 1935 lassen sich nur noch fünf Familien in Windesheim finden, ohne dass wir feststellen können, mit wie vielen Angehörigen diese Familien in Windesheim wohnten. Es handelte sich dabei um die Familien Josef Liffmann, Heinrich Müller, Otto Müller, Siegmund Müller, Ferdinand Wolf und die beiden Witwen Anna Wolf (geb. Schumacher) und die ungenannte Witwe von Johann Wolf.

Andere Familien zogen zwischen 1933 und spätestens 1938 aus Windesheim fort, meist ohne eine neue Adresse zu hinterlassen. Zu dieser Gruppe gehörte auch die Familie Kahn, die trotz der Teilnahme des hochdekorierten Seniors am Weltkrieg lange noch die Hoffnung hegte, in Windesheim bleiben zu können. Als der Veteran jedoch 1934 verstarb, verlor die Familie den aus der Veteranenzeit herrührenden Schutz; damit stellte sich die Frage der Emigration dringender, weil Hoffnung und Aussichten zu bleiben schnell schwanden. Der

Großteil der Familie blieb 1938 nach einem Verwandtenbesuch in den USA, die Witwe des Weltkriegsteilnehmers und ihr minderjähriger Enkel Leo (geb. 1928) flüchteten 1939 über die gefährliche Südroute via Saarbrücken, Frankreich und Spanien nach Portugal, um hier die Gelegenheit der Überfahrt nach den USA zu wagen. Es gelang, 1952 besuchte Leo Kahn als US-Soldat wieder Windesheim und konnte seinem Jugendfreund Karl Erich Kunz (1928–2014) von der gefährlichen Reise berichten (Kunz 2009, Blatt 5 f.).

JÜDISCHE INFRASTRUKTUR

DIE SYNAGOGUE

Die Geschichte der Synagoge lässt sich erst im fortgeschrittenen 19. Jahrhundert in Windesheim fassen. War wohl vorher ein Betraum in einem der Privathäuser untergebracht, erforderte die gestiegene Zahl an Gemeindemitglieder ein größeres Gebäude mit nach Geschlecht trennbarer räumlicher Unterteilung, so dass in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ein Gebäude in der Waldhilbersheimer Straße (Hausnummer 18) aus Gemeindemitteln errichtet wurde. Das Gebäude überstand nach Schändung in der Reichspogromnacht (9./10. November 1938) und dem erzwungenen Verkauf an einen Windesheimer Privatmann auch das Kriegsende, wurde dann als Scheune und Lagerraum benutzt und 1982 bei notwendigen Renovierungsmaßnahmen abgebrochen.

RITUELLES BAD

Die Existenz einer Mikwa, eines jüdischen Ritualbades ist in Windesheim, auch in bzw. nahe der Synagoge, wenn auch vermutet, bislang jedoch nicht nachgewiesen.

DIE SCHULE

Wie die Unterlagen der Koblenzer Regierungsbezirksbehörde belegen, gab es 1845 in der Amtsbürgermeisterei Windesheim 45 Schüler jüdischen Glaubens; sie stammten dann wohl aus den benachbarten Dörfern, die zur Amtsbürgermeisterei gehörten, und wurden sehr wahrscheinlich in Windesheim unterrichtet.

Nur der Platz der Schule ist unbekannt, wenn es eine jüdische Schule in Windesheim gegeben hatte. Eine Suche nach geeigneten Räumen blieb erfolglos. Nach Augenzeugenberichten gingen christliche und jüdische Schulgenerationen bis zur Ausgrenzung im Nationalsozialismus gemeinsam zur Schule.

DER JÜDISCHE FRIEDHOF

Nach übereinstimmenden Angaben wurde der jüdische Friedhof außerhalb und oberhalb von Windesheim am Römerberg mit dem bezeichnenden Flurnamen „In den Judenkirchhofschlägen“ vielleicht schon Mitte des 18. Jahrhunderts angelegt – sicher mindestens seit ca. 1800 – und bis zu seiner Schändung während der nationalsozialistischen Zeit durchgehend verwendet. Er maß ungefähr 1100 m². Die letzte Bestattung fand am 23. Juni 1938 mit der Beerdigung des Windesheimers Herrmann Müller statt. Sein Grab ist allerdings heute nicht mehr auffindbar, bewegliche Teile der Friedhofsarchitektur und -mauern wurden zwischen 1938 und 1945 teilweise im Dorf wiederverwendet, darunter auch für die Fundamente des Windesheimer Freibades.

Mit den Ereignissen um und nach der Reichspogromnacht im November 1938 wurde der Friedhof nach der Deportation bzw. der Emigration der jüdischen Bevölkerungsgruppe gänzlich ungepflegt hinterlassen, Vandalismus und die Zweckentfremdung der sichtbaren Einfassungsmauern für das Windesheimer Schwimmbad taten ein Übriges, bis 1945/1946 auf Initiative von Edmond Kann, Nachkomme der Familie Kann, der Friedhof „in einen gebührenden Zustand zurückversetzt wurde“ – auf welchem Weg ihm dies gelang, bleibt unbekannt. Ausgeführt wurden diese Arbeiten als Sühnestrafe von örtlichen ehemaligen Parteikadern und Mitgliedern der SS- und SA-Verbände.

Heute lassen sich 20 Grabsteine – mit teilweise noch lesbaren Aufschriften – im Gelände finden. Neben dem Grabstein des Hermann Müller, der der letzte Beigesetzte auf diesem Friedhof gewesen ist, existieren auch die anderen, bis 1939 zahlreich vorhandenen anderen Grabsteine heute auf dem Friedhofsgelände nicht mehr. Nicht weit davon entfernt – ca. 500 Meter nordnordöstlich – liegen die beiden Friedhöfe der jüdischen Gemeinden von Waldhilbersheim und Langenlonsheim.

Auf dem jüdischen Friedhof beigesetzte Einwohner (aus den Grabsteinen identifiziert):

Abraham, Regina (1800–1871)

Abraham, Jakob A. (07.09.1835–04.07.1908)

Abraham, Helene, geb. Kann (15.03.1843–06.03.1921)

Ermann, Moses (1811–30.01.1883)

Ermann, Elisabetha, geb. Müller (04.01.1818–28.10.1878)

Kann, Leo (03.08.1858–27.03.1927)
Müller, Hermann (1854–23.06.1938)
Müller, Gertrude, geb. Isack (02.03.1857–19.08.1910)
Müller, Jacob (13.01.1822–19.04.1901)
Müller, Rosine, geb. Loeb (07.08.1818–14.03.1897)
Müller, Isaak (27.05.1834–27.03.1918)
Müller, Rosine, geb. Gans (05.01.1837–15.11.1903)
Müller, Julius (1859–1922)
Müller, Wilhelm (04.11.1836–29.03.1908)
Müller, Luise, geb. Besthof (08.09.1829–14.04.1915)
Mayer, Ernst (31.01.1903–31.03.1907)
Scholem, Samuel (1842–1886)
Scholem, Fanny, geb. Gans (1844–1884)
Wolf, Jakob (15.09.1829–20.09.1915)
Wolf, Rosa (19.11.1900–26.05.1924)
Wolff, Regina, geb. Michaels († 1866)
?, Magdalena, geb. Glas (Feb. 1830–02.06.1895)

JÜDISCHE GEMEINDEN ZWISCHEN MACHTERGREIFUNG UND SHOAH

Der 30. Januar 1933 und der Beginn der Reichskanzlerschaft Adolf Hitlers waren ein erstes einschneidendes Ereignis, jedoch nicht das bedrückendste in der Geschichte des deutschen und europäischen Judentums – zu einer steten Steigerung der Repressionen bis zum Unvorstellbaren kam es schon schnell in der Folge der quasi-legalen Regierungsübernahme. Hier ist nicht der Platz, eingehend die historische Entwicklung nachzuzeichnen, deshalb seien nur die wichtigsten Stationen notiert.

Die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung begann schon schnell nach der sog. „Machtergreifung“ Hitlers Ende Januar 1933. Zuerst die sog. „Reichstagsbrandverordnung“ vom Ende Februar, dann knapp einen Monat später die Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetzes“ gegen die Stimmen der SPD-Reichstagsfraktion zeigten auf, mit welchen Mitteln die NSDAP und ihr Reichskanzler Hitler zu herrschen beabsichtigten – gegen politische Gegner

und Menschen, die gegen diese geballte Macht keine legale und faktische Handhabe erhielten. Am 1. April 1933 wurde ein reichsweiter Boykott-Tag von Geschäften jüdischer Kaufleute und Praxen jüdischer Freiberufler wie Ärzte und Rechtsanwälte initiiert, um der fälschlich dem Ausland vorgeworfene Skepsis und Verachtung der Nationalsozialisten entgegenzutreten und diese Stimmung für antijüdische Aktionen im Reich zu nutzen. Wurde das Parteivolk und die Bevölkerung in Bad Kreuznach durch den Kreisleiter Schmitt noch am Vorabend auf den folgenden Boykott eingestimmt und eingeschworen, kam es am nächsten Tag reichsweit und auch in Windesheim zu offensichtlichen Boykottaktionen vor und gegen jüdische Mitbürger.

Der „Öffentliche Anzeiger“ berichtete am 1. April aus Bad Kreuznach:

Im evangelischen Gemeindehaus fand gestern Abend eine überfüllte Kundgebung der nationalsozialistischen Partei zum Abwehrboykott statt. Über 1.000 Personen waren erschienen ... Kreisleiter Schmitt führte aus: Der jetzige Boykott Deutschlands durch das Ausland zeigt uns die gefährliche Macht der jüdischen Weltpresse ... Wir haben den Juden nichts getan, das ihnen ein Recht zur Beschwerde gegeben hätte: wir dulden nur nicht, daß sie wieder frech wurden ... Ab morgen früh wird der Abwehrkampf ... einsetzen: Kein Deutscher darf bei einem Juden kaufen, zu einem jüdischen Arzt oder Rechtsanwalt gehen. ... Es muß dazu kommen, daß uns die Juden auf den Knien um Gnade und Verzeihung anflehen. ... Wenn unser Führer befiehlt, mit noch schärferen und den letzten Mitteln einzugreifen, wird jeder von uns mit Freude diesem Befehl folgen ...

So standen in Windesheim SA-Schergen vor dem Geschäft der jüdischen Kaufmannsfamilie in der Hauptstraße und versuchten die Bevölkerung am Betreten des Ladens zu hindern. Dies gelang nicht immer; der Ladenbesuch eines katholischen Mitbürgers, der für das Zentrum im Gemeinderat saß, führte eine Woche später zu dessen Ausschluss aus der Wahlversammlung zum Gemeindevorsteher in Windesheim. Gleichzeitig verließen die drei anderen Zentrumsmitglieder diese Wahlversammlung; neben den sowieso ausgeschlossenen KPD- und SPD-Mitgliedern verlor der Gemeinderat die Hälfte seiner am 5. März 1933 legal gewählten Mitglieder und war eigentlich nicht beschlussfähig – was die NSDAP-Mitglieder im Gemeinderat jedoch nicht interessierte, da sie die Wahlen trotzdem und ohne Einspruch des anwesenden Amtsbürgermeisters durchführen ließen (Öffentlicher Anzeiger, 10. April 1933).

Schon die abschließende Äußerung des Kreisleiters Schmitt und das Verhalten der NSDAP-Mitglieder im Windesheimer Gemeinderat waren Zeichen genug, was in Zukunft zu erwarten war – auch wenn es niemand in den schlimmsten Träumen hätte ausmalen können. Wir wissen das heute mit dem Wissen des historischen Wegs, aber 1933 und noch wenige Jahre später war wohl nur den wenigstens klar ersichtlich, auf welchen Wegen sich das Reich aufgemacht hatte. Weitere Nachrichten liegen aus Windesheim nicht vor.

Zwei Tage später kam es zum ersten vehementen Schlag der Reichsregierung durch die Verabschiedung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, durch das – rechtlich abgesichert – „nichtarische“ Beamte in den Ruhestand versetzt werden konnten. Es wurden zwar ausdrücklich Ausnahmen in diesem Gesetz dokumentiert, aber der Staat hatte jetzt eine „legale“ Handhabe, jüdische oder regimiekritische Beamten Personen aus allen staatlich-hoheitlichen Funktionen auszuschließen. Schon durch die Einführung des erstmals auftauchenden „Ariernachweises“ im sog. „Arierparagraph“ gewann man ein Instrument, jeden aus der Beamtenschaft und jedem öffentlichen Amt zu verweisen, dessen Eltern oder Großeltern zu mindestens einem Teil jüdischen Glaubens gewesen war. Parteimitglieder mussten einen „tadellosen“ Stammbaum bis auf das Jahr 1800 nachweisen.

Der schrittweise Ausschluss der jüdischen Bürgerschaft verstärkte sich nun von Monat zu Monat, auch wenn man gelegentlich den Eindruck haben konnte, die Nationalsozialisten seien mit dem bis dahin Erreichten zufrieden. Dieses Gefühl hielt jedoch nie lange an und wurde durch seine pervertierten Aktionen immer wieder auf das Heftigste getäuscht. Dabei waren es immer wieder kleine Schritte, die im ersten Moment selten öffentlichen Widerspruch erwarten ließen – einmal abgesehen von den beiden christlichen Konfessionen, dem Notbund, aus dem später die „Bekennende Kirche“ gegen die „Deutschen Christen“ entstand, und der katholischen Kirche, die hin und wieder weder wort- noch tatenlos zuschauten, aber letztlich eingestehen mussten, den Einfluss auf die Politik verloren zu haben. Die Gleichschaltungsbestrebungen im Öffentlichen und im Privatleben durch Anpassung, Verbot und Strafe führten – abgesehen von den glühendsten Parteimitgliedern und den Opportunisten – sehr häufig zu einer Form der inneren Emigration: Man hatte keine Mittel und auch zu viel persönliche Angst um Familie und Freunde, sich gegen das NS-Phänomen zu wehren. Die Arbeitslosigkeit sank langsam, aber stetig, politische Vorstellungen, die aus dem verlorenen Weltkrieg resultiert hatten, wurden bedient, persönliche Ressentiments konnten sich hinter dem offen zur Schau getragenen

Antisemitismus problemlos verstecken, ohne selbst aktiv zu werden, dazu eine „starke staatliche Hand“, die züchtigen und streicheln konnte, eine perfekte Überwachungskontrolle und quasi „freiheitliche“ Errungenschaften (wie Urlaubsreisen am Mittelmeer oder mit der Organisation „Kraft durch Freude“) führten zu einem vordergründig politisch-lethargischen Zustand der Bürgerschaft, die seinesgleichen suchte.

Am 31. März 1935 wurde gegen alle jüdischen Musiker ein allgemeines und reichsweites Berufs- und Auftrittsverbot ausgesprochen; am 24. April wurde die Gleichschaltung, Enteignung und Auflösung privat geführter Buchverlage legalisiert; am 15. Juli kam es auf dem Kurfürstendamm in Berlin zu handgreiflichen Ausschreitungen von SA-Truppen gegen Juden; am 10. August wurden Ehen zwischen Juden bzw. Jüdinnen und Andersgläubigen verboten; am 6. September wurde der Verkauf von Zeitungen und Zeitschriften für Juden verboten; am 10. September verkündete Hitler auf dem Reichsparteitag in Nürnberg die „Nürnberger Rassegesetze“, aufgrund derer die rechtliche Beurteilungsbasis auf biologistische Kriterien festgelegt würde, am 15. September wurden sie vom eilends nach Nürnberg einberufenen Reichstag als Doppelgesetz, dem „Reichsbürgergesetz“ und dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, erlassen. „Reichsbürger“ war, wer „deutschen oder artverwandten Blutes“ war, jüdische Glaubensangehörige wurden zu „Staatsangehörige“ erniedrigt und verloren endgültig die vollen politischen Bürgerrechte. Die Unterteilung in „Volljude“ (mit mindestens drei jüdischen Großelternanteilen) und „Mischlinge verschiedener Grade“ erhöhten den Druck auch auf gemischt-konfessionelle Ehepaare. Im November ergehen auf Basis der „Nürnberger Gesetze“ die ersten willkürlichen Urteile wegen „Rassenschande“, weitere Ergänzungen zu beiden Gesetzen folgten in den nächsten Jahren. Zum Jahresende 1935 mussten alle bis dahin im Amt verbliebenen ehemaligen Frontkämpfer jüdischen Glaubens ihren Dienst quittieren und in den Zwangsruhestand (mit allen negativen Folgeerscheinungen, die ein vorzeitiger Ruhestand mit sich brachte) wechseln.

Auf der anderen Seite konnten Verfolgte und Bedrohte nur heimlich unterstützt werden, ihnen nur Hilfe gewährt werden, wenn die Nachbarn ähnlich dachten oder es vor ihnen zu verheimlichen gelang. Beides war gefährlich und konnte nicht nur Gefahr für sich selbst (z.B. die sog. „Schutzhaft“ in den seit März 1933 wie Pilze aus dem Boden schießenden Konzentrationslagern), sondern auch für die eigene Familie bedeuten.

Nach den Olympischen Sommerspielen in Berlin verstärkten sich wieder die verbalen, dann juristisch „abgesicherten“ und wirtschaftlich kruden Angriffe gegen die jüdische Bevölkerung – jetzt ließ man immer mehr den Aspekt des biologistisch argumentieren Antisemitismus außer Acht und zeigte, worum es tatsächlich ging: das Geld und Vermögen der jüdischen Bevölkerung, auf das die Nationalsozialisten mehr als nur ein Auge geworfen hatten, hatte doch die ausufernde Militarisierung, die Rückkehr des Saarlandes ins Reich, die Remilitarisierung des Rheinlands und die Wiederbewaffnung der Reichswehr (als Wehrmacht) enorme Mittel verbraucht. Diese Mittel fehlten im Etat der Reichsregierung (Vierjahresplan Görings), man sann auf Abhilfe durch „Arisierung“, d.h. den erzwungenen Verkauf von Firmen, Praxen und Wirtschaftsunternehmen weit unter Wert an christliche Parteigenossen oder Systemgünstlinge. Der Kurswechsel wurde begleitet durch die Ablösung des Reichswirtschaftsministers Hjalmar von Schacht 1937. Die Nationalsozialisten gingen – gierig nach Geld – über zu verstärktem Druck und schneller Zwangsenteignung – das Reich stand aus den bekannten Gründen kurz vor dem Kollaps und einem katastrophalen Staatsbankrott – ein Haushaltsdefizit von zwei Milliarden Reichsmark –, die Zahlungsunfähigkeit des Reiches drohte.

Das Epochenjahr 1938 begann, wie das alte aufgehört hatte. Die Repressalien gegen die jüdische Bevölkerung wurden weiter erhöht, unfreiwillig vollzogene Firmenverkäufe und Zwangsarisierungen wurden vermehrt durchgeführt, die Verkäufer versuchten auf diesem Weg, ins Ausland zu emigrieren – was wiederum im Ausland (Konferenz von Evian, 6.–15. Juli 1938) zu Protesten und Kontingentgrenzen führte. Niemand hatte die Möglichkeit in Erwägung gezogen, dass es zum Äußersten kommen könnte, obwohl die Nationalsozialisten schon früh gar keinen Hehl aus ihren Absichten machten. Man erinnere sich nur an die Worte des Kreuznacher Kreisleiters in seiner Rede vom 31. März 1933 bei der Boykottankündigung (s.o.).

Der „Anschluss“ Österreichs im März 1938, die „Appeasement-Politik“ des britischen Premierministers Chamberlain in der Sudetenkrise und die Annexion des Sudetenlandes im September desselben Jahres ließen die Reichsregierung im Glauben, jetzt alles tun zu können, um die jüdische Bevölkerung zur Ausreise aus dem Reich und zur Herausgabe ihrer Vermögenswerte zu zwingen. Verschiedene Erlasse und Verordnungen führten zum beabsichtigten Ziel. Im Oktober wurde ein neues, kostspieliges Luftfahrt-Rüstungsprogramm angekündigt, die benötigten Mittel sollten durch Konfiskationen und „Arisierungen“ zusammengetragen werden. Die Schaffung der „Judenkartei“ seit August

1935, ins Ausland berichtete informelle Gespräche über die steigende Wahrscheinlichkeit eines verheerenden Pogroms, Abrissarbeiten an Synagogen im Reichsgebiet (München im Juni, Nürnberg im Juli, Dortmund im September 1938), seit Juli 1938 besonders gezeichnete Kennkarten, seit August die jeweiligen Zwangsführung der Zweitvornamen „Israel“ bzw. „Sara“, das „J“ in Pass- und Reisedokumenten, der Ausbau der drei reichsdeutschen Konzentrationslager in Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen, Massenabschiebungen ins deutsch-polnische Niemandsland im Oktober (sog. „Polenaktion“), privat ausgesprochene Warnungen von kenntnisführenden Freunden und (Ex-)Kollegen – all das war noch nicht alles, war regional unterschiedlich ausgeprägt, die Folgen waren nur schwer vorstellbar – es hätte jetzt nur noch eines Funken gebraucht.

Herkömmlich und von Staatsseite – unberührt, eingeweiht, teilweise auch aktiv war die gesamte Reichsspitze – wurde als Funke das Attentat des jungen Herschel Grynszpan am Delegationsrat vom Rath an der deutschen Botschaft in Paris am 7. November propagiert – zeitgleich wurde von staatlichen Organen am selben Tag der „gesunde Volkszorn“ angesprochen und die ersten Verbrechen gegen Gebäude, Eigentum und Leben der jüdischen Bevölkerung, zuerst in Kurhessen und in Magdeburg, verübt. Dabei starb Ernst vom Rath erst am 9. November an den Folgen des Attentats – da waren jedoch die Aktionen reichsweit angelaufen, wurden die Übergriffe gegen Sachen und Personen nur mühsam kaschiert und mündeten mit dem Hinweis, Eigentum von Volksdeutschen zu schützen zu wollen, in einer Zerstörungssorgie, die man seit den pestbedingten Pogromen des Mittelalters nicht gesehen hatte.

Bis zum 13. November wurden Ausschreitungen und Übergriffe gemeldet, dann ließen die Verbrechen nach, das Propagandaministerium hatte schon seit 10. November darauf gedrungen, ein Ende zu finden, aber keine Mittel bereitgestellt, diese Übergriffe auch zu beenden. Hier wurde dem „Volkszorn“ erlaubt, „tabula rasa“ zu machen. Mindestens 400 Todesopfer, unzählige Vergewaltigungen (die bekannt wurden, weil die Täter nach dem „Reichsblutgesetz“ angeklagt, meist aber frei gesprochen wurden), annähernd 30 000 „Schutzhaft“-Verhaftungen in die Konzentrationslager, wo nochmals mehr als 500 Menschen ermordet wurden, und mehr als 1400 vollkommen zerstörte Synagogen und Bethäuser, zu schweigen von den Zerstörungen der Geschäfte, Privathäuser und Wohnungen waren das Ergebnis des von langer Hand und staatlicherseits angeordneten Pogroms, unfassbare Werte, sowohl menschlicher, ideeller als auch wirtschaftlicher Kategorien waren zerstört

worden. Waren nach den Ereignissen bis zum Herbst 1938 50 000 Juden emigriert, verließen jetzt bis August 1939 noch einmal ungefähr 200 000 Juden das Deutsche Reich; notgedrungen blieben bis zum Kriegsausbruch um 300 000 jüdische Gläubige im Deutschen Reich zurück.

Am 12. November 1938 wurde in einer Besprechung in Berlin neben der Verabschiedung der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ auch die Schadenslage begutachtet. Der jüdischen Bevölkerung wurde eine „Sühneleistung“ in Höhe von einer Milliarde Reichsmark auferlegt – nachdem die Nationalsozialisten gemerkt hatten, welche volks- und privatrechtliche Werte in den Pogromen vernichtet worden waren und die jetzt deutsche Versicherungsunternehmen erstatten mussten. Ein Großteil der Geschäfts- und Wohnräume war durch die jüdische Bevölkerung von „Ariern“ angemietet worden – man hatte also aus Unwissenheit den wirtschaftlichen und materiellen „Volkszorn“ auch gegen die eigenen „Volksgenossen“ gerichtet; eine Rückzahlung aus Versicherungsvermögen in Höhe von ungefähr 250 Mio. Reichsmark musste eben die „Sühneleistung“ entgegenstehen.

Die Novemberpogrome waren einer der wichtigsten Zwischenschritte auf dem verbrecherischen Weg, den das Reich, seine Führung und sein Volk in den nächsten Jahren einschlugen und der zur gewaltsamen Tötung von mehr als 6 Millionen Menschen in Europa führen sollte. Das Grauen, das uns heute befallt, wenn wir Geschichten, Fotografien, Filme, und Berichte über die anschließende Shoah – den Holocaust – sehen und hören, war und ist unbeschreiblich.

DIE WINDESHEIMER JUDEN ZWISCHEN EMIGRATION UND DEPORTATION

Zwischen 1933 und 1938/39 emigrierten wenige Windesheimer Juden ins europäische und außereuropäische Ausland. Dies ging Hand in Hand mit der reichsweit immer wieder aufflammenden und sich verstärkenden Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung aus dem täglichen Miteinander in Politik, Wirtschaft, Freizeit und Kultur. Für die Familien waren zur Emigration meist finanzielle Mittel in unbekannter Höhe erforderlich; dadurch war deutlich, dass es nur die ausreichend vermögenden jüdischen Einzelpersonen und Familien schaffen konnten. War es gelungen und hatte man die Heimat verlassen und sich im europäischen Ausland niederlassen können – das wurde durch die Begrenzungen, die die Länder einführten –, war man nicht unbedingt in

Sicherheit. Mit dem Kriegsausbruch und seinem Verlauf konnten die Schweiz (in beschränktem Maße), Großbritannien und andere außereuropäische Emigrationsländer Sicherheit, Wohlstand und relativen persönlichen Frieden bedeuten; hatte man sich zur Emigration in ein benachbartes Land entschlossen und diese Auswanderung auch abgeschlossen, grasierte seit 1940 die Angst, erneut Beute des Reiches zu werden, wenn die Wehrmacht in diese Länder einmarschierte. Die Emigrationen in die Niederlande, nach Dänemark, Belgien und Frankreich erwiesen sich als trügerisch; die Deportationen in die Internierungslager nach Drancy (Frankreich), Mechelen (Belgien) und Westerbork (Niederlande) und der Weitertransport in die Vernichtungslager im europäischen Osten standen schließlich den Deportationen aus dem Reich nach Osten in keiner Weise nach.

Da uns jedoch nicht zu viele Nachrichten über die Emigration, Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung abgesehen von der Familie Kahn vorliegen und diese erst aus den wenigen vorhandenen Nachlässen herausgelesen werden müssen, sollen hier exemplarisch die Schicksale einzelner Personen und Familien nachgezeichnet werden (Angaben nach den Listen der Gedenkstätte Yad Vashem und den Angaben aus dem „Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945“ des Bundesarchivs). Im Rahmen der Erinnerung an die Geschichte und die Verantwortung zur Erinnerung, der wir uns Nachgeborenen nicht entziehen dürfen, können diese Informationen nur ein schwaches Bild einer Heilung des Verhältnisses zwischen dörflichen Bevölkerungsgruppen nachzeichnen – aber auch hier zählt der beharrliche Willen, sich der Verantwortung und der Erinnerung zu stellen.

WALTER ARON

Walter Aron (* 10.11.1894), den die Sammlung „Alemannia judaica“ als Windesheimer Bürger listet, stammte aus Waldhiltersheim, war mit Rosalie geb. Gompertz verheiratet und wurde nach seiner Auswanderung nach Belgien am 10.10.1942 mit dem Transport XII von der Caserne Dossien bei Mechelen nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Auf dem Weg soll ihm nachweislich der Unterlagen aus der Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem, die Flucht aus dem Zug gelungen sein. Sein weiteres Schicksal bleibt unbekannt (Yad Vashem, Datensatz-Nr. YV 7840195; Ausstellungskatalog „Mecheln-Auschwitz 1942–1944: The Destruction of the Jews and Gypsies from Belgium“. 4 Bände, Brüssel 2009). Walter Arons Name ist seit Juli 2018 auf der Granitstele auf der Nahebrücke in Bad Kreuznach verzeichnet.

ERNST METZLER UND GERTRUD GEB. KANN

Das Ehepaar Metzler lebte in Sobernheim, Ringstr. 71, wohin Gertrud (* 22.11.1888, Tochter des Leo Kann und seiner Ehefrau Friederike, geb. Blum) von Windesheim nach ihrer Heirat umgezogen war. Ernst Metzler (* 19.03.1895) war von Beruf Händler, Gertrud Hausfrau und Mutter einer Tochter, Lucy, und eines Sohnes, Leon.

Nach den Novemberpogromen 1938 wurde Ernst Metzler ins KZ Dachau deportiert, wo er im Beisein seines Schwagers Nathan Kann schwer misshandelt wurde und am 29.11.1938 an „Pneumonie“ verstarb, also vermutlich ermordet wurde oder an den Folgen der KZ-Haft verstorben war. So war Gertrud Metzler mit 50 Jahren Witwe, blieb aber in Sobernheim weiterhin wohnhaft. Im April 1942 reiste sie nach Aufforderung nach Bad Kreuznach, von wo sie vermutlich am 30.04.1942 nach Krasniczyn deportiert wurde. Ihr Name ist hingegen nicht in den Transportlisten vom 27.07.1942 zu finden, mit dem die Juden aus dem Kreis Bad Kreuznach zusammengefasst und nach Theresienstadt deportiert wurden (Meldung an den Intern. Suchdienst Arolsen, in: Stadt- und Amtsverwaltung Sobernheim, II, Az. 363-2 v. 06.03.1962).

Die Erinnerung an die Eltern hielten allerdings die gemeinsamen Kinder Lucy und Leon wach, die vor Kriegsausbruch mit ihrer Großmutter Friederike zu ihrem Onkel Edmund ins später besetzte Frankreich, dann vom Internierungslager Gurs über Spanien rechtzeitig mit der Großmutter in die USA emigrieren – dort bürgte der zweite Onkel Nathan Kann, Edmunds und Gertruds älterer Bruder, der im Januar 1939 nach der Rückkehr aus der KZ-Schutzhaft in Dachau noch rechtzeitig nach Pittsburgh ausreisen konnte, für sie – und 1979 bzw. 1989 die Erinnerungsblätter („pages of testimony“) für ihre Eltern hinterlegen konnten. Dort war als letzter Aufenthaltsort Theresienstadt vermerkt. Welche der beiden Deportationsziele nun das tatsächliche gewesen ist, ist nicht zu entscheiden.

Gertruds Bruder war der erwähnte Edmund Kann gewesen. Er, schwer verwundeter Weltkriegsteilnehmer mit Lähmung des linken Arms, zog in den 1930er Jahren ins Saargebiet und nach dem Volksentscheid über die Rückkehr des Saargebiets ins Deutsche Reich vom 13. Januar 1935 nach Frankreich, um den Nationalsozialisten nicht in die Hände zu fallen. Mit seiner Familie, Ehefrau und den Töchtern Edith und Ruth, der Mutter, der Nichte und dem Neffen Leon wurde er nach dem Einmarsch und schnellen Sieg der Wehrmacht im südwestfranzösischen Gurs interniert. Nach der Entlassung aus der Internierung

(und bevor die Nationalsozialisten die Familie wieder ins Internierungslager und damit mit fast an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf den Weg in die Vernichtung hätten schicken können), flüchteten sie über die grüne Grenze in die Schweiz und blieben dort als Staatenlose bis zum Kriegsende. Dann schlugen sie nach kurzem Aufenthalt in ihrer französischen Heimat den Weg nach Pittsburgh zum Rest der Familie ein, die über die südfranzösische Grenze nach Spanien und in die USA flüchten konnten. Weitere Besuche in Deutschland und besonders in Windesheim sind nicht bekannt. Auf welche Weise er sich nach 1945 intensiv um Wiedergutmachung und die Restitution des jüdischen Friedhofs auf dem Windesheimer Römerberg gekümmert hatte, bleibt im Dunkeln, jedenfalls sind keine Besuche in Windesheim verzeichnet. Die Informationen zur Familie Kann entnahm ich dem Konvolut, das die Tochter Renée Kann Silver (= die junge Ruth Kann) 2013 dem United States Holocaust Memorial Museum (= USHMM) übergab. Darin eingeschlossen waren Fotografien, Passunterlagen, eine originale Tonbandaufzeichnung und ein dreiteiliges handschriftliches Erlebnis-Tagebuch Edmund Kanns unter dem Titel „Ein Hitlerschicksal unter Vielen“. Das Material soll an geeigneter Stelle eigens vorgestellt werden.

JOSEF LIFFMANN UND JOHANNA GEB. MÜLLER

Josef Liffmann (* 09.08.1885 in München-Gladbach) und Johanna Liffmann geb. Müller (* 23.09.1894 in Windesheim), beide zuletzt wohnhaft in Frankfurt am Main, Scheffelstr. 27, wurden gemeinsam am 01.09.1942 zuerst nach Theresienstadt (Transport XII/2 von Frankfurt nach Theresienstadt; Quelle: Statistik des Holocaust, <https://www.statistik-des-holocaust.de/TT420901-23.jpg>, Nr. 298 und 299, mit dem Hinweis auf Wintersheim als Geburtsort von Johanna Liffmann; Theresienstadter Ankunftsliste vom 02.09.1942: <https://www.statistik-des-holocaust.de/XII2-15.jpg>, Nr. 298 und 299), dann am 23.01.1942 mit dem Transport Cr (Transportliste Nr. 516 und 517, <https://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer/22065-johanna-liffmann/> und <https://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer/22066-josef-liffmann/>) nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Damit sind die Bemerkungen, die aus der Langenlonsheimer Amtsverwaltung am 2. März 1962 an den Internationalen Suchdienst im hessischen Arolsen geschickt wurden, als unpassend zu vernachlässigen. Dort wird für die Familie Liffmann (Ehepaar und drei (?) Kinder) eine Auswanderung nach Amerika verzeichnet, die jedoch für die gesamte Familie nie stattgefunden hat (Quelle: <https://www.alemannia-judaica.de/images/Images%20440/Langenlonsheim%20Bezirk%20ITS%20Liste%201962.pdf>).

Nur einem Adolf Liffmann, wahrscheinlich der älteste Sohn des Ehepaars Liffmann, gelang am 22.09.1939 die Überfahrt von Rotterdam über Southampton nach New York (<https://www.openarch.nl/srt:11309E11-267E-400E-8860-7FE07971E993>), die zwei Jahre jüngere Schwester Liesel – sie verstarb 2002 in den Niederlanden (Auskunft aus der genealogischen Datenbank Geni.com [<https://www.geni.com/people/Liesel-Liffmann/6000000077331296017?through=6000000077330226536>]) befand sich mit dem Kriegsausbruch in einer Stellung in den Niederlanden, der vier Jahre jüngere Bruder Heinz soll 1939 den Weg ebenfalls aus dem Reich in die USA oder nach Großbritannien gefunden haben. Ein Buchhalter namens Heinz Liffmann, auch bekannt und dokumentiert als Harry Lipton, ist im Jahr 1947 in London nachgewiesen.

BERTHA MÜLLER GEB. MICHEL, WITWE DES SIEGMUND

Bertha Müller geb. Michel (* 02.10.1868 in Seibersbach), Witwe des Siegmund Müller (Händler aus Windesheim, Bruder von Otto und Rudolf, † 1940 in Amsterdam) lebte zuerst in Windesheim und zogen vor 1939 in die Niederlande. Sie wurde im Lager Westerbork interniert, dann am 18.05.1943 nach Sobibor deportiert und nach der Ankunft am 21.05.1943 in Sobibor ermordet. Mindestens zwei ihrer Söhne konnten dem Holocaust entkommen: Jakob (1894–1967) verstarb in Amsterdam, Hugo (* 1898) starb 1969 im US-amerikanischen Bundesstaat Georgia; zum ältesten Sohn Theodor (* 1893), der auf der Liste der Amtsverwaltung Langenlonsheim zum Schicksal jüdischer Mitbürger im Amt/VG Langenlonsheim nicht aufgeführt ist, fehlen weitere Informationen.

OTTO MÜLLER UND ANTONIA „DINA“ GEB. STERN

Das Ehepaar Müller – er Bruder von Siegmund und Rudolf Müller aus Windesheim (* 09.11.1866), sie (* 06.08.1870) aus Waldalgesheim nach Windesheim gezogen und beide noch vor der Reichsgründung 1871 geboren, hatten im Ersten Weltkrieg mindestens zwei ihrer Söhne bei Verdun bzw. nach Ende der Kampfhandlungen verloren; möglicherweise gehörte ein weiterer Sohn zu dem Opfer, das die Familie traf. Beide wurden am 27.07.1942 mit der Reichsbahn (Reichsbahn-Transport III 2) ins Ghetto Theresienstadt (Ankunft am 28.07.1942) deportiert; den Weitertransport am 09.09.1942 nach Treblinka musste Otto Müller allein antreten, Dina war am 25.08.1942 im Ghetto verstorben, wie es die entsprechende Transportliste belegt (<http://www.statistik-des-holocaust.de/III2-21.jpg>). Otto Müller wurde kurz nach seiner Ankunft in Treblinka ermordet.

RUDOLF MÜLLER UND SOPHIE GEB. HIRSCH



Rudolf Müller wurde 1868 in Windesheim geboren und zog als junger Mann mit seiner aus Wiesbaden stammenden Ehefrau Sophie geb. Hirsch nach Krefeld. Dort gründete er 1901 die Krawattenfabrik Gebrüder Müller, was nahelegt, dass ein weiterer Bruder nach Krefeld gekommen war. Zwei Söhne, Kurt (1902) und Leopold (1905), wuchsen mit ihnen dort auf. Kurt, der in die Firma seines Vaters eingetreten war, floh im Juni 1939 mit seiner Verlobten nach Großbritannien und weiter in die USA. Dort änderte er seinen Namen in Ralph K. Miller; sein jüngerer Bruder Leopold emigrierte schon 1937 in die Niederlande. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in die Niederlande gelang ihm 1942 eine abenteuerliche Flucht über Belgien und Frankreich in die Schweiz, wo er nach der Internierung in die USA weiterreisen konnte. Wie sein Bruder änderte auch er seinen Namen in Eric L. Miller.

Auch Sophies Mutter, Johanna Hirsch, emigrierte im Alter von 86 Jahren von Krefeld, wo sie bei der Tochter lebte, in die Niederlande. 1943 wurde sie in Westerbork interniert, sie verstarb im Alter von 91 Jahren jedoch im Lager Westerbork, bevor es zur Deportation kommen konnte.

Die Krefelder Krawattenfirma wurde 1939 „arisiert“, im August desselben Jahres emigrierten Rudolf und Sophie Müller zu Leopold nach Rotterdam. Alle Barmittel waren eingezogen und beschlagnahmt worden, Müllers besaßen nur noch das, was sie auf dem Leib trugen und jeweils 10 Reichsmark als Devisenvermögen. Nach der deutschen Invasion wurden sie gezwungen, in die Nähe von Utrecht zu ziehen – eine notwendige Flucht schlossen sie im Vertrauen auf ihr hohes Alter aus.

Das rächte sich. Im März 1943 wurden beide erst nach Westerbork interniert, dann am 6. Juli nach Sobibor deportiert, wo sie kurz nach der Ankunft – wahrscheinlich am 9. Juli 1943 – ermordet wurden. Erich Müller, ebenfalls Lagerinsasse in Westerbork und Verwandter von Rudolf Müller, zeigte dessen Internierung in Westerbork an (s. Yad Vashem, Datensatz-Nr. YV 7341776).

Das Vermögen des Krawattenfabrikanten erklärten die Reichbehörden im selben Jahr noch als „verfallen“ – die Söhne erstritten sich 1963 eine finanzielle Entschädigung aus der widerrechtlichen „Arisierung“, durch die ein direkter Konkurrent 1939 Vorteile erzielt hatte.

LUDWIG MÜLLER UND KLARA GEB. WILLSTÄDTER



Ludwig Müller, am 17.12.1887 in Windesheim als Sohn des Julius Müller und der Rosalie (geb. Marx) geboren und verheiratet seit 07.06.1923 mit Klara geb. Willstädter (* 06.02.1897) aus Graben (Baden), lebte mit Ehefrau und ihren beiden Kindern Friedrich Julius Müller (* 06.02.1925) und Ruth (* 27.03.1929), die ebenfalls in Windesheim geboren wurden, später in Bingerbrück, Benediktusgarten 11 – das Haus fiel einem Bombenangriff zum Opfer und wurde nicht mehr aufgebaut. Dort war Ludwig Müller, dekoriert als Weltkriegsteilnehmer mit dem Ehrenkreuz als Frontkämpfer, angesehener Weinhändler mit Kontakten ins In- und Ausland.

1939 musste die Familie in ein „Judenhaus“ in der Rochusstr. 3 in Bingen umziehen. Die Familie hatte die Ausreise in die USA beantragt, die geforderten Bürgschaften der Verwandtschaft lagen vor, jedoch zerschlugen sich diese Emigrationspläne wie auch die nach Schweden.

Die Familie wurde am 20.03.1942 nach Piaski-Lublin deportiert. Der junge Friedrich wurde anschließend ins KZ Majdanek deportiert und dort ermordet, die Spur der anderen drei Familienmitglieder verliert sich in Piaski.

HEINRICH MÜLLER UND JOHANNA GEB. BODENHEIMER

Heinrich Müller (* 05.07.1889 in Windesheim), Metzger und jüngerer Bruder von Ludwig, und seine Ehefrau Johanna Müller geb. Bodenheimer (* 08.05.1902 in Bretten/Baden) lebten gemeinsam in Windesheim, Langenlonsheim, dann in Köln. Von dort wurden sie am 30.10.1941 zuerst nach Litzmannstadt (Łodz), dann im Mai 1942 nach Kulmhof (Chelmo) deportiert und dort kurz nach der Ankunft ermordet. Ihr gemeinsamer Sohn Julius reichte in Yad Vashem auch die „pages of testimony“ für die Familie seines Onkels Ludwig ein.

LEOPOLD WEIDENBAUM UND JULIA GEB. MÜLLER

Julia (* 07.06.1896), die jüngere Schwester von Ludwig und Heinrich, war mit dem in (Bonn-)Beuel geborenen Leopold Weidenbaum (* 03.02.1888) verheiratet und wohnte mit ihm seit der Heirat in Beuel. Beide wurden gemeinsam mit ihren Schwiegereltern Lambert (* 1857) und Luise (geb. Baumann, * 1856) und den anscheinend unverheirateten Schwägerinnen Julie (* 24.04.1890) und Martha (* 18.01.1896) am 27.07.1942 von Trier/Köln nach Theresienstadt deportiert. Die Schwiegermutter Luise verstarb am 23.09.1942, der Schwiegervater Lambert am 15.12.1942 in Theresienstadt. Das Ehepaar Weidenbaum wurde am 01.10.1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet, die Schwägerinnen waren schon am 15.05.1944 nach Auschwitz verschleppt und ermordet worden.



Zwei jüngere Brüder der drei Geschwister Julia, Heinrich und Ludwig Müller waren Max und Otto Muller. Diesen beiden gelang die Auswanderung nach

den Vereinigten Staaten. Otto, geboren 1898, verstarb 1985 in Kalifornien, der sieben Jahre ältere Max verstarb schon 1977.

FERDINAND WOLF UND WILHELMINE/HERMINE UND PAULINE GEB. MÜLLER MIT DEM SOHN JULIUS

Ferdinand Wolf (* 04.02.1862) stammte aus Binningen an der Mosel und war laut den Personenangaben im „Death books from Auschwitz“ (München 1995) verheiratet mit Hermine Müller aus Windesheim. Ihr gemeinsamer Sohn Julius kam in Binningen am 19.09.1894 zur Welt. Die Familie wohnte in Windesheim, später in Mainz.

Nur gibt es keinerlei Hinweise auf irgendeine Hermine Müller aus Windesheim, weder in der Datenbank in Yad Vashem noch in den Deportationslisten, die in Arolsen, in den Memorial Archives und in der Gedenkstätte Flossenbürg konzentriert gesammelt werden.

Dagegen gab es eine Wilhelmine Müller, die eben diesen Ferdinand Wolf geheiratet hatte. Sie war, 1866 geboren, das älteste von neun Kindern des Isaak Müller und seiner Frau Rosine geb. Gans; die Eltern verstarben noch vor Ende des Weltkriegs und sind auf dem jüdischen Friedhof in Windesheim (s.o.) beigesetzt worden. Nur über Wilhelmine fehlen jegliche Daten. Wir wissen nur, dass sie am 4. Juni 1936 verstorben ist (https://www.alemannia-judaica.de/windesheim_synagoge.htm; zuletzt 30.10.2021) und in Windesheim beerdigt wurde, Ferdinand also ab diesem Zeitpunkt Witwer war. Hermines Nennung in den Unterlagen aus Auschwitz ist also eher als Lesefehler der vorhandenen Unterlagen zu vermerken, Wilhelmine war die erste Ehefrau Ferdinands.

Zu aller Komplikation kommt noch hinzu, dass wir eine weitere Ehefrau Ferdinands kennen: Pauline, Jakob Müllers Tochter und damit Wilhelmines Cousine und Johanna Liffmanns Tante, die Ferdinand nach Wilhelmines Tod geheiratet hatte. Sie starb am 11. Februar 1941 in Frankfurt laut einer Sterbenotiz der jüdischen Gemeinde in Frankfurt (Hinweis von Thomas Freier, Mainz).

Ferdinand Wolf, zum damaligen Zeitpunkt erneut Witwer, wurde am 27.09.1942 von Mainz/Darmstadt (Transport XVII/1, Zug Da 520) nach Theresienstadt deportiert; dort verstarb er schon am 28.12.1942.

Wilhelmines und Ferdinands letztlebender Sohn Julius, verheiratet mit Luzie Lisette geb. Eschenheimer, wurde in der Folge der Reichspogrome vom

15.11.–28.12.1938 im KZ Dachau in Schutzhaft verbracht und kehrte dann nach Windesheim oder Mainz zurück. Seine beiden Brüder Wilhelm Moritz (1893–1930) und Walter Leopold (1897–1917) waren schon verstorben, von einer Schwester Isabella kennen wir nur das Geburtsjahr (12.12.1899 in Binningen) und den Hinweis, dass sie in der Shoah ermordet wurde – aber keine weiteren Erläuterungen.

Mit seiner Ehefrau wurde Julius am 14.06.1942 in Bad Kreuznach abgemeldet. Wahrscheinlich waren sie Insassen des von Koblenz nach Sobibor geschickten Deportationstransport. In Lublin wurde er für einen Einsatz im KZ Majdanek ausgewählt, am 29.06.1942 dann nach Auschwitz deportiert (mit der Häftlingsnummer 43920 als Zugang verzeichnet) und dort am 03.08.1942 ermordet. Das Schicksal seiner Ehefrau Luzie bleibt unbekannt. Sie wird weder in den Gedenkununterlagen des Bundesarchivs noch in der Gedenkstätte Yad Vashem erwähnt.

WILHELMINE MEYER GEB. WOLFF

Eine weitere Windesheimerin, die es nach Krefeld gezogen hatte, war Wilhelmine Wolff, Tochter des Wilhelm und der Sarah geb. Hyman, die den Metzger Valentin Meyer geheiratet hatte. Ihre beiden Schwestern Henrietta († 1917 in Krefeld) und Lina († 1938 in New York) heirateten jeweils Valentin Meyers Cousins Carl und Markus und folgten ihnen ebenfalls nach Krefeld; Lina emigrierte nach dem Tod ihres Mannes Markus (1929) mit ihrem Sohn Ernst in die USA.

Wilhelmine Meyer gebar einen Sohn und eine Tochter und verstarb am 18.02.1941 in Krefeld. Ihr zurückbleibender Ehemann Valentin (* 30.03.1861) glaubte wegen seines Alters an keine Bedrohung und folgte der Bitte zur Emigration durch seinen Sohn Karl nicht. Er wurde am 25.07.1942 von Düsseldorf nach Theresienstadt, dann am 21.09.1942 nach Treblinka deportiert und dort wie die Schwiegermutter seines Sohnes Karl ermordet. Seine Tochter Hedwig verh. Simmons wurde 1942 in Izbica ermordet; einzig der Sohn Karl (* 19.04.1888; dazu <https://villamerlaender.de/2019/05/23/stolpersteine-krefeld-karl-meyer/>) konnte mit seiner Frau Martha auf Betreiben ihrer beiden schon emigrierten Töchter im August 1939 nach Großbritannien ausreisen. Karls Enkel, die Familie David M. Elcott, halten heute noch Kontakte nach Krefeld und Windesheim aufrecht.

HEINRICH WOLFF

Wilhelmines Bruder Heinrich Wolff (* 16.08.1863 in Windesheim), über den nichts weiter bekannt ist, verstarb verwitwet am 02.01.1941 in der Bacherstr. 95 in Köln-Lindenthal (seit Mai 1941 eines der sogenannten Ghetto- oder Judenhäuser in Köln), wohl noch bevor es zur Deportation kam.

AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE

WEB-SEITEN

Gedenkbuch der Bundesrepublik Deutschland: <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html> (zuletzt besucht am: 31.10.2018)

Gedenkstätte Yad Vashem: <https://www.yadvashem.org> (zuletzt besucht am: 31.10.2018)

Portal „holocaust.cz“: <https://www.holocaust.cz/de/main-3/> (zuletzt besucht am: 31.10.2018)

Collections of the United States Holocaust Memorial Museum, „Kann Family Papers“: <https://collections.ushmm.org/search/catalog/irn62544> (zuletzt besucht am: 14.11.2021)

Statistik des Holocaust: <http://www.statistik-des-holocaust.de/> (zuletzt besucht am: 31.10.2018)

Gedenkstätte Villa Merländer, Krefeld: <https://www.villamerlaender.de/> (Familien Karl Meyer und Rudolf Müller; zuletzt besucht am: 31.10.2018)

„Aktionskreis Jüdisches Bingen“: <http://www.juedisches-bingen.de/166.0.html> (zuletzt besucht am: 31.10.2018)

Alemannia Judaica: http://www.alemannia-judaica.de/windesheim_friedhof.htm (zuletzt besucht am: 31.10.2018)

Gröber, M.: „Jüdischer Friedhof Windesheim“, 2017, In: KuLaDig, Kultur.Landschaft.Digital, <https://www.kuladig.de/Objektansicht/KLD-265480> (zuletzt besucht am: 31.10.2018)

AKTEN UND HERANGEZOGENE UNGEDRUCKTE QUELLEN

Die Regierung Koblenz, Abteilung des Inneren, an den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten: Nachweisung der im Regierungsbezirk Koblenz (exklusive Neuwied) lebenden schulpflichtigen jüdischen Kinder, Koblenz o. D. [1845].

Kunz, K. E.: „Hans im Glück“. Erinnerungen, unpaginierter Manuskript. Windesheim 2009.

LITERATUR IN AUSWAHL

Adriaens, W. / Steinberg, M. / Schram, L. (Eds.): „Mecheln-Auschwitz 1942–1944: The Destruction of the Jews and Gypsies from Belgium“. 4 Bände, Brüssel 2009.

Barkai, A.: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943. Frankfurt/Main 1988.

Benz, W.: Der Holocaust, 8. Aufl. München 2014.

Browning, Chr.: Entfesselung der Endlösung Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, München 2006.

Corbach, D.: 6.00 Uhr ab Messe Köln-Deutz, Köln 1999.

Dokumentation Jüdische Grabstätten im Kreis Bad Kreuznach. Geschichte und Gestaltung. Bad Kreuznach 1995.

Fabricius, W.: Güter-Verzeichnisse und Weistümer der Wild- und Rheingrafschaft. Trier 1911.

Frings, K. u.a.: Deportiert ins Ghetto, Köln 2012.

Gerlach, Chr.: Der Mord an den europäischen Juden. Ursachen, Ereignisse, Dimensionen, München 2017.

Gutman, I./Jäckel, E./Longerich, P./Schoeps, J. H. (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. 4 Bände. 2. Aufl. München/Zürich 1998.

Herzig, A.: Jüdische Geschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn 2005.

Heyne, M.: Stille Gärten – beredte Steine. Jüdische Friedhöfe im Rheinland, Bonn 1994.

Hilberg, R.: Die Vernichtung der europäischen Juden. 3 Bde., 12. Aufl. Frankfurt/Main 2016.

Jehle, M.: Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preussens in amtlichen Enquêtes des Vormärz. Enquête des Ministeriums des Innern und der Polizei über die Rechtsverhältnisse der Juden in den preußischen Provinzen 1842–1843, München 1998.

Kaspar-Holtkotte, C.: Juden im Aufbruch: Zur Sozialgeschichte einer Minderheit im Saar-Mosel-Raum um 1800. Hannover 1996.

Kißener, M. (Hg.): Rhein Hessische Wege in den Nationalsozialismus. Studien zu rhein Hessischen Landgemeinden von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Diktatur. Förderverein Projekt Osthofen. Worms 2010.

Landesamt für Denkmalspflege Rheinland-Pfalz/Staatliches Konservatoramt des Saarlandes/Synagogue Memorial Jerusalem (Hg.): „... und dies ist die Pforte des Himmels“. Synagogen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Mainz 2005.

Meyer, H.-G./Berkessel, H. (Hg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. 3 Bände, Mainz 2000–2001.

Peters, D./Strehlen, M.: Jüdische Friedhöfe, Begräbnisstätten, Gedenkstätten in Rheinland-Pfalz. In: Sachor 8 (1998) 2, Heft 16, S. 48–62.

ABBILDUNGSNACHWEIS

Stolpersteine sind in Wikipedia nachgewiesen:

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Stolpersteine_in_Krefeld Stolpersteine für Rudolf und Sophie Müller in Krefeld, Hohenzollernstraße 79.

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Stolpersteine_in_Bonn Stolpersteine für Leopold und Julia Weidenbaum in Bonn-Beuel, Wenzelgasse 32–36.

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Stolpersteine_in_Bingen_am_Rhein

Stolpersteine für Familie Ludwig Müller in Bingerbrück, Benediktusgarten 9.

Der Gedenkstein der ermordeten Familienmitglieder Meyer, auf dem neuen Friedhof in Krefeld. Hinter und unterhalb des Quaders sieht man noch die verblasste Grabinschrift für Wilhelmine Meyer geb. Wolff (Steinheim-Institut, http://www.steinheim-institut.de/daten/picse23/xl/6172dE23_070817EPS6320qb.jpg); außerdem gibt es noch einen weiteren Gedenkstein für die Familie (http://www.steinheim-institut.de/daten/picse23/xl/0629_E23_1985.png).

Die Stammbäume wurden mithilfe eines Genealogieprogramms rekonstruiert und als Grafiken mitgeliefert. Dabei ist zu sagen, dass der Basis-Stammbaum, ausgehend von David Müller, die Zweige abbildet, die im 20. Jahrhundert lebten, litten, ermordet wurden und/oder überlebten. Den Töchtern von David Müller war jeweils nur ein kurzes Leben im 19. Jahrhundert beschieden, so dass sich keine Familienstränge herausbilden konnten.

Aus personensorientierter Rücksichtnahme habe ich es unterlassen, die Nachkommen bis heute zu notieren und in die Schemata einzubauen. Es sind also nur diejenigen Familienmitglieder aus der David-Müller-Familie aufgenommen, die verstorben oder für tot erklärt wurden, weil ihr Schicksal in der Shoah nicht (mehr) aufgeklärt werden konnte.

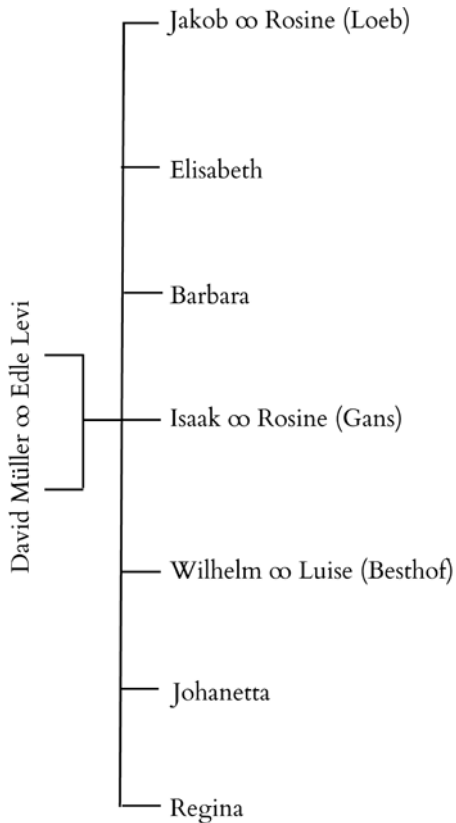
Bei den Recherchen, hauptsächlich begründet in der Pandemie-Situation und den immer mehr ins Netz gelegten Informationen, habe ich im United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) weitere Unterlagen zur Familie Getrud Metzler geb. Kann aus Windesheim gefunden, darunter Foto-, Audio- und handschriftliche Tagebuchaufzeichnungen, die ich an anderer Stelle vorstellen werde, um den Druck dieser Publikation nicht über Gebühr zu strapazieren.

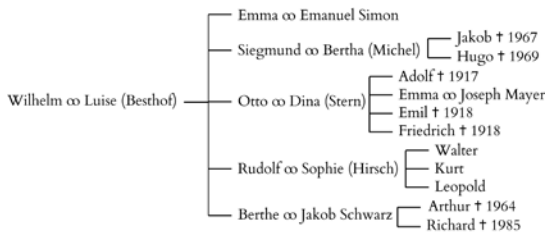
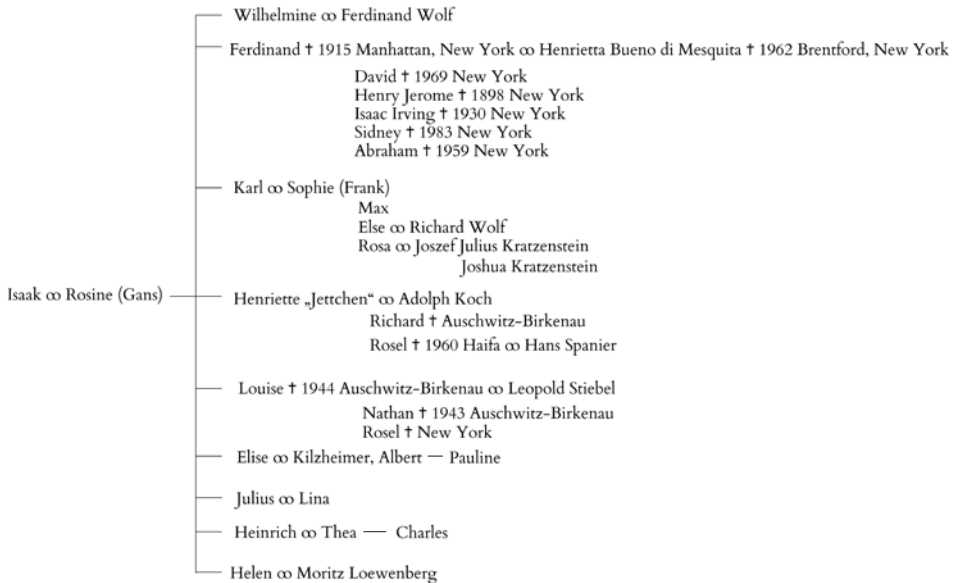
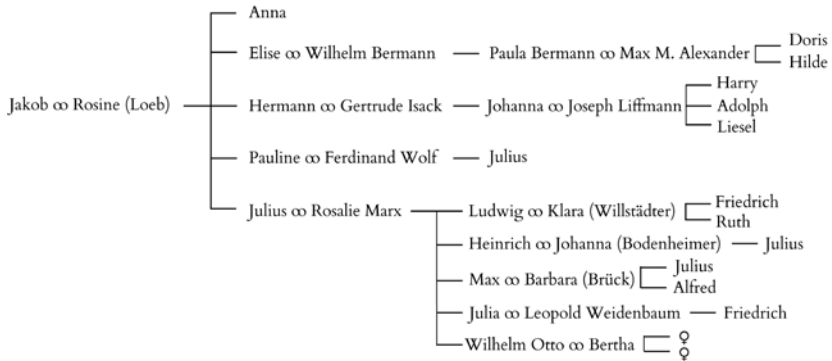
Vorliegender Beitrag erschien zuerst in „1000 Jahre Windesheim. Ein Dorf zwischen Tradition und Zukunft“, herausgegeben von der Ortsgemeinde Windesheim, Gutenberg 2019, S. 82–97 und ist hier durchgesehen, inhaltlich aktualisiert und formal korrigiert abgedruckt. Vorläufig fertiggestellt wurde der Beitrag für die vorliegende Publikation am Gedenktag der Deportation von Johanna und Heinrich Müller vor 80 Jahren von Köln nach Litzmannstadt/Łódź (30.10.1941) – nie darf die Erinnerung abgeschlossen werden, wie auch immer wieder neue Fragen sowie neue Erkenntnisse und Informationen das bislang Dokumentierte erweitern, korrigieren und präzisieren werden.

DANKSAGUNGEN

Wichtige Korrekturen und weiterführende Informationen habe ich von Thomas Freier, Mainz, erhalten, der sich wissenschaftlich intensiv mit der Geschichte der Deportationstransporte auseinandersetzt. Ihm sei dafür gedankt.

Schematische Stammbäumer der Familie David Müller und der nächsten Generationen





BISHER ERSCHIENENE PUBLIKATIONEN DES ARBEITSKREISES JÜDISCHES BINGEN



Flyer
Arbeitskreis
Jüdisches
Bingen –
Erinnern
> Gedenken
> Verbinden



Flyer
Stadtplan –
Gang durch
das jüdische
Bingen



Broschüre
Jüdische
Symbole im
Stuck der
Mainzer
St. Ignaz
Kirche



Flyer
Belegungsplan
des Binger
jüdischen
Friedhofs



Flyer
Publikationen

Faltblatt 1
Satzung Arbeitskreis
Jüdisches Bingen

Faltblatt 3
Das „Judenhospital“ in Bingen

Faltblatt 5
Gebäude der Binger jüdischen
Gemeinde nach 1850

Faltblatt 2
Der jüdische Friedhof
von Bingen

Faltblatt 4
Der Traustein und die
geschmiedete Eisentür der
Binger ehemaligen Synagoge

Faltblatt 6
The Jewish cemetery in
Bingen



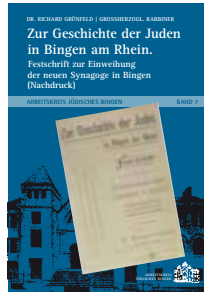
Band 1
JUDEN IN BINGEN
Beiträge zu ihrer
Geschichte von
Brigitte Giesbert,
Beate Goetz,
Dr. Josef Göttgen



Band 2
„Bingen – ein Name,
der Geschichte(n) ver-
bindet“
von Prof. Dr.
Dieter Bingen



Band 3
 Geschichte der Juden in Bingen von den Anfängen bis 1914 von Dr. Hans-Josef von Eyss
 3. Auflage (überarbeitet und erweitert)



Band 7
 Zur Geschichte der Juden in Bingen am Rhein. Festschrift zur Einweihung der neuen Synagoge in Bingen (Nachdruck) Herausgegeben von Dr. Richard Grünfeld, Großherzogl. Rabbiner



Band 4
 Lebensbilder Binger Juden aus dem Mittelalter von Dr. Matthias Schmandt



Band 8
 Die jüdische Familie Simon Zacharias Coblenz (1836-1910) aus Bingen von Hans-Joachim Hoffmann | Dr. François van Menxel



Band 5
 „Tief unter den christlichen Staatsbürgern“? Zur Geschichte der Binger Juden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Dr. Matthias Rohde



Band 9
 Der heilige Jude von Bingen – Rabbi Adam Ba'al Schem Die Legende und eine Einführung von Prof. Dr. Karl E. Grözinger



Band 6
 DIE ALTE UND DIE NEUE WELT Erinnerungen meines Lebens von Mathilde Mayer, 1869-1969



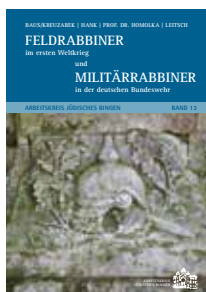
Band 10
 Stolpersteine oder Als die Synagogen brannten von Marcus Gräff



Band 11
 Dr. Isaac Ebertsheim
 Erinnerungen
 an einen Binger
 Ehrenbürger
 von Luise Lutterbach



Band 12
 Jüdisches Leben
 in der Nazizeit in
 Glogau, Schlesien –
 Zeitzeugenberichte
 von Dr. Karl-Maria
 Heidecker



Band 13
 Feldrabbiner im
 ersten Weltkrieg und
 Militärrabbiner in
 der deutschen Bun-
 deswehr von Carsten
 Baus/Katharina
 Kreuzarek, Sabine
 Hank, Prof. Dr.
 Walter Homolka,
 Klaus Leitsch